Dienstag, 24. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 222 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dollar: Der Kurs der US-Währung ist gestern an den internationalen Devisenmärkten in Reaktion auf das Treffen der Finanzminister und Notenbank-Chefs der fünf wichtigsten Industrienationen scharf zurückgegangen. In Frankfurt verlor der Dollar mehr als 16 Pfennig. Die Vertreter der „Big Five" hatten in New York beschlossen, mit einer abgestimmten Devisenmarktpolitik und binnenwirtschaftlichen Reformen die Überbewertung des Dollars zu brechen und der Tendenz zum Protektionismus den Boden zu entziehen. (S. 13)

Terrorismus: Bei einem Bombenanschlag ist eine Dieselölpipeline der NATO, die zwischen Koblenz und Gießen verläuft, schwer beschädigt worden. Etwa 100 Tonnen Dieselöl flossen aus. Ähnliche Anschläge in der Vergangenheit waren den „Revolutionären Zellen" und der RAF zugeschrieben worden.

Verzicht: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Vogt, hat auf die Kandidatur für das Amt des rheinischen Vorsitzenden der CDU verzichtet. Die an seine Kandidatur geknüpften Erwartungen einer Strukturdiskussion seien nicht erfüllt worden. (S. 12)

Vorruhestand: Mehr als 50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben bislang von der 1984 für die Beschäftigten des Bankgewerbes geschaffenen Möglichkeit des vorgezogenen Ruhestands Gebrauch gemacht, berichtete die DAG. Dadurch seien mehr als 10 000 Arbeitsplätze frei geworden.

Staatsbesuch: Ein Ereignis von tiefer historischer Bedeutung sieht Israels Präsident Chaim Herzog in dem bevorstehenden Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. „Ich glaube nicht, daß dies die Erinnerung an die Vergangenheit schwächen wird", erklärte er in einem Interview. „Aber Deutschland sieht – ebenso wie wir – ein, daß wir in die Zukunft schauen müssen." (S. 12)

Parteischulden: Mit einem verschärften Sparprogramm, intensiveren Bemühungen um Parteispenden und mit höheren Mitgliederbeiträgen will die FDP versuchen, in den nächsten vier Jahren ihren Schuldenberg von acht Millionen Mark abzutragen. (S. 12)

Greenpeace-Affäre: Wesentliche Teile der Akten über den Skandal um die Versenkung des Greenpeace-Schiffs „Rainbow Warrior" durch französische Geheimagenten sind vernichtet worden, stellte der neue Verteidigungsminister Paul Quilès bei seiner Amtsübernahme fest. Neuseeland will von Paris Schadenersatz in Millionenhöhe fordern. (S. 12)

Appell: Eine Lockerung der US-Sanktionen gegen Polen hat Primas Glemp vor der Presse in Detroit gefordert. Dadurch könnte die Wirtschaft des Landes wiederbelebt werden.

Scargill: Zum Präsidenten der neuen Internationalen Bergarbeiter-Organisation ist der militante Chef der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, gewählt worden. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Trotz der Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums in den westlichen Ländern nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu, stellt die OECD fest. Als wichtigste Ursachen nennt die Organisation die Schwäche der Nachfrage, den realen Lohnkostenanstieg und den Rentabilitätsrückgang der Unternehmen sowie die Starrheit der Arbeitsmärkte. (S. 14)

Verbraucherzinsen: Eine Verbesserung der Rechtsstellung von Kreditnehmern fordern die deutschen Verbraucherverbände. Zugleich warfen sie den Teilzahlungsbanken vor, Kreditverträge „sittenwidrig" abzuschließen und stark überhöhte Zinsen zu verlangen. Die Teilzahlungsbanken wiesen die Vorwürfe zurück. (S. 13)

Luftfahrt: British Aerospace verhandelt mit der Sowjetunion über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Produktion von Zivilflugzeugen. „Feste Vorschläge" liegen nach Angaben eines Sprechers noch nicht auf dem Tisch. Die Sowjets sollen starkes Interesse an dem neuen ATP-Kurzstreckenflugzeug des britischen Konzerns gezeigt haben. (S. 14)

Börse: Die Aktienmärkte reagierten auf den Kurssturz des Dollars mit Unsicherheit und Kursrückgängen. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 217,24 (219,10). BHF-Rentenindex 105,314 (105,079). Peformance Index 107,895 (107,625). Dollarmittelkurs 2,7248 (2,8862) Mark. Goldpreis 327,45 (319,15) Dollar.

KULTUR

Philosophen: Gut beraten war der sogenannte Engere Kreis der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland, als er die „Natur" zum Generalthema seines diesjährigen Treffens in Marburg machte. Nicht zuletzt gegenüber Politikern, die von der Philosophie Wegweisung in der Ökologie erhoffen, bestand erheblicher Nachholbedarf. (S. 21)

Kammermusik: Auch im fünften Jahr seines Bestehens läßt der „Sylter Sommer", eine Reihe von Kammermusik-Veranstaltungen für die Urlaubsgäste, manches zu wünschen übrig. Den horrenden Preisen auf der einen Seite steht noch immer kein hochrangiges Angebot gegenüber. Es reicht über Freizeitunterhaltung kaum hinaus. (S. 21)

SPORT

Fußball: Die Weltmeisterschaft 1986 wird wie geplant in Mexiko stattfinden. FIFA-Generalsekretär Sepp Blatter sagte in Zürich, man habe keinen Anlaß, nach dem Erdbeben etwas an der Vorbereitung zu ändern.

Motorsport: Hans-Joachim Stuck ist auf dem Weg, der dritte deutsche Automobil-Weltmeister nach 1945 zu werden. Er führt nach seinem Sieg in Brands Hatch in der WM-Wertung der Langstreckenspezialisten. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Erdbeben: Die Aussichten, noch Überlebende der Katastrophe in Mexiko zu finden, verschlechtern sich stündlich. Bis gestern wurden mehr als 2800 Tote geborgen. (S. 22)

Eherecht: Schweizer Ehemänner müssen ihre Frau künftig als gleichberechtigt akzeptieren. In einer Volksabstimmung sprach sich die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung für die Annahme eines neuen Ehe- und Erbrechts aus, das die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau für die Familie in den Vordergrund stellt. (S. 22)

Wetter: Im Norden stark bewölkt, gelegentlich Regen, im Süden heiter. 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Trauer um Axel Springer



Deutscher Patriot, Helfer Israels und Streiter für das Bündnis

Staatsmänner würdigen Axel Springer / Trauerfeier in der Berliner Gedächtniskirche

DW. Bonn

Die Nachricht vom Tode des Berliner Verlegers Axel Springer ist im In- und Ausland mit großer Anteilnahme und Betroffenheit aufgenommen worden. In den Kondolenzschreiben an die Witwe, Frau Friede Springer, wurde vor allem das Eintreten Springers für die nationale Einheit Deutschlands und für die Verständigung zwischen dem deutschen und jüdischen Volk gewürdigt. Die Trauerfeier für den im Alter von 73 Jahre verstorbenen Verleger findet am Freitag in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm statt.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte gestern, Springer habe die Verpflichtung, „die uns die Vergangenheit auferlegt und das Bekenntnis der Freiheit stets zur Grundlage seines Denkens und Handelns gemacht". Springer habe „wie kein Zweiter Berlin, dem Bündnis mit den Amerikanern und der Verständigung mit dem jüdischen Volk gedient". Der Bundespräsident hatte erst vor wenigen Wochen mit Axel Springer über seinen bevorstehenden Staatsbesuch in Israel gesprochen. Springer hatte von Weizsäcker zugesagt, an dem Programm des Staatsbesuchs in Jerusalem teilzunehmen.

George Bush, der Vize-Präsident der USA, übermittelte der WELT folgende Beileidsadresse: „Mit dem Tode Axel Springers hat das westliche Bündnis einen seiner überzeugtesten Freunde verloren. Sein Eintreten für die Freiheit von Berlin war mitreißend und aufopferungsvoll. Sein Mut und seine Unbeirrbarkeit trugen dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges auf den hervorragenden Platz zu führen, den sie heute in der westlichen Welt einnimmt. Mit Springers Tod mag seine Stimme verstummen, aber seine Worte, davon bin ich überzeugt, werden auch weiterhin junge Menschen in Europa und den Vereinigten Staaten inspirieren."

Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte den Verstorbenen in einem Gedenkartikel für die WELT als „einen großen Deutschen, der einen wesentlichen Anteil an dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem freiheitlichen Rechtsstaat gehabt hat". Kohl: „Als leidenschaftlicher Patriot hat er sich unermüdlich dafür eingesetzt, das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands wachzuhalten. Die Überwindung der Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit war sein politisches Ziel."

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß Axel Springer in seinen Zeitungen und Zeitschriften stets für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gestritten hat. Diese Freundschaft, so Kohl, „war für ihn die Garantie für unsere Freiheit".

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erinnerte daran, daß Springer in den 60er Jahren sein leidenschaftliches Engagement für die Einheit Deutschlands in einer symbolischen Tat zum Ausdruck brachte: „Er ließ das Stammhaus seines Verlages in Berlin errichten – unmittelbar in der Nähe jener brutalen, menschenverachtenden Mauer, die seit dem 13. August 1961 Berlin teilt. Axel Springer hat Berlin wieder zu einem der führenden Standorte der freien Presse im freien Deutschland gemacht." An das Berlin-Engagement des Verlegers erinnerte auch der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen. Er nannte den Verstorbenen einen „großen Freund Berlins".

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärte: „Axel Springer – der Name symbolisiert eine Haltung, die der deutschen Publizistik nach dem Krieg Profil verliehen hat. Er steht für ein leidenschaftliches Engagement um unserer nationalen Einheit willen, im Dienst an einer wehrhaften Demokratie und mit dem Ziel des Brückenschlages zu den Juden und dem Staate Israel. Das Lebenswerk Axel Springers ist ein Auftrag an alle, für Frieden, Freiheit und Aussöhnung einzutreten."

Mit großer Trauer reagierte die jüdische Welt auf den Tod Springers. Zu den redaktionellen Richtlinien, auf die der Berliner Verleger die Mitarbeiter seines Hauses verpflichtete, gehört die Aussöhnung der Deutschen mit den Juden sowie das Eintreten für die Lebensrechte des israelischen Volkes. Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres nannte Springer einen „großen Freund Israels und des jüdischen Volkes". Peres: „Durch seinen Tod habe ich persönlich einen engen und beständigen Freund verloren, und der Staat Israel verlor einen engagierten Rechtsverteidiger." Ähnlich äußerte sich der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek. Er sprach von einem Verlust für Jerusalem und Israel. Springer, dem der Ehrentitel „Bewahrer Jerusalems" verliehen worden war, habe in der Stadt sein zweites Heim gesehen. Als einen der größten Vorkämpfer für die Existenz Israels würdigte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, den Verstorbenen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans Jochen Vogel, erklärte, Springer habe „auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik wie kaum ein anderer Einfluß genommen". Der Verleger habe sich „unbestrittene Verdienste" um die Aussöhnung mit Israel und Berlin erworben. Der Respekt vor dem Toten gebiete es jedoch, auch bei dieser Gelegenheit nicht zu verschweigen, daß es auf weiten Feldern zu gegensätzlichen Auffassungen über den Gebrauch gab, den er von seinem publizistischen Einfluß machte.

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) telegrafierte an den Vorsitzenden des Vorstandes des Axel Springer Verlages, Peter Tamm, der schmerzliche Verlust treffe nicht nur das Unternehmen, sondern die gesamte deutsche Publizistik. Der Name des Verstorbenen stehe für ein beispielhaftes Engagement beim Wiederaufbau einer freiheitlichen Presse, erklärte BDZV-Präsident Rolf Terheyden.

Axel Springer war am Sonntagabend in Berlin im Alter von 73 Jahren verstorben. Springer hat nach 1945 aus kleinsten Anfängen das größte deutsche Zeitungs- und Zeitschriftenunternehmen mit etwa 11 000 Mitarbeitern geschaffen. Um die Zukunft seines Hauses zu sichern, wandelte er erst vor wenigen Wochen das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft mit einem großen Kreis von Aktionären um. Schon von der Krankheit gezeichnet, hatte er vor zwei Wochen den neuen Aufsichtsrat der Gesellschaft in seinem Haus an der Berliner Mauer empfangen und ihm und dem Vorstand Glück und eine gute Hand gewünscht.

DER VERLEGER UND SEIN WERK

Abschied

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Vor der Majestät des Todes verstummen die Auseinandersetzungen, in die Axel Springer in der pluralistischen Gesellschaft als ein aus Moral und Überzeugung politischer Verleger unausweichlich geriet. Jetzt erkennen auch diejenigen, die auf der Suche nach dem besten Weg in die Zukunft mit ihm stritten, die starke Antriebskraft seines Wollens und Handelns: die Liebe eines zutiefst religiösen Menschen.

Wir, die wir mit ihm an der gemeinsamen publizistischen Aufgabe arbeiteten, die wir ihn aus der Intimität freimütiger Gespräche kannten und auch über räumliche Distanzen hinweg um ihn waren, wir wußten immer, daß seine Warnrufe brennender Sorge dem Urgrund der Nächstenliebe entsprangen.

Die Liebe zu seinem in zwei Weltkriegen und am Fluch der Untaten Hitlers zerbrochenen Volk ließ ihn nicht zur Ruhe kommen. Die Liebe zum Volk der Bibel, den Juden, mit dem die Deutschen in der Verstrikkung des Holocaust unauflöslich verbunden sind, setzte ihm das ethische Maß. Die Liebe zur Stadt der Bibel und Israels, Jerusalem, und zur geteilten Stadt der Deutschen, Berlin, bestimmte alles, was er politisch tat. Die Liebe zu allen Unterdrückten und zu den unterworfenen Völkern, die um ihre Menschenrechte ringen, prägte ihn als Kämpfer für die Freiheit in einer von Gott abgefallenen Welt.

Er, der in oft schlaflosen Nächten Trost und Kraft im Wort Gottes suchte, begann an seiner Kirche zu zweifeln, als er sah, wie sie dem Zeitgeist anheimfiel. Ihn schmerzte es, wie die Kirche als Institution des unverfälschten Glaubens sich zunehmend in eine Kirche der sozialen Bewegung verwandelte, angeführt von Pastoren, die ihrer entlaufenen Gemeinde zum politischen Protest voranzumarschieren trachten. Wo sollen die Menschen inmitten der modernen Gesellschaft, die – wie Tenbruck gesagt hat – zu einer ungeheuren Veranstaltung zur Lösung ihrer eigenen Probleme geworden ist, ohne Aussicht freilich, die Summe ihrer Probleme je zu bewältigen, wo sollen die Verwirrten, die Ermatteten Zuflucht und Halt finden, wenn nicht in der Glaubensgewißheit ihrer Kirche? Axel Springer litt Not an seiner Kirche und suchte selbst Zuflucht an den Stätten der biblischen Religionen.

Viele, die vor seinen Warnungen erschraken, hielten ihn für „missionarisch". Wir, die wir ihn besser kannten und ihn verehren, verteidigen ihn gegen den Versuch, den unbequemen Berliner Verleger ins Irrationale, ins Pathetische zu verbannen. Axel Springer war als Kämpfer für Recht und Freiheit nicht entrückt, sondern konkret und direkt. Die Antwort derer, denen der Systemhaß das Verständnis dieses humanen und sozialen Mannes verwehrte, war die gewalttätige Anti-Springer-Kampagne in den Jahren, da mit dem Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Sprung auf den Straßen alles besser werden sollte.

Er war auch weder in seinem Hause, noch in der Politik ein Patriarch mit absolutistischer Gebärde, sondern handelte als Christ personal und das heißt: aus Verantwortung als Person – gelegentlichen alttestamentarischen Zorn eingeschlossen. Das und sein Charme im persönlichen Gespräch befähigten ihn dazu, Menschen an sich zu binden, Freunde auf sein Lebenswerk zu verpflichten, das er kurz vor seinem Tode neugeordnet in treue Hände gegeben hat. Wir in der Redaktion der WELT erinnern uns noch gut der Freundschaft, die Axel Springer mit Hans Zehrer, dem unvergessenen Chefredakteur unserer Zeitung und Mentor des zu Taten drängenden Verlegers, verband. Die Freundschaft Springers mit Matthias Walden, unserem zu früh verstorbenen Mitherausgeber, ist uns lebhaft gegenwärtig.

Die WELT hatte und behält den Vorzug, Axel Springers großartige Konzeption der Liebe, der helfenden Sorge und der Freiheit Tag für Tag als Flaggschiff des festgegründeten Pressehauses publizistisch zu vertreten. Die Redaktion weiß und sie würdigt es, daß die WELT über schwere Zeiten hinweg ihre Existenz Springer verdankt.

Auch als Verleger hat sich Axel Springer zu allererst als Journalist empfunden. Gott gab ihm nicht nur die Kraft der unternehmerischen Tat, sondern ebenso die Kraft des Wortes. Jeden Tag wandte er als Herausgeber sein journalistisches Interesse mit dem professionellen Blick eines Blattmachers unserer Zeitung zu. Das war anregend, aber keineswegs immer bequem. Oft war er unser Autor. Seine verlegerische Richtlinienkompetenz beschränkte er auf die Eckpfeiler der vier Bekenntnisse, die jeder Redakteur mit dem Anstellungsvertrag unterschreibt:

– Unbedingtes Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit.

– Aussöhnung zwischen den Juden und Deutschen; hierzu gehört die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.

– Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus.

– Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft.

Dies sind die Wegmarken eines konservativ-liberalen Journalismus der politischen Mitte, der Charakter, Kurs und Ziel der WELT bestimmt. Dem notwendigen Wandel aufgeschlossen, bewahrt die Zeitung „ein Leben aus dem, was immer gilt" (Matthias Walden). So wollte es Axel Springer, und so bleibt es.

Springer hat sein ästhetisch schönes Pressehaus als Symbol der Freiheit an der Mauer in Berlin aufgerichtet. Ihm galt Berlin als die Hauptstadt der Deutschen. Dort hätte er auch am liebsten die Redaktion der WELT gesehen. Die Informationsbedürfnisse der Leserschaft geboten es im geteilten Deutschland, daß sich die Redaktion in Bonn ansiedelte. Die WELT ist das national und international verbreitete große Informationsblatt aus der Bundeshauptstadt. Aber Axel Springer hat die Redaktion stets gemahnt, nicht den rheinischen Verführungen des Genius loci zu erliegen. Richtmaß des politischen Willens und Aufgabe der kulturellen Phantasie bleibt Berlin.

Die Redaktion der WELT nimmt Abschied von ihrem Verleger, ihrem Herausgeber, ihrem Autor, dem journalistischen Freund. Ihrem publizistischen Auftrag entsprechend, hat sie im Chor der Medien eine unverwechselbare Stimme. Daß ihre Stimme noch überzeugender, noch kraftvoller werde, ist das Vermächtnis Axel Springers an die Redaktion.

Deutschland und die Welt stehen in einer Zeitenwende. Wir wissen nicht mehr, als daß die Menschheit sich in einem geistigen Prozeß kosmischen Ausmaßes vorantastet, vom Wechselbad der Hoffnungen und Enttäuschungen vorangepeitscht zur immerwährenden Suche der legitimen, der richtigen Ordnung. Springer hoffte, dies sei eine Suche des Weges zu Gott. Die Redaktion stellt an sich selbst den Anspruch, daß jeden Tag aus der Zeitung eine Ahnung dieses Umbruchs spreche, der – daran glauben wir – ein Aufbruch der Menschheit in eine neue Epoche ist.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Groschen fällt

Von Claus Dertinger

Den USA steht das Wasser bis zum Hals. Nur so ist es zu erklären, daß sie sich jetzt – das ist der Eindruck des Bundesfinanzministers – ihrer außenwirtschaftlichen Schieflage bewußt zeigen. Offenbar ist Washington bereit zum Handeln. Die internationale Kritik hat erkennbar Wirkung gezeigt.

Der gestrige Sturz des Dollars um rund fünfzehn Pfennig signalisiert vor allem die Bereitschaft, gemeinsam mit den Notenbanken der anderen wichtigen Industriestaaten die Überbewertung der wichtigsten Währung zu korrigieren. Noch viel wichtiger ist allerdings, daß Washington den Ursachen des zu hohen Dollarkurses zu Leibe rückt. Sie liegen im enormen Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten.

Ob das gestiegene Problembewußtsein der USA auch zu entsprechenden Weichenstellungen in der Budgetpolitik führt, steht auf einem anderen Blatt – jedenfalls nach den bisherigen Erfahrungen. Bei aller schmerzhaften Erfharung der amerikanischen Wirtschaft mit dem überbewerteten Dollar darf nicht verkannt werden, daß die Außenwirtschaftslage der USA eine weltwirtschaftliche Bedrohung für die entwickelten wie die unterentwickelten Länder darstellt.

Das Problem ist erkannt: Protektionismus schwebt wie ein Damoklesschwert über der gesamten Weltwirtschaft. Deswegen stehen die Europäer an der Seite Reagans, wenn dieser gegen die Bedrohung des freien Handels kämpft. Wenn er diesen Kampf verliert, haben auch sie den Schaden, denn im Wettlauf mit Handelsschranken gibt es nur Verlierer. Ob sich die Protektionisten im US-Kongreß davon überzeugen lassen, ist offen, denn vordergründig populär ist leider stets derjenige, der mißliebige Wettbewerber aussperren will.

Eine kursichtige Schutzpolitik kann ebenso ansteckend wirken wie ihr Gegenteil, der freie Warenaustausch. Japan wird Konzessionen machen müssen, wenn Reagan innenpolitisch obsiegt; beides bedingt einander – aber nicht nur Japan muß sie machen. Europas Agrarmarkt gilt ebenfalls weltweit als abschreckendes Beispiel für Protektionismus.

Die Kompromißlosen

Von Enno v. Loewenstern

Am Schluß klopft man sich gegenseitig auf die Schultern und versichert einander: „Solche deutsch-polnischen Veranstaltungen wie die vom Wochenende in Loccum tragen wahrscheinlich mehr zur Verständigung zwischen den beiden Ländern bei als große Politikerreden." Sagen wir: sie tragen sicherlich mehr als alle Politikerreden zum Verständnis bei – zum Verständnis, wie die Lage wirklich ist.

Da tritt ein Regimefunktionär auf und weist einen demokratischen Rechtsstaat an, das Urteil seines Bundesverfassungsgerichts zur Ostgrenzenfrage einfach zu streichen und den Vertriebenen als den „Hauptfeinden des Vertrages und der Normalisierung mit Polen" jede Unterstützung zu entziehen. Uns das zu sagen, sei der eigentliche Grund seines Kommens gewesen.

Soweit aber hier Stimmen nach den Menschen in Polen fragen, werden sie ebenso barsch beschieden: Die „sogenannte Opposition", wie sich der allenthalben als liberal gepriesene Mieczyslaw Rakowski ausdrückte, werde weiter kompromißlos bekämpft; für „gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in Polen gerichtete Aktivitäten" sei dort „kein Platz".

Worin also besteht die gepriesene „Verständigung zwischen den beiden Ländern" – in der Beflissenheit gegenüber den Regimen oder in der Verständigung mit den Menschen, die da kompromißlos bekämpft werden? Und weiter: Wer die Bewegung freier Menschen dort kompromißlos bekämpft (und das auch noch stolz herumtrompetet), wo er die Macht hat: Was für ein Partner ist der für freie Menschen? Welche Art von Normalisierung blühte den Menschen wohl hier, wenn der charmante Herr Rakowski und seinesgleichen bei uns mehr zu sagen hätten als ergebenst beklatschte Konferenzbeiträge?

Wir werden von Stimmen hierzuulande gemahnt, den Polen das Gefühl zu vermitteln, daß sie in sicheren Grenzen leben. Seltsam – von der „sogenannten Opposition" Solidarność, die das polnische Volk gegen das Regime vertritt, hören wir solche Wünsche nicht. Was wir von ihnen hören, ist der Wunsch, in sicheren Verhältnissen zu leben, in Sicherheit vor den Brutalitäten eines Regimes, das gegen sein eigenes Volk kämpft.

Grenz-Werte

Von Astaf Domberg

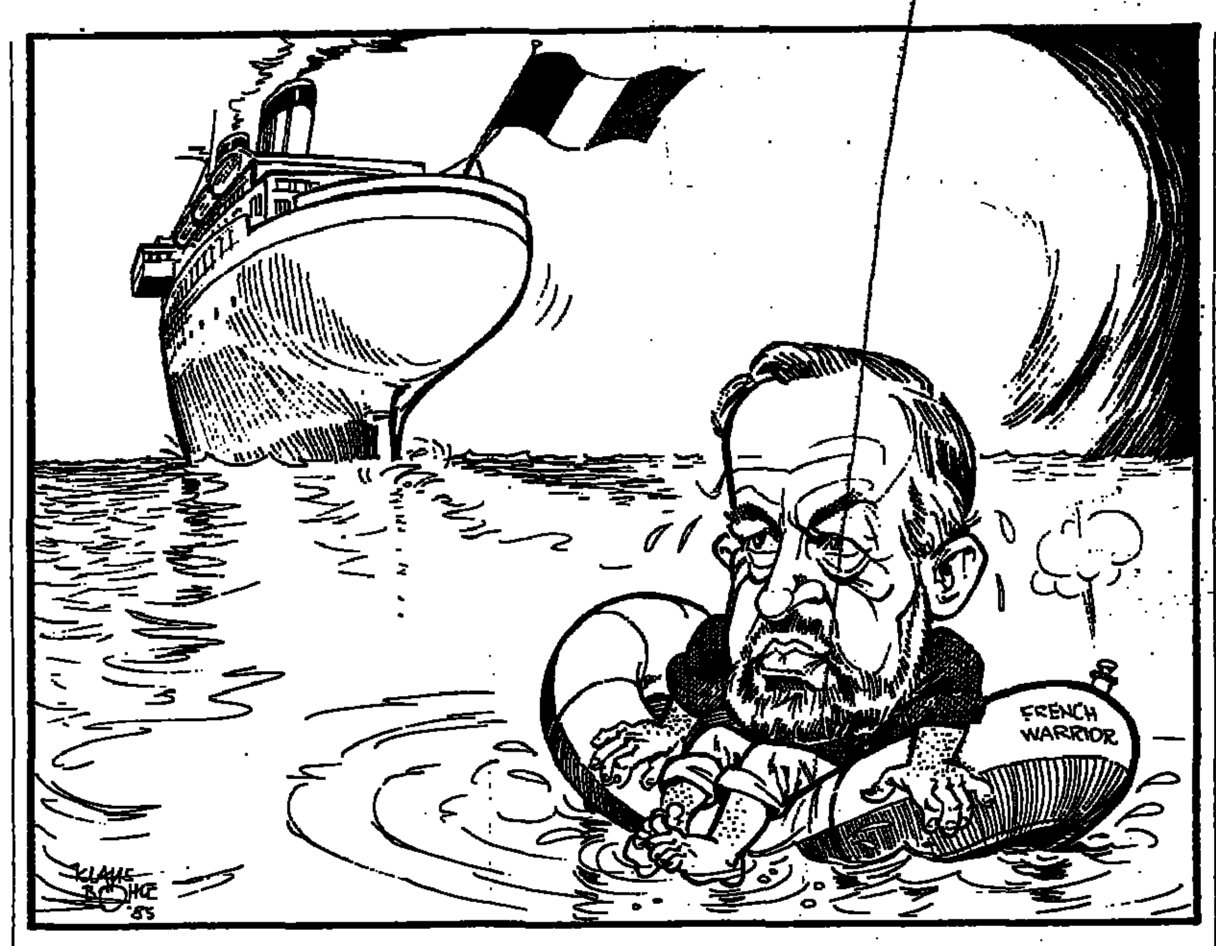
Wer in diesen Spätsommertagen die jugoslawisch-griechische Grenze zwischen Bitola und Florina überschritt, machte in beiden Richtungen eine überraschende Erfahrung:

Auf der einen Seite verlief die jugoslawische Grenzkontrolle trotz des roten Sterns auf den Dienstmützen und trotz des kommunistischen Regimes schnell, effizient und höflich. Ein Stempel wurde in den Paß gedrückt, es folgte ein kurzer Blick in den Kofferraum des Wagens, dann salutierte der Beamte und wünschte auf deutsch: „Gute Reise." Die ganze Prozedur dauerte bei der Einreise auf jugoslawischer Seite kaum drei Minuten, bei der Ausreise ging es noch schneller.

Auf der anderen Seite, beim EG-Mitglied Griechenland, das längst wieder eine westliche Demokratie ist, ging es ganz anders zu. Bei den Jugoslawen konnten die Reisenden während der Kontrolle im Auto sitzen – bei den Griechen mußte man aussteigen, ins Zollhaus gehen, ein Einreise- bzw. später ein Ausreiseformular ausfüllen, beim Zoll in den Wagen in den Paß eintragen lassen; dann mußte man eine halbe Stunde in der brütenden Sonne warten, bis sich die mißmutigen griechischen Zöllner dazu bereit fanden, die inzwischen zu einer riesigen Kolonne angestauten Fahrzeuge abzufertigen. Griechenland, das sich so gern als „gastfreundlich" bezeichnet, zeigte sich hier von einer mürrischen, unausgeschlafenen und, was die Zöllner anbetrifft, auch noch unrasierten Seite.

Reisende, die zur Zeit der Monarchie, ja sogar später während der Militärdiktatur ins Land der Hellenen fuhren, hatten da andere Erfahrungen. Damals pflegten sich die Beamten zu rasieren und waren meist höflich. Jetzt, da in Athen eine sozialistische Linksregierung an der Macht ist, gewinnt die griechische Grenzkontrolle eine fatale Ähnlichkeit mit Praktiken, die man eher von den Kommunisten kennt.

Aber bei diesem Vergleich stockt die Feder. Die kommunistischen Jugoslawen, also die von den Griechen oft als „wilde Balkanesen" apostrophierten Nachbarn im Norden, benahmen sich nämlich an ihrer Grenze so, wie man es sonst nur bei EG-Nachbarn in Westeuropa gewohnt ist. Verstehe einer diese Welt beiderseits der Grenzsteine ...



Ausgesetzt KLAUS BÖHLE

Die Gegenoffensive

Von Carl Gustaf Ströhm

Ronald Reagan sei gegenüber dem „jungen" und „dynamischen" Michail Gorbatschow in die Defensive geraten. So konnte man es nach den jüngsten Interviews und Erklärungen des neuen sowjetischen Generalsekretärs in manchen Medien des Westens hören und lesen, nicht ohne eine gewisse Schadenfreude. Manche Kritiker glaubten gar eine Umkehrung der Fronten konstatieren zu müssen. Nicht mehr eine verkalkte Kreml-Gerontokratie stehe jetzt einem jungen, dynamischen Amerika gegenüber, sondern umgekehrt: ein einfallsreicher, erfolggewohnter junger Gorbatschow einem von Gesundheitsproblemen gezeichneten, erheblich älteren US-Präsidenten.

Nun zeigt es sich allerdings, daß diese neue Weltsicht allzu simpel war. Denn ganz abgesehen davon, daß sich Reagan gesundheitlich besser zu erholen scheint, als viele zu hoffen wagten – Gorbatschow ist keineswegs jener geniale Wunderknabe, als den ihn uns seine Propagandisten so gern präsentieren. In der Außen-, Welt- und Abrüstungspolitik war vom sowjetischen Generalsekretär bisher wenig oder fast gar nichts zu hören, was über das hinausging, was bereits Andropow und Tschernenko zu sagen wußten.

Auch sein „Time"-Interview brachte in der Substanz keine neuen Aspekte. Dies darf man dem Kreml-Chef nicht übelnehmen: er selber steckt nämlich, wenn nicht alle Zeichen trügen, in großen Schwierigkeiten. Noch ist nicht gesagt, daß sein hektisch vorwärtsgetriebener Kurs einen innenpolitischen Erfolg bringen wird. Manches spricht dafür, daß Gorbatschow am Vorabend des kommenden Parteikongresses der KPdSU mit innenpolitischen Widerständen jener Kasten und Klassen der Sowjetgesellschaft zu kämpfen hat, denen jede Neuerung ein Dorn im Auge ist. Um so mehr benötigt Gorbatschow, um sich im Machtkampf gegen seine Kritiker und gegen die mächtige Sowjetbürokratie durchsetzen zu können, außenpolitische Erfolge. Er kann sich gegenüber der herrschenden Schicht der Sowjetunion am besten durch den Nachweis legitimieren, den Westen und die Amerikaner politisch aufs Kreuz gelegt zu haben.

Es ist vom Standpunkt Gorbatschows richtig oder zumindest folgerichtig, wenn er im Vorfeld des Genfer Treffens genau das versucht. Auch das ist übrigens nicht jung und neu, sondern eine seit Lenin beliebte Taktik: durch eine Mischung von Lockungen und Drohungen die Reihen der „Klassenfeinde" durcheinanderzubringen. So wie es Andropows große und vergebliche Hoffnung war, den Westen durch die Drohung mit dem totalen Verhandlungsabbruch an der NATO-Nachrüstung zu hindern, hofft jetzt Gorbatschow, die Amerikaner von ihrem SDI-Programm abbringen zu können.

Die Amerikaner haben nun erklärt, SDI stünde bei den Verhandlungen mit Moskau überhaupt nicht zur Disposition. Statt dessen will Washington über Menschenrechte, Afghanistan, Ausweitung des Handels und natürlich über Abrüstung sprechen – aber eben über die Abrüstung jener Waffensysteme, welche die Welt vernichten können, nicht aber jener, die eine Vernichtung der Welt sehr erschweren oder unmöglich machen, wie das SDI. Darüber hinaus ist Reagan noch weiter in die Gegenoffensive gegangen, indem er seinen künftigen Gesprächspartner öffentlich aufforderte, den Bewohnern der Sowjetunion einen höheren Lebensstandard durch Verzicht auf die überdimensionierte sowjetische Rüstung, durch ein Ablassen von der Expansionspolitik (etwa im Fall Afghanistan) und durch eine Verlagerung der sowjetischen Ressourcen von der Rüstung in Richtung auf Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.



Raketen statt Butter: Russische Arbeiter heute FOTO: INTERTOPICS

Der Präsident sprach mit aller Klarheit und ohne Verbrämung eine Tatsache aus, die von manchen westlichen Politikern aus Ruhebedürfnis oder Furcht gern unter den Teppich gekehrt wird: „Seit den siebziger Jahren hat sich die Sowjetunion einer militärischen Aufrüstung gewidmet, die bei weitem jede vernünftige Definition ihrer Verteidigungsnotwendigkeit überschreitet."

Man braucht nur Gorbatschows verschiedene Reden zu studieren (die bezeichnenderweise von den sowjetischen Medien zensiert und unvollständig wiedergegeben werden – was gleichfalls auf innere Machtkämpfe und Widerstände schließen läßt), um die Misere der Sowjetwirtschaft und damit der sowjetischen Bevölkerung zu erkennen. Die sowjetische Industrieproduktion ist rückläufig, vor allem die Gas- und Erdölproduktion bleibt hinter den Erwartungen zurück. Gorbatschow selber gab zu, daß ein großer Teil des ausströmenden sowjetischen Erdgases einfach abgefackelt wird, weil man mit ihm nichts anzufangen wisse. Die Wälder Sibiriens ergäben durch Verschwendung und Unfähigkeit nur den halben Nutzeffekt in der Holzproduktion wie die Wälder in Westrußland. Ebenso steht es mit der Nahrungsmittelproduktion. Was Gorbatschow hier an Beispielen für Verschwendung und Unfähigkeit anführte, ist so hanebüchen, daß in jedem anderen System die Frage nach der Verantwortung der Regierenden gestellt würde.

Soll man Gorbatschow „helfen", indem man ihm leichte außenpolitische Erfolge verschafft? Der sowjetische Generalsekretär mag jung und dynamisch wirken, in der Realität trägt er den ideologischen Bart von Marx, Engels, Lenin und, nicht zu vergessen, Stalin. Es bringt Bewegung in die Politik, es bringt Bewegung in die geistige Auseinandersetzung, wenn man weniger vom Weltraum und seinen abstrakten Gefahren redet und dafür mehr vom Leben der einfachen Menschen und ihren konkreten Nöten.

IM GESPRÄCH David McTaggart

Sieger über Frankreich

Von Reiner Gatermann

Während die Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior" den Präsidenten von Frankreich in immer größere Not bringt, macht der Präsident der Umweltschutz-Organisation, David McTaggart, „ein paar Tage Urlaub" – so sein Hauptquartier im englischen Lewes. Er bereitet sich auf die jährliche Ratssitzung seiner Organisation in dieser Woche vor. Die „Rainbow"-Affäre sei Angelegenheit der Polizei und Gerichte, meint ein Greenpeace-Mitarbeiter; die Pleite der Franzosen bringt auch ohne große Eigeninitiative genügend Werbung.

Die Greenpeace-Leute reden möglichst wenig, wenn überhaupt, über ihren Präsidenten. Er selbst lehnt Interviews ab, und obwohl ihn Kenner der Greenpeace-Szene als „wichtigsten Mann" bezeichnen, tritt er nur äußerst selten öffentlich in Erscheinung. Dabei ist der 1934 im kanadischen Vancouver geborene McTaggart eine interessante – eher zwiespältige – Erscheinung. Heute lang- und grauhaarig, mit Schnauzbart sowie übergewichtig, war er einst dreimal kanadischer Meister im Badminton. Politisch war er eher konservativ eingestellt und suchte sein Glück in der Bauwirtschaft, unter anderem mit Projekten in Kalifornien und Tahiti. Sein Vermögen näherte sich der Dollar-Millionen-Grenze.

1969 war er als Geschäftsmann ruiniert. Anfang der siebziger Jahre tauchte McTaggart bei Greenpeace auf. Er war 1972 dabei, als ihr erstes Schiff, die „Vega", vor dem Südsee-Atoll Mururoa auftauchte, um gegen Frankreichs Atomtests zu protestieren. Auf einer weiteren Reise wurde der ausgezeichnete Segler bei einer Begegnung mit einem französischen Minenleger in internationalen Gewässern schwer am Auge verletzt. Er verweigerte eine Behandlung durch französische Ärzte.

Nach Europa kam der dreimal geschiedene Vater dreier Töchter Mitte der siebziger Jahre, zunächst als Koordinator der Aktivitäten der europäischen Büros. In London hat man ihn nur einmal in einem richtigen Anzug gesehen – vor zwei Jahren im Gerichtssaal. Greenpeace wurde wegen eines Angriffs auf das Atommüllzentrum Windscale, bei dem erheblicher Sachschaden entstand, zu 35 000 Pfund Geldstrafe verurteilt. Die Organisation stand am Rand des finanziellen Ruins. Mit einer Sammlung wurde die Krise gemeistert.



Grün nach der Pleite: „Greenpeace"-Chef McTaggart FOTO: DPA

McTaggart hinterläßt oft den Eindruck, nichts als ein grüner Idealist zu sein; er lebt zurückgezogen und sparsam. Während seine Organisation oft politisch unbeholfen und naiv auftritt, wird ihr Präsident als geschickter Verhandlungspartner gelobt. „Manchmal mag es von Vorteil sein, daß er wegen seiner simplen Sprache und seines hippiehaften Auftretens von der Gegenseite unterschätzt wird", meinen Greenpeace-Kenner.

Daß er am Gängelband Moskaus gehe, weisen diese Insider mit der Begründung ab: „Dann würde Greenpeace nicht so ärmlich dastehen." Sie versichern, daß McTaggart, keine 1,70 Meter groß, voller Energie und den freundlichen Seiten des Lebens durchaus nicht abgeneigt, trotz gelegentlicher Naivität ein kluger Mann sei und wisse, welchen Schaden ein Moskauer Schatten dem Image seiner Organisation zufügen würde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Bild

Das Massenblatt bemerkt zur Brandt-Reise:

Willy Brandt und die SPD-Werbung – das ist schon eine Klasse für sich. Willy mit großem Gepränge bei Honecker; Willy lotst Honecker in die Bundesrepublik, holt jede Menge menschliche Erleichterungen für die Deutschen aus Honecker raus – so die geschickte Öffentlichkeitsarbeit der SPD. Derweil brütet die Regierung über ihrem schlechten Image und schlägt sich mit Spionen rum. Tatsache ist natürlich: Zäh und still hat die Regierung den Honecker-Besuch vorbereitet, viele Vorarbeiten für bessere innerdeutsche Beziehungen geleistet. Preisfrage: Wie kriegen wir die beste Regierung? Antwort: Durch gute Unions-Arbeit plus SPD-Selbstdarstellungskunst.

Münchner Merkur

Zur bayerischen SPD heißt es hier:

Man darf gespannt sein auf die gute Zusammenarbeit mit Schöfberger, dem Hiersemann, zusammen mit dem südbayerischen SPD-Chef Jürgen Böddrich, nach dessen Attacken vom Dezember immerhin parteischädliches Verhalten vorgeworfen und der sich für Schöfbergers Konkurrentin Anke Martiny als neue Landesvorsitzende stark gemacht hat.

SÜDWEST PRESSE

Die SPD-Absage an die Grünen greift die Ulmer Zeitung auf:

Natürlich rechnet weder Rau noch Glotz auch nur im Traum mit der absoluten Mehrheit. Sie wollen sich aber nicht jetzt schon das Bleigewicht einer Koalitionsdebatte anlegen lassen. Im Augenblick kämen nur die Grünen als möglicher Partner in Frage, und deren Forderungen nach NATO-Austritt oder Ausstieg aus der Kernkraft werden potentielle SPD-Wähler aus der Mitte eher abschrekken.

France-Soir

Das Pariser Blatt meint zur Affäre um das Greenpeace-Schiff:

Die Wahrheit ist grausam, sagte Fabius, das Herz auf der Zunge. Grausam ist jedoch nicht die Wahrheit. Sie ist, wie sie ist. Grausam ist es, unser Land durch die Unfähigkeit einer Regierung aus Unfähigen und Versagern so tief sinken zu sehen. Mit einem Präsidenten und einer Regierung, die nicht fähig sind, den Militärapparat zu kontrollieren, droht unser Land auf die Stufe einer Bananenrepublik zu sinken.

Kölnische Rundschau

Über den Verzicht Wolfgang Vogts auf die Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden der rheinischen CDU befindet die die Zeitung:

Vogts Entscheidung wird von der bitteren Erkenntnis geleitet, das Ziel, das er sich selbst durch seine Kandidatur gesetzt hat, verfehlt zu haben. Daraus macht er keinen Hehl. Er wollte die leidige Diskussion über Personalfragen, die seine Partei neuerdings so voll in Beschlag genommen hat, auf ein erträgliches Maß begrenzen. Sachpolitische Debatte an die erste Stelle rücken. Das ging schief.

Die Kirche drüben und die nationale Frage

„DDR"-Christen denken über die Zukunft der Deutschen nach / Von Hans-Rüdiger Karutz

Die Bundessynode der evangelischen Kirchen in Dresden, das einzige demokratisch gewählte quasiparlamentarische Gremium auf „DDR"-Boden, wartete am Wochenende mit einer neuen Entwicklung auf: Zu den Dauer-Lasten der mangelnden Reisefreiheit, der Unterdrückung wahrer Friedensgesinnung durch Haft für Wehrdienst- und Eidverweigerer, der Klage über Gewissensdruck auf junge Menschen gesellte sich die nationale Frage.

Deutschland als Problemgröße und Anfragen an die Zukunft der Deutschen: Denn es ist wahrhaftig neu, wenn Synodale der Kirchenleitung kritisch vorhalten, sie sei dem Problem der „Zukunft und des Fortbestands des deutschen Volkes" in ihrem Bericht ausgewichen. Kirchliche Erklärungen zum 8. Mai 1945 hätten zwar die Vergangenheit aufgearbeitet, nicht aber dies: Was wird aus den Deutschen?

Es gebe eben nicht nur die „deutsche Geschichte, sondern auch ein deutsches Volk", erklärte ein Synodaler. Teilung und ideologische Frontstellungen der SED in Richtung Westen seien wohl nicht, möchte er denken, die „letzte Antwort der Geschichte", wie es von Weizsäcker formulierte.

Die Antwort des Kirchenbundsvorsitzenden Bischof Johannes Hempel aus Dresden läßt die Spannung ahnen, den Versuch der Amtskirche, zwischen „denen da oben", den SED-Machthabern, und „denen da unten" einen Bogen zu schlagen: Sein Ausgangspunkt, meinte Hempel, sei die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten: „Wer dies substantiell anders sagt, riskiert mindestens indirekt den Frieden." Beide Seiten müßten ihr Nebeneinander gestalten und ihre Gemeinsamkeiten „aushalten".

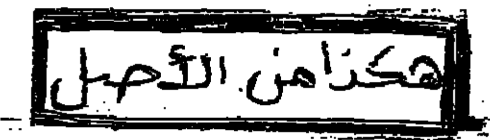
Hempels ausweichende Reaktion erklärt sich aus einer gewissen „Doppelstrategie" der evangelischen Kirchen drüben. Sie wollen die „fundamentale Zusicherung" (Hempel) der Staatsseite auf eigenständige Arbeit der Kirchen nicht dadurch gefährden, daß sie das ohnedies überwache Mißtrauen der Partei durch ein Infragestellen des Systems überhaupt hervorrufen. Das Wort von der „Kirche im Sozialismus" beschreibt aber eben auch das strikte Nebeneinander. Die seit dem Luther-Jahr gepflegte Formel lautet „Politikfähigkeit". Die Amtskirche wirft des Dialogs wegen ihre moralische Macht, ihre wachsende Kompetenz bei vielen Menschen in der „DDR" in der Friedens- und Raketenfrage zugunsten der offiziellen Ostberliner Politik in die Waagschale.

Dieser Kurs ist indessen an der Basis keineswegs unumstritten. Nicht anders als in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik herrscht in der „DDR" eine außerordentliche Vielfalt politischer Meinungen zu Tagesfragen. Aufgerieben von den Fakten auf beiden Seiten, ist das Thema „Frieden" so gut wie tot. Indem die Kirche nun bestimmte Elemente Honeckerscher Politik propagiert, nimmt sie sich andererseits in der „DDR" auch das Recht, auf Helsinki zu pochen. Denn die Zwei-Reiche-Lehre Luthers – hier der obrigkeits-, dort der gottgelenkte Mensch – gilt in Luthers Stammlanden nicht mehr. Die Protestanten drüben mischen sich politisch ein, weil sie sich moralisch im Recht fühlen können.

Da bedarf es nicht der Poetik von Hempels Stellvertreter Manfred Stolpe, dem wichtigen Scharnier zur Staatsführung. Er redet von „überzeugten Friedensbotschaftern", die die „DDR" in den Westen sendete, überwände die SED nur endlich ihre „großen Sorgen" vor mehr Reisemöglichkeiten. Einer von drüben, der am Düsseldorfer Kirchentag teilnehmen durfte, schrieb im Ostberliner Kirchenblatt viel schlichter: Trotz vieler einstürmender Eindrücke vom Westen habe er sich im „fremden Land", wie er schrieb, „zu Hause" gefühlt. Die Deutschen sind heute, wo immer sie leben, von sich aus auf den Frieden verpflichtet und zum Frieden bereit.

Der doppelstrategische Ansatz nach innen liegt in der beständigen kirchlichen Helsinki-Mahnung an die Mächtigen, das „DDR"-Menschenbild von dem eines „Geknechteten" – wie es ein Synodaler in Dresden formulierte – zum Positiven zu wandeln.

Anders als die evangelische Kirche, die ihre Kraft immer wieder neu gewinnen muß und ihren Halt in der Welt-Ökumene sucht, hält sich die katholische Kirche in der „DDR" unter dem vatikanischen Schirm von der Weltlichkeit fern. Auf das geistige Zentrum in Rom orientiert, rechnen die 1,2 Millionen Katholiken auf die „systemüberwindende Kraft" (Kardinal Joachim Meisner) ihrer Kirche. Meisners Nein zu einer „Kirche des politischen Kultes" wird von Luthers Nachfahren in der „DDR" nicht geteilt.



Amerikas Studenten speisen aus vielen Töpfen

Die Russen waren es, die den amerikanischen Studenten zum BAföG à la Amerika verhalfen. Der Schock auf den Sputnik-Vorsprung ließ die Geldquellen des Staates sprudeln. Heute ist es unter anderem der „Krieg der Sterne", der verhindert, daß die von Präsident Reagan beabsichtigten Kürzungen Wirklichkeit werden.

Von HORST-A. SIEBERT



Zwölf Millionen Studenten füllen die 3280 Colleges und Universitäten der USA FOTO: DPA

BAföG in Amerika? Man glaubt es kaum, aber so etwas gibt es in vielfacher Form – als Geschenk, zurückzahlbare Darlehen und Jobs. Von den rund zwölf Millionen Studenten, die im gerade begonnenen Wintersemester die Hörsäle der 3280 Colleges und Universitäten in den USA füllen, erhält mehr als die Hälfte Ausbildungsbeihilfen. Die Bundesbehörden in Washington, die heute nahezu vier Fünftel der Gelder bereitstellen, unterstützen allein 5,3 Millionen Studenten. Der Rest kommt aus den Steuerkassen der 50 Bundesländer, von den Hohen Schulen selbst und aus privaten Quellen.

Als Mitte September die 2175 von Harvard neu zugelassenen Studenten in Cambridge bei Boston anreisten und registriert, begrüßt und auf ihre Campus-Zimmer verteilt wurden, ergab sich, daß bis zu 70 Prozent auf fremde Hilfe angewiesen sind. Bei vielen war die Finanzierung des Studiums noch nicht gesichert. Bedürftigkeit aber beeinflußt bei der Nobeluni die Aufnahme nicht; von den 12 627 Bewerbern wählte sie die vielversprechenden jungen Leute aus. Ähnlich ist es an den anderen akademischen Ausbildungsstätten.

Nicht mehr richtig ist das Bild von einem Amerika, in dem das Schlagwort „Wettbewerb" alles bedeutet und es die Pflicht der Eltern ist, ihre Kinder durch College und Universität zu pauken, egal, wie groß die finanziellen Opfer sind. Zu sehr geändert haben sich die Bedürfnisse, der Lebensstil und die Verbrauchsgewohnheiten. Bei höheren Ansprüchen sind die Realeinkommen nur geringfügig gewachsen, für die breite Mittelklasse kaum noch finanzierbar ist überdies die Kostenexplosion an den Hochschulen. Nach der Statistik betreiben nur noch 49 Prozent der Haushalte Vorsorge durch Sparpläne, die große Mehrheit jedoch in bescheidenem Umfang. Aber auch der Staat hat längst erkannt, daß man die Erziehung nicht allein den Familien überlassen darf.

Noch vor 30 Jahren beschränkten sich die Ausbildungsbeihilfen in den USA in der Hauptsache auf Stipendien, die von den Colleges und den Universitäten vergeben wurden. Einige Hochschulen unterhielten kleine Kredit- und Beschäftigungsprogramme für die ärmsten unter den Studenten. Äußerst sparsam gingen auch die Bundesstaaten mit dem Geld um, von denen einige in Notfällen mit Zuschüssen einsprangen. Washington half wiederum nur den Veteranen des Zweiten Weltkrieges und des Korea-Krieges sowie der indianischen Minorität und hochkarätigen graduierten Studenten.

Als Reaktion auf den sowjetischen Sputnik-Vorsprung im Weltraum verabschiedete der amerikanische Kongreß 1958 den „National Defense Education Act", der erstmals allen bedürftigen Studenten Beihilfen einräumte. Junge Professoren, die an Colleges unterrichten wollten, und Studenten von Fremdsprachen erhielten Bundesstipendien. Im Rahmen der „Great Society" setzte US-Präsident Lyndon Johnson weitere Hilfsprogramme durch, so die College Work Study, die Educational Opportunity Grants und die Guaranteed Student Loans.

Diese noch heute gültigen Programme traten 1964 und 1965 in Kraft. Zugleich schuf der Kongreß damals Beihilfen für die Kinder von Rentnern und für Medizinstudenten. 1972 folgten die Basic Educational Opportunity Grants, die nach dem Senator Pell benannt werden und die wichtigste Geldquelle der Bedürftigsten darstellen.

Arbeitsprogramme für arme Studenten

Die Pell-Zuschüsse werden direkt, die anderen von den Hochschulen ausgezahlt, und zwar nach vorgeschriebenen Regeln. Die Legislative ergänzte das Netz im selben Jahr durch die State Student Incentive Grants. Sie sollten die Länder zu höheren Beihilfen ermuntern, indem der Bund die von ihnen bereitgestellten Mittel verdoppelte. Auf mittlere Einkommen ausgedehnt wurden 1978 die Pell Grants. Beschäftigt werden die Studenten, die an Arbeitsprogrammen teilnehmen, auf dem Uni-Gelände, in den Speisesälen oder Bibliotheken – heute zum Mindestlohn von 3,35 Dollar je Stunde.

Der Geldschub, ausgelöst durch die Gesetzesfülle, war enorm: Während die Hilfen Washingtons, der Länder und der Institutionen im Ausbildungsjahr 1963/64 noch mit insgesamt 546 Millionen Dollar zu Buch schlugen, überstiegen sie 1984/85 bereits 18 Milliarden Dollar. Den dicksten Brocken stellten die vom Bund garantierten Studentendarlehen mit 8,5 Milliarden Dollar dar; die verlorenen Zuschüsse vom Potomac addierten sich noch einmal auf 5,7 Milliarden Dollar. Die Beiträge der Bundesstaaten und die Eigenhilfen der Hochschulen erreichten 1,3 und 2,6 Milliarden Dollar.

Verteilt auf die einzelnen Empfänger ergab sich dieses Bild: Nahezu 2,6 Millionen amerikanische Studenten erhielten im Durchschnitt 1073 Dollar aus dem Pell-Grant-Programm, 686 000 Studenten 545 Dollar aus den Supplemental Educational Opportunity Grants, 661 000 Studenten 885 Dollar aus dem früheren National Defense Act und 759 000 Studenten 875 Dollar im Rahmen der Arbeitsprogramme. An den Hilfen der Bundesländer partizipierten 1,6 Millionen Studenten mit jeweils 852 Dollar.

Schon in seinem ersten Amtsjahr 1981 hat US-Präsident Ronald Reagan versucht, das komplexe System zurückzuschneiden. Bis auf kleine Korrekturen ist er jedoch gescheitert. Erreicht hat er aber, daß die Bundesausgaben heute real, also inflationsbereinigt, unter dem Niveau des Studienjahres 1980/81 liegen. In den Papierkorb versenkte der Kongreß auch die drastischen Kürzungsvorschläge, die Reagan im Februar unterbreitete. Die jüngsten Beschlüsse sehen nur eine Streichung von 800 Millionen Dollar im Haushaltsjahr 1986 vor, das am 1. Oktober beginnt.

Das Kapitol nimmt damit Rücksicht auf Überlegungen, die an den Sputnik-Schock erinnern. Angesichts der Rekord-Handelsbilanzdefizite sehen die Amerikaner plötzlich ihren technologischen Vorsprung gefährdet, und durch das Land hallt der laute Ruf nach besserer Ausbildung. Forschung und Entwicklung ist ihre Antwort auf die geschrumpfte Wettbewerbsfähigkeit der US-Unternehmen am Weltmarkt; auch der „Krieg der Sterne" erfordert mehr Wissenschaftler. Hinzu kommt, daß der Staat die Aufblähungen der Studienkosten wenigstens teilweise auffangen muß.

Anders als in der Bundesrepublik Deutschland verlangen alle privaten und öffentlichen Colleges und Universitäten in den USA Studiengebühren. Außerdem wohnen die meisten Studenten auf dem Campus und werden dort auch verpflegt. Für 1985/86 sind die „Preise" jetzt um durchschnittlich sieben Prozent angehoben worden, also doppelt so viel wie die Inflationsrate. Am teuersten ist das Bennington College in Vermont. Dort müssen die Eltern für das akademische Jahr 17 210 Dollar oder umgerechnet 50 000 Mark zahlen.

Die Gebühren wurden um sieben Prozent erhöht

Das Studienjahr kostet am berühmten Massachusetts Institute of Technology 17 030, in Princeton 16 790, in Yale 16 650, in Harvard und Redcliffe 16 500 und in Stanford 16 193 Dollar. Das ist die Crème de la crème, die sozusagen auch den Berufserfolg garantiert. Im Schnitt erfordern vierjährige private Colleges, die man mit einem Bachelor-Grad verläßt, in diesem Jahr 9659, die subventionierten staatlichen Hochschulen 5314 Dollar. Wer zu Hause wohnt, zahlt 8347 und 4240 Dollar. Nach dem Gesetz hat jeder Student die freie Wahl; bei den Unterstützungszahlungen werden die Kosten der teuersten Uni berücksichtigt.

Das jedoch nur proportional, so daß die Familien erhebliche Beträge zusätzlich aufbringen müssen. Allerdings kann der Student bei Bedürftigkeit mehrere Programme in Anspruch nehmen. Die Barriere ist ein jährliches Familien-Einkommen von 30 000 Dollar, Sonderausgaben und die Zahl der studierenden Kinder können es auf 80 000 Dollar erhöhen. Für viele Eltern sind die zinsverbilligten und garantierten Darlehen die Rettung: Sie können je Kind und Jahr 3000 Dollar aufnehmen, das studierende Familienmitglied erhält weitere 2500 Dollar. Zur Zeit sucht Washington nach einem Weg, die von vielen ehemaligen Studenten nicht zurückgezahlten Kredite einzutreiben.

Spare regelmäßig, leihe klug und zahle pünktlich

Über 16 000 Kilometer weit ist eine Idee geflogen, die vor über 100 Jahren im Westerwald erdacht wurde. Auf den Fidschi-Inseln garantiert das „Modell Raiffeisen" den Bauern eine gesicherte Zukunft.

Von PETER SCHMALZ

Draußen treibt heiße Schwüle dicke Schweißperlen auf die Stirn. Zwischen Pazifik und Regenwald lastet feuchte Tropenluft über Suva, der quirligen Hauptstadt des Südseeparadieses Fidschi. Doch hinter den Türen des Chinarestaurants pustet die Klimaanlage Kälte in das Lokal und läßt die Gäste frösteln. Manche haben den Pullover übergestreift. Der Minister aber trägt nur ein offenes Hemd, einen beigen Rock und Sandalen ohne Socken. Jone Naisara, zuständig für Energie und Rohstoffe, scheint die Kaltluft nicht zu spüren, er hat sich heiß geredet über eine Idee, die seit 30 Jahren mit seiner Hilfe über die 332 Pazifik-Inseln von Fidschi springt und das Leben im Tropenwald veränderte.

Eine Idee, die mehr als ein Jahrhundert vorher in Deutschland geboren wurde und den Namen des Westerwälder Bürgermeisters Friedrich Wilhelm Raiffeisen unsterblich machte.

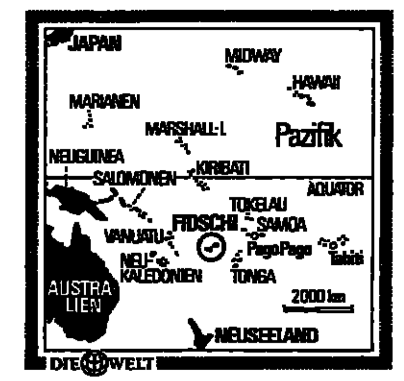
Minister Naisara läßt sich zwei Salzfässer und ein Pfefferfaß geben. Draußen auf den Dörfern hatte der ehemalige Englisch- und Mathematiklehrer Steine dafür verwendet. Er plaziert die weißen Porzellanfäßchen im Dreieck und legt einen Teller darüber. „So haben wir das den Leuten erklärt, und sie haben uns verstanden: Das sind die drei Fundamente eines Hauses, von denen jedes so wichtig ist wie die beiden anderen. Fehlt eines, stürzt das Haus ein." Blitzschnell zieht er ein Faß weg, und der Teller poltert auf die Holzplatte. Jone Naisara lacht. „Die drei Fundamente sind: Spare regelmäßig, leihe klug und zahle pünktlich zurück."

Das sind die Grundelemente der Raiffeisen-Ideologie. Der Bauernsohn und Bürgermeister mußte in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts miterleben, wie die Landwirte nach der Bauernbefreiung zwar Eigentümer der Scholle wurden, aber noch so sehr an die alte Tauschwirtschaft gewöhnt, daß sie den neuen und notwendigen ökonomischen Entscheidungen nicht gewachsen waren und zunehmend in die Hände oft skrupelloser Geldverleiher und Händler gerieten.

Raiffeisen rief Kreditgenossenschaften ins Leben, bei denen der Bauer als Darlehensnehmer zugleich Mitglied sein und das gesamte Vermögen als haftendes Kapital einbringen mußte. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung waren seine Grundsätze, die schon zu Beginn des Jahrhunderts Anhänger weit über die deutschen Grenzen hinweg hatten. Siedler und Priester haben sie in alle Welt gebracht, nach Belgien erst, nach Frankreich und Finnland, in die USA und nach Kanada, nach Indien und nach Brasilien. Selbst in Rußland waren 1916 über 11 000 Raiffeisen-Kreditgenossenschaften registriert. Heute zählt die überkonfessionelle Gemeinde rund um den Erdball in fast 100 Ländern mehr als 150 Millionen Mitglieder in über 330 000 Genossenschaften.

Der Zufall, der häufiger Geschichte schreibt, als der reinen Lehre lieb sein kann, verpflanzte den Gedanken zur Mitte dieses Jahrhunderts in die Südsee. Den Anstoß gab der Brite Sir Ronald Garvey, Gouverneur in dem Karibikstaat Britisch-Honduras, nachdem er auf die andere Seite des Erdballs in die Kolonie Fidschi versetzt wurde und eine Situation vorfand, die er noch aus seinen frühen Honduras-Jahren kannte: Die einfachen Landwirte, des Lesens und Schreibens nicht mächtig und den Umgang mit Geld nicht gewöhnt, wurden mehr und mehr Opfer von Kredithaien.

In seinem weißen Gouverneurspalast von Suva, in dem heute der General-Gouverneur die Interessen Ihrer Königlichen Majestät in dem seit 1970 unabhängigen Commonwealth-Staat vertritt, beriet Sir Garvey mit einigen schwarzen Landesführern die Lage. „Ich kenne in Honduras", sagte er ihnen, „einen Priester, der dort seit zehn Jahren Kreditgenossenschaften gründet und den Bauern nach und nach aus ihrer Abhängigkeit hilft." „Könnte er uns nicht einmal besuchen und uns seine Idee zeigen?" war die Antwort.



Es dauerte Monate, ehe der tatkräftige Jesuitenpater Marion Ganey im Dezember 1953 in Suva vom Schiff ging: Der Bischof in Honduras mußte vom Sinn der Reise überzeugt und das Reisegeld gesammelt werden. Immerhin: Der Jesuit wurde für sechs Monate zu seiner Südseetour beurlaubt. Aus dem halben Jahr sollte mehr als ein halbes Leben werden, Pater Ganey starb vor einem Jahr im hohen Alter von 80 als einer der angesehensten und beliebtesten Männer des Inselstaates. Er hinterließ knapp 400 Kreditgenossenschaften mit 63 000 Mitgliedern: Jeder zehnte der 634 000 Fidschianer ist somit in einer „Credit Union" organisiert. „Unsere wichtigste Absicht war und ist, einfachen Menschen Geld zu leihen, damit sie ihre Doktorrechnung und das Schulgeld bezahlen können, damit sie fähig sind, Gartengeräte und Pflüge und andere wichtige Dinge des täglichen Lebens zu kaufen", sagte der Jesuitenpater noch wenige Tage vor seinem Tod.

Die Idee aus Deutschland hatte er in den Vereinigten Staaten kennengelernt und in Honduras zum Wohle der einfachen Farmer 18 Jahre lang beharrlich und erfolgreich angewandt. Seine erste Tat in Fidschi war die Rettung eines Bauern aus den Klauen eines Kredithais: Zehn Dollar hatte sich der Mann geliehen und schon 48 Dollar (der Fidschi-Dollar entspricht fast einem US-Dollar) an Zinsen gezahlt, ohne bislang einen Cent der Schulden abgetragen zu haben.

Minister Naisara erinnert sich noch an die ersten Wochen. Er war dem weißen Fremden als Dolmetscher und Begleiter zugewiesen, wenn sie im Wagen oder auf Pferden zu den Dörfern im Busch zogen. „Wir sagten den Menschen: Alles, was wir von euch wollen, ist, daß ihr etwas zur Seite legt, wenn ihr Geld bekommt." Manche Dörfer erwiesen sich als kleine Schatztruhen: Erspartes war im Dachfirst versteckt oder unter einem Papayabaum vergraben; diese Münzen und Scheine bildeten den Grundstock der Genossenschaften.

Bevor die neue Bewegung expandieren konnte, mußte jedoch das Landesgesetz, das bis dahin jedem Fidschianer verboten hatte, mehr als 30 Dollar zu besitzen, geändert werden. Dann konnten die ersten Gelsammler losziehen. Damals warnten besorgte Europäer: „Geldtransporte sind gefährlich, gebt den Fahrern Gewehre." „Aber wir haben erwidert", erinnert sich der Minister, „das ist das Geld der Leute, niemand wird wagen, es zu rauben. Und wir behielten recht: Bis heute wurde kein Money-Truck überfallen."

Die Zahl der Genossenschaften wuchs und damit ein neues Problem: Zu wenige in den Dörfern waren erfahren im Umgang mit Geld, Bilanz- und Buchhaltungskurse wurden notwendig. Wieder ging der Pater voran und überredete die Mitglieder mit Geduld und guten Worten, im Teamwork ein Trainingszentrum zu bauen. 1970 konnte das Bergengren-Training-Centre, genannt nach einem amerikanischen Credit-Union-Leader, eingeweiht werden. Und hier in diesem Haus schließt sich nach mehr als hundert Jahren wieder der Kreis über den Äquator hinweg nach Deutschland, dem Geburtsland des Raiffeisen-Gedankens. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung fördert die Ausbildung in diesem Haus und lädt zudem zu Kursen in ihr neues, erst im Frühjahr eröffnetes Seminarzentrum Nadave nahe der Hauptstadt. „Wir haben damit die Chance, über eine weithin bekannte und auf den Dörfern angesehene Organisation Führungskräfte heranzubilden, die langfristig auch die Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten verbessern werden", begründet der deutsche Projektleiter Hein Kiessling den bayerischen Einsatz am anderen Ende der Welt.

„Was Ihr Land hier leistet, ist weit mehr als nur Geld geben", urteilt Professor José Avila. Er wurde aus Honduras geholt und soll nach dem Tod von Pater Ganey den Kreditgenossenschaften mit einem neuen Fünf-Jahres-Programm den Weg in die Zukunft ebnen. „Ihre Hilfe ist zum Wohl dieses Volkes. Sie geben den Leuten kein Geld, dafür aber Wissen." Und der Wissenschaftler aus der Karibik erinnert sich an ein Sprichwort aus seiner Heimat: „Gib den Menschen Geld, und sie werden dich vergessen; gib den Menschen Wissen, und sie werden dich ein Leben lang in guter Erinnerung halten."

Das Problem der Patienten, nach Arzt-Fehlern ihr Recht zu bekommen

Kölner Rechtsanwalt kritisiert Standessolidarität bei medizinischen Gutachtern

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Im Bereich der Personenschäden sind zur Zeit die Medizinschäden eines der größten, wahrscheinlich sogar das größte Schadensgebiet in der Bundesrepublik Deutschland. Diese These stellte anläßlich einer Tagung zum Thema „Ärztliche Schlichtungsstellen im Brennpunkt" in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach der Kölner Rechtsanwalt Georg Meinecke auf. Er war 1974 Mitbegründer des ersten „Deutschen Patientenschutzbundes" und erklärt heute, daß 60 Prozent aller Beschwerden wegen ärztlicher Behandlungsfehler begründet seien.

Die „Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler bei der Ärztekammer Nordrhein" in Düsseldorf hat hingegen in den letzten Jahren *nur in 17 Prozent der sachlich* geprüften Beschwerdefälle Behandlungsfehler festgestellt, die vergleichbare Stelle in Hannover für Niedersachsen im gleichen Zeitraum 32 Prozent und die in München für Bayern 37 Prozent.

Anlaß für die Gummersbacher Tagung war die Tatsache, daß die große Zahl gerichtlich einschlägiger Verfahren und ihre oft übermäßige Dauer (*jeweils fünf bis 15 Jahre*) dazu geführt haben, daß zunehmend Alternativen zur Justiz diskutiert werden. Praktische Erfahrungen, die im Bereich ärztlicher Schlichtungs- und Gutachterstellen mit solchen Alternativen zur Justiz gemacht wurden, sollten mit den Betroffenen und ihren Vertretern diskutiert werden.

Aus der Sicht der Erfahrungen eines Patientenanwalts meinte Rechtsanwalt Meinecke, abzuraten sei in aller Regel von der Erstattung einer Strafanzeige gegen den Arzt und von der Führung eines zivilrechtlichen Schadensersatzprozesses.

Bei der außergerichtlichen Schadensregulierung falle immer wieder auf, daß es Sachverständige für jedes Gebiet gebe – nur nicht zur Klärung der Frage, ob der Schaden eines Patienten auf einen ärztlichen Behandlungsfehler zurückzuführen ist oder nicht. Das sei für den Juristen bemerkenswert, für den Laien „ein schlichter Skandal", da nach der Schätzung des Professors Jakob von Uexküll heute bereits 50 Prozent aller Leiden iatrogenen Ursprungs, also von Ärzten verursacht seien.

Aus der Sicht eines „Patientenanwalts" wandte sich Meinecke dagegen, die Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen bei den Ärztekammern als „Alternative zur Justiz" vorzustellen. Er begründete diese Haltung mit dem Hinweis darauf, daß der für Arzthaftpflichtsachen zuständige Senat beim Bundesgerichtshof schon seit Jahren in seinen Urteilen in solchen Prozessen dargelegt habe, daß gerade medizinische Gutachter im Kunstfehlerprozeß unterschwellige Standessolidarität übten, sich den Grundsätzen ärztlicher Kollegialität anpaßten und damit nicht dem mutmaßlich durch Behandlungsfehler geschädigten Patienten nützten.

Zum Beweis dafür zitierte Meinekke unter anderem ein Bundesgerichtsurteil vom 14. März 1978, in dem es heißt: „Beim Lesen und Würdigen von Sachverständigengutachten muß das Gericht davon ausgehen, daß ärztliche Gutachter eine Abneigung gegen vermeidbare Belastung von Mitärzten haben" (Aktenzeichen VI ZR 213/76 – VersR 1978, 542).

Neuer Mann mit alten Forderungen

Bremens Senatspräsident Wedemeier beklagt unzureichende Bonner Finanzhilfe

W. WESSENDORF, **Bremen**

„Ohne den Bund können die bremischen Probleme nicht gelöst werden", sagte der neue Präsident des Bremer Senats, Klaus Wedemeier (SPD), bei seiner ersten Erklärung im Amt. „Bremen hat seine wirtschaftlichen Probleme nicht selbst verursacht und kann deshalb die Hilfe des Bundes beanspruchen, der bei tiefgreifenden Strukturkrisen zur Unterstützung verpflichtet ist."

Die Finanzhilfe von jährlich rund 100 Millionen Mark an Bundesergänzungszuweisungen, die nur für rund zwei Jahre festgeschrieben worden seien, reiche zur Bewältigung der tiefgreifenden Probleme des Landes bei weitem nicht aus. Deshalb fordere Bremen einen erhöhten Ausgleich für Hafenlasten. Der jetzige Abgeltungsbetrag für die besonderen bremischen Hafenlasten betrage lediglich 25 Millionen Mark jährlich. Eine Anpassung habe seit 1969 nicht stattgefunden.

Der damalige Betrag sollte die laufenden Unterhaltungskosten und zwei Drittel der Investitionen für die Häfen abdecken. Wenn man heute *diese durchaus sinnvolle Rechnung* heranziehe, müsse unter Einbeziehung der hohen Hafeninvestitionen Bremens und der seitdem realisierten Baupreissteigerung ein Betrag von 130 Millionen Mark erstattet werden.

Darüber hinaus wirke sich im geltenden System des Länderfinanzausgleichs die Umlandwanderung für das Land Bremen aus. Deshalb reiche der dem Zweistädtestaat zugestandene Bonus aus dem Jahre 1970 in der Form der sogenannten Einwohnerwertung oder -veredelung (130 statt 100 Prozent) schon lange nicht mehr aus. Wedemeier stellt sich vor, daß die Einwohnerwertung künftig mindestens 145 betragen müsse.

Der 41jährige Regierungschef des Bremer SPD-Senats warf der Bundesregierung vor, daß sie die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die davon besonders betroffenen Bundesländer wie Bremen abwälzt. Im kleinsten Bundesland erreicht die Arbeitslosenquote inzwischen fast 15 Prozent. *1975, erklärte Wedemeier, hätten* rund 60 Prozent der Arbeitslosen von der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeld erhalten. 1984 seien es aber nur noch 38 Prozent gewesen.

„Um die schweren Probleme des Landes Bremen lösen zu können", so Wedemeier, „fordere ich die Mobilisierung aller Kräfte des Zweistädtestaates." Er wolle sich „persönlich für eine Zusammenfassung der regional relevanten Kräfte einsetzen".

Der Senatspräsident betonte zudem, daß Arbeitsplätze über Privatinvestitionen geschaffen würden, die es künftig verstärkt anzukurbeln gelte. Die private Wirtschaft bleibe für die Beschäftigung verantwortlich. Dies ergebe sich schon daraus, daß weit mehr als 80 Prozent aller Arbeitsplätze im Lande privatwirtschaftlich orientiert seien.

CSU stellt sich voll hinter Zimmermann

PETER SCHMALZ, **München**

„Wir haben keinen Grund, an Herrn Zimmermanns Zuverlässigkeit und rechtsstaatlichem Vorgehen zu zweifeln", erklärte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern nach der Sitzung des CSU-Landesvorstands in München. Die CSU stehe uneingeschränkt hinter Innenminister Friedrich Zimmermann.

Das Parteigremium beriet in Abwesenheit von Zimmermann, der sich wegen anderer Termine entschuldigt hatte, Fragen der Inneren Sicherheit „aufgrund der jüngsten Vorfälle und daraus sich ergebenden Erkenntnisse", wie Strauß formulierte. In einer Resolution wurde indirekt der frühere FDP-Innenminister Gerhart Baum für die Vorkommnisse verantwortlich gemacht, indem die CSU von der Bundesregierung fordert, die unter Baum eingeführten Sicherheitsrichtlinien zu revidieren und wieder wirksamer zu gestalten. Sicherheitsüberprüfungen werden auch für das in der Zeit der SPD/FDP-Koalition in Schlüsselämter und Schlüsselfunktionen eingestellte Personal gefordert.

In einer weiteren Resolution wurden das Bedauern über die EG-Beschlüsse zu Südafrika ausgedrückt und die politischen Linien von Strauß nachdrücklich unterstützt. Zugleich werden von der südafrikanischen Regierung durchgeführte Reformen als „richtige Schritte in die richtige Richtung" bewertet. Die Regierung Botha wird aufgefordert, „*unbeirrt und zügig* weiterzugehen". Die CSU erwartet, heißt es in der Resolution weiter, daß die Regierung in Pretoria „die allgemeine Apartheid bis zu ihrer völligen Beseitigung abbaut und neue Überlegungen anstellt, auf welchem Wege die farbigen und schwarzen Bevölkerungsanteile an der politischen Entscheidungsfindung in der Führung des Landes beteiligt werden können".

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird unterstellt, er beteilige sich an einer „weitverbreiteten Heuchelei", indem er und viele europäische Regierungen sich auf die Verurteilung Südafrikas konzentrieren und unsägliche Greueltaten anderswo kaum mehr zur Kenntnis nehmen. Die FDP wurde aufgefordert, ihren „pubertären Stil der politischen Diskussion" zu beenden.

Die CDU will die Oppositionsbank nicht länger als fünf Jahre drücken

Von ULRICH REITZ

Die Katerstimmung, die sich im Gefolge der erdrutschartigen Wahlniederlage vom 10. März *bei den saarländischen Christdemokraten* breit gemacht hatte, ist verflogen. Von der zehnjährigen Oppositionszeit, die damals Pessimisten dem Wahlverlierer prophezeit hatten, will die Partei heute nichts mehr wissen. Der Wahlverlierer, der unter die 40-Prozent-Marke rutschte, richtet inzwischen wieder seinen Blick nach vorn. CDU-Fraktionschef Günther Schwarz nennt es eine „realistische Einschätzung", daß die CDU die harte Oppositionsbank nicht länger als fünf Jahre drücken wird.

Der CDU-Politiker gründet seinen Optimismus zum einen auf die „ernüchternde" Politik der sozialdemokratischen Landesregierung und zum anderen auf „die Moral unserer Truppe, die wieder in Ordnung ist". Inzwischen hätten zudem die pragmatischen, eher konservativen Saarländer erkannt, daß Lafontaines Regierung „auch nur mit Wasser kocht".

Die Lösung der entscheidenden Probleme, wie zum Beispiel den Abbau der Arbeitslosigkeit, habe die Landesregierung noch nicht in Angriff genommen. Gegenwärtig sei es deshalb für die Opposition leicht, den Finger in offene Wunden zu legen: „Die Regierung läßt keine Gelegenheit aus, uns Chancen zum Gegenangriff zu bieten", kommentiert Schwarz. Auch die Versuche etwa, die Krise bei Arbed zu bewältigen, wirken in den Augen der Union konzeptlos und würden von politischen Rücksichten auf die im Saarland mächtige IG Metall diktiert.

Ein „Armutszeugnis" stelle sich die Regierung dadurch aus, daß sie Landespolitik nur als „Pflichtübung" betrachte, die Kür dagegen auf „schlagzeilenträchtigen Nebenkriegsschauplätze" abhalte. Bestes Anschauungsmaterial dazu, so Schwarz, böten die Aufhebung des Extremistenbeschlusses und die, wie er es nennt, „sicherheitspolitischen Eskapaden" der Landesregierung.

Hierzu gehört zum einen nicht nur die Entscheidung des Innenministers Friedel Läpple, den Gemeinden die Freiheit einzuräumen, sich zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Noch weiter geht die Ankündigung von Umweltminister Jo Leinen, der am liebsten das gesamte Saarland als „kernwaffenfrei" deklarieren möchte.

Dieses Vorhaben, so sieht es die Union, könnte potentielle Investoren fernhalten und so die ohnehin wirtschaftlich angespannte Situation noch weiter verschärfen. Bei der CDU hat man schon eine erste Schlußfolgerung gezogen: Wegen der „großen Aufgeschlossenheit unserer Bürger für sicherheitspolitische Themen" sollen Verteidigungsfragen auch im Wahlkampf eine Rolle spielen.

Um programmatisches Profil geht es den Christdemokraten auch in der Familienpolitik. Mit einer Initiative im Saarbrücker Landtag will die Oppositionspartei erreichen, daß nach dem Vorbild der „Stiftung Mutter und Kind" eine landeseigene „Stiftung zum Schutz des Lebens" eingerichtet wird.

Schwarz macht kein Hehl aus seiner Auffassung, daß eine Klage vor dem *Bundesverfassungsgericht* gegen die Rechtmäßigkeit der Abtreibung auf Krankenschein angebracht gewesen wäre. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte auf den Gang nach Karlsruhe verzichtet. Schwarz hält es für nötig, von der „Fixierung auf rein emanzipatorisches Denken wegzukommen".

Landesbericht Saarland

Bei dem emotionsgeladenen Thema Gesamtschule stellt Schwarz eine falsche Weichenstellung durch Kultusminister Diether Breitenbach fest: „Es gibt keinen Anlaß, von dem gegliederten Schulwesen Abschied zu nehmen." Der CDU-Politiker plädiert mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen für eine Verlagerung der Bildungspolitik auf den Schwerpunkt der Qualifikation Jugendlicher, um ihre Berufschancen zu verbessern.

Die Rückkehr zur Macht wird sich, darüber kann auch der Optimismus nicht hinwegtäuschen, für die CDU schwierig gestalten. Die Fehler der Vergangenheit müssen erst verdaut werden: „Eine Partei, die so lange in der politischen Verantwortung stand, unterliegt auch der Gefahr der Erstarrung", lautet die nüchterne Einschätzung.

Entscheidend wird letztlich sein, ob die CDU die Neuorientierung eines Teils ihrer Wählerschaft revidieren kann: Denn Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat am 10. März – so zeigten es die Analysen – von dem negativen Bundestrend profitieren und einen beträchtlichen Teil von Arbeitnehmerstimmen aus der CDU hinzugewinnen können. Die Freidemokraten konnten auch einen Gutteil der mittelständischen Wähler für sich gewinnen.

Die Mehrheit der CDU bröckelte schon von 1976 an ab, als die saarländische CDU bei Bundestagswahlen vergleichsweise schlecht abschnitt. Und auch die Kabinettsumbildung im Sommer vergangenen Jahres sorgte nur für kurzzeitigen Aufwind. Aber auch ein Warnschuß während dieser Zeit war nicht zu übersehen: Bei den Gemeinderatswahlen am 17. Juni 1984 verwies die SPD mit 45,6 Prozent die CDU (42,2 Prozent) auf den *zweiten Platz*.

Für die Chancen der CDU spricht allerdings nicht nur die Ernüchterung der Saarländer über die Regierungspolitik, sondern auch die Attraktivität ihres voraussichtlichen Spitzenkandidaten Werner Scherer. Es hat nicht den Anschein, als würde sich der im Mai gewählte neue Landesvorsitzende der CDU bereits nach zwei Jahren wieder zurückziehen. Der frühere Kultusminister hat auf dem ersten Landesparteitag nach der Wahl deutlich gemacht, daß er nicht von einer Befristung seiner Amtszeit auf zwei Jahre ausgeht.

Ein Kandidat Scherer würde nicht nur von seiner unbestrittenen Autorität in der CDU profitieren, sondern auch von seinem Ansehen in der saarländischen Bevölkerung und von seiner Erfahrung. Die CDU baut momentan eine junge Mannschaft um den 55jährigen auf. Dazu gehören Schwarz, aber auch der vor kurzem zum neuen Vorsitzenden der Jungen Union gewählte Peter Müller und sein Vorgänger und neuer stellvertretender Landesvorsitzender Peter Jacoby.

Die Christdemokraten machen sich allerdings keine Illusionen darüber, daß die Aussichten, einen Machtwechsel ohne die FDP zu schaffen, gering sind. „Die FDP ist unser natürlicher Koalitionspartner", hatte schon der scheidende Ministerpräsident Werner Zeyer im Mai erklärt. Eine Einschätzung, die Schwarz und Scherer teilen.

London will in Nahost Terrain zurückgewinnen

USA und Europa schweigen zur Einladung an die PLO

REINER GATERMANN, **London**

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat etwas für sie Ungewöhnliches getan: Sie hat sich mit ihrer Einladung an zwei PLO-Mitglieder, gemeinsam mit zwei jordanischen Ministern London zu besuchen, einem großen, von ihr nur schwer beeinflußbaren außenpolitischen Risiko ausgesetzt.

Politische Beobachter in London sind sich uneinig darin, ob das bisherige Schweigen in Washington sowie in den Hauptstädten Westeuropas zu dieser überraschenden Offerte Frau Thatchers positiv oder negativ auszulegen ist.

Keine Anerkennung

Frau Thatcher ist offenbar überzeugt, daß der Friedensprozeß im Nahen Osten nicht mehr im derzeitigen Schwebezustand verharren darf, sondern vorangetrieben werden muß. Und in dem Plan König Husseins von Jordanien, der von PLO-Führer Yassir Arafat gutheheißen wurde, sieht sie eine vernünftige Ausgangsbasis. Frau Thatcher hat nach der PLO-Einladung aber, wie schon früher, versichert, daß ihre Regierung diese Organisation in keiner Weise offiziell anerkenne.

Niemand zweifelt daran, daß sie in entscheidenden Fragen auf der Seite Israels steht. Jedoch ist es in letzter Zeit immer deutlicher geworden, daß Frau Thatchers kritische Einstellung gegenüber Israels Politik in den von diesem besetzten Gebieten wächst.

Sie informierte die Regierung in Jerusalem Ende letzter Woche über ihre Einladung und stieß – sicherlich für sie nicht unerwartet – auf eiskalte Ablehnung. Außenminister Yitzhak Shamir kündigte einen offiziellen Protest an, und Premierminister Shimon Peres erklärte, es falle ihm schwer, Frau Thatchers Bereitschaft, PLO-Mitglieder nach London einzuladen, zu verstehen, wenn sie andererseits den Terrorismus so heftig verurteile. Im übrigen schade ihr Beschluß dem Friedensprozeß.

Israel will zudem versuchen, die beiden anderen Partner der „Tornado"-Produktionsgesellschaft, die Bundesrepublik Deutschland und Italien, dahingehend zu beeinflussen, daß sie den Verkauf dieses Kampfflugzeuges an Saudi-Arabien verhindern.

Die Auffassung Londons, daß Großbritannien im Nahen Osten „keine Hauptrolle" spiele, muß zu der Frage führen, warum Frau Thatcher gerade jetzt beschlossen hat, die Initiative zu ergreifen, und zwar in einem Alleingang, ohne sich mit den USA oder ihren europäischen Partnern abzusprechen.

Nachdem es US-Präsident Reagan strikt ablehnt, eine jordanisch-palästinensische Delegation mit PLO-Einschlag zu empfangen, kann Margaret Thatchers Schritt nur dahingehend interpretiert werden, daß sie die Reagan-Weigerung für falsch hält.

Hier kommt auch ein innenpolitischer Aspekt ins Bild. Zu Hause ist die konservative Regierungschefin immer häufiger dem Vorwurf ausgesetzt, eine „untertänige Sklavin" des US-Präsidenten zu sein, dem sie widerspruchslos folge. Dies habe dazu geführt, daß Großbritannien einen Großteil seines bisherigen internationalen Einflusses eingebüßt habe. Es ist nicht auszuschließen, daß Frau Thatcher im Nahen Osten ihre politische Unabhängigkeit sowie ihre eigene Beschlußkraft demonstrieren will.

Eigentlich hat Großbritannien aus der Kolonialzeit enge Bande mit etlichen Staaten dieser Region, hat sich jedoch bei weitem nicht so intensiv in den verschiedenen Konflikten engagiert wie etwa die USA und Frankreich. Hat man dies in London im rein politischen Bereich bisher akzeptiert, wurden die wachsenden Rüstungsverkäufe, insbesondere auf das Konto Frankreichs, zu einem immer größeren Irritationsmoment. Der „Tornado"-Vertrag mit Saudi-Arabien, wo man Paris ausstach, wird als Wende gesehen für stärkere, aggressivere Verkaufsanstrengungen.

Politisches Risiko

Eine Parallele im politischen Bereich wäre die PLO-Einladung. Nur ist hier das Risiko, sich aufs Glatteis zu begeben, erheblich größer. Schon berichten englische Zeitungen, daß Frau Thatcher offenbar schlecht informiert war, als sie die beiden PLO-Mitglieder der jordanisch-palästinensischen Delegation als friedvolle Leute darstellte, die der Gewalt und dem Terrorismus abgeschworen hätten und voll hinter den Nahost-Resolutionen der UNO ständen. Unbekannt waren ihr anscheinend deren Bekenntnisse zu den Zielen der PLO, die den „bewaffneten Kampf" einschließen. Sie verneinten zudem die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Palästina-Problematik.

Deng drängt bereits zu weiteren Verjüngungen

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Chinas „starker Mann" Deng Xiaoping läßt seinen Landsleuten nur wenig Zeit zum Atemholen. Nach den als revolutionär empfundenen Umwälzungen in Landwirtschaft und Industrie zielt seine Reformpolitik nun direkt auf die Machtzentralen in der Kommunistischen Partei.

Die Ablösung von 131 altgedienten Kadern aus dem Politbüro, dem Zentralkomitee und der diesem angegliederten Berater- und Disziplinarkommission bedeutet, daß die KP Abschied nimmt von der Praxis einer „lebenslangen Amtszeit", die allenfalls durch Krankheit, Tod oder durch Absetzung – wenn in Ungnade gefallen – ein Ende nahm.

40 Millionen Mitglieder

Statt dessen geht die Partei dazu über, eine Altersruhegrenze zu institutionalisieren. Das geregelte Nachrücken junger Leute in die Führungszentralen soll zum einen verhindern, daß die größte Kommunistische Partei der Welt mit ihren rund 40 Millionen Mitgliedern zum schwerfälligen Koloß erstarrt, und zum anderen sicherstellen, daß das atemberaubende Tempo der Dengschen Reformpolitik nicht verlangsamt wird.

Daß die Verjüngung der Parteiführung schon jetzt und nicht erst auf dem für 1987 anberaumten XIII. Nationalen Parteikongreß durchgezogen wurde, zeigt die Dringlichkeit, die Deng diesem Schritt beimißt. In nur wenigen Monaten sind in den Spitzen von Regierung, Armee und den Provinzen entscheidende personelle Veränderungen vollzogen worden. Ein Ende des Revirements ist damit jedoch nicht in Sicht.

Deng hat bereits angedeutet, daß schon in naher Zukunft auch Entscheidungsträger der vierten und fünften Ebene, das heißt also, die Chefs in den Verwaltungsbezirken, Kreisen und Städten sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, in den Ruhestand versetzt zu werden.

Obwohl die dafür nachrückenden jungen Technokraten als entschiedene Verfechter der Öffnungspolitik Chinas gelten, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der zurückgetretenen Veteranen, daß von einer Säuberung nicht die Rede sein kann. Das Los der „Pensionierung" ereilte Gegner und Befürworter des Reformkurses gleichermaßen. Vielleicht liegt hier das Geheimnis dafür, daß die Ablösung äußerlich so reibungslos über die Bühne gehen konnte und daß die Betroffenen in gemeinsam verfaßten Briefen selbst um ihre Versetzung in den Ruhestand angesucht haben.

Es darf dennoch davon ausgegangen werden, daß ihre so offen dokumentierte Einsicht in die Notwendigkeit einer Parteiverjüngung nicht ohne Seelenmassage vor sich gegangen ist. Eine eigens vom höchsten Organ der KP, dem ständigen Ausschuß des Politbüros zusammengestellte Arbeitsgruppe aus Deng-getreuen ZK-Mitgliedern hatte vor vier Monaten die heikle Aufgabe übernommen, Widerstände gegen eine Versetzung in den Ruhestand aus dem Weg zu räumen.

Wohl keinem der altgedienten Kader, die in den schwierigen Zeiten des Langen Marsches, des antijapanischen Widerstandkrieges und des Bürgerkrieges gegen die Kuomintang Tschiang Kai-scheks ein starkes Gefühl für „ihre Partei" entwickelt haben, wird der Abschied aus der Machtzentrale wirklich leicht gefallen sein.

Dies gilt in besonderem Maße für den greisen Marschall Ye Jianying, der sein gesamtes Leben in den Dienst der Partei stellte und 1976 mit seinem entscheidenen Beitrag zur Ausschaltung der „Viererbande" und der kulturrevolutionären Linken den heutigen Reformkurs überhaupt erst ermöglicht hatte.

Auch Erfahrung zählt

Die von großem Propagandaaufwand begleitete Verjüngungskur wirkt nur in einem Punkt nicht sehr überzeugend – da nämlich, wenn man das hohe Alter jener chinesischen Politiker in Rechnung zieht, die noch immer im Politbüro sitzen. Mit Deng Xiaoping (81) selbst, Peng Zhen (83), Chen Yun (80) und Li Xiannian (80) liegen allein vier weit jenseits der angepeilten Ruhestandsgrenze von 65 Jahren.

Auch die übrigen im Politbüro verbliebenen Mitglieder sind bis auf wenige Ausnahmen 70 Jahre und älter. Doch auch dafür findet die KP gute Gründe: Auf die Mitarbeit Deng Xiaopings und einiger älterer Führungskräfte könne die Partei derzeit noch nicht verzichten, da sie „im In- und Ausland hohes Ansehen genießen und für die künftige Entscheidungsfindung absolut unentbehrlich sind".

CSSR-Medien schüren Haß gegen den Westen

Kampagne erinnert an die Zeit nach dem „Prager Frühling"

RUDOLF STRÖBINGER, **Bonn**

Eine Haßkampagne gegenüber dem „imperialistischen Westen", die in ihrer Heftigkeit an die Zeit nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" im Herbst 1968 erinnert, wurde in den tschechoslowakischen Massenmedien entfacht. Politische Beobachter in Prag nehmen an, daß die Kampagne mit der steigenden Nervosität der Staats- und Parteiführung zusammenhängt, die durch die immer offenere Kritik der Bevölkerung – so wie etwa bei der Feier des 1100. Todestages des Slawenapostels Methodius – beunruhigt ist.

So strahlte das tschechoslowakische Fernsehen eine 55 Minuten lange Sendung unter dem Titel „Die Erziehung zum Klassenhaß" aus. Darin wird behauptet, daß die Verteidiger des Sozialismus den Feind schon lange vor dem Ausbruch eines Krieges hassen lernen müssen. Nur dieser Haß mache ihn unbesiegbar.

Deutsche verunglimpft

In einer dramatisierten Szene aus dem Zweiten Weltkrieg sagt einer der Schauspieler: „Die Deutschen sind schlimmer, wie Tiere." Ein anderer, der einen Scharfschützen der Roten Armee spielt, jubelt, daß er bereits 68 Deutsche erschossen habe.

In der Diskussion über den Klassenhaß wird behauptet, daß der sozialistische „Haß ein vornehmes Gefühl" sei. Auf das Argument, daß in einem Krieg auch Arbeiter aufeinander schießen, heißt es: „Wenn Arbeiter im Dienste des Kapitalismus kämpfen, sind auch sie unsere Feinde!"

In einer anderen Fernsehsendung mit dem Titel „Der Krieg im Äther wird fortgesetzt" setzt sich Milan Matous, einer der führenden tschechischen KP-Ideologen, mit der Tatsache auseinander, daß in der Tschechoslowakei die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" trotz brutaler Unterdrückung durch den Staatssicherheitsdienst aktiv ist. Matous führt dies auf Unterstützung westlicher „Diversionszentralen" zurück. Einerseits kündigt er ein schärferes Vorgehen der Staatsorgane gegen die Regimekritiker an, andererseits befürchtet er, daß die „feindliche Propaganda" aus dem Westen, in der Zukunft von Nachrichtensatelliten in die CSSR ausgestrahlt, noch stärker die Bevölkerung, vor allem auch die Jugend, beeinflussen könnte.

Bestandteil der Kampagne ist auch ein Beitrag in der theoretischen Monatszeitschrift „Nová Mysl" unter dem Titel „Die untergrabende Tätigkeit des Weltimperialismus". Bemerkenswert ist der Autor des Artikels, Bohumir Molnár. Bereits in den fünfziger Jahren war er einer der führenden Offiziere des Staatssicherheitsdienstes, der im Dezember 1953 – als Diplomat in Wien getarnt – die Entführung des letzten Vorsitzenden der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Bohumil Lausman, aus seinem Exil in Salzburg leitete.

Im August 1968 war Molnár entscheidend an der Verhaftung von Alexander Dubcek und seinen engsten Mitarbeitern und ihren Abtransport in die Sowjetunion beteiligt. Als stellvertretender Innenminister und Vertrauensmann des sowjetischen KGB wurde er sogar dem Dubcek-Nachfolger Husak gefährlich, der ihn Mitte der siebziger Jahre in den Ruhestand versetzen ließ.

Jetzt verlangt Molnár unter Berufung auf den verstorbenen sowjetischen Parteichef und Ex-KGB-Chef Andropow, streng gegen alle Regimekritiker vorzugehen, die er als „Söldner des Imperialismus" beschimpft. Gleichzeitig hebt er die Rolle des Staatssicherheitsdienstes als „Garanten" für die Existenz des „real existierenden Sozialismus" hervor.

Krieg der Ideen

Ein aktiver Bestandteil der Haßkampagne soll auch eine „offensive Gegenpropaganda" werden. Die Wochenzeitung der slowakischen KP, das in Preßburg erscheinende „Nové Slovo", veröffentlichte soeben einen Beitrag mit „Anleitung" für KP-Funktionäre, wie sie der westlichen „ideologischen Zersetzung" entgegentreten sollen.

Die Autoren des Artikels, Záturenský und Turan, behaupten, daß die „Kontrapropaganda" ein fester Bestandteil der marxistisch-leninistischen ideologischen Arbeit werden muß. Nur eine aktive, fundierte Gegenpropaganda könne den Einfluß der dem Sozialismus feindlichen Ideologien, die in der Tschechoslowakei immer noch einen breiten Nährboden finden, zurückdrängen. Allerdings müsse der Sozialismus überzeugende Argumente zum „Krieg der Ideen" beisteuern. Und an diesen Argumenten fehlt es noch immer, gibt das KP-Blatt offen zu.

Scargill Präsident einer neuen Gewerkschaft

AP, **Paris**

Der britische Bergarbeiterführer Arthur Scargill ist zum Präsidenten einer neuen internationalen Organisation von Bergarbeitern gewählt worden. Der Gedanke, eine solche neue Vereinigung zu bilden, war schon im April 1983 vom kommunistisch orientierten französischen Gewerkschaftsdachverband CGT und von Scargills britischer Bergarbeitergewerkschaft NUM gefaßt worden. Scargill erklärte nach seiner Wahl, erstmals seit 40 Jahren seien unter dem Dach einer Arbeitnehmerorganisation Gewerkschaften vereint, „welche die Ideologien von Ost und West vertreten". Auf dem Kongreß waren Gewerkschaften aus sechs westlichen Ländern – Frankreich, Großbritannien, Spanien, Griechenland, Zypern und Portugal – vertreten.

Referent der EKD festgenommen

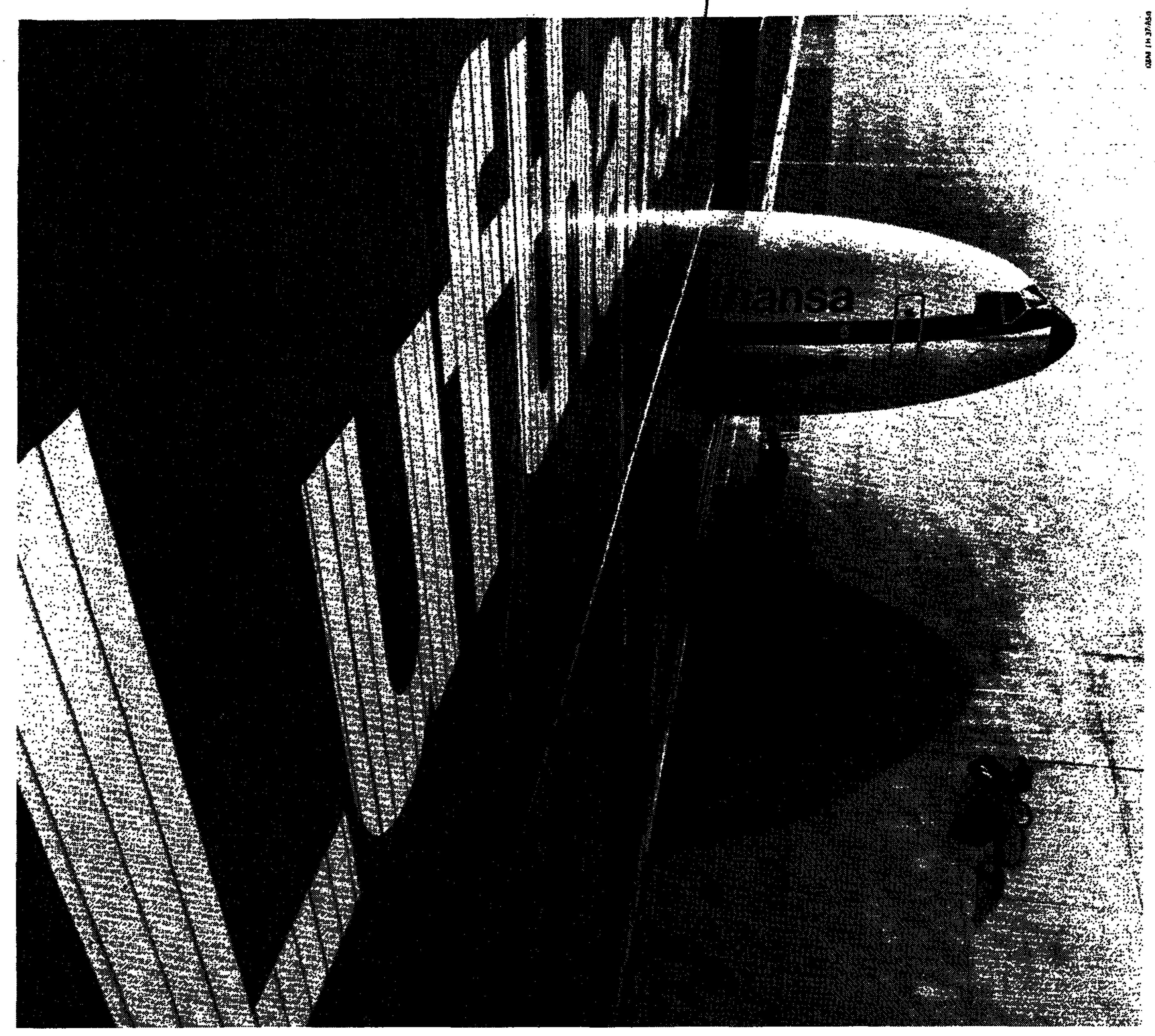
epd, **Johannesburg**

Der Afrika-Referent im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Rudolf Hinz, ist in Soweto von südafrikanischen Sicherheitskräften vorübergehend festgenommen worden. Hinz und seine Begleiter – fünf Journalisten und ein deutscher Theologiestudent – hatten auf Einladung von Friedensnobelpreisträger Tutu einen Konfirmationsgottesdienst in der Kirche des anglikanischen Bischofs in Soweto besucht. Als sie Soweto verließen, wurden sie an einer Straßensperre von Soldaten angehalten und darüber informiert, daß der Aufenthalt in Soweto wegen des Ausnahmezustands einer besonderen Erlaubnis bedürfe. Sie wurden anschließend auf einer Polizeistation über vier Stunden hinweg festgehalten.

Hinz hält sich seit dem 13. September als Mitglied einer EKD-Delegation in Südafrika auf. Der Besuch dient Begegnungen mit Vertretern des Südafrikanischen Kirchenrates sowie Pfarrern der deutschstämmigen lutherischen Natal-Transvaal-Kirche und der Kapkirche.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wir stehen früh auf, damit Sie rechtzeitig ins Geschäft kommen.



Noch bevor der Tag beginnt, hat bei Lufthansa bereits die Arbeit begonnen. Das hat einen einfachen Grund: Ein Großteil der Geschäftsreisenden möchte möglichst früh am Morgen fliegen. Um noch einen ganzen Arbeitstag vor sich zu haben. Und um abends zurück zu sein. Deshalb ist der Lufthansa-Flugplan so aufgebaut, daß Sie alle Ziele in Deutschland und sogar viele in Europa bereits morgens erreichen können.
Aber auch wenn etwas später für Sie immer noch früh genug ist, bietet Ihnen Lufthansa genügend Möglichkeiten: Zu den wichtigsten Zielen in Deutschland fliegt Lufthansa nahezu im Stundentakt.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Nigerias zerrüttete Wirtschaft muß sich den harten IWF-Auflagen beugen

Von ACHIM REMDE

Zunächst war es nur Erleichterung, doch dann ging der Überschwang des Gefühls der wiedergewonnenen Freiheit bei Nigerias Händlern soweit, daß sie glaubten, der Straßenhandel sei wieder erlaubt. Dem war natürlich nicht so. Auch die entlassenen Gefängnisinsassen warnte Babangidas Regierung, falls neues Belastungsmaterial auftauche, müßten sie wieder mit Verhaftung rechnen.

Journalisten, unter dem gestürzten Präsidenten Buhari wegen kritischer Berichterstattung verhaftet, wurden bei ihrer Freilassung wie Helden gefeiert. Begeistert empfing eine Menschenmenge den früheren Lagos-Gouverneur Lateef Jakande, der sich den Ruf eines „Mannes der Tat" erworben hatte und wie viele, die gegen Shagari in Opposition gestanden hatten, erstaunlicherweise nach dessen Sturz ins Gefängnis gewandert war. Selbst der große alte Mann der nigerianischen Politik, an den nicht einmal Buharis Häscher Hand anzulegen gewagt hatten, war besänftigt: Chief Obafemi Awolowo erhielt seinen Paß zurück.

Nigeria, das ganz im Gegensatz zu Uganda selbst in den dunkelsten Kapiteln seiner Geschichte die grausamsten Exzesse zu vermeiden gewußt hatte, verspürte nachträglich einen Schauer, als General Babangida nach seinem Putsch vom 27. August ein illegales Gefangenenlager des nigerianischen Geheimdienstes mit über 100 Insassen entdeckte, die der Presse von ihren schrecklichen Erfahrungen berichteten.

Die „Nigerian Security Organisation" (NSO) war unter Buhari offenbar außer Kontrolle geraten. Das berüchtigte Dekret Nr. 2 hatte Stabschef Generalmajor Tunde Idiagbon die Befugnis erteilt, jeden zu verhaften, von dem er annahm, er könne die Sicherheit des Landes gefährden.

Idiagbon muß diese Vollmacht blanko weitergegeben haben. Denn irgendwie war es so weit gekommen, daß jeder subalterne Geheimdienstagent in der Lage war, jeden Nigerianer ins Gefängnis zu bringen. NSO-Chef Rafindadi, ein früherer Botschafter in Bonn, der meisterhaft den Wechsel von Shagari zu Buhari zu nehmen gewußt hatte, sitzt nun seinerseits im Gefängnis.

Babangida hat bei den ersten politischen Entscheidungen Sicherheit und Fingerspitzengefühl gezeigt. Die Zusammensetzung der Mitglieder seiner Regierung weist eine so perfekte Balance zwischen Zivilisten und Militärs, zwischen den einzelnen Regionen und Völkern Nigerias und zwischen alten, bekannten und neuen, jungen Gesichtern auf, daß selbst die strengsten Kritiker zufriedengestellt sind.

Außenminister ist Bolaji Akinyemi, ein Yoruba, der maßgeblich an der Formulierung einer starken Außenpolitik zu Nigerias Glanzzeiten Ende der siebziger Jahre beteiligt war. Das Ressort Gesundheit leitet Ransome-Kuti, ein naher Verwandter des Musikers Fela Anikulapo-Kuti, der weit über die Grenzen des Landes bekannt ist.


Zeigt politisches Gespür: General Babangida FOTO: AP

Zum Landwirtschaftminister – eine Schlüsselstellung, wenn man den seit fast einem Jahrzehnt gepredigten Prioritäten Glauben schenken will – hat Babangida den pensionierten Generalleutnant Akinrinade berufen, der unter der Zivilregierung Shagaris Stabschef war. Von den 22 Ministern sind jeweils die Hälfte Militärs und Zivilisten. Acht der neuen Minister hatten schon unter Buhari gedient.

Obwohl die politische Atmosphäre entspannt erscheint, kann von Euphorie keine Rede sein. Denn sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung sind sich darüber im Klaren, daß ein Kernproblem, die Sanierung der zerrütteten Wirtschaftslage, nach wie vor ungelöst ist. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf etwa 20 Milliarden Dollar.

Die jährlichen Öleinnahmen in Höhe von elf Milliarden Dollar ließen mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank verhältnismäßig leicht eine Umschuldung erreichen, die zu einer tragbaren Schuldendienstrate führen würde. Doch sowohl Shagari als auch Buhari haben sich nicht bereitgefunden, die IWF-Konditionen, vor allem die Abwertung der Naira-Währung, zu akzeptieren, die auf dem schwarzen Markt nur ein Fünftel ihres offiziellen Wertes hat.

In der Tat ist die Abwertung überaus unpopulär, weil die Bevölkerung davon ausgeht, daß sie nur Nachteile – vor allem eine schlagartige Erhöhung der Lebenshaltungskosten – bringt. Buhari hatte schließlich versucht, ohne die Hilfe des IWF zu Rande zu kommen und dabei ein drastisches Anwachsen der Schuldendienstrate in Kauf genommen, – in diesem Jahr 44 Prozent, in den nächsten Jahren über 60 Prozent der Exporterlöse. Die damit einhergehende Drosselung der Importe hatte zu Mangelerscheinungen, besonders in der Nahrungsmittelversorgung geführt.

Auf Dauer wird es ohne den IWF keine Lösung geben. Babangida reißt nicht das Steuer herum, indem er die IWF-Konditionen annimmt, sondern ruft dazu auf, die IWF-Politik öffentlich zu diskutieren. Was am Ende dieser Diskussion steht, ist offensichtlich: Die IWF-Politik ist tatsächlich das einzige Heilmittel für zerrüttete Volkswirtschaften.

Nur ein realistischer Wechselkurs kann die heimische Produktion stimulieren und den ungerechtfertigten Gewinnen aus Importlizenzen ein Ende bereiten, deren Verleihung in der Vergangenheit immer als Mittel zum Kauf politischer Unterstützung diente. Der Widerstand derer, die hiervon profitiert haben, ist dabei vorprogrammiert.

In Iran erstmals offene Kritik an der Wirtschaftslage

MUNIR D. AHMED, **Teheran**

In Iran wird nach wie vor offene Kritik nicht geduldet. Einzig im Parlament (Majlis) geschieht es bisweilen, daß Abgeordnete die Regierung in die Mangel nehmen. Die Öffentlichkeit erfährt allerdings davon nicht viel. Die Medien unterliegen einer strengen Kontrolle. Daß die Abgeordneten mit der Regierung scharf ins Gericht gehen, wurde zuletzt deutlich, als vier Minister ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten und Ministerpräsident Musavi nichts anderes übrigblieb, als sie zu ersetzen.

Zum ersten Mal seit vier Jahren bot sich allerdings bei den Präsidentschaftswahlen den Kandidaten die Gelegenheit, ohne Furcht sich öffentlich über die Regierung zu äußern. Die beiden Mitbewerber Khameneis für das Präsidentenamt, Kaschani und Asgar-Owladi, hielten mit Kritik nicht hinter dem Berg. Kaschani warf der Regierung Unfähigkeit vor. Einigen Leuten in der Regierung, sagte er, fehlt einfach das nötige Wissen, deshalb schaffen sie mehr Probleme als sie lösen. Seine Kritik richtete sich in erster Linie gegen die Wirtschaftspolitik. Die Verstaatlichungspolitik, sagte er, habe den Privatsektor völlig lahmgelegt; bis hin zum Außenhandel befänden sich alle wichtigen Wirtschaftszweige in der Hand inkompetenter Staatsdiener.

Asgar-Owladi machte zwar die Regierung mitverantwortlich für die wirtschaftlichen Probleme Irans, gab aber dem Golf-Krieg und den wirtschaftlichen Sanktionen des Westens die Hauptschuld. Auch er glaubt, daß für den Privatsektor mehr Freiraum geschaffen werden muß. Er verlangt Garantien für Investitionen.

Erst nach den Präsidentschaftswahlen meldete sich Ministerpräsident Musavi zu Wort. Die Kritiker sollten berücksichtigen, daß Iran in einen Krieg verwickelt sei. Seiner Regierung sei es trotzdem gelungen, die Inflationsrate drastisch zu senken. Er verteidigte die Verstaatlichung des Außenhandels, gab aber bekannt, daß sich 15 bis 20 Prozent des Außenhandels weiter in Privathand befinden.

Hussein Mosavian von der „Teheran Times" gab in einem Leitartikel zu, daß die Verstaatlichungspolitik zwischen der Regierung, dem Parlament und dem Verfassungsrat strittig sei. Er berichtete vom Entschluß des Parlamentspräsidenten Rafsandschani, sich künftig für den Privatsektor einsetzen zu wollen. Mosavian sagte voraus, daß Rafsandschani bald sein Amt als Parlamentspräsident zugunsten eines anderen Staatsamtes aufgeben werde, das ihm bessere Möglichkeiten biete, einen Plan zur Gesundung der Wirtschaft durchzuführen. Offensichtlich handelt es sich um das Amt des Ministerpräsidenten, das nach den Präsidentschaftswahlen neu besetzt werden muß.

Sozialismus hat für Polens Jugend an Glanz verloren

J. G. GÖRLICH, **Bonn**

Polens Staats- und KP-Führung kann bis auf weiteres die polnische Jugend abschreiben. Dies erklärten polnische Meinungsforscher in einem Gespräch mit der größten Untergrundzeitung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", der Warschauer Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze". Diese berief sich dabei auf entsprechende Umfragen unter Polens Studenten.

Das Ergebnis wird von den Behörden aus offenkundigen Gründen unter Verschluß gehalten. Nach Angaben der Meinungsforscher besitzen die Untersuchungen Repräsentativcharakter und können für die gesamte polnische Jugend gelten.

KP ist nicht Favorit

Danach akzeptieren 3.6 Prozent der Befragten zwar den „real existierenden Sozialismus" in Polen, aber nur je ein halbes Prozent würde bei freien Wahlen die KP oder eine ihrer beiden Satellitenparteien wählen. Ein weiteres halbes Prozent würde den Grünen ihre Stimme geben, falls diese in Polen auftreten oder zugelassen würden.

Während noch in den siebziger Jahren zwei Drittel der befragten Studenten angaben, für „irgendeine Form des Sozialismus" zu sein, so hat inzwischen das Wort „Sozialismus" seinen Glanz verloren, man will von einem sozialistischen Polen nichts mehr wissen, heißt es.

Nur noch zehn Prozent der polnischen Studenten sind heute der Auffassung, daß die Industrie weiterhin verstaatlicht bleiben soll. 25 Prozent dagegen sehen in einem rein kapitalistischen System die Zukunft Polens. Dreizehn Prozent der polnischen Studenten sind noch der Meinung, daß das Land aus eigenen Kräften die gegenwärtige Krise bewältigen kann. Der Rest sieht dafür nicht die geringsten Chancen.

Mangel an Demokratie

58 Prozent der Befragten, das sind 20 Prozent weniger als noch vor zehn Jahren, meinen, daß man in Polen weiter leben sollte. „Nicht das Volk ist schlecht, sondern das anachronistische und undemokratische System", stellten sie dazu fest.

Laut Umfrage gibt es überhaupt keinen Einklang mehr zwischen dem Nationalbegriff Vaterland und dem abgewirtschafteten sozialistischen System. Erstrebenswert ist für die Befragten ein demokratischer und pluralistischer Staat mit mehreren Parteien und mehreren Gewerkschaften.

Zu den Leitbildern der Befragten gehören vor allen Dingen der polnische Papst und die verbotene Gewerkschaft „Solidarität".

Premier Thailands bildet nach Putsch Regierung um

AFP, **Bangkog**

Der thailändische Premierminister General Prem Tinsulanonda hat gestern als Folge des vor zwei Wochen gescheiterten Putschversuchs seine Koalitionsregierung umgebildet. Er ernannte den Wirtschaftler Chirayu Isarangkun zum neuen Industrieminister und stellte ihm zwei neue stellvertretende Ressortchefs zur Seite. Chirayu ersetzt Ob Vasratna, der in der vergangenen Woche zurückgetreten war, weil der Chef seiner Nationaldemokratischen Partei (NDP), der frühere Regierungschef General Kriangsak Chomanand, in den Putsch verwickelt war. Bei dem Putschversuch waren mindestens fünf Menschen ums Leben gekommen und rund 60 verletzt worden.

Mit der Kabinettsumbildung wird in der Vier-Parteien-Koalition die ausgeschiedene NDP, die nur über ein Ressort verfügte, durch die kleine, in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelte Progressive Partei ersetzt. Ihr gehört einer der neuen stellvertretenden Minister an. Der neu ernannte Industrieminister selbst wie auch sein anderer Stellvertreter sind parteilos. Damit verfügt das Regierungslager, dem noch die Soziale Aktionspartei, die Demokratische Partei sowie die Thai-Bürgerpartei angehören, in der Nationalversammlung über eine Mehrheit von 205 der 355 Sitze gegen den 109 Abgeordnete zählenden hauptsächlichen Oppositionsblock der konservativen Chart-Thai-Partei.

General Kriangsak sitzt unter der Anklage der Putschbeteiligung mit den beiden anderen Ex-Generalen Serm na Nakhon und Yot Thephasdin na Ayutthaya sowie vier Gewerkschaftsführern in Untersuchungshaft. Ein Gericht in Bangkok wies gestern den Antrag der Verdächtigten auf Freilassung gegen Kaution zurück.

General Prem, der seit 1980 ausschließlich mit Zivilisten regiert, will mit wirtschaftlichen Konzessionen offenbar dem über die Politik der Regierung verärgerten Privatsektor entgegenkommen. Die Putschisten hatten ihre Aktion mit der Wirtschaftslage des Landes begründet. In Thailand sind in den letzten 50 Jahren 15 Putsche und Putschversuche unternommen worden.

Die Putschisten hatten sich offenbar Erfolgschancen ausgerechnet, weil sowohl der Premierminister als auch Außenminister Siddhi Savetsila und General Arthit Kamlang-ek, der als Oberkommandierender des Heeres zugleich auch Chef aller Streitkräfte ist, außerhalb des Landes waren. Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Die Mehrheit der Offiziere blieb regierungstreu. Offenbar hatte Prem bei den im September fälligen Beförderungen eine geschickte Politik verfolgt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grenzschutz

„Die DGB-Forderungen nach einem Einheitsdienstrecht sind utopisch"; WELT vom 14. September

Sehr geehrter Herr Bading,

in Ihrem Welt-Interview mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, haben Sie neben Kernfragen zum Berufsbeamtentum im wesentlichen Fragen aufgeworfen, wie der öffentliche Dienst zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beitragen kann.

Nehmen wir den Bundesgrenzschutz, die Polizei des Bundes. Dort haben der Bundesminister des Innern und die Gewerkschaft der Polizei (17. Einzelgewerkschaft im DGB) Hand in Hand an der Jugendarbeitslosigkeit vorbei Personalpolitik betrieben. Mit einer von beiden initiierten sogenannten Polizeilösung sollen aktuelle Personalprobleme beim BGS vom Tisch.

Einer Sollstärke von ca. 20 500 Beamten steht Ende 1985 ein Ist von 18 800 gegenüber. Eine Steigerung der Einstellungen (der BGS stellt überwiegend junge Männer mit mittlerem Bildungsabschluß unmittelbar nach Schulabschluß ein) sollte man annehmen, um das Personaldefizit auszugleichen. Das Gegenteil ist der Fall.

Bei Beibehaltung der starren Finanzpolitik werden die Einstellungszahlen von 2200 aus dem Jahre 1978 bis auf 800 im Jahre 1990 jährlich absinken. Um die Iststärke einigermaßen zu erhalten und um die gesetzlichen Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen, soll die Dienstdauer im BGS für die Beamten von gegenwärtig ca. acht Jahre auf zwölf Jahre verlängert werden.

Danach soll eine Überführung in die Länderpolizeien erfolgen. Die Motivation dieser ca. 18- bis 30jährigen Beamten im BGS erleidet dabei durch begleitende Maßnahmen, wie Beförderungsstopps und Zulassungsbeschränkungen zu weiterführenden Lehrgängen, erhebliche Einbußen. Überstunden im BGS mit minderer Ausgleichsregelung sind die Folge.

Ein Abbau dieses Personaldefizits ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, Ausbildungskapazitäten beim BGS sollen abgebaut werden. Eine fatale Entscheidung angesichts der nach wie vor bestehenden Jugendarbeitslosigkeit. Über eine mögliche Verringerung der Schlagkraft des BGS mit diesen Maßnahmen soll nicht berichtet werden.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: es soll nicht die Hand nach neuen Planstellen, mehr Geld und Personal aufgehalten werden, wie es dem öffentlichen Dienst häufig unterstellt wird, sondern es sollen nur die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden oder gegebenenfalls das Bekenntnis abgegeben werden, daß die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel keinen Bundesgrenzschutz braucht. Denn gerade dieses Gestrüpp einer undurchsichtigen Personalpolitik wie am Beispiel BGS ist es, was die guten Leistungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes schmälert.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Klapdor,
Bundesgrenzschutz-Verband,
München

Wissensniveau

„Kritik am Niveau der Abiturienten": WELT vom 16. September

Das Kind wird nun endlich beim Namen genannt! Das seit Jahren absinkende Wissensniveau der Abiturienten hat immer wieder die Kritik der Hochschulen herausgefordert, ohne daß Gegenmaßnahmen ergriffen wurden.

Folgt man den Äußerungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Frau Wilms, so bahnt sich ein Umdenken an. Die mangelnde Studierfähigkeit der Studenten, auf die der Düsseldorfer Professor Heldmann in seiner gleichnamigen Studie im Auftrage des Hochschulverbandes nachdrücklich verwiesen hat, konkretisiert sich meines Erachtens in vier Punkten: zu unterschiedliche Voraussetzungen im mitgebrachten Wissen, mangelnde Formulierungsfähigkeiten, mangelnde Fähigkeiten, Querverbindungen zu ziehen (sprich: Allgemeinwissen), und fehlende Ausdauer.

Die besondere, auf einen in der Wirklichkeit nicht existenten Schülertypus zugeschnittene re(de-?) formierte Oberstufe schafft einen utilitaristisch denkenden Abiturienten mit einem Wissen nach Punkten. Die leistungs- und motivationsmäßig extrem heterogene Zusammensetzung in den Grundkursen und die minimalen Anforderungen zur Anrechnung eines solchen Kurses korrumpieren die Arbeitsmoral und senken das Niveau.

Die vom Hochschulverband zur Zeit durchgeführte Untersuchung zur Studieneingangsvoraussetzung befaßt sich besonders mit der Frage, was ein Abiturient wissen muß, bevor er ein bestimmtes Fach studiert. Dies geschieht in der Hoffnung, daß die Forderungen an das Wissensniveau des Abiturienten Eingang in die curriculare Lehrplangestaltung finden und daß die den Universitäten zuerwachsene Funktion, Nachhilfeunterricht erteilen zu müssen, ein Ende findet. Damit ist auch die Frage der Studiendauer angeschnitten.

Eine pauschale Studienzeitdauerbegrenzung muß ausscheiden, da so gründliches Fachwissen und selbständiges Fachwissen auf der Strecke bleiben. Hier empfiehlt sich eine sorgfältige Differenzierung, da nicht alle Fächer über einen Kamm geschoren werden können. Ein Medizin- oder Chemiestudium kann nicht ohne gravierende Einbußen auf acht Semester gekürzt werden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die heute gegenüber früher längere Studiendauer eine Antwort auf das umfangreicher gewordene Wissen ist.

Die vielfach zum Vergleich herangezogenen kurzen Studienzeiten des Auslandes täuschen gründlich darüber hinweg, daß kürzere Studienzeiten die Arbeitsmarktlage für Akademiker verbessern könnten. Zudem ist das Wissensniveau dort mit dem in der Bundesrepublik kaum vergleichbar.

Eine andere Frage ist es schließlich, ob bei der gegenwärtig prekären Situation für akademische Berufe eine rigorose Studiendauerverkürzung überhaupt wünschenswert ist.

Dr. Gregor Berghorn,
Pressereferent,
Hochschulverband
Bonn 2

Wort des Tages

» Auch die Gewächse der Erden wachsen bei windstillen Tagen am stärksten, und unter allen Pflanzen der Erden mag der Mensch am wenigsten unbeschadet vielen Wind um sich her ertragen. «

Johann Heinrich Pestalozzi, Schweizer Pädagoge und Autor (1746–1827)

Personalien

KIRCHE

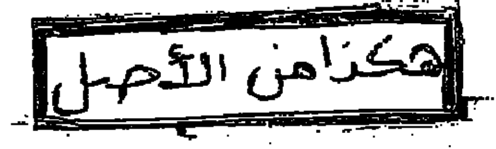
Prälat Dr. **Franz Müller** aus dem Benediktinerkloster Neresheim feierte sein 60jähriges Priesterjubiläum. Prälat Müller, Kölner Ehrendomherr, war Gründer des Katholisch-Sozialen Instituts des Erzbistums Köln in Bad Honnef, das er von 1952 bis 1971 leitete. Der aus Bayern stammende Geistliche wurde im Jahre 1938 Direktor des St.-Elisabeth-Krankenhauses und des Caritasinstituts für Gesundheitsfürsorge in Köln-Hohenlind. Diese Einrichtung führte er durch die schwierigen Jahre des Nationalsozialismus und der Kriegszeit und hat den Wiederaufbau bis 1957 geleitet. 1944 wurde Müller zum Domkapitular am Hohen Dom zu Köln ernannt und nach dem Krieg von Kardinal **Joseph Frings** mit dem Wiederaufbau des Doms betraut.

AUSZEICHNUNG

Der Münchner Journalist und Schriftsteller **Ernst Günther Bleich** ist in Düsseldorf mit dem Andreas-Gryphius-Preis ausgezeichnet worden. Der gebürtige Breslauer – Buchhändler, Journalist und Rundfunkredakteur – hatte erste Gedichte Anfang der 50er Jahre veröffentlicht und für sein Werk bereits 1956 den Eichendorff-Preis bekommen. Mit dem Gryphius-Preis, über dessen Vergabe eine unabhängige Jury der Künstlergilde Esslingen entscheidet und der mit 10 000 Mark dotiert ist, sind bislang über 100 namhafte Schriftsteller ausgezeichnet worden. Die mit jeweils 4000 Mark dotierten Förderpreise der Künstlergilde Esslingen erhielten **Natascha Wodin**, **Wolf Deinert** und **Werner Söllner**.

WAHL

Der Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Marburg, Professor Dr. **Michael Th. Greven**, ist von den Mitgliedern der Sektion „Soziale Probleme und Soziale Kontrolle" in den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gewählt worden. Greven ist eines der drei Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland im Rat der Internationalen Gesellschaften für Politische Wissenschaften.




Wer seiner Zeit voraus ist, macht sie zu Geld!
Die HYPO-Idee, wie man's von klein auf zu was bringt.
Wer heute schon an morgen denkt, nutzt seine Zeit und setzt sie so ein, daß gesundes Wachstum aus ihr sprießt.
Wir von der HYPO haben den Boden schon vorbereitet für Sie, haben die Anlage-Ideen, die Jahr für Jahr ihre Früchte tragen und dabei ordentlich etwas für Sie abwerfen.
Da wäre, neben vielen anderen Möglichkeiten, z. B. der HYPO-Sparplan mit Doppelbonus und zusätzlichem Versicherungsschutz. Sparbriefe mit verschiedenen Laufzeiten, Aktien, Pfandbriefe, Investment-Papiere.
Sprechen Sie doch ganz einfach einmal mit uns.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Monika Krömer
HYPO BANK

„Grünes Licht" für deutschen Supercomputer

DIETER THIERBACH, Bremen

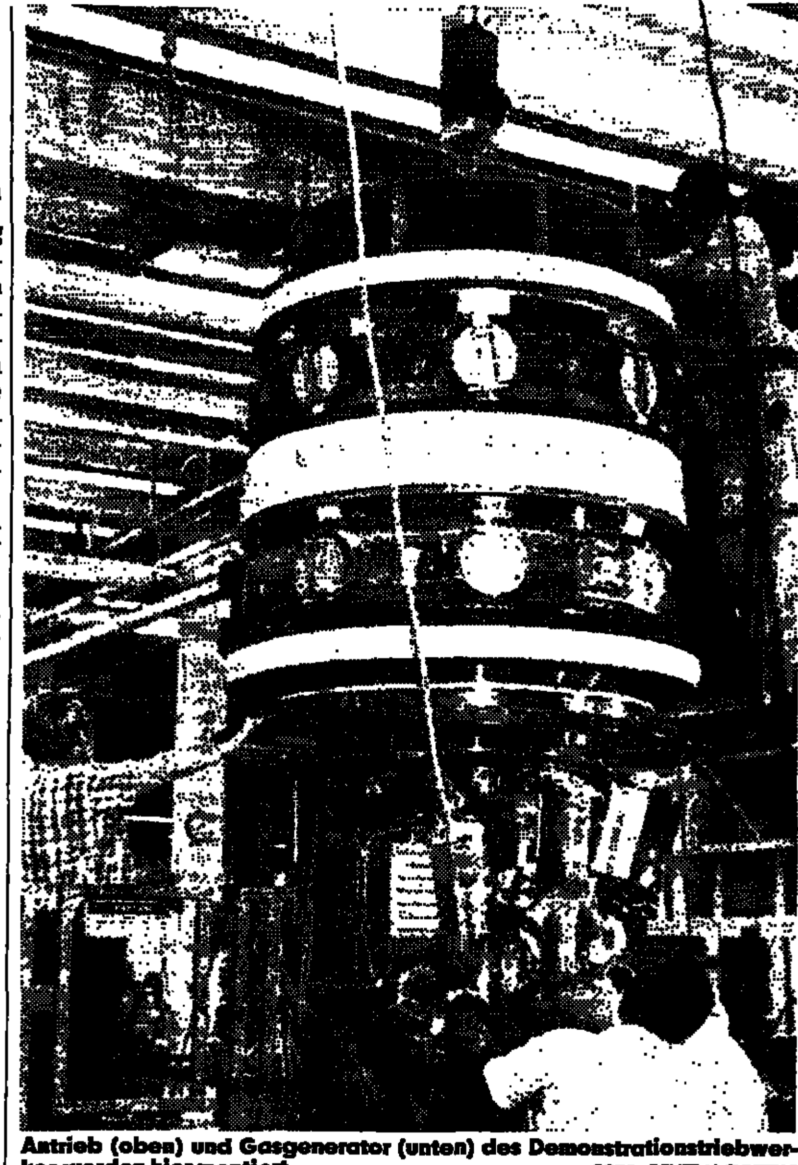
Seit Jahren wird die Entwicklung neuartiger Strukturen für Hochleistungsrechner vorangetrieben. Denn die benötigten Kapazitäten zur Lösung von naturwissenschaftlich-technischen Problemstellungen liegen oftmals weit über denen der heute verfügbaren Rechner. In diesem Zusammenhang ist das vom Bundesforschungsministerium geförderte nationale Verbundprojekt „Suprenum" zu sehen. Der Name leitet sich von seiner Aufgabe ab: „Super-Rechner für numerische Anwendungen".

Mit veranschlagten 100 Millionen Mark soll der Computer unter Federführung der Bremer Krupp Atlas Elektronik (54 Prozent) entstehen. Am Projekt beteiligt sind zu 28 Prozent die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in St. Augustin und zu 18 Prozent die Firma Stollmann (Hamburg), sowie mehrere deutsche Universitätsinstitute.

Für Karl Friedrich Triebold, den Vorsitzenden der Krupp-Atlas Geschäftsführung, ist aufgrund der bisherigen Konzeptstudien erkennbar, daß „mit den vorhandenen Daten die Leistungen amerikanischer und japanischer Superrechner erreicht werden können." Ein Prototyp soll bis Ende 1988 in Betrieb gehen.

Die Simulation, Analyse und Optimierung komplexer realer Vorgänge gewinnt heute angesichts der außerordentlich stark gestiegenen Anforderungen der Technik einerseits und den ständig wachsenden Kosten experimenteller Forschung andererseits zunehmend an Bedeutung. Dies gilt für nahezu alle Bereiche zukunftsorientierter Forschung.

Einige der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten numerischer Simulation von hochkomplizierten Vorgängen in Naturwissenschaft und Technik sind Meteorologie und Klimaforschung. Ebenso dazu zählen die Konstruktion neuartiger Tragflächenprofile und ganzer Flugzeugkörper mit dem Ziel der Energieeinsparung. Aber auch bei der Optimierung von Fördertechniken für Erdöl und Erdgas zur besseren Ausbeute der immer knapper werdenden Lagerstätten kommen diese Rechner zum Einsatz.



Antrieb (oben) und Gasgenerator (unten) des Demonstrationstriebwerkes werden hier montiert FOTO: GENERAL ELECTRIC

Sparflug mit der Gasturbine

Neues Triebwerk bringt hohe Treibstoff-Einsparungen

Auf dem Freigelände der werkseigenen Erprobungsanlage in Peebles (Ohio) hat die General Electric Company in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Luft- und Raumfahrtbehörde Nasa den ersten Erprobungslauf eines – so ein Firmensprecher – „epochemachenden" Triebwerkes gefahren.

Die verstellbaren Propeller werden nicht – wie das normalerweise geschieht – von einem Getriebe, sondern von zwei gegenläufigen Turbinen direkt angetrieben. Im Gegensatz zu Propellern heutiger Bauart an Turboprop-Triebwerken sind die Propeller des neuen Triebwerkes, bei größerer Anzahl, kleiner im Durchmesser.

Der neue Antrieb soll 1992 für den Flugverkehr voll einsatzbereit sein. Wichtigster Aspekt: Es wird eine Treibstoffersparnis von 40 bis 60 Prozent gegenüber heutigen Turbotriebwerken erwartet. Obwohl der Antrieb sowohl für zivile als auch für militärische Transportflugzeuge im Unterschallbereich ausgelegt ist, werden wahrscheinlich zunächst zivile Flugzeuge mit 100 bis 160 Sitzplätzen mit ihm ausgerüstet werden. Die Flugerprobung an einer Boeing 727 ist für Mitte 1986 vorgesehen. D.T.

Das Wort Gift läßt heute jedermann aufhorchen. Das gilt nicht nur für chemische Umweltgifte, sondern auch für Gifte in der Natur, also etwa den in Pflanzen enthaltenen Stoffen. Dies hat die zuständigen Behörden dazu gebracht, Schulen, Kindergärten und Spielplätze zu durchforsten, um mögliche Gefahrenquellen aufzuspüren

Der Schierling auf dem Schulhof

Von H. de la CHEVALLERIE

Schon die Bezeichnung Giftpflanze stimmt nachdenklich. Gibt es solche Pflanzen überhaupt in unseren Breiten? Sokrates fällt einem ein, der mit einem Schierlingsbecher seinem Leben ein Ende bereitete. Auch in unseren Wäldern wächst das Schierlingskraut, aber auch die Tollkirsche, wie man sich noch aus seiner Schulzeit erinnert. In der Tat, viele unserer heimischen Pflanzen enthalten Giftstoffe. Doch nur wenige gefährden den Menschen, wie z. B. der alkaloidhaltige gefleckte Schierling, der Glykoside enthaltende Fingerhut oder die Atropin enthaltende schwarze Tollkirsche. Wie immer kommt es auf die Dosis an.

Übertriebene Vorsicht der Aufsichtsbehörden

Die Grenze zwischen Heilpflanze und Giftpflanze ist fließend: Sicher würde niemand auf die Idee verfallen, das Buschwindröschen als Giftpflanze zu bezeichnen, nur weil es Anemonin enthält. Wer würde gar die Kulturpflanzen Tomate, Gartenbohne oder Kartoffel als giftig bezeichnen, weil die Kartoffel im Blattwerk Solanin und Tomatenblätter Alkaloide enthalten?

Aufgrund jahrhundertelanger Erfahrungen kennt der Mensch seine Umwelt und seine Pflanzen. Er lernt sehr schnell, daß die meisten der sogenannten Giftpflanzen bitter sind und nicht schmecken. Nach wie vor gilt die Beherzigung der alten Lebensregel, nur das in der freien Natur zu essen, was man kennt. Dies empfiehlt sich besonders bei Pilzen.

Doch die Umweltschutzbürokratie hat die potentielle Giftigkeit vieler Pflanzen nicht ruhen lassen. Ungeachtet aller Appelle zur Entbürokratisierung der schon längst nicht mehr überschaubaren Sicherheitsvorschriften, hat man die scheinbare Lücke in den Giftverordnungen gesehen und Gegenmaßnahmen verordnet, alles zum Schutz der Kinder, selbstverständlich. Die in der Bundesrepublik maßgebende Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen in Berlin-Charlottenburg hält diese Sorgfaltspflicht für übertrieben, zumal kein akuter Anlaß vorliegt.

In der Bundesrepublik gibt es inzwischen mehrere Giftlisten, teilweise auch ministerielle Erlasse, die nicht nur warnen, sondern sogar anordnen, im Bereich von Kinderspielplätzen und auch im öffentlichen Grün vorhandenen Bestand zu entfernen. So wird z. B. als stark giftig die Eibe, der Lebensbaum, der Kirschlorbeer, der rote Traubenholunder, die Schneebeere, Liguster- und Robinienarten, aber auch krautige Gartenpflanzen wie Eisenhut, Maiglöckchen, Christrose, Mauerpfeffer oder wildwachsende Pflanzen wie die Zaunrübe, der Löwenzahn oder die in Wiesen oft zu Tausenden vorkommenden Herbstzeitlosen eingeordnet.

Bei Schafen und Pferden ist es allerdings schon zu Vergiftungsfällen durch die Zweige der Eibe (Taxus baccata) gekommen. Gleiches blüht dem Menschen, wenn er diese Zweige verzehrt oder auf den Gedanken käme, aus Eibenzweigen einen Tee zu brühen. Der giftige Kern wird, weil sehr hartschalig, vom Körper wieder unverdaut ausgeschieden. Selbst Apfelkerne sind giftig, denn sie enthalten Blausäure. Doch müßte man Zentner vertilgen, wollte man seinem Leben ein Ende bereiten.

Im Hessischen Erlaß vom 21. 6. 83 heißt es u. a., stark giftige Pflanzen, also z. B. Eiben und Robinien, sind auf Spielplätzen und in einem Umfeld von 30 m dieser Spielplätze zu entfernen. Sehr stark giftige Pflanzen, z. B. Goldregen, Liguster und Heckenkirsche, sind darüber hinaus auch in öffentlichen Grünanlagen sowie aus Grünflächen an Mehrfamilienhäusern zu entfernen. Einen ähnlichen Erlaß gibt es in Nordrhein-Westfalen.

Es bleibt nicht aus, daß Betreiber von Spielplätzen und Grünanlagen im hohen Maße verunsichert werden. Ein Fall aus Bremen im Jahre 1983 mag als Beispiel dienen. Ein vierjähriges Mädchen aß während eines Aufenthalts in einer Kindertagesstätte die Schoten einer Robinie. Das konsultierte Bremer Krankenhaus bestätigt die grundsätzliche Giftigkeit der Robinie, desgleichen der Botanische Garten. Dem Kind wurde vorsichtshalber ein Brechmittel eingeflößt. Der behördliche Gang nahm seinen Lauf, die Kindertagesstätte verlangte vom zuständigen Gartenamt die Entfernung der Robinien.

Das Gartenamt verweigerte nach Abwägung aller Fakten die Fällung, da analog bei konsequenter Befolgung mehrere hundert von Artgenossen bei ähnlich gelagerten Fällen hätten entfernt werden müssen.

Nur zwei Pflanzenarten sind wirklich gefährlich

Der Bauausschuß des Deutschen Städtetages folgte den Empfehlungen der Konferenz der Gartenbauamtsleiter, die Giftpflanzenliste zu reduzieren. Im Einverständnis mit der Berliner Beratungsstelle blieben von rund 25 Arten nur noch der Seidelbast (Daphne mezereum) und der Goldregen (Laburnum anagyroides) übrig. Letztere Art besonders wegen seiner erbsenartigen Schoten, obwohl auch hier keine Todesfälle bekannt geworden sind. Außerdem empfahlen die Stadtgärtner, wegen seiner auffälligen Beeren auch noch das Pfaffenhütchen (Euonymus europäus) und die immergrüne Stechpalme (Ilex aquifolium) in der Liste zu belassen.

Aufklären ist hier sinnvoller als verbieten. Gegen die in der freien Natur wachsenden „Giftpflanzen", es gibt rund 150 Arten, die Giftstoffe enthalten, helfen sowieso keine Verbotslisten. So wächst z. B. die giftige rotbeerige Zaunrübe weiterhin unbekümmert an Zäunen, auch an Spielplatzzäunen. Eine Vernichtung aller in den Listen genannten „Giftpflanzen" im öffentlichen Grün wäre ökologisch wie ökonomisch Unsinn.

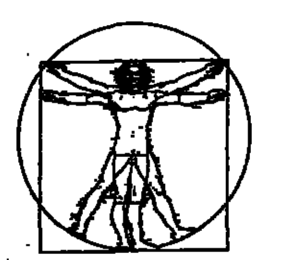
NOTIZEN

Achtung Wildpilze

Bonn (dpa) – Das Bundesgesundheitsministerium hat empfohlen, daß Erwachsene wöchentlich nicht mehr als 200 bis 250 Gramm Wildpilze verzehren. In seinem „Verbraucherschutz-Report" wies das Ministerium gestern darauf hin, daß in neueren Untersuchungen bei Speisepilzen teilweise sehr hohe Gehalte an Quecksilber und an Cadmium gefunden wurden. Zu hohe Aufnahmen dieser Schwermetalle durch die Nahrung sei gesundheitlich bedenklich. So könnten beispielsweise Nierenschäden entstehen.

Forschungsfusion

München (IPP) – Eine europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusionsforschung haben die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und



das amerikanische Energieministerium (DOE) vereinbart. Die Kooperation wurde für die beiden im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching verfolgten Experimentiereinrichtungen Tokamak uind Stellarator beschlossen. Die Verträge sehen den Austausch von Wissenschaftlern, Informationen und Geräten, die Organisation gemeinsamer Untersuchungen sowie die Installation einer Computerverbindung vor.

Compact-Boom

Hannover (DW.) – Von den etwa 50 Millionen Compact-Schallplatten, die weltweit in diesem Jahr gefertigt werden, stammt allein die Hälfte aus der Bundesrepublik. Im Polygram-Werk in Hannover wird pro Sekunde eine Compact-Disk hergestellt. Der deutsche Markt nimmt etwa fünf Millionen davon ab, der Rest wird exportiert.



Siegt wieder: Hans-Joachim Stuck

Altmeister und Aufsteiger: Die Siege der deutschen Fahrer Stuck und Danner

Der deutsche Automobil-Rennsport feierte am Wochenende zwei seiner größten Triumphe: Im englischen Donington gewann der 26jährige Christian Danner aus München die Europameisterschaft der Formel 3000. In Brands Hatch siegte sein 34jähriger Landsmann Hans-Joachim Stuck beim 1000-Kilometer-Rennen um die Endurance-Weltmeisterschaft. Stuck, schon vor 13 Jahren deutscher Rennsportmeister, ist seit Januar Porsche-Werksfahrer. Mit Erfolg: Nach Stefan Bellof ist er der zweite Deutsche, der diese Weltmeisterschaft gewinnen kann. Klaus Blume sprach mit Hans-Joachim Stuck und Christian Danner.

WELT: Als Sie bei Porsche anfingen, wollten Sie da gleich Weltmeister werden oder erst mal schauen, wie es geht?

Stuck: Ich hab' nicht ahnen können, wie professionell man bei Porsche arbeitet, wie sehr man als Fahrer den Rücken nur fürs Fahren frei hat. Außerdem: Es gibt im Porsche-Werksteam keine Nummer eins und keine Nummer zwei – mithin gibt es auch keine Stallregie. Das ist eine sehr große Hilfe. Aber ich bin noch nicht Weltmeister, es stehen noch Rennen aus.

WELT: Vor dreizehn Jahren waren Sie deutscher Meister, dann in der Formel 1 tätig gewesen, später ist es still um Sie geworden. Wie lebt man mit den Höhen und Tiefen?

Stuck: Es ist ungeheuer wichtig, alle diese Tiefen zu erleben. Das gilt nicht nur für die Formel 1, das gilt auch für dritt- und viertklassige Tourenwagen-Rennen. Aber ich habe auch die mit viel Einsatz betrieben, ich gab immer Gas. Das habe ich von Ronnie Peterson gelernt.

WELT: Es gab damals viel Gehässiges über Sie zu lesen. Wie wird man damit fertig?

Stuck: Wenn Bedarf ist, wird man von der veröffentlichenden Meinung aufgebaut. Wenn dann die Leistung mit dem Bild, das man sich macht, nicht übereinstimmt, wenn noch persönliche Probleme hinzukommen, dann schlägt die Stimmung um. Das scheint mir ein typisch deutsches Symptom zu sein.

WELT: Sie sind aber jetzt auf dem besten Weg, im deutschen Motorsport zu einer historischen Persönlichkeit zu werden ...

Stuck: Ich bin noch nicht Weltmeister. Ich brauche nur zweimal auszufallen – und alles ist vorbei.

WELT: Der Name Stuck ist einer der Großen in der Branche. Ist das Belastung, Verpflichtung oder Ansporn?

Stuck: Es war für mich von jeher nur von Vorteil, der Sohn von Hans Stuck zu sein. Seine Beziehungen, sein guter Name – das alles hat mir sehr geholfen. Ohne ihn wäre ich heute nicht das im Rennsport, was ich bin. Im Grunde habe ich das zwei Leuten zu verdanken: Meinem Vater und Jochen Neerpasch, dem ehemaligen Rennleiter von BMW.

WELT: Sie sind jetzt 34 Jahre alt und noch immer kein bißchen weise?

Stuck: Also auf mich trifft dieser Spruch nicht zu. Ich bin schon viel abgeklärter geworden. Aber wenn ich ein Rennauto sehe, dann muß ich einfach darin sitzen und es schnell fahren.

WELT: Als Sie gestern aufgewacht sind, was haben Sie zu sich gesagt: Guten Morgen, Herr Europameister – oder?

Danner: Ich mußte schon um sechs Uhr aufstehen, um mein Flugzeug in London zu bekommen. Da habe ich immer nur gedacht: Ist das blöd, so zeitig aufstehen zu müssen.

WELT: Aber nun sind Sie Europameister der Formel 3000 ...

Danner: Das habe ich immer noch nicht richtig begriffen. Erst im Flugzeug nach Deutschland ist mir eingefallen, daß ich der erste internationale Meister aus Deutschland bin, der in einem Rennauto mit freistehenden Rädern saß, also in einem Formel-Fahrzeug. Es gibt ja selten im Leben eines Menschen eine Position, von der aus man ein solches Championat gewinnen kann.

WELT: Die Formel 3000 ist die Nachfolgeklasse der Formel 2. Sie war Anfang des Jahres umstritten. Hat sich das geändert?

Danner: Da hat sich einiges entkrampft. Schon deshalb, weil unsere Rennen vor denen der Formel 1 liefen. Da konnten sich die Herren Grand-Prix-Rennfahrer vor Ort überzeugen, was wir konnten, so in Zeltweg und in Zandvoort.

WELT: Aber es gab auch andere Rennen, zum Beipiel in Spa ...



Sieg und Titel: Christian Danner

Danner: Sicher, die Formel 1 ist auf dieser Piste nicht gefahren. Wir haben es getan. Es war sicher gefährlich, aber es ging. Wir sind halt ein bißchen langsamer gefahren.

WELT: Mit dem Europameistertitel in die Formel 1 – geht das?

Danner: Ein solcher Titel ist nie ein Freibrief. Aber er kann helfen, unter Umständen. Doch das beste ist es, man erkämpft sich seinen Weg, ohne daran zu denken. Man macht sich unabhängig von diesem Titel.

WELT: Porsche-Sprecher Manfred Jantke hat gesagt, gerade jetzt – nach den tödlichen Unfällen von Winkelhock und Bellof – seien solche Erfolge sehr wichtig. Ist das eine Belastung?

Danner: Nein, das ist keine Belastung für mich. Ich habe immer an meiner Karriere gearbeitet, ich wußte, wie gut ich bin. Und was sich jetzt ereignet hat, ist im Grunde nur eine Bestätigung dessen, was ich aufgebaut habe.

WELT: Am Vormittag in London, am Nachmittag in Frankfurt, am Abend in Düsseldorf – ist das nicht alles ein bißchen viel?

Danner: Ich freue mich auf das Wochenende und auf das Oktoberfest in München. Ich weiß gar nicht mehr, wie so etwas ist.

NACHRICHTEN

Neuss und Heidelberg

Neuss (sid) – Der TC Blau-Weiß Neuss bei den Herren und die Damen des HTC Heidelberg wurden am Wochenende jeweils zum dritten Mal in Folge deutsche Tennis-Mannschaftsmeister. Im letzten Spiel gewann Neuss gegen Iphitos München mit 6:3. Heidelberg mit seiner Spitzenspielerin Steffi Graf besiegte den TC Waldau Stuttgart mit 7:2. Die Absteiger aus der Bundesliga heißen TC Ravensburg und Etuf Essen. Aufgestiegen sind der Klub des Wimbledon-Siegers Boris Becker, Rot-Weiß Berlin, und Grün-Weiß Mannheim.

Tod beim Marathon

Glasgow (dpa) – Der 28jährige britische Läufer Duncan Kerr ist beim Glasgow-Marathon in Schottland 300 Meter vor dem Ziel tot zusammengebrochen. Sofort eingeleitete Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Todesursache steht bislang noch nicht fest.

Weltmeister Kuba

Mailand (sid) – Kuba gewann in Mailand die erstmals ausgetragene Weltmeisterschaft für Volleyball-Juniorinnen. Im Finale siegte das Team gegen Japan mit 3:1. Die Mannschaft Chinas wurde Dritte.

DLV benennt Cheftrainer

Dortmund (sid) – Der Deutsche Leichtathletik-Verband hat auf der Trainertagung in Dortmund beschlossen, künftig zwei Cheftrainer einzusetzen. Für den Männerbereich wurde Paul Schmidt (Siegen) benannt, der bislang für Mittel- und Langstrecken zuständig war, und bei den Frauen Wolfgang Thiele (Breuberg), der die Sprinterinnen verantwortlich betreute.

GALOPP

Die Misere der deutschen Rösser

KLAUS GÖNTZSCHE, **Köln**

Auf den Aga Khan wartete man vergeblich. Trotzdem stand er mehr oder weniger im Mittelpunkt des Puma-Preises von Europa in Köln, denn sein dreijähriger Hengst Sumayr gewann das Grand-Prix-Rennen und die Siegprämie von 235 000 Mark nach einem Glanzritt seines Jockeys Yves Saint-Martin (44). Der 15malige französische Championjockey wurde vom den 20 000 Zuschauern enthusiastisch gefeiert, obwohl er den englischen Championjockey Steve Cauthen (25) auf dem 19:10 Favoriten Gold and Ivory geschlagen hatte. Es war die Demonstration des begnadeten Yves Saint-Martin.

Die deutschen Jockeys konnten wie üblich nicht mithalten und trieben ihre Rösser hektisch und peitschenschwingend nach vorn. Abary und Ordos haben in diesem Rennen wohl endgültig abgewirtschaftet. Beide haben es in ihrer Laufbahn nicht geschafft, die beiden wichtigsten deutschen Gruppe-I-Rennen, den Großen Preis von Baden und den Preis von Europa, zu gewinnen. Jeder weitere Start trägt jetzt dazu bei, ihr Ansehen noch weiter zu ramponieren.

Bestes deutsches Pferd war Daun aus dem Gestüt Röttgen als Dritter. Es wird jetzt Deutschland beim Einladungsrennen um den Japan-Cup am 24. November in Tokio vertreten. Mit den bisherigen Startern Pageno, Tombos und Kaiserstern hat sich der deutsche Turf stets blamiert. Daun könnte für eine Korrektur sorgen. Trotzdem wurde deutlich, daß hierzulande kein Grand-Prix-Galopper der Extra-Klasse auf der 2400-m-Distanz vorhanden ist.

STAND ● PUNKT

Timmermann

Er hat mal gesagt: „Ich hätte Angst vor dieser Situation. Ich glaube, ich habe noch nicht die Reife dafür." Gesagt hat dieses Ulf Timmermann aus Ost-Berlin, und gemeint hat er damit jene Situation, die nun eingetreten ist: Der knapp zwei Meter große und 118 Kilogramm schwere Bautischler ist Weltrekordler im Kugelstoßen – 22,62 Meter. Was Timmermann am Sonntag abend in Ost-Berlin gelang, war einer von drei Weltrekorden, den „DDR"-Leichtathleten aufstellten. Sabine Busch aus Erfurt lief über 400 Meter Hürden in 53,56 Sekunden, Weltmeisterin Heike Drechsler aus Jena erreichte im Weitsprung 7,44 Meter.

Was Sabine Busch und Heike Drechsler erreichten, deutete sich den Sommer über an. Und nach den Niederlagen der „DDR"-Mannschaften beim Europacup-Finale in Moskau war eine erneute Mobilmachung noch in dieser Saison wohl unvermeidlich.

Die beiden Damen-Leistungen sind durchaus fantastisch, doch Timmermanns gewaltiger Stoß überragt alles. Der 22jährige hat sich damit beträchtlich der 23-Meter-Marke genähert – wo die Disziplin Kugelstoßen sich künftig bewegen wird, zeigt dies also auf. Der Weltrekord ist zugleich eine Leistung, die so spät in der Saison in dieser Konsequenz überraschend kommt. Mit Sicherheit auch für Ulf Timmermann. Doch nach dem Weltcup-Finale in zwei Wochen in Australien hat er einige Monate Zeit, sich an seiner eigenen Größe aufzurichten. Oder daran wie an Krücken zu gehen. Der nächste Sommer wird es bringen.

K. Bl.

ZAHLEN

MOTORSPORT

1000-km-Rennen in Brands Hatch, achter Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft, Endklassement: 1. Stuck/Bell (Deutschland/England) Porsche 962 C, 2. Mass/Ickx (Monaco/Belgien) Porsche 962 C, 3. Wollek/Baldi/de Cesaris (Frankreich/Italien) Lancia LC 2. WM-Stand: 1. Stuck/Bell 117 Punkte, 2. Mass/Ickx 81, 3. Wollek und Ludwig (Deutschland) je 58. – **Formel-3000-Europameisterschaft, letzter Lauf in Donington:** 1. Danner (Deutschland) March, 2. Hytten (Schweiz) Lola, 3. Capelli (Italien) March. – Endstand: 1. Danner 52 Punkte, 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt 45, 3. Pirro (Italien) March 38.

LEICHTATHLETIK

„DDR"-Sportfest in Ost-Berlin: Männer: 100 m: 1. Emmelmann (Magdeburg) 10,06 Sekunden („DDR"-Rekord). – 200 m: 1. Emmelmann 20,2. – 400 m: 1. Schönlebe (Karl-Marx-Stadt) 45,53. – 4 x 100 m: 1. „DDR" (Truppel, Bringmann, Prenzler, Emmelmann) 38,72. – Kugel: 1. Timmermann (Ost-Berlin) 22,62 m (Weltrekord), 2. Beyer (Potsdam) 21,88 m. – Diskuswerfen: 1. Schuldt (Schwerin) 69,74 m. – Hammerwerfen: 1. Moder (Ost-Berlin) 80,54 m. – Speerwerfen: 1. Hohn (Potsdam) 89,22 m. – **Frauen:** 100 m: 1. Göhr (Jena) 10,86 Sekunden, 2. Gladisch (Rostock) 10,99. – 400 m: 1. Koch (Rostock) 48,97 Sekunden. – 800 m: 1. Wachtel (Neubrandenburg) 1:57,19 Minuten. – 100 m Hürden (3,6 m Rückenwind): 1. Oschkenat (Ost-Berlin) 12,56 Sekunden. – 400 m Hürden: 1. Busch (Erfurt) 53,56 Sekunden (Weltrekord), 2. Feuerbach (Magdeburg) 54,64. – Weitsprung: 1. Drechsler (Jena) 7,44 m (Weltrekord), 2. Radtke (Rostock) 7,19. – Diskus: 1. Opitz (Leipzig) 69,46 m. – Speerwerfen: 1. Felke (Jena) 74,70 m. – **Länderkampf in Tokio, Japan – USA – UdSSR, Ergebnisse 2. Tag:** Männer: 200 m: 1. Baptiste (USA) 20,34 Sekunden. – 400 m Hürden: 1. Wassiliew (UdSSR) 49,67 Sekunden. – Hochsprung: 1. Paklin (USA) 2,30 m. – Stabhochsprung: 1. S. Bubka 5,70 m. – Weitsprung: 1. Lewis (USA) 8,28 m. – Diskuswerfen: 1. Kolnotschenko 68,98 m. – Hammerwerfen: 1. Tamm (UdSSR) 83,66 m.

GEWINNZAHLEN

Elferwette: 1, 0, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1 – **6 aus 45:** 2, 12, 20, 39, 41, 43, Zusatzspiel 40. (Ohne Gewähr).

Der Chef und ein Spielmacher, den niemand will

ULRICH DOST, **Stockholm**

Die Bestandsaufnahme geriet zu einem kurzem Trommelfeuer von Worten. Also sagte Franz Beckenbauer: „Die Lage ist ruhig. Verletzt hat sich keiner. Weil wir ja nicht trainiert haben. Sondern nur spazierengegangen sind. Wir sind gelassen." Punktum und Schluß. Mehr will der Teamchef vor dem Weltmeisterschaftsqualifikationsspiel am Mittwoch (19.00 Uhr, live im ZDF) in Stockholm nicht preisgeben.

Auch einer wie Franz Beckenbauer hat offenbar einen Lernprozeß durchgemacht. Wie hat er noch gepoltert und geschimpft nach der 0:1-Niederlage vor vier Wochen in Moskau gegen die UdSSR. Da präsentierte sich plötzlich ein Beckenbauer, wie ihn zuvor keiner kannte. Innerlich aufgewühlt, persönlich von seinen Spielern beleidigt, redete er so unkontrolliert und frei von der Leber, daß er tags darauf selbst erschrocken war.

Von Konsequenzen war da die Rede, von neuen Spielern. Der Elitekreis des deutschen Fußballs war plötzlich doch kein exclusiver Club mehr.

Und doch ist alles beim alten geblieben. Mit Worten und Bildern (die Spielern sahen das 0:1 gegen die UdSSR auf Video) aber hat sich der Teamchef bei seiner Mannschaft deutlich ausgedrückt. Beckenbauer: „Es kann sein, daß der Gegner besser ist, dann ist es in Ordnung. Aber er darf nicht einsatzfreudiger sein als wir." So war es aber in der UdSSR. Beckenbauer weiter: „WM-Qualifikationsspiele sind anders. Da müssen alle zur Sache gehen. Wir gehen von einem Unentschieden aus." Damit wäre die Qualifikation für Mexiko im nächsten Jahr geschafft.

In Schweden steht Beckenbauer auf dem Prüfstand wie in bisher keinem der Länderspiele zuvor. Wie lange kann Beckenbauer noch von seinem Bonus zehren? Auch er wird Entscheidungen, an die er sich vielleicht gebunden fühlt, überdenken und revidieren müssen. Dazu gehört ganz bestimmt der Problemfall des Hamburger Spielmachers Felix Magath.

Der Hamburger ist außerhalb seines Klubs längst zum Reizthema geworden. Aber Beckenbauer hat bei seiner Amtsübernahme im letzten Jahr Magath zum Comeback überredet. Das verbindet erst einmal.

Doch inzwischen mußte auch der Teamchef einsehen: „Ich habe mir ein Jahr lang eingeredet, daß er noch am ehesten dem gesuchten Typ entspricht. Natürlich hat das nicht so hingehauen, wie erhofft." Ein Eingeständnis, das zu denken gibt.

Auch Magath, Schachspieler und eher zu denen gehörend, die den Kopf auch zum Nachdenken benutzen, ist zu einem ähnlichen Schluß gekommen. Auch er weiß, daß er hier in Stockholm unter besonderer Beobachtung steht: „Die Maßstäbe werden bei mir höher angesetzt."

Felix Magath gibt zu, daß seit seinem Comeback 1984 im Spiel in Düsseldorf gegen Argentinien bei ihm die Sicherheit fehlt. Er selbst sah seine Leistung damals gut, die Kritik aber fiel negativ aus.

Doch der Hamburger Spielmacher müßte auch Unterschiede erkennen. Unter Beckenbauers Vorgänger Jupp Derwall, da hatte er die Nationalmannschaft noch von außen beobachten können, glaubte Magath, er passe in diese Mannschaft. Weil dort niemand spielte, der Verantwortung übernehmen wollte.

Bei Beckenbauer sei aber alles anders. Da fühlt sich jeder angesprochen, da schlage selbst einer wie Andreas Brehme einen Paß über 30 oder 40 Meter. Hier verhalten sich die Kollegen nicht so, wie Magath es beim HSV gewohnt ist: Im Spiel suchen sie ihn nicht. Und er, eher ein leiser Spieler, wie er selber sagt, schafft es nicht, die Bälle so zu fordern wie im Verein. Aber: „Von mir aus werde ich nicht zurücktreten." Deshalb sei ein Gespräch unter vier Augen mit Franz Beckenbaueres dringend notwendig. Thema: Bilanz und Ausblick.

Zu dieser Bestandsaufnahme wird sich Beckenbauer viel Zeit nehmen müssen. Viel Zeit ließ sich übrigens auch Karl-Heinz Rummenigge, um von Italien nach Stockholm zu kommen. Gleich zweimal verpaßte er in Mailand das Flugzeug. Das kannte man sonst nur von Bernd Schuster. Die italienische Mentalität scheint den gebürtigen Westfalen eingeholt zu haben. Ein Prost auf seine zwei Tore gegen Avellino, komme ich heute nicht, komme ich eben morgen.

Faszíniert von Simenon: Regisseur S. Barabas und sein TV-Film „Sonntag"

„Er macht keine billigen Hoffnungen"

Den Stoff habe er vor sieben Jahren an einem Flughafen-Kiosk entdeckt; einen Simenon, den er noch nicht kannte: „Sonntag". Er las das Buch, war, wie immer bei Monsieur, hingerissen, unterbreitete seinen Oberen beim ZDF die Idee, den Stoff zu verfilmen; die Herren nickten, und Stanislav Barabas ging zu Werke.

Barabas, 61 Jahre alt, „halbfertiger" Jurist mit Studium im Krieg und nach dem Kriege Absolvent der neugegründeten Prager Filmakademie, kam nach „dem russischen Besuch" *mitten im Prager Frühling* in die Bundesrepublik, wo er sich sogleich von der richtigen Seite präsentierte: als Regisseur und Drehbuchautor in Personalunion, mit der Dostojewski-Verfilmung der „Sanften".

Im Gespräch interessiert Barabas uns freilich vor allem als Simenon-Kenner, der an dem Buch zum „Sonntag" gute drei Monate schrieb, mit Unterbrechungen, wie er der WELT erzählt. Was ihn an dem Franzosen so fesselt, wollen wir wissen. Es sei doch kein Wunder, sagt Barabas, daß Simenon die Filmemacher so anzieht. Er sei schließlich „ein echter Erzähler, wahnsinnig schwierig umzusetzen, aber immer lohnend", und das imposante an diesem Autor sei die „Prosa-Authentizität" seiner Romane. „Mich interessiert Simenons moralische Festigkeit. Er verurteilt seine Personen nie, aber auch seine Illusionslosigkeit in bezug auf die Menschen dieser Welt und daß er keine billigen Hoffnungen machen will ... Die kleinen Leute sind sein Hauptanliegen, die aber oftmals durch Verzweiflungstaten tragische Größe erlangen."

Darum auch unterscheidet Stanislav Barabas Psycho-*Krimi* von Psycho-*Thriller*. Abgesehen vom „Maigret" schriebe Simenon nämlich gar nicht so sehr Krimi: „Für ihn ist das Verbrechen immer nur Anlaß, nicht Hauptstoff", erklärt er. Seine „Stoffe duften, haben Rhythmus, sprechen an. Eigentlich schreibt Simenon doch immer nur Ein-Personen-Romane. Die Krise seiner *Hauptfiguren* fängt direkt vor den Augen der Leser an, ihre Ursprünge aber liegen weit, weit zurück."

Sonntag – ZDF, 19.30 Uhr

Was uns schon auf den Kern bringt: die Schwierigkeiten überhaupt, Literatur im allgemeinen und Simenon im besonderen zu verfilmen. Ob das überhaupt geht?

„‚Wörtlich' kann man eigentlich nur schlechte Romane verfilmen," sagt Barabas, „oder zumindest solche, die irgendeinen kleinen, aber doch entscheidenden Fehler haben. Und alles, was ich an Zusatzkonflikten in die Simenon-Verfilmungen einbaue (1982 hat er bereits den Roman „Die Komplizen" für das Fernsehen inszeniert), stammt ja immer aus irgendwelchen anderen Simenon-Romanen. Wenn man ihn kennt, dann weiß man um seine Besessenheit von dem Thema der ‚feindlichen Brüder'. Also verstärkt man, ohne des Autors philosophisches Konzept zu verletzen, eben genau dieses Moment."

Und in „Sonntag"? „Da habe ich aus der Frau der Hauptfigur, Erwin, eine volle, dramatische Figur gemacht. Bei Simenon ist sie eigentlich nur seine Frau, zwar seine Gegnerin, aber ihrem Mann doch nicht ebenbürtig, was Frauen dafür wieder in vielen anderen Simenons sind – viel elementarer, viel stärker. Und das habe ich in ‚Sonntag' so gemacht: seine Frau als seine Gegenspielerin vermag dem schwachen Helden tatsächlich weh zu tun." Sie ist älter als er, nicht nur physiologisch. Denn sie lebt in ihrer Erinnerung und vermag sich dadurch selber treu zu sein. „Ihr Mann aber ist ein unhistorischer Mensch, der die eigene Vergangenheit ständig vergißt, wegwirft. Überall ist er zu Hause und lebt immer nur für den Augenblick."

Und was das bewegte Bild nicht darstellen kann, vervollkommnet die Musik zum Film. Seit acht, neun Jahren, sagt Barabas, arbeitet er nun schon mit dem Hamburger Komponisten und (Jazz-)Musiker Rolf Kühn zusammen. „Genau, wie ich das Drehbuch auf Lisa Kreuzer hin geschrieben habe, so wußte ich auch sofort, daß wir eine eigene Musik brauchen würden, also nicht nur einfache Begleitung, nichts aus dem Archiv – eine Musik eben, die alle psychologischen Momente verstärkt."

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Jazzrhythmen aus dem Schnuller

Biologieunterricht zur besten Sendezeit – ein mutiges Unterfangen. Aber Volker Arzt präsentierte sich mit seinem **Querschnitt** (ZDF) nicht als der Biologie-Oberlehrer der Nation, sondern als Moderator, der zu zeigen wußte, daß sich Seriosität und populärer Zuschnitt, Richtigkeit und Spannung im Wissenschaftsjournalismus nicht ausschließen müssen.

Das Thema kreiste um die Geburt als Meisterleistung der Evolution. Die Natur spart auch auf diesem Gebiet nicht mit Wundern: Wie aus Eiern Saurierkolosse wurden oder heute noch aus nackten wurmähnlichen, blinden Feten Känguruhs werden, zeigt die schier unendliche Bandbreite der biologischen Adaptionsmechanismen.

Die Frage tauchte auf, wieviel der Nachwuchs im „Schutzzelt" Gebärmutter schon vom Leben um ihn herum mitbekommt. Bei bestimmten Vogelarten ist erwiesen, daß die Jungen im Ei die Stimme ihrer Eltern erkennen lernen. Sollte dies auch beim Menschen so sein?

Französische Experten gehen derzeit dieser Frage mit einer reichlich obskur wirkenden Versuchsanordnung nach: Im Schnuller sind Mikrophone eingebaut. Je nach Nuckelaktivität erklingen sanfte Jazzrhythmen oder klassische Pianomusik. Schon im Mutterleib wurden die Feten beschallt. Das für die Forscher nun schweißtreibende Problem: Können sich die Säuglinge an die pränatalen Musikstunden erinnern?

Bisher kann nur spekuliert werden. Kein Zweifel aber besteht darin, daß der „Umzug vom Schutzraum Gebärmutter in den sozialen Uterus" – die Geburt – ein prägendes Ereignis ist, dessen Konsequenzen noch immer viel zu denken aufgeben.

JOCHEN AUMILLER

ARD



SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Glückskinder
Deutscher Spielfilm (1936)
11.30 Es ist angerichtet

12.00 Umschau
12.10 Heroin hinter Gittern
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie - er - Es
Familien-Ansichten
Wünsche und Wirklichkeit
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
21.00 Report
Verteidigen statt vernichten: die Diskussion um die alternative Verteidigung / Streit um den Krebsarzt Dr. Kisseler / Terror in Afghanistan: Eine deutsche Krankenschwester berichtet / Die Droge Auto: Beobachtung auf der IAA Frankfurt
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Filmland ohne Film: Eine Bestandsaufnahme des türkischen Films, fünf Jahre nach dem Militärputsch und ein Jahr nach dem Tod des Regisseurs Yilmaz Güney / La Italiana: Joseph Zoderers Südtirol-Roman „Die Walsche" / Ingenieur und *Philosoph*: Der italienische Bestsellerautor Luciano de Crescenzo gewann bei den Filmfestspielen in Vevey den 1. Preis
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
23.45 Christo über der Seine
Bericht von Ulrich Wickert
Nach fünfjähriger Planungszeit war es vor kurzem so weit: Mit Hilfe französischer Gebirgsjäger hüllte der Verpackungskünstler Christo den Pont Neuf, die älteste Seine-Brücke von Paris, ein.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Übergepäck
Mit Dirk Dautzenberg, Elfriede Kuzmany u. a.
Eine Türkeireise des Rentnerehepaars Lehnstaedt hat Folgen. Als sie am Abfertigungsschalter in Istanbul freundlicherweise die Reisetasche eines anderen Touristen in Gewahrsam nehmen, werden sie unfreiwillig zu Dealern.
19.00 heute
19.30 Sonntag
Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Roman von Georges Simenon
Mit Hans-Georg Panczak, Lisa Kreuzer u. a.
Regie: Stanislav Barabas
21.15 WISO
Harter Öl-Job über den Wellen – Reportage von einer Förder-Plattform in der Nordsee / Gast im Studio: BP-Chef Hellmuth Buddenberg / Aus zwei macht drei – Durch neues Gesetz mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst / Tip: Was tun bei teuren Krediten?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Der besondere Film
Die Rückkehr nach Secaucus
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Bruce MacDonald, Maggie Renzi, Adam Lefevre u. a.
Regie: John Sayles
23.50 Zeugen des Jahrhunderts
Alfred Rosenberg im Gespräch mit Ingo Hermann
0.50 heute

SAT 1

13.30 Perrine
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Die Wirtin zur goldenen Krone
Österr. Spielfilm (1955)
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
Magazinsendung über Hildegard Baumgarts Buch „Eifersucht – Erfahrungen und Lösungsversuche im Beziehungsdreieck"
21.30 APF blick
22.15 Eine Frau geht ihren Weg
Australischer Spielfilm (1975)
Mit Helen Morse u. a.
Regie: Donald Crombie
0.00 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Kokain-Report II
Kokain in Deutschland
Reportage über die neue Drogenszene von Ronald Knetschke
20.20 Ringstraßenpalais
9. Familientreffen
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Lohn der Giganten
22.10 RTL-Spiel
22.18 Zeichentrick für Erwachsene
22.23 Wetter
22.25 Horoskop
22.30 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Helmut Grosse aus Burkina: Der Staat der Unbestechlichen
20.45 Rückblende
Walter Benjamin, gestorben am 27. September 1940
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Nicht irgend eine Reise (1)
22.15 Deutscher Alltag
Nie bist du allein
Porträt zweier Schauspielschülerinnen
23.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Gitarrenwerkstatt
19.15 Musikladen – Eurotops extra
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Frauenkarrieren: Mit festen Quoten zur Gleichberechtigung?
21.15 Toma
Unschuld ohne Alibi
22.00 Frauenforum
Thema: Leihmütter
23.00 Offerte
Kulturtips
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
19.05 Formel Eins
20.00 Gefährliche Schönheit
Italienischer Spielfilm (1953)
Mit Gina Lollobrigida u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Nicht mehr auf gepackten Koffern
Jüdisches Leben in Frankfurt
23.30 Vor vierzig Jahren
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Gesundes Wohnen: Bodenbeläge
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 I wie Ikarus
Französischer Spielfilm (1979)
23.20 Avanti! Avanti!
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Ich und Katharina
Italienischer Spielfilm (1981)
Mit Alberto Sordi, Catherine Spaak, Edwige Fenech u. a.
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 „Das Mitreden haben wir erst lernen müssen"
Ruth Ammer – Porträt einer Bäuerin
anschl. Diskussion mit dem Ehepaar Ammer
23.15 Rundschau

ANDERE AUTOS MIT DIESEN FAHRWERTEN TANKEN SUPER.

DER NEUE LANCIA THEMA TURBO DS

DER NEUE LANCIA PRISMA TURBO DS

Lancia ist ganz gewiß keine Marke, die behäbige Autos baut. Und wenn Lancia nun zwei Fahrzeuge auf den Markt bringt, die Diesel konsumieren, dann hat das einen ganz einfachen Grund: Lancia hat Diesel-Motoren entwickelt, die es von ihren Werten her wert sind, einen Lancia anzutreiben. Diesel-Motoren, deren technische Beschreibung sich liest wie vor kurzem noch die manch hochkarätigen Otto-Motors: Vierzylinder-Motor mit obenliegender Nockenwelle, KKK-Turbolader mit integriertem Waste-Gate und Ladeluftkühlung.

Dieses exemplarische Motoren-Konzept gibt es gleich in zwei Lancia-Klassen: Zum einen im neuen Lancia Thema – hier ist das Basis-Triebwerk ein 2,5-Liter-Dieselmotor mit völlig verblüffenden Werten: Höchstleistung 100 PS/74 kW bei 4100 U/min, maximales Drehmoment 22,1 mkp (217 Nm) bei 2300 U/min. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 185 km/h ist der Lancia Thema turbo ds die zur Zeit schnellste Serien-Diesel-Limousine überhaupt.

Zum anderen im Lancia Prisma – dem meistverkauften Lancia aller Zeiten – bei ihm ist die Motor-Basis ebenso ein völlig neukonstruierter 1,9-Liter-Dieselmotor, der seine satten 80 PS/59 kW schon bei 4200 U/min voll zur Wirkung bringt. Sein maximales Drehmoment hat er mit 17,5 mkp (171,7 Nm) bei 2400 U/min. Das sorgt für eine Höchstgeschwindigkeit von 170 km/h und eine Beschleunigung von 12,9 sek. von 0 auf 100 km/h.

Dazu kommen noch ein paar gute Argumente, die es den Super-Tankern nicht leicht machen: niedriger Verbrauch, optimale Steuervorteile, hohe Lebensdauer, sehr günstige Schadstoffwerte, gute Kraftstoffpreise – es spricht vieles für Diesel, wenn es ein Lancia ist.

Lancia, Salzstraße 140, 7100 Heilbronn.



Welch ein Fahr-Zeug!

Herzog: Wir müssen in die Zukunft schauen

Israels Staatspräsident würdigt Weizsäcker-Besuch / Ostblock als „Weltzentrum des Antisemitismus" kritisiert

E. LAHAV / DW. Jerusalem

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog sieht im bevorstehenden Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „eine tiefe historische Bedeutung, vor allem als Teil eines evolutionären Prozesses", der sich seit der israelischen Staatsgründung 1948 kontinuierlich entwickle. Die Deutschen sähen ebenso wie die Israelis, „daß wir in die Zukunft schauen müssen", auch wenn „der Holocaust ein Bestandteil der deutschen Geschichte ist und es immer bleiben wird".

Vom 8. bis 11. Oktober wird sich von Weizsäcker als erstes deutsches Staatsoberhaupt in Israel aufhalten. Herzog rückte diesen Besuch ausdrücklich in eine Reihe mit den Aufenthalten Adenauers, Brandts, Schmidts und Kohls. Weizsäckers Reise sei „eine logische Folge". Das, was sich „hier abspielt, ist nicht etwa ein großes Versöhnungsfest. Nicht so geht das vor sich". Er glaube auch nicht, sagte Herzog, „daß dies die Erinnerung an die Vergangenheit schwächen wird". Denn Deutschland werde immer „mit diesem Schandfleck leben müssen. Keiner kann ihn löschen, und keiner versucht es auch nur. Aber ebenso haben wir alle die Verpflichtung, in der Gegenwart zu leben und für die Zukunft zu arbeiten". Der israelische Staatspräsident drückte die Hoffnung aus, daß „all dies im Verlaufe des Staatsbesuchs zum Ausdruck kommen" werde.

Richard von Weizsäcker habe mit seiner Rede vor dem Bundestag zum 8. Mai „vorgezeigt, wie das Problem anzupacken ist. Er tat dies in einer hervorragenden Rede", die „vielleicht die wichtigste Rede" gewesen sei, „die je über dieses Thema gehalten wurde und vom Bundestag und vom deutschen Volk als solche aufgenommen" worden sei. Der Bundespräsident habe mit seinen Worten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes „einen außerordentlich großen Dienst – vor allem seinem eigenen Volk – erwiesen. Er stürzte sich unerschrocken in dieses schwierige Thema und sagte, was gesagt werden mußte". Herzog: „Diese Rede mag mehr als alles andere zum Ausbau der künftigen Beziehungen zwischen unseren Völkern beigetragen haben."

Bei aller Würdigung der positiven Entwicklung in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel äußerte der Staatspräsident aber auch deutliche Kritik an der EG ebenso wie an der „DDR" und den übrigen Ostblockstaaten: Die Europäische Gemeinschaft sei zwar „Israels wichtigster Exportabnehmer und wir haben ein ausgesprochenes Interesse an der Verbesserung unserer Beziehungen mit der EG", aber die Gemeinschaft habe „kein großes Verständnis für die Nahost-Probleme". Es sei ein „Problem", daß die Bundesrepublik „Teil der EG ist". Mit ausdrücklichem Bezug auf die Nahost-Erklräung der Gemeinschaft von Venedig sprach Herzog von einem „Feigenblatt, um die Abwesenheit von Politik zu verschleiern. Ich kann mir kaum eine Rolle der EG zur Lösung der Nahost-Probleme vorstellen." Er sei davon überzeugt, daß Bonn, „wenn es unabhängig wäre, eine klare andere Haltung" zu den Friedensbemühungen im Nahen Osten eingenommen hätte.

Er würdigte in diesem Zusammenhang auch die Rolle Bonns bei den handelspolitischen Beziehungen zwischen EG und Israel: „Die Bundesrepublik gehört zu den sehr hilfreichen Ländern für Israel; zum Beispiel ist sie es bei den für uns sehr wichtigen Exportproblemen angesichts der EG-Erweiterung um Spanien und Protugal."

Die Regierung der „DDR" hingegen sei in der typisch „deutschen Gründlichkeit" ein „sowjetischer Trabant und folgt den sowjetischen Fußstapfen". Herzog: „Das Weltzentrum des Antisemistismus liegt auch heute noch im Ostblock. Ich fürchte, daß die DDR in dieser Hinsicht seit der Nazizeit nichts gelernt hat." Der israelische Präsident nahm hiervon die Bevölkerung in der „DDR" aus: „Wäre die Bevölkerung frei, so würde sie dem Vorbild der Bundesrepublik folgen. Aber sie ist unfrei. Die Bewohner der DDR können nicht ihre Meinungen aussprechen, weil sie keine Demokratie haben. Daher können wir kein Urteil über sie fällen, nur über das dortige Regime."

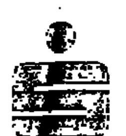
Staatspräsident Herzog bezeichnete für sein eigenes Land die Demokratie als „unser Lebenselixier. Ich glaube, daß wir nur so in dieser Region überhaupt existieren können. Jede Gesellschaft wird durch die Demokratie stärker". Und er unterstrich die Bedeutung der amerikanischen Unterstützung für die Lebensfähigkeit des Staates Israel: „Wir sind Freunde und Bundesgenossen der USA. Die von allen Seiten anerkannt einzige internationale Macht, die einen wesentlichen Beitrag für den Frieden leistet, sind die USA." Was Washington in Israel „investiert", sei aber zugleich auch „eine Anlage in die Stärkung einer demokratischen Bastion im Nahen Osten. Die USA erkennen und würdigen dies. Das schmälert aber keineswegs unsere Unabhängigkeit, ebenso wie die Bundesrepublik ihre eigene Politik führt, ohne daß dies mit ihrer Mitgliedschaft im Verteidigungssystem der demokratischen Welt in Konflikt geriete".

Am Friedenswillen Jerusalems dürfe es keinen Zweifel geben. Auch er, erinnerte Herzog, habe „in den Reihen der israelischen Armee gekämpft und später ägyptischen Offizieren die Hand gereicht. Ich würde mich sehr gerne mit jordanischen oder syrischen Offizieren treffen. Ich bin sicher, daß sich jeder israelische Soldat glücklich wähnen würde, wenn er sich mit arabischen Kämpfern treffen könnte, denen er einst auf dem Schlachtfeld gegenüber gestanden hat".

Der israelische Staatsmann verglich dies mit der Entwicklung, die die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich und England nach dem Zweiten Weltkrieg genommen haben. Israel sei „bereit zu Verhandlungen" mit seinen Nachbarn. „Die Israelis wollen nichts mehr als den Frieden", aber – so schränkte Herzog ein – „in den letzten Jahren ist Ernüchterung eingekehrt über die echten Friedensmöglichkeiten. Israel hat oft seine Bereitschaft zu Frieden demonstriert. Der einzige, der Israel wirklich testete, war Präsident Sadat." Fortschritte könne es nur geben, wenn die Israelis überzeugt sein könnten, „daß es um einen echten Frieden geht. Nur dann werden sie einer Regierung zu Verhandlungen folgen".

Insgesamt kennzeichnete er die gegenwärtige Situation im Nahen Osten mit den Worten: „Ich habe das Gefühl, wir haben uns entfernt vom Krieg. Es gibt ein Gleichgewicht des Schreckens angesichts der hochmodernen Waffen auf beiden Seiten. Obwohl ich besorgt bin über die Lieferung von Waffen aus dem Westen zuzüglich der Waffen aus dem Osten an die arabischen Länder, habe ich das Gefühl, daß wir dazu tendieren, uns von der Gefahr eines Krieges hinwegzubewegen." Es gebe eigentlich zur Zeit nur einen Nachbarn Israels, der „sich wirklich auf einen Krieg vorbereitet, und das ist Syrien – mit der aktiven Hilfe der Sowjetunion. Syrien hat heute eine der größten Armeen der Welt und besitzt mehr als die Hälfte der Zahl aller NATO-Panzer in Europa". (SAD)





War Fabius am Tag nach dem Anschlag informiert?

Premier weist Bericht von „Europe-1" als Lüge zurück

V. K./DW. Paris

Der französische Premierminister Laurent Fabius soll entgegen seinen bisherigen Angaben bereits einen Tag nach dem Anschlag auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" im neuseeländischen Hafen Auckland in allen Einzelheiten über das Attentat informiert worden sein. Mit dieser Behauptung hat der französische Rundfunksender „Europe-1" gestern die Serie der Presse-Enthüllungen über die Versenkung des Schiffes, bei der ein Mensch ums Leben kam, fortgesetzt. Der Sender berief sich auf gut unterrichtete, dem Verteidigungsministerium nahestehende Quellen. In der Umgebung des Regierungschefs wurde der Bericht von „Europe-1" noch am selben Tag als „Lügengespinst" zurückgewiesen. Trotz dieser Stellungnahme blieb der Sender im Laufe des Montags bei seinen Behauptungen. Unter Berufung auf sehr zuverlässige Quellen im Verteidigungsministerium fügte der Sender später noch hinzu, der eigentliche Befehl für den Anschlag sei nicht von einem Militär gekommen.

Fabius soll, so die Rundfunkmeldungen, nach seiner Unterrichtung über den Anschlag erklärt haben: Das „kann man nicht eingestehen". Der inzwischen wegen der Affäre abgesetzte Chef des militärischen Geheimdienstes DGSE, Admiral Pierre Lacoste, soll dem inzwischen zurückgetretenen Verteidigungsminister Charles Hernu und Fabius selbst eine „Verhandlungslösung" mit Neuseeland vorgeschlagen haben. Dies soll Fabius jedoch abgelehnt haben, da man notfalls andere „Verteidigungsmöglichkeiten" finden werde.

Nachdem Fabius am Sonntag abend erstmals zugegeben hatte, daß DGSE-Agenten die „Rainbow Warrior" versenkt und dabei auf höheren Befehl gehandelt haben, will die neuseeländische Regierung nun von Frankreich Schadenersatz in Millionenhöhe fordern. Wie Premierminister David Lange gestern in Wellington erklärte, soll das Geld sowohl für Neuseeland als auch für die Umweltschutzorganisation Greenpeace bestimmt sein. Lange bezeichnete den Anschlag als einen „schmutzigen Akt von Staatsterrorismus". Er wandte sich gegen den Vorschlag von Fabius, die Vollstrecker des Auftrags nicht zur Verantwortung zu ziehen, da sie nur Befehle ausgeführt hätten. Eine solche Vorstellung sei „eine komplette Absurdität". Lange unterstrich, daß man immer noch nicht wisse, wer eigentlich den Anschlag befohlen habe und „auf welcher politischen Ebene" der eigentliche Ursprung des Attentats liege.

Die Tatsache, daß Fabius keinerlei Angaben über die eigentlichen Befehlsgeber gemacht hat, beschäftigte gestern die gesamte französische Presse. Fabius gestand ein, daß die Tatbeteiligung der DGSE-Agenten dem mit einer Untersuchung des Falles betrauten unabhängigen Politiker Bernard Tricot verschwiegen worden war. Tricot, der sich gestern selbst als „betrogen" bezeichnete, hatte im August die DGSE und die Regierung von jeder Schuld an dem Anschlag freigesprochen.

Als einer der Gründe für die Eile, mit der Fabius die Tatbeteiligung französischer Geheimdienstagenten eingestand, gilt in Paris die Haltung der seit dem 12. Juli in Neuseeland in Untersuchungshaft sitzenden Dominique Prieur, die als Hauptmann im DGSE einem der beiden ersten Sabotagetrupps angehörte. Sie soll vor den neuseeländischen Behörden damit gedroht haben, sie werde „auspakken", falls man nicht ihre Freilassung betreibe. Um einer noch größeren Peinlichkeit zu entgehen, habe Fabius das Manöver der jungen Frau, Mutter eines Kleinkindes, durch ein voreiliges Geständnis vereitelt.

Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Armee nach der Bloßstellung ihrer Kameraden vom Geheimdienst und dem Rücktritt des beliebten Ministers Hernu jetzt von den politischen Verantwortlichen die totale Aufdeckung des Falles verlangt. Fabius machte keinen Hehl aus seiner Absicht, die Wahrheit, so „grausam" sie sei, „vollkommen und klar darzulegen". Vielleicht soll die Parlamentarische Untersuchungskommission, die Fabius ankündigte und die, bisher nur von den Kommunisten verlangt, schon beim Zusammentreten des Parlaments am 2. Oktober gebildet werden soll, mehr Licht in die Angelegenheit bringen.

Vogt kandidiert nicht

Worms und Pützhofen kämpfen um Vorsitz der CDU-Rheinland

WILM HERLYN, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, hat überraschend seine Kandidatur für das Amt des rheinischen CDU-Landesvorsitzenden zurückgezogen. Dieser Verzicht wurde in der CDU-Rheinland fast einhellig begrüßt: Nun sei die Befürchtung ausgeräumt, daß sich die Partei in selbstzerstörerischer Personaldiskussion aufreibe. Auf dem Parteitag am 18. Oktober in Düsseldorf wird es damit zu einem Zweikampf zwischen Amtsinhaber Bernhard Worms und dem Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen kommen.

Die Begründung, die Vogt – Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse im Rheinland – gestern offiziell für seine Entscheidung gab, stieß sofort auf Erstaunen und Kritik. Vogt sprach davon, daß seine an die Kandidatur geknüpften Erwartungen einer inhaltlichen Strukturdiskussion nicht erfüllt worden seien. Er habe sich nun nach Absprache mit der Führungsspitze der rheinischen Sozialausschüsse zum Verzicht entschlossen. In der Partei wurde dies mit dem Hinweis kommentiert, daß Vogt schließlich schon seit Jahren Mitglied des Landesvorstandes sei und damit genügend Gelegenheit gehabt habe, eine Strukturdiskussion in Gang zu setzen oder geistige Anstöße zu geben.

In den vergangenen Wochen hatte sich Vogt mit der Forderung zu Worte gemeldet, intensiv darüber zu reden, wie man politische Inhalte zukünftig so gestaltet, „daß die CDU wieder die Herzen der Bürger erreicht". Nachdem er ursprünglich einen taktisch begründeten, hinhaltenden Widerstand gegen die Fusionspläne der CDU in Nordrhein-Westfalen geleistet hatte, war er zwar inzwischen auch zum offiziellen Befürworter geworden, hatte aber kritisiert, daß sich das Interesse mehr auf Kandidten für den Vorsitz als auf die inhaltlichen Fragen konzentriere. Der „Brückenschlag zwischen Partei und Bürgern" sei „thematisch verschüttet" worden.

Auch der Landesvorstand der CDA ist inzwischen von Vogt deutlich abgerückt: In einer Erklärung zu seinem Verzicht heißt es lapidar, das Gremium habe Vogt die Entscheidung überlassen, ob er für die Position kandidiere. Anfang September hatte es hingegen noch geheißen, der CDA-Vorstand habe seinen Vorsitzenden aufgefordert, gegen Worms und Pützhofen anzutreten. Vor vier Tagen beharrte Vogt noch darauf, daß er zu seiner Kandidatur stehe, „auch wenn interessierte Kreise schon im Vorfeld des Landesparteitages versuchen", diese abzuqualifizieren.

Vogt hätte sich auf ein gutes Drittel der Parteitagsdelegierten, die zum „harten Kern" der CDA gehören, stützen können, etwa 130 Stimmen. Dieter Pützhofen, Mitglied der CDA, wird diese Stimmen nicht vollständig auf seinem Konto verbuchen können: Ein Teil der Sozialausschüßler hat ihm bereits vorgeworfen, er habe „vergessen, wo er herkommt".

Gewaltdelikte in Berlin rückläufig

DW. Berlin

In Berlin hat die allgemeine Gewalt- und Jugendkriminalität abgenommen. Justizsenator Rupert Scholz belegte diese Entwicklung jetzt mit der jüngsten Statistik. Danach ging die Zahl der verurteilten Jugendlichen in Berlin von 1923 im Jahre 1981 auf 1555 im vergangenen Jahr zurück – um rund ein Fünftel. Die Zahl der Verurteilungen wegen Tötungsdelikten oder Körperverletzung sank, wenn auch nur geringfügig, auf 3311 (1983 waren es 3445). Drastisch nahm dagegen die Zahl der Verurteilungen wegen Raubes oder Erpressung ab. Während 1983 noch 516 Angeklagte wegen Raubes oder Erpressung verurteilt wurden, waren es 1984 nur 406. Die Zahl der vor Gericht verhandelten Sexualdelikte ging von 190 (1983) auf 186 zurück. Auch die Gesamtzahl aller Delikte zeigte eine leicht fallende Tendenz: Sie ging von 33 551 (1983) auf 32 862 zurück. „Bei wieder steigenden Einwohnerzahlen ist das bemerkenswert", stellte Scholz fest und sprach von einem „erfreulichen Trend".

Strauß besucht China und Südkorea

dpa, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird auf einer Ostasien-Reise vom 1. bis 14. Oktober die Volksrepublik China und Südkorea besuchen. In China hält sich Strauß nach Angaben der Bayerischen Staatskanzlei vom 2. bis 10. Oktober auf Einladung der dortigen Regierung auf. Während der ersten drei Tage seines Besuchs in Peking stehen politische Gespräche im Vordergrund.

Auf seiner Reise wird der bayerische Regierungschef von führenden Vertretern der bayerischen Wirtschaft begleitet. In der Hafenstadt Quingdao, dem früheren Tsingtau, eröffnet er eine Ausstellung, die unter dem Motto „Wirtschaftspartner Bayern" steht und auf der namhafte bayerische Firmen vertreten sind.

Im Anschluß an seinen Aufenthalt in China besucht Strauß drei Tage lang Südkorea, wo er unter anderem mit Staatspräsident Chun Do Hwan zusammentreffen wird. Außerdem ist ein Besuch der Demarkationslinie zu Nordkorea geplant.

Reagan will amerikanischen Export fördern

rtr. Washington

US-Präsident Reagan hat gestern Leitlinien zur amerikanischen Handelspolitik bekannt gegeben, die nach den Worten von Larry Speakes, dem Sprecher des Weißen Hauses, der Förderung von US-Exporten und der Sicherung eines internationalen fairen Handels dienen sollen. Starke Strömungen drängen derzeit im Kongreß auf protektionistische Maßnahmen, die das Ungleichgewicht im Außenhandel abbauen und den Verlust von Arbeitsplätzen an die ausländische Konkurrenz verhindern sollen. In Regierungskreisen war zuvor bereits von der Schaffung einer „Kriegskasse" gesprochen worden. Sie soll zur Bekämpfung subventionierter Importe beitragen. Reagan hat andererseits vor blindem Protektionismus gewarnt.

Rekordhöhe der FDP-Verschuldung

hey. Bonn

Die Verschuldung der Freien Demokraten hat eine neue Rekordhöhe erreicht. Gegenwärtig steht die FDP vor einem Defizit von acht Millionen Mark. Angesichts dieser „kritischen Lage" ist Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer gestern, eine Woche vor der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegung des Finanzberichts, in die Offensive gegangen. Sie ließ sich von der FDP-Spitze ein Sanierungskonzept genehmigen. Damit will Frau Adam-Schwaetzer nach Zustimmung durch „die Geldgeber" anstreben, daß die Kasse bis 1989 wieder ausgeglichen ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist nach den Worten der Schatzmeisterin in den nächsten Jahren „eine unglaubliche Finanzdisziplin" erforderlich. So müßten weitere Einsparungen bei den Sach- und Programmkosten vorgenommen werden. Außerdem soll versucht werden, das durch die öffentliche Diskussion entstandene Spendentief zu überwinden. Trotz dieses Negativbildes sieht Irmgard Adam-Schwaetzer mit gewisser Zuversicht in die Zukunft. Bereits im Haushalt 1985 seien aufgrund des strikten Sparkurses erste Erfolge sichtbar: Die FDP werde das Jahr mit einem Überschuß abschließen.

Nach der Sitzung der Parteispitze kündigte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann an, die Freien Demokraten wollten beim Bundestagswahlkampf drei „Hauptschwerpunkte" setzen: die Wirtschafts-, Mittelstands- und Steuerpolitik. Außerdem werde man sich „sehr geschlossen" als „Partei von Personen und Programmen" präsentieren. Hier gebe es bei der SPD eine „Kluft".

Barschel gegen Bayerns TV-Pläne

geo. Kiel

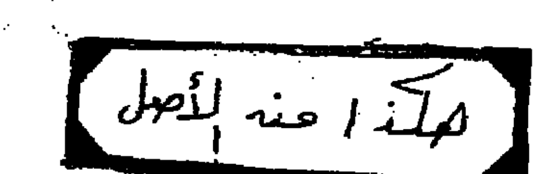
Aus „prinzipiellen Gründen" und unter dem Gesichtspunkt der Verteilung von Werbeanteilen zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern hat sich der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, gegen die Absicht Bayerns ausgesprochen, das Dritte Bayerische Fernsehprogramm bundesweit auszustrahlen. In einem Gespräch mit der WELT meinte Barschel, dieser Schritt habe eine Gebührenerhöhung zur Folge und minimiere die Chancen der privaten Anbieter. Mit der Bemerkung, auch dem Norddeutschen Rundfunk könne man dann die bundesweite Ausstrahlung nicht verwehren, wies er auf die Konsequenzen des Vorstoßes aus München hin. Barschel betonte, daß sowohl er als auch der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi sich eine entsprechende Änderung des NDR-Staatsvertrages vorstellen könnten. Bedenken habe nur Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Nach Ansicht Barschels sind die Gespräche zwischen den Regierungschefs der Länder über eine Verteilung des TV-SAT in eine „Sackgasse" geraten. Sofern bis Oktober keine Einigung erzielt wird, sieht er daher nur die Möglichkeit, beim Bundespostminister aufgrund der Handlungsunfähigkeit der Länder gemäß dem verfassungsrechtlichen Anspruch Quoten zu beantragen. Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein könnten dann bei einer Addition ihrer Quoten einen eigenen Kanal beanspruchen.

CDU-Mitglieder sollen DGB-Aktionen meiden

AP, Bonn

CDU-Mitglieder sollen sich an Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionswoche" des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung nur beteiligen, wenn ihnen das Rederecht zugesichert wird. Diese Empfehlung hat CDU-Generalsekretär Geißler dem Kreisvorsitzenden seiner Partei gegeben. Geißler erklärte, daß CDU-Mitglieder auf solchen Veranstaltungen die positiven Elemente der Bonner Beschäftigungspolitik darstellen würden, aber keiner von ihnen es nötig habe, sich von oben herab beschimpfen zu lassen.



Mitleiden, Verantwortungsgefühl und Glauben waren seine Stärke

Von ERNST CRAMER

Es gibt keinen Zufall im Leben", meinte er immer wieder. „Alles geschieht nach Gottes Ratschluß." So mag es denn auch Fügung gewesen sein, daß der vermutlich letzte Gedanke, den Axel Springer vor seinem unerwartet schnellen Ende noch voll in sich aufnahm, die Losung aus dem Büchlein seiner Glaubensgemeinde vom 22. September, ein von ihm oft zitierter Satz aus dem Evangelium seines Lieblingsapostels Johannes war: „Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, der wird leben, ob er gleich stürbe."

„Wie wahr." Springers Lippen deuteten diese Worte nur an. Richtig sprechen konnte er schon nicht mehr. Wenig später fiel er in tiefe Bewußtlosigkeit, aus der er nicht mehr erwachte.

Daß Axel Springer tot ist, vermögen seine Mitarbeiter, seine Freunde, die Leser seiner Artikel und seiner Blätter noch gar nicht zu fassen – ganz abgesehen von seiner Frau, seinen Kindern und Enkeln, seiner Familie. Ihnen ganz besonders gilt das Mitgefühl all derer, die den Verstorbenen gekannt, verehrt, bewundert, ja geliebt haben.

Er war ein hochbegabter, vielschichtiger Mensch. Das machte seine Faszination aus, trug aber auch zu den Mißverständnissen bei, mit denen sein Lebensweg überstreut ist.

Versucht man Axel Springer in ein Raster des Lebens einzuordnen, so drängt sich zunächst auf, daß er ein Verleger mit genialischen Zügen war, ein Zeitungsmann, wie man ihn nur selten findet.

Zumindest in Deutschland, vermutlich in Europa, gibt es seinesgleichen nicht mehr.

Man hat ihn oft einen erfolgreichen Geschäftsmann genannt. Aber so richtig das vom Ergebnis her ist, so falsch ist es auf die Person bezogen. Springers Verlage waren erfolgreich, weil seine ureigensten Objekte, seine Zeitungen stimmten, von ihm, dem begabten und ideenreichen Journalisten richtig, d. h. den Bedürfnissen der Leser entsprechend, erdacht, entwickelt, konzipiert.

Doch sieht Axel Springer falsch, wer ihn zuvörderst als Verleger einstuft, so souverän er das Journalisten-Handwerk auch beherrschte. Er war zeit seines Lebens zuallererst ein Mann auf der Suche nach Gott. Allerdings wurde erst in seinen späten Lebensjahren das Gewicht klarer sichtbar, das er den Gedanken über den Schöpfer und der Beziehung des Menschen zu ihm gab.

Axel Springer war ein Mann des Glaubens, darin zugleich fest und tolerant. Als sich seine Kirche seiner Meinung nach in zu starkem Maße irdischen, gar parteipolitisch gefärbten Dingen zuwandte, statt das aus dem Alten und Neuen Testament überkommene Wort Gottes zu predigen, trat er einer Gemeinde bei, die, wie er glaubte, das Erbe Luthers besser verwaltete.

Dabei war Axel Springer keinesfalls ein blinder Anhänger des großen Reformators. „Unerträglich" nannte er bei vielen Gelegenheiten dessen berüchtigten Rückfall in die zu seiner Zeit gängigen Stereotypen des Judenhasses.

Denn Antisemitismus, besonders den, der vor fünf



Ernst Cramer, ein Weggefährte
FOTO: BECK

Jahrzehnten zur deutschen Staatsräson erhoben worden war, bezeichnete Springer als einen Verrat am Menschen, dem Ebenbild Gottes, und damit an Gott selbst. Preis und Fluch dieses Abfalls, so meinte er, sei „die Trägheit des Herzens, eine Sünde, die mit Sicherheit nicht vergeben" werde.

Diese Trägheit kannte Axel Springer nicht. Er war ein Mann, der nicht nur mit anderen leiden wollte, sondern tatsächlich mitlitt. Er vermochte es, sich in die Leiden, die Trauer, die Enttäuschungen, die Schicksalsfälle anderer so hineinzudenken, als hätte er sie selbst erdulden müssen.

Wenn er unter Landsleuten weilte, die ihre Heimat im Osten verloren hatten, fühlte er sich nicht nur als Vertriebener, er war einer. Als er einmal in New York mit aus Deutschland geflohenen Juden zusammentraf, sprach er so eindringlich, plastisch und überzeugend von dem Verlust der Heimat und von der Einsamkeit und Ratlosigkeit des Neuankömmlings in der Fremde, daß ihn jemand fragte: „Waren denn auch Sie ein Flüchtling?" Springer antwortete: „Nein, Gott sei Dank nicht. Aber meine Phantasie sagt mir, wie Sie gelitten haben müssen."

Mitleiden, Verantwortungsgefühl und Glauben waren die Triebfedern seines Engagements in und für Israel. Keine sich ihm bietende Gelegenheit ließ er aus, ohne für die Lebensrechte des israelischen Volkes zu werben, – im eigenen Lande ebenso wie bei seinen in früheren Jahren häufigen Besuchen im Ausland.

In dieser Frage gab es für ihn keinen Kompromiß. Er forderte aus deutscher und christlicher Verantwortung heraus, „dem Staat Israel fest durch alle Fährnisse zur Seite zu stehen. Dem Staat, den sich die Kinder und Brüder derer gebaut haben, die von Deutschen gemordet wurden. Diesem Staat und seinen Menschen zur Seite zu stehen in praktischer Mitarbeit, in einer keine Gegenseitigkeit fordernden Treue, ganz einfach in Liebe."

Keine weinerliche Selbstanklage könne dies ersetzen, meinte er, „auch nicht jene unverbindliche Freundschaft, die nur so lange wirksam ist, wie ein mutiges Bekenntnis zum Staat Israel nicht gefordert wird. Liebe ohne die Kraft, gemeinsam durch Stationen der Einsamkeit und Verlassenheit zu marschieren, ist keine Liebe."

Stationen der Einsamkeit und Verlassenheit hat Axel Springer nur allzuoft durchschritten. Er, der scheinbar so selbstverständlich plaudern, ja brillieren konnte, war eigentlich ein Mensch, der die Einsamkeit vorzog. Er, der ein vorzüglicher Redner war, hatte Scheu, vor große Menschenmassen zu treten.

Springer war ein Mann, dem das Schicksal scheinbar leicht Erfolge zuspielte. Das wirtschaftliche Blühen seines Verlages sah er allerdings stets als eine ihm „eigentlich gar nicht zustehende Gnade" an.

„Aber dankbar bin ich dafür", fuhr er dann meist fort, „denn dieses Glück hat es uns ermöglicht, vier Dinge zu tun: Immer wieder an die Einheit Deutschlands zu erinnern; mitzuhelfen, daß Berlin lebensfähig und attraktiv bleibt; die Einbettung unseres Vaterlandes in den Kreis der westlichen Demokratien und damit gleichzeitig die Freundschaft zu Amerika zu fördern; und die Aussöhnung mit den Juden zu betreiben, wovon ein wichtiger Teil die Hinwendung an Israel ist."

Diese Haltung hat Axel Springer viele Freunde im eigenen Lande und in der ganzen Welt eingebracht. Aber natürlich macht sich auch Gegner, wer so klar seine Meinungen vertritt, ganz abgesehen von Neidern, die es bei Erfolgreichen immer gibt.

Wenn Springer mit den Großen der Welt zusammentraf, gab es für ihn kein „small talk". Präsident Johnson warnte er im Mai 1967 vor einem nahe bevorstehenden Krieg im Nahen Osten. Mit Präsident Carter sprach er über die Not der russischen Dissidenten; mit Reagan über Berlin und die deutsch-deutsche Grenze.

Wer den Verleger, der aus politischer Überzeugung die Zentrale seines Unternehmens nach Berlin verlegt hatte, in seinen letzten Lebensjahren traf, konnte an ihm mehr und mehr Zeichen von Melancholie entdecken. Der Grund dafür war nicht nur, daß er wie jeder älter werdende Mensch und doch viel wacher als die meisten von ihnen erkannte, daß die Abendschatten länger wurden.

Wie es einem verantwortlichen Menschen geziemt, ordnete Springer seinen Besitzstand. Seine Firma, eine der gesündesten im Lande, ist wohl gewappnet für die Aufgaben und Prüfungen der Zukunft. Die erst im vergangenen Sommer vollzogene Neuregelung, die Verbreiterung der Kapitalbasis auf viele Aktionäre zur Sicherung seines Unternehmens hat er selbst so gewollt und konsequent durchgeführt. Aber daß es denn eben nicht mehr ganz sein Haus war, hat ihn im tiefsten Innern doch belastet, so sehr sich auch seine Mitarbeiter bemühten, ihn das nicht fühlen zu lassen.

Am meisten aber bedrückte ihn, den Patrioten und Freiheitsfanatiker, die Erkenntnis, daß er die von ihm heißersehnte und immer wieder beschworene Einheit Deutschlands wohl nicht mehr erleben würde. Daß diese Einheit für ihn nur denkbar war in einem Umfeld der Freiheit auch für die europäischen Nachbarn, zeigt schlaglichtartig, in welchen Kategorien dieser großartige Mann dachte.

Als er 1966 von Hans Zehrer, dem ehemaligen Chefredakteur der WELT, auf dem Dahlemer Friedhof in Berlin Abschied nahm, nannte er seinen verstorbenen Freund einen großen „Journalisten, Patrioten und Gottsucher". Nach dem Begräbnis nahm er einen Vertrauten zur Seite, legte diesem in einer für ihn typischen Geste den Arm auf die Schulter und meinte: „Ich wollte, man könnte das eines Tages auch über mich sagen." Man kann es.



Trauer in Berlin: Die Fahne vor dem Verlagshaus an der Mauer weht auf halbmast
FOTO: HOFFMANN/DPA

„Viele verließen Berlin, er blieb"

Von EBERHARD DIEPGEN

Wenn Axel Springer über Berlin sprach, dann sagte er: „Hier liegt Deutschlands Herz."

Auch sein Herz schlug für Berlin. Diese Stadt war für ihn, den geborenen Hamburger, zur Heimat geworden. Sie blieb ihm Lebensaufgabe.

Viele sprachen so wie er über Berlin. Aber nur wenige handelten auch so. Während viele nach dem Krieg mit einem pathetischen Satz zugunsten Berlins dennoch die Stadt verließen, blieb er. Mehr noch, zwei Tage vor dem Ablauf des sogenannten Chruschtschow-Ultimatums am 27. Mai 1959 legte Axel Springer den Grundstein für sein neues Verlagshaus an der Kochstraße in Berlin-Kreuzberg. Damals sagte er gegen den Zeitgeist: „In Berlin bauen wir in die Zukunft hinein." Heute wissen wir, daß er recht behielt.

Axel Springer war kein einfacher Mann. Hohe Ansprüche setzte er vor allem sich selbst. Er führte sein Leben sensibel und nachdenklich. Private Schicksalsschläge trafen ihn schwer. Vielfachen selbstgerechten und unanständigen Anfeindungen von links und rechts war er ausgesetzt. Hoffentlich hören wir solche Stimmen wenigstens in diesen Tagen nicht.

Selbst maßlosen Angriffen gegenüber blieb er aber stets maßvoll. Er war Christ. Er zahlte nicht mit gleicher Münze heim. Die Ablehnung gegenüber „jeglicher Art von politischem Totalitarismus", die er seinen Zeitungen als Richtlinie vorgab, hat er in seiner Person stets glaubwürdig verkörpert.

Drei anderen Grundsätzen galt seine Arbeit, ja sein Lebenswerk ebenso unerschüttlich: der Aussöhnung Deutschlands mit dem jüdischen Volk, der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Eintreten für die deutsche Einheit in Freiheit in einem vereinten Europa.

Berlin war für ihn der Ort, wo man diese Grundsätze leben kann, wo sie politische Wirkungskraft entfalten, wo ihre Beachtung lebensnotwendig ist.

In vielen Gesprächen habe ich in diesem Sinne mit Axel Springer über seine Sorgen um und seine Hoffnungen für Berlin gesprochen. Deshalb kann ich wirklich sagen: Mit Axel Springer hat Deutschland einen Patrioten und haben wir Berliner einen Freund verloren.



Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin
FOTO: SVEN SIMON

Ich sprach zu Beginn vom Herz Axel Springers, das für Berlin schlug. Viele Stiftungen und Geschenke hat er Berlin gemacht und für Berlin vermittelt. Er selbst wäre dagegen, sein Mäzenatentum für Berlin vollständig bekanntzugeben. Aber zwei besondere Engagements Axel Springers für Berlin will ich doch nennen:

Tatkräftig unterstützte er den Bau des neuen Herzzentrums, und leidenschaftlich engagierte er sich schon frühzeitig für die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987. Sie war ihm besonders wichtig. Er hatte sich auf sie gefreut. Es war ihm nicht vergönnt, die 750-Jahr-Feier zu erleben. Sein Herz schlägt nicht mehr. Berlin aber wird das pulsierende Zentrum Deutschlands bleiben. Und das verdanken wir zu einem wesentlichen Anteil dem großen deutschen Verleger und Träger der Ernst-Reuter-Plakette Axel Springer.

Sein vorbildliches Eintreten für Berlin, sein beharrliches Engagement in Berlin, seine Sorge um Deutschland bleiben unvergessen. Ich danke Axel Springer.

Sein Werk bleibt uns Vermächtnis und Aufgabe.

Axel Springer: „Bei meiner Geburt wurden keine Glocken geläutet"

In seinem Privatdruck „An meine Kinder und Kindeskinder" hat Axel Springer die Stationen seines Lebens beschrieben, von der Kindheit in Altona, den schweren Jahren der Nazizeit bis zum Aufbau seines Verlagshauses in Berlin:

„Wenn ich mich als Zeitungsmann auf die Journale verlasse, dann war der 2. Mai 1912 ein schöner Frühlings-Donnerstag. Um 10.00 Uhr kam ich zur Welt. Als Preuße, denn Altona war preußisch, und sein König war deutscher Kaiser in Berlin. Altona war in seiner bemerkenswerten Geschichte eine Stadt der Toleranz, was für mich große Symbolkraft hatte, die nach 1933 mehr und mehr erlosch.

Mein Vater war Besitzer einer bescheidenen Druckerei und eines Verlages, in dem eine Lokalzeitung, die ‚Altonaer Nachrichten', herausgegeben wurde und in dem früher die Werke des deutschen Patrioten jüdischen Glaubens Gabriel Riesser, Vorkämpfer der Juden-Emanzipation und erster jüdischer Richter in Deutschland, erschienen waren. Bei meiner Geburt wurden keine Glocken geläutet und ich erhielt auch keinen Wappenspruch."

„Bis zur Quarta im angesehenen Schlee-Realgymnasium war ich, nach dem Bekunden der Lehrer, ein sehr guter Schüler. Und dabei ein recht schüchterner Junge. Doch dann kam jener Bruch, wie er sich bei vielen jungen Menschen beim Übergang zum Erwachsenenleben findet: Unser Deutsch- und Geschichtslehrer hielt uns ‚Schlappschwänzen' einen Vortrag über das Opfer der Soldaten im Ersten Weltkrieg in Schützengräben und bei Sturmangriffen. Er ließ die Handgranaten krachen und die bösen Feinde im Maschinengewehrfeuer zusammenbrechen. Als er eine Erzählpause einlegte, stand ich auf und machte meinem Herzen Luft, wie schrecklich ich den Tod der jungen Männer fände – ob Deutsche oder Franzosen oder Russen. Der Lehrer war betroffen, ein Teil der Klasse unwirsch.

Natürlich war das nicht nur aus eigener Natur gewachsenes Rebellentum gegen den Lehrer; es war, zurückschauend, die erste offenkundig und öffentlich werdende Frucht der Erziehung in einem liberalen Elternhaus mit einem weltoffenen Vater und einer großartigen Mutter, für die Humanitas, Lebensstil und Umgangsformen unverzichtbare Qualitäten waren. Dieses Gottesgeschenk von Veranlagung und familiärer Einbettung und praktizierter Toleranz hat sich dann auch später in der Nazi-Zeit zum Segen für mich ausgewirkt und mich vor Fehltritten und Verführungen bewahrt, denen so viele Zeitgenossen meiner Generation ausgesetzt waren."

„Umstritten war bei uns in der Familie die Auffassung meines Vaters, die Zeitung könne nach der nationalsozialistischen Machtergreifung weiterhin eine kritische Funktion ausüben. Mein Vater, der der Demokratischen Partei angehörte und ihr Schatzmeister war, konnte sich gar nichts anderes vorstellen. So publizierten die ‚Altonaer Nachrichten' am 2. Februar 1933 – also drei Tage nach der Machtübernahme Hitlers – forsch und gottesfürchtig einen Leitartikel im Hinblick auf die bevorstehenden März-Wahlen, mit denen Hitler den Durchbruch zur absoluten Mehrheit erringen wollte (die er im Januar 1933 im Reichstag noch nicht hatte), in dem es sinngemäß hieß: Die Regierung Hitler sehe ihre Chance darin, den Wahlkampf durch Straßendemonstrationen zu beeinflussen. Objektive Zurückhaltung, wie bei früheren Regierungen, würde man wohl kaum wieder erleben. Und dann kam der Satz, der eine klare Wahlparole war: ‚Der kommende Wahlkampf wird in Deutschland die Entscheidung bringen, für Hitler oder für die deutsche Republik.' Für Hitler oder die deutsche Republik! Das war zweifellos mutig – nachdem Hitler schon Reichskanzler war."

„Mir schien der Beruf des Journalisten in einer gelenkten, unfreien Gesellschaft noch weniger anziehend, ja, er wurde mir zuwider angesichts der Gewissensartistik, die ich sowohl in Bergedorf wie bei den altvertrauten Redakteuren der väterlichen ‚Altonaer Nachrichten' jeden Tag erlebte. Ich meine die Drahtseilakte, gegen ihr Gewissen Dinge publizieren zu müssen, die sie für falsch hielten, um das Unternehmen und die Arbeitsplätze für etwa 100 Familien zu retten und mit dem eigenen Namen auf der Schriftleiterliste zu bleiben und damit die Berufsmöglichkeit zu erhalten."

„Ich habe mich immer gescheut, das, was ich in der Nazi-Zeit gegen die damaligen Machthaber unternahm, Widerstand zu nennen. Die Hilfe für Verfolgte, unter ihnen Juden, war menschliche Selbstverständlichkeit und insgesamt genommen aus meiner Sicht das geringste, was man tun konnte. Ungezählte Flugblätter, aber auch das ‚Pariser Tageblatt' von Georg Bernhard illegal verteilt zu haben, zumeist doch nur an Gleichgesinnte, zählt nicht viel.

Allein in der Erwiderung des Hitlergrußes steckt Schuld.

Was ich sagen will, ist, daß nach meiner Auffassung jeder, der in jenen Jahren in unserem Land überlebte, Schuld auf sich nahm, und sei es auch nur die Schuld, die entsteht, wenn man Konzessionen gegenüber dem Unrecht macht, um die eigene Lage zu erleichtern."

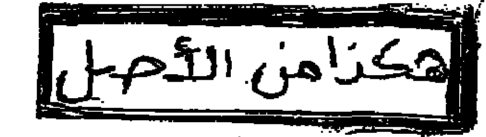
„Als die ganze Tragödie und der Umfang der deutschen Schuld in unser Bewußtsein drang, war mir klar, daß Juden und der Staat Israel für einen Deutschen in seinem Kopf, seinem Herzen und seinem Gewissen von Stund an eine außergewöhnliche Stellung haben müssen. Nichts darf wie gegenüber anderen Staaten sein. Es war meine entscheidende persönliche Erkenntnis der Nachkriegszeit, daß unsere deutsche Haltung gegenüber Israel unser Jahrhundertproblem ist. Denn: Wem das, was Menschen deutscher Zunge den Juden angetan haben, nicht auf die Seele geschlagen ist, wen das nicht uneingeschränkt Partei ergreifen läßt, der versteht nicht, was wir den Überlebenden schulden: Eine Solidarität, die jedweder Versuchung zu unparteiischer Distanz zu widerstehen hat. Es ist deshalb die Aufgabe unserer Generation, fest an der Seite Israels zu stehen, selbst wenn das unserer Politik anderswo Schwierigkeiten bringt.

Wenn jetzt im 20. Jahrhundert die Europäer ihre Haltung gegenüber Israel vom Heizöl bestimmen lassen, so ist das kleinkarierter Opportunismus; das Mittun der Deutschen ist für mich unverständlich und unverzeihlich. Soll Adenauer der letzte führende deutsche Politiker bleiben, der immer wieder auf das besondere Verhältnis zu den Juden und Israel hinwies? Nach seinem Rücktritt bat er mich einige Male in sein Haus oberhalb Rhöndorfs. Immer wieder sagte er zu mir: ‚Herr Springer, an drei Dinge müssen Sie stets denken: Es gibt keine verläßlichen Abkommen mit dem atheistischen kommunistischen Osten; haben Sie immer Sorge vor dem nicht ausbalancierten deutschen Volk; und seien Sie immer gut Freund der Juden und des Staates Israel.' Es bedürfte dieser Mahnungen nicht, aber ich hörte sie gern aus dem Munde dieses großen Mannes, dem man nachsagte, sich nicht von Emotionen bestimmen zu lassen."

„Wenn ich mir vorstelle, daß ich als Nichtkommunist heute in einem Blatt in der ‚DDR' als Redakteur tätig sein sollte und in homöopathischen Dosen meine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen versuchen würde, fällt mir ein Freund ein, ursprünglich aus dem Baltenland kommend. Er lebte mit seinen Eltern in Dresden. Als junger Mann rutschte er in eine Redaktion eines Blattes in der sowjetisch besetzten Zone. Seine Erzählungen erinnerten mich an das, was ich in der Nazi-Zeit für eine Zeitung glaubte tun zu müssen.

Auch er hielt es nicht aus, flüchtete nach dem Westen und wurde unter seinem Pseudonym Matthias Walden beim RIAS, dem amerikanischen Sender in Berlin, einer der bekanntesten Kommentatoren. Ach, wenn es damals nach 1933 doch einen freien Teil von Deutschland gegeben hätte, wir wären alle dorthin entwichen!"

„Mein Entschluß stand fest. Mein junges Unternehmen mußte hier in Berlin seinen Hauptsitz nehmen. Nach meinen schmerzhaften, aber klaren politischen Erkenntnissen, die ich 1958 bei meinem Besuch in Moskau und den Gesprächen mit dem sowjetischen Regierungs- und Parteichef Chruschtschow gewonnen hatte, wußte ich: Ein deutscher Zeitungsverlag, der für die Idee eines ungeteilten Vaterlandes wirken will, gehört nach Berlin. Dorthin, wo nicht nur die Freiheit der Deutschen verteidigt wird, sondern die Freiheit Europas."



„Die höchste Auszeichnung verleiht ihm die Geschichte"

Bundeskanzler Helmut Kohl:

„Axel Springer ist tot. Wir verlieren in ihm einen großen Deutschen, der sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem freiheitlichen Rechtsstaat große Verdienste erworben hat. Als leidenschaftlicher Patriot hat er sich unermüdlich dafür eingesetzt, das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands wachzuhalten. Die Überwindung der Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit war sein politisches Ziel. Unermüdlich hat er sich für Berlin eingesetzt. Diese Stadt war für ihn der schmerzhafteste und sichtbarste Ausdruck der Teilung Deutschlands.

Axel Springer hat in seinen Zeitungen und Zeitschriften stets für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gestritten. Sie war für ihn die Garantie unserer Freiheit. Mit großer Leidenschaft und kreativer Phantasie hat Axel Springer die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen vorangebracht. Ihm ist es besonders zu verdanken, daß die Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland zur Aussöhnung in Israel Glaubwürdigkeit und Unterstützung gefunden haben.

Mit dem Tode Axel Springers ist einer der Großen der deutschen Pressegeschichte von uns gegangen. Seinen Weg als Verleger hat er unter schwierigsten Bedingungen im zerstörten Nachkriegs-Deutschland begonnen und ein außergewöhnliches unternehmerisches Lebenswerk aufgebaut. Der Tod Axel Springers ist ein großer Verlust für die Bundesrepublik Deutschland und die Sache der Deutschen."

Bundespräsident Richard von Weizsäcker:

„Axel Springer hat die Verpflichtung, die uns die Vergangenheit auferlegt, und das Bekenntnis zur Freiheit stets zur Grundlage seines Denkens gemacht. Damit hat er wie kein zweiter der Stadt Berlin, dem Bündnis mit den Amerikanern und der Verständigung mit dem jüdischen Volk gedient."

Philipp Jenninger, Präsident des Deutschen Bundestages:

„Mit Axel Springer ist ein Mann von uns gegangen, der unternehmerische Schaffenskraft und politische Vision auf eine geradezu ideale Weise miteinander verband. Die Nachkriegsgeschichte des deutschen Pressewesens ist ohne ihn nicht denkbar, er hat selbst Pressegeschichte geschrieben. Der Aufbau von Tageszeitungen mit Weltgeltung praktisch aus dem Nichts weist ihn als eine Unternehmerpersönlichkeit aus, wie sie in unserem Lande selten geworden ist.

Unbeirrbar hat Axel Springer stets an seinen politischen Überzeugungen festgehalten. Das Gebot der Präambel unseres Grundgesetzes, ‚in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden', war für ihn über alle Anfeindungen von außen und alle scheinbar modischen Infragestellungen im Innern hinweg Maxime seines politischen Denkens und Handelns. Wie unverändert zeitgemäß und notwendig diese Haltung war und ist, zeigt sich gerade in diesen Tagen.

Unermüdlich ist er für Berlin eingetreten, eine Stadt, die besonders schmerzlich die Teilung unseres Vaterlandes, zugleich aber die Hoffnung der Deutschen auf Einheit in Freiheit symbolisiert. Die Errichtung seines Verlagshauses in dieser Stadt unmittelbar an der Mauer entsprang daher nicht unternehmerischem Kalkül, sondern politischer Überzeugung.

Wiedergutmachung an den Überlebenden des Holocaust und Solidarität mit dem Recht Israels, in gesicherten Grenzen zu leben, waren ebenso unveränderbare Ziele seines Wirkens wie die auf gemeinsamen Werten beruhende Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Axel Springer hat in seinem Leben zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten. Die höchste Auszeichnung, die ein Land zu vergeben hat, wird von der Geschichte geschrieben und – dessen bin ich mir sicher – eines Tages in den Augen der Öffentlichkeit auch ihm zuteil werden: die Erkenntnis, daß Axel Springer ein deutscher Patriot war."

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag:

„Axel Springer hat auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik wie kaum ein anderer Einfluß genommen. Der Respekt vor dem Toten gebietet jedoch, auch bei dieser Gelegenheit nicht zu verschweigen, daß es auf weiten Feldern auch gegensätzliche Auffassungen über den Gebrauch gab, den der Verstorbene von seinem publizistischen Einfluß gemacht, und auch über die Wirkungen, die er damit hervorgerufen hat. Niemand wird indessen bestreiten, daß Axel Springer schon jetzt einen festen Platz in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik einnimmt."

Martin Bangemann, Vorsitzender der FDP, schrieb in einem Beileidstelegramm:

Der Verstorbene habe das Bild der deutschen Presse wesentlich mitgeprägt. Sowohl Deutschland und die Deutschen als auch das Schicksal Israels hätten stets im Vordergrund seines wachen politischen Interesses gestanden. Mit Axel C. Springer verliere die deutsche Publizistik einen unermüdlichen Verteidiger der Freiheit.

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Der plötzliche Tod Axel Springers trifft uns tief. Mit Axel Springer verliert Deutschland einen großen Patrioten und eine herausragende Verlegerpersönlichkeit.

Wir gedenken Axel Springers in Trauer und in Ehrfurcht. Er hat für das ganze Deutschland, für die eine deutsche Nation gelebt und gearbeitet. Unablässig hat er die Politiker aufgerufen, Treuhänder und Sachwalter aller Deutschen zu bleiben – vor allem jener Deutschen, denen ein Leben in Freiheit und Menschenwürde versagt ist. Sein leidenschaftliches Engagement für die Einheit unseres Vaterlandes bewog ihn in den 60er Jahren zu einer symbolischen Tat: Er ließ das Stammhaus seines Verlages in Berlin errichten – unmittelbar in der Nähe jener brutalen, menschenverachtenden Mauer, die seit dem 13. August 1961 Berlin teilt. Axel Springer hat Berlin wieder zu einem der führenden Standorte der freien Presse im freien Deutschland gemacht.

Freiheit verpflichtet: Das ist die Maxime, die Axel Springers Lebenswerk prägte. Er war ein unbeirrbarer Anwalt der parlamentarischen Demokratie und ein entschlossener Verfechter der deutschen Mitgliedschaft im freiheitssichernden Bündnis mit dem Westen. In seinen Reden und Aufsätzen hat er uns Deutsche immer wieder beschworen, aus den leidvollen Erfahrungen unserer Geschichte bleibende Lehren zu ziehen, jederzeit fest zum freiheitlichen Rechtsstaat zu stehen und ihn gegen seine Feinde zu verteidigen. Nur dann, so hat er einmal gesagt, werden wir Deutsche unserer Verantwortung vor der Geschichte gerecht werden.

Freiheit verpflichtet: Diese moralische Maxime bestimmte auch Axel Springers Eintreten für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden. Er hat auf diesem schwierigen Feld bahnbrechend gewirkt. Als er zu Beginn dieses Jahres in der israelischen Knesset mit der Goldmedaille des israelischen Zeitungsverlegerverbandes geehrt wurde, sagte Israels Premier Shimon Peres in der Feierstunde, nach Konrad Adenauer habe Axel Springer ‚mehr als irgendein anderer einzelner dazu beigetragen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel einzigartig, klar und bedeutungsvoll geworden' seien. Axel Springer erwiderte: ‚Ich bekenne mich zu Israel als Deutscher und als Mensch der freien Welt.'

Wir werden die mahnende Stimme Axel Springers schmerzlich vermissen. Vor wenigen Wochen schrieb er an die Teilnehmer der Kundgebung zum Tag der Heimat in Berlin, er wisse sich mit ihnen einig ‚in der Treue zu unserem Vaterland und in der Loyalität zum demokratischen Staat, in der Liebe zur verlorenen alten Heimat, in der Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung und zur Wiedervereinigung der Nation, in der Bewahrung der guten Traditionen unserer Geschichte'. Als Grundsatz der deutschen Politik müsse das Wort Johann Gottfried Seumes gelten: ‚Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.' Diese Worte sind Vermächtnis und Auftrag an uns alle."

Erik Blumenfeld, Ehrenvorsitzender der Hamburger CDU und Abgeordneter des Europäischen Parlaments:

„Axel Springer hat unbeirrbar zu seinen Überzeugungen wie Zielen gestanden. Er war ein bedingungsloser und guter Freund für alle, die ihm nahestanden. Er ging mutig und ohne irgend welche Furcht durch das Leben, ein Geschenk seiner tiefen Religiosität. Sein plötzlicher Tod, dessen Nähe wir ahnungsvoll spürten, riß eine unversetzliche Lücke für unseren Staat, für Berlin, für Jerusalem und die deutsch-israelischen Beziehungen. Gerade in dieser Aufgabe waren wir sehr verbunden. Er hat stets, und darin war er ein Vorbild, mit größtem Mut seine politischen und unternehmerischen Überzeugungen verteidigt. Ebenso den freiheitlichen Rechtsstaat und das atlantische Bündnis. Sein Glaube an die Überwindung der Spaltung Deutschlands und der Mauer bleibt beispielhaft. Daß er in Berlin seine Augen für immer geschlossen hat, betrachte ich als symbolhaft für die Aufgabe, die er sich in dieser Stadt und für ihr Überleben in Freiheit gestellt hat."

Hartmut Perschau, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft:

„Hamburg, Berlin, die Bundesrepublik und das ganze Deutschland schulden Axel Springer bleibende Dankbarkeit. Sein unerschütterliches Bekenntnis zu Einheit, Recht und Freiheit und sein Wirken für die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk bleiben uns Vorbild. Wir verneigen uns vor Axel Springer, der großen humanistischen Verlegerpersönlichkeit unseres Jahrhunderts von wahrhaft staatsmännischem Rang."

Heinrich Lummer, Innensenator:

„Die Nachricht von Axel Springers Tod berührt mich schmerzlich. Seine Ziele waren immer die Einheit und die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk. Seine Liebe galt Berlin auch in Zeiten, wo mancher zweifelte. Axel Springer gehört zu den Männern dieses Jahrhunderts. Er drückte der deutschen Zeitungslandschaft nach dem Krieg seinen Stempel auf.

Axel Springer war ein Mahner und Warner, der nie müde wurde, auf der Grundlage unserer Geschichte die Zukunft zu gestalten. Sein Werk ist für uns alle Verpflichtung. Meine Anteilnahme gebührt in dieser schmerzlichen Stunde seiner Frau Friede und seinen Angehörigen."

Shimon Peres, israelischer Premierminister:

„Mit großer Trauer habe ich vom Tode Axel Springers vernommen. Durch seinen Tod habe ich persönlich einen engen und beständigen Freund verloren, und der Staat Israel verlor einen tatkräftigen und engagierten Rechtsverteidiger. Axel Springer versuchte nie, seine Ansichten zu verbergen. Auch wenn viele anderer Meinung waren als er, äußerte er sich immer freimütig und wacker. Er ließ sich von humanitären Rücksichtnahmen motivieren, die sowohl seine Taten als auch seinen Lebensweg leiteten."

Josef Burg, israelischer Religionsminister:

„Ein großer Mensch ist dahingegangen. Unsere Epoche ist ärmer geworden. Seine Liebe zum Menschen und seine Liebe zu den Verfolgten kamen zum Ausdruck in seiner Liebe für Israel und den Israeli-Menschen. Seine Wurzeln im deutschen Humanismus waren besonders tief.

Ich erinnere mich, als ich ihn fragte, woher er komme, anläßlich des ihm verliehenen Ehrendoktorats an der Bar-Ilan-Universität, daß er sagte: ‚Aus Hamburg-Altona.' Darauf erwiderte ich prompt: ‚Altona 93, Hamburg – H. S. V.' Und ich erwähnte auch Jäger und Tulli Harder – zwei Fußballhelden von 1933. Da kamen ihm Tränen in die Augen, daß es einen israelischen Minister gibt, der sich an das noch erinnert. Er zitierte seine Mutter in einer seiner Schriften, die, als Hitler an die Macht kam, gesagt hatte: ‚Das bedeutet Krieg.'

Ich habe oft mit ihm korrespondiert. Ich war sehr beeindruckt von einer seiner Formulierungen, als er sich als einen ‚Radikalinski der Mitte' definierte. Das letzte war, daß er mir ein Zitat eines vor hundert Jahren wirkenden Schweizer Juristen schickte, was dieser über die Juden gesagt hatte, und ich sandte ihm ein Zitat aus einem Vorwort des jüdischen Historikers Heinrich Grätz zurück. In meinem Begleitschreiben erwähnte ich: ‚Wir sind beide von der Elbe, ich aus Dresden, Sie aus Hamburg, und in der Mitte liegt Dessau, die Stadt von Moses Mendelsohn, der den Juden die Sonne der Aufklärung brachte, wie ich es nannte, die im Feuerschein von Auschwitz vernichtet wurde."



In der Berliner Gedächtniskirche finden am Freitag vormittag die Trauerfeierlichkeiten statt FOTO: TEUTOPRESS

Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums Wien:

„Ich bin ganz zerschlagen. Axel Springers Tod reißt eine Lücke, die durch nichts und durch niemanden aufzufüllen ist; das Judentum und der Staat Israel haben seit 1945 keinen solchen Freund wie diesen Mann gehabt. Ich wünschte nur, daß sein Zeitungsimperium weiterhin von seinem Geist beseelt bleiben möge. Axel Springer sagte erst vor kurzem zu mir: ‚Ich werde das Vermächtnis Konrad Adenauers weiterhin erfüllen; der Frieden unter den Völkern hängt nicht zuletzt von der Achtung des Judentums und der ständigen Erinnerung an die Leiden dieses Volkes ab . . .'"

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin:

„Mit tiefer Erschütterung hat die jüdische Gemeinschaft den Tod Axel Springers aufgenommen. Mit ihm haben die Jüdischen Gemeinden in der Welt und die Jüdische Gemeinde zu Berlin einen ihrer besten Freunde verloren. Sein Tod bedeutet ein Verlust von einer derartigen Tragweite, die in diesem Moment noch gar nicht zu überschauen ist. Er war einer der ersten, der sich für den Wiederaufbau Jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt hat. In vielen Reden und Stellungnahmen hat er sich stets zur Vergangenheit bekannt und damit eine wichtige Grundlage für die Beziehungen zwischen uns und unserer Umwelt geschaffen. Sein konsequentes und unbeirrbares Eintreten für die Belange des jüdischen Staates haben ihn zu einem der größten Vorkämpfer für die Existenz Israels gemacht. Wann immer es notwendig war, gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen, war seine Stimme unüberhörbar."

Gerhard Rost, Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche, zu der Springer 1969 übergetreten war:

„Wir wissen, daß Gottes Wort auch im Alltag sein Begleiter war bis hin auf sein Sterbebett. So haben wir ihn als Christen erlebt, gerade auch in den Problemen seines Lebens und seines öffentlichen Wirkens."

Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie:

„Jeder Zeitpunkt, der einen geschätzten Menschen aus unserer Mitte nimmt, erscheint als zu früh. Doch wenn man das an festen Grundwerten ausgerichtete Leben von Axel Cäsar Springer in seiner Gesamtheit sieht, so hat dieser Tod auch in einer erschreckenden Plötzlichkeit etwas Versöhnliches. Der Verleger Axel Springer stand am Ende eines erfüllten Erdendaseins, dessen Mittelpunkt das Medium Presse war. Ihr hatte er sein Leben verschrieben in der Erkenntnis, daß das gedruckte Wort für das menschliche Zusammenleben unverzichtbar ist. Bei allem, was er auf diesem Gebiet tat, war seine Kompetenz unbestritten. Ein Mann mit strengem Pflichtgefühl, den Geradlinigkeit, Treue, Menschlichkeit und Demut auszeichneten, dies in Verbindung mit unerschütterlichem Glauben an die Richtigkeit seines Tuns. Ein Mann, der sich seiner Aufgabe mit Leib und Seele widmete.

Durch viele Jahrzehnte hindurch hat Axel Springer die Motorisierung in unserem Land und die Entwicklung der deutschen Automobilindustrie nicht nur mit Aufmerksamkeit, sondern auch mit Sympathie begleitet, gelegentlich auch mit Kritik, aber mit einer mehr anspornenden und konstruktiven Kritik. Das war wichtig, denn der Wettbewerb der Konstrukteure und Hersteller von Automobilen um die Gunst des Käufers war und ist stets auch ein Wettbewerb um die öffentlich gespendete Anerkennung in den Medien.

Die deutsche Automobilindustrie dankt dem Verstorbenen für diese Aufgeschlossenheit dem Automobil und seinen Problemen gegenüber. Diese Aufgeschlossenheit und seine ganz persönliche Liebe zum Automobil kam am sinnfälligsten bei den zahlreichen Begegnungen zum Ausdruck, die anläßlich der jährlichen Verleihungen des Goldenen Lenkrads ihn und die deutsche Automobilindustrie in Berlin zusammenführten."

Hans-Günther Sohl, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie:

„Mit Axel Springer fühlte ich mich seit Jahrzehnten persönlich eng verbunden. Wir sind beide unter dem gleichen Stern – am 2. Mai – geboren und haben viele Strecken unseres Lebensweges gemeinsam zurückgelegt. Er hat den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands wirkungsvoll unterstützt; ich habe seinen engagierten Einsatz für Berlin und für unsere Beziehungen zu Israel immer wieder bewundert. Sein Tod ist auch für die deutsche Wirtschaft ein schwerer und schmerzlicher Verlust; seine große Vaterlandsliebe, seine aufrechte Art und sein mutiges Wesen werden uns unvergeßlich bleiben."

Jacques Morizet, Französischer Botschafter in Bonn:

„Axel Springer war ein Mann mit tiefempfundenen Überzeugungen, die er stets mit unerschütterlicher Kraft vertreten hat. Sein Tod wird in der deutschen Presselandschaft eine unschließbare Lücke hinterlassen. Ich kannte Axel Springer seit 1958. Damals war ich bereits sechs Jahre Pressechef der französischen Botschaft in Bonn. Ich besuchte ihn mit meinem Chef, Botschafter François Seydoux, in seinem Hamburger Penthouse. Wir redeten über Deutschland und die Welt, und ich bewunderte seine außerordentliche Kenntnis der Zusammenhänge und sein Urteilsvermögen. Springer war ein Mann, der die Freiheit und die Einheit Deutschlands mit einem großen politischen Engagement über alles stellte. Ich habe seinen Patriotismus bewundert, der sich auch in der Verlegung seiner Verlagszentrale nach Berlin ausdrückte. Ich bewunderte ihn wegen des außerordentlich erfolgreichen Aufbaus seines Presseimperiums und seiner brillanten beruflichen Erfolge. Ich hatte zuletzt noch gehofft, ihn in Berlin zu sehen, wenn ich unseren Staatspräsidenten zu dem geplanten Besuch in der Stadt begleiten werde. Springer ist wie viele andere große Deutsche in diesem Jahr viel zu früh gestorben."

Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und Bundestagsabgeordneter (CDU):

„Die übergroße Mehrheit der Vertriebenen erfüllt der Tod Axel Cäsar Springers mit tiefer Trauer. Springer war nicht nur ein großer Verleger und Freund des jüdischen sowie des amerikanischen Volkes, sondern er hielt auch Deutschland und insbesondere Berlin zuverlässig die Treue. Seine Gegner wollen das sogar angesichts seines Todes verschweigen. Die Vertriebenen verlieren in ihm einen großen Freund, der sie in schwierigsten Zeiten in der Treue zur Heimat und zu Deutschland bestärkte und in seiner Presse ihrer Stimme Raum gab. Springer war ein großer Humanist, ein Fürsprecher der Freiheit, der Menschenrechte und der Rechte der Deutschen."

Rolf Terheyden, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger:

„Mit Bestürzung und Betroffenheit haben die deutschen Zeitungsverleger vom plötzlichen Tod Axel Springers erfahren. Mit dem Namen des Verstorbenen verbindet sich ein beispielhaftes und außerordentlich erfolgreiches Engagement für den Wiederaufbau einer freiheitlichen Presse in der Bundesrepublik Deutschland – Axel Springer hat sich zugleich um das ganze Deutschland und dessen Ansehen in der Welt verdient gemacht. Seine Lebensgeschichte weist ihn aus als einen Mann, der stets unerschrocken und mit tiefer Überzeugung für die Ideale von Freiheit, Menschenwürde und gegen jeden politischen Extremismus eingetreten ist.

Axel Springer hat sein unternehmerisches und publizistisches Wirken in den Dienst der Pressefreiheit gestellt. Mit beispielloser Energie und sicherem Blick für die Interessen der Leser schuf er Zeitungen und Zeitschriften, die heute zu den erfolgreichsten und auflagenstärksten in der Welt gehören. So wichtig ihm sein eigenes Haus war, so wenig hat er jemals die gemeinsamen Interessen der deutschen Zeitungen aus dem Blick verloren. Als Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, von 1963 bis 1968, war er ein kluger Ratgeber und liebenswürdiger Freund.

Die deutschen Zeitungsverleger verlieren mit Axel Springer eine ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten. Als Mensch und als Kollege wird er uns unvergessen bleiben."

Werner A. Rudolph, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV):

„Es ist schwer, sich die Presselandschaft ohne Axel Cäsar Springer vorzustellen. Er, der einmal meinte, er wolle nicht mehr, als der Pressefreiheit die wirtschaftliche Basis geben, war zu einem der mächtigsten Zeitungszaren geworden. Gleichzeitig wandelte er sich zum engagierten Publizisten, dessen ‚rechte' Gesinnung – im Doppelsinne des Wortes – ein neutrales Verhältnis zu ihm nicht zuließ. Springers Fastmonopole, etwa in Berlin und Hamburg, bei Deutschlands Sonntagszeitungen oder in der Rundfunkprogrammpresse, waren und sind Meinungsmonopole. Kein angenehmes Gegenüber für den Deutschen Journalisten-Verband, dessen Mitglieder das breite politische Spektrum abdecken und optimal nutzen wollen. Und doch: Springer war eine Persönlichkeit, an der man sich reiben, die man aber nicht ignorieren konnte. So ist Deutschlands Zeitungslandschaft durch seinen Tod ärmer geworden."

Jürgen Egert, Landesvorsitzender der Berliner SPD, und **Walter Momper**, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:

„Axel Springer ist ein großer Name in der Geschichte der deutschen Presse. Wie kein anderer hat er mit seinem Unternehmen die Presselandschaft der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Und wesentlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung in unserem Land und in unserer Stadt ausgeübt. Auch wenn die politischen Auffassungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und ihm oft weit auseinandergingen, so würdigen wir Axel C. Springer auch als einen Verleger, der einen festen Platz in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einnimmt und dessen Lebenswerk weiter von großer Bedeutung für die politische Wirklichkeit in unserem Land sein wird."

Walter Rasch, Landesvorsitzender der Berliner FDP:

„Mit Axel Cäsar Springer hat Berlin einen großen Freund verloren. Einen Mann, der sich stets, wo er auch immer war, vehement für unsere Stadt eingesetzt hat. Große Verdienste hat sich der verstorbene Verleger um die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk in Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens in der ganzen Welt erworben. Seine ständigen Mahnungen an die Wiedervereinigung des deutschen Volkes haben immer wieder das Gewissen vieler Bürger in Ost und West wachgerüttelt. Axel Cäsar Springer war einer der entschiedensten deutschen Verfechter der Pressefreiheit, der nach 1945 Zeitungsgeschichte gemacht hat."

Günter Rexrodt, stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner FDP:

„Berlin hat einen engagierten Berliner verloren. Axel Springer investierte in einer Zeit in Berlin, als andere Firmen die Stadt verließen und ihren Hauptsitz ins Bundesgebiet verlagerten. Deutlicher als durch den spontanen Neubau an der Mauer in Kreuzberg kann man sein Berlin-Engagement und seine Liebe für diese Stadt nicht zeigen. Auch wenn nicht jeder mit dem Inhalt seiner vielfältigen Meinungsprodukte einverstanden war: Axel Springer war ein großer Verleger und auch ein großer Verleger mit politischem Verstand, der sich unermüdlich für die Aussöhnung von Juden und Deutschen einsetzte und dem die Wiedervereinigung Deutschlands eine Herzensangelegenheit war. Er war ein Mann, der das Gespür für Nachrichten hatte und der herausgefunden hatte, was die Bevölkerung bewegt. Sein Tod ist ein Verlust für Berlin."



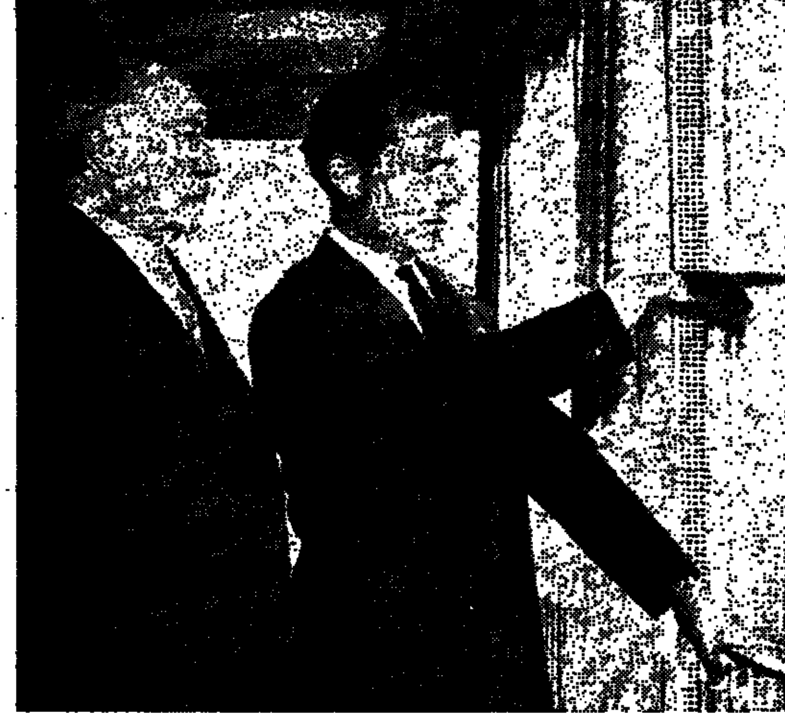
Begegnung mit David Ben Gurion, dem großen alten Mann Israels
FOTO: SVEN SIMON



Spitzengespräch: Axel Springer und Helmut Kohl FOTO: DPA



1984 im Weißen Haus. Präsident Reagan begrüßt das Ehepaar Springer
FOTO: WHITE HOUSE



Konrad Adenauer zu Besuch in der Hamburger WELT-Redaktion
FOTO: SENZER





Richard von Weizsäcker zu Gast im Hause des Verlegers FOTO: MROTZKOWSKI



Händedruck auf dem Berliner Presseball 1977 FOTO: DIE WELT

Gespräch mit dem jungen „Regierenden" von Berlin
FOTO: STASIEWSKI

Mit Bürgermeister Teddy Kollek in Jerusalem FOTO: AP









Ein großer Tag: Die Einweihung des Verlagshauses in der Berliner Kochstraße am 6. Oktober 1966. Zu Gast: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (ganz links). Hauskonzert auf Schwanenwerder. Pausengespräch mit Sohn Axel (links). „Ein Herz für Kinder": Opern-Gala im März 1982 mit Bundespräsident Karl Carstens (oben). Februar 1982: Mit dem Freund Matthias Walden im Gespräch (rechts oben). Der unvergessene Mentor und WELT-Chefredakteur Hans Zehrer (rechts).
FOTOS: KAISER/AP/RONDHOLZ/KEYSTONE

Mäzenatentum mit Herz für die Werte Berlins

Im Januar 1977 erhielten die Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin ein nicht sehr umfängliches, dafür aber auf vielfältige Weise wertvolles und wunderbares Geschenk: Eine feuervergoldete Wecker-Tischstanduhr aus dem Jahre 1690, eines der raren Werke des Hofbüchsenmachers, Instrumentenbauers und Goldschmieds Pierre Fromery. Diese Uhr besitzt nicht nur die Fähigkeit, die Zeit mitzuteilen (das erwartet man ja schließlich von einer Uhr) und den Schlafenden aufzuwecken – Fromerys Uhr kann überdies mit Hilfe eines Steinschlosses, wie es sonst für wesentlich unfriedlichere Zwecke Verwendung findet, dem Aufwachenden gleich auch noch eine Kerze anzünden. Man kann diese kleine technische Sensation vieldeutiger verstehen, als sie sich zunächst ansieht. Fromery kam als Hugenotte nach Berlin. Wir können getrost mit der Aufnahme der Hugenotten durch den Großen Kurfürsten die Geburtsstunde der Welt-Stadt Berlin ansetzen: Damals begann Berlin bereits, europäischen Geist zu atmen. Daran erinnert diese von Axel Springer geschenkte Uhr auch. Zugleich aber setzt dieses verblüffende Kerzen-Licht ein Zeichen für das Mäzenatentum in dieser Stadt, in der Gegenwart.

Man braucht nur das Verzeichnis einer Berliner Manet-Ausstellung von 1929 zu studieren, um zu wissen, wie viele Bilder Manets sich damals in Berliner Privatbesitz befunden haben. Heute ist uns kein einziger Manet in Berlin in privater Hand mehr bekannt. Die wirtschaftlichen Bedingheiten Berlins, seine Bevölkerungsstruktur haben auch ihre Entsprechung in der Begrenzung jener Bereitschaft und Fähigkeit, im großen Maße mäzenatisch tätig zu werden. Berlins größter kultureller Mäzen ist das Zahlenlotto. Berlin kennt jedoch keine Schokoladen-Fabrikanten, die den Kunstfreunden, wie in Hannover oder Aachen, das Leben versüßen können. So willkommen und nützlich der Einsatz vereinsmäßiger oder öffentlicher Förderer sein mag – ihm fehlt, was den privaten Mäzen so sehr auszeichnet: Die Spontaneität, die persönliche Handschrift, das individuelle Engagement. Bei ihm spürt man das Herz für jede einzelne Sache, die gefördert wird. Axel Springer war in diesem Sinne ein Privat-Mäzen par excellence. Auch in seinem mäzenatischen Handeln finden sich unverkennbar große Leitthemen seines verlegerischen Handelns: Die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk, Geschichtstreue und immer wieder – Berlin. Springers Interesse als tätiger Mäzen lag weniger in der akuten künstlerischen Moderne als in der Bewahrung kultureller, historischer und ideeller Werte. Oft war es ein von Springer gestifteter Gegenstand, der einer Sammlung, einem Ambiente eine weitere, bis dahin lückenhafte, historische und gedankliche Perspektive öffnete.

Da ist Hamburg – die Kunsthalle und verschiedene Theater gedenken der Hilfe des Verlegers. Da sind die Fliesensammlung und die 16 schweren Galionsfiguren im Altonaer Museum. Da steht die Bronze-Statue zum Gedächtnis an Dietrich Bonhoeffer vor der Petri-Kirche. Springer hat das Leo Baeck-Institut unterstützt. Und da sind die verschiedensten Schenkungen in Israel. Die Bibliothek des Israel-Museums, eingeweiht 1968, die Reparatur von Kirchen und Synagogen in der Jerusalemer Altstadt, der Bau von Kinderspielplätzen in arabischen Vierteln der Stadt, die Eröffnung eines Experimentiertheaters.



Mäzen Axel Springer mit Oskar Kokoschka auf dem Dach des Verlagshauses in Berlin FOTO: SVEN SIMON

Springer beteiligte sich bei der Förderung eines arabische Gesundheitszentrums in Jerusalem, beim Ben-Gurion-Forschungsinstitut in Negev und bei der Einrichtung einer Orgel in der Benediktinerabtei auf dem Zionsberg.

In Berlin ließ Axel Springer seine Initiativen verschiedenen Bereichen zugute kommen. Zuletzt wurde dies besonders bei der Stiftung eines Gästehauses für das Deutsche Herzzentrum sichtbar. Dem Verein zur Förderung der Publizistik in den Entwicklungsländern war solche Hilfe ebenso willkommen wie dem Ruderclub, der einen Achter benötigte, verschiedenen Kirchen, die eine Orgel, einen Glockenturm oder ein Glockenspiel erhielten. Taxifahrern, Fußballern, Eishockey-Cracks.

Kulturelle Institutionen waren dem Mäzen aber besonders dankbar. Der Verein für die Geschichte Berlins, der Berliner Konzert-Chor, die Mendelssohn-Gesellschaft, das Aspen-Institute, die Gesellschaft für ein Jüdisches Museum haben für ihre Arbeit Geldbeträge erhalten.

Die Staatlichen Schlösser und Gärten bekamen ein weiteres Werk von Antoine Pesne. Natürlich ist der Hofmaler schon mit verschiedenen Portraits in Charlottenburg vertreten, aber die Ölskizze für einen Theatervorhang ist den Kunsthistorikern um so wichtiger, als sämtliche Deckengemälde Antoine Pesnes im Neuen Flügel und in der Vorkammer während des Zweiten Weltkriegs zerstört wurden. Die bereits vorhandene allegorische Darstellung der „Musik" des Watteau-Freundes Jean Roux erhielt im Schloß die Gesellschaft ihrer allegorischen Schwester „Architektur". Springer schenkte den Schlössern einen Lindenholz-Kaminschirm des friederizianischen Hofbildhauers Johann Michael Hoppenhaupt des Älteren. Und neben der Schadow-Büste des Fürsten Radziwill finanzierte er einen Bronzeguß von Schadows überlebensgroßer Plastik Friedrichs d. Gr. – die Stettiner Bronzeversion der im Auftrage der pommerschen Landstände geschaffenen Marmorstatue gilt seit 1945 als verschollen.

Das stadtgeschichtliche Berlin Museum, nur wenige Schritte vom Verlagshaus an der Kochstraße entfernt, erhielt Spenden und Stiftungen in vielfältiger Weise. Man erinnert sich an ein zehnteiliges KPM-Service, und als das Museum nach einem Spender für ein Portrait des Geigers Bronislaw Hubermann von der Hand Lesser Urys suchte, da fand sich dieser wiederum in der Person von Axel Springer. Man muß an dieser Stelle wohl auch erwähnen, daß die größte Zille-Sammlung West-Berlins mit rund 2000 Exponaten ständig in der Halle des Verlagshauses ausgestellt und jedermann zur Betrachtung zugänglich ist.

Springer ermöglichte ein Gastspiel der israelischen Philharmoniker unter Leitung von Leonard Bernstein zu den Festwochen. Und 1976 stiftete er, viel beachtet, eine Tresor-Schatzkammer für das Antikenmuseum Preußischer Kulturbesitz, in der die Kostbarkeiten der griechischen, etruskischen und skythischen Goldschmiedekunst und etwa 70 Stücke des Hildesheimer Silberschatzes zu betrachten sind. Die Staatsbibliothek konnte dank Springer das höchst aufschlußreiche Archiv des Bankhauses Mendelssohn erwerben. Als die Nationalgalerie (interessanterweise im 19. Jahrhundert selbst auf Grund einer privaten mäzenatischen Geste entstanden) in Mies van der Rohes Tempel aus Stahl und Glas einzog, erhielt sie das Stabile „Tête et queue" von Alexander Calder als Geschenk des Verlegers, das zuvor vor dem Verlagsgebäude aufgestellt war und inzwischen längst zu einer Art Wahrzeichen des Museums geworden ist.

Die Akademie der Künste ist heute überglücklich, daß Springer auf Anregung eines Kritikers vor Jahren spontan zugriff und den Ankauf eines Privatarchivs aus dem Nachlaß eines Theaterbesessenen, Wilhelm Richter, bezahlte – es bildet den Grundstock der theaterhistorischen Abteilung des Archivs. Mäzenatentum hat auch einen schönen Klang: Die Geige des Ersten Konzertmeisters der Berliner Philharmoniker, Michel Schwalbé, ist eine Stradivari, die durch die Axel-Springer-Stiftung erworben und dem Künstler auf Lebenszeit als Leihgabe überreicht worden ist.

PETER HANS GÖPFERT

„Von Jalta bis Helsinki – immer gibt der Westen nach"

DW. Bonn

In der WELT vom 8. Juli 1975, wenige Wochen vor der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki, warnte Axel Springer vor den Fallstricken Moskaus. Er schrieb damals:

Sowjetrußland wirbt, lockt und läßt Drohung ahnen. Es drängt zum Abschluß der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa". Fragen sind unwillkommen. Kaum jemand stellt sie.

Von vertrauensbildenden Maßnahmen war in Genf die Rede. Manöver sollen möglichst dem, den sie beunruhigen könnten, zuvor gemeldet werden. Kontrollen scheinen weniger erwünscht, weil sie nicht vertrauensbildend, sondern mißtrauenerweckend seien. Mehr Freizügigkeit für Informationen, Menschen und Güter wurde von Westen her vorgeschlagen, und der Osten zeigte sich kühl. Sein „Entgegenkommen" mündet und endet wie so oft in Papieren, die solche Ziele auslegungsfähig umschreiben. Schließlich darf niemand „alles oder nichts" verlangen, wenn er das Ganze nicht verderben will. Moskau schrieb diese Warnung zwischen die Zeilen.

Wer wollte die Ungeduld des Kremls riskieren? Der Kreml bittet nachdrücklich, den Termin nicht zu verzögern. In Helsinki, der Hauptstadt Finnlands, soll die Sache besiegelt werden. Die Wirklichkeit, um die es geht, sieht nicht verlokkend aus. Nach der Anerkennung von Tatbeständen, die nicht einmal die vier Mächte im Rausche des Sieges dem deutschen Volke zumuteten, nach den deutsch-östlichen Verträgen also, soll nun ganz West-Europa mit amerikanischem Segen diese Bestätigung sowjetischer Gewalt-Resultate nachvollziehen.

Das wußte jeder am Konferenztisch von Genf. Aber es wäre sowohl von sowjetischer als auch von westlicher Seite taktlos und undiplomatisch erschienen, das auszusprechen. Es hätte zu Konfrontationen geführt, und die sind unbequem, also spielt man das Spiel des Als-ob, steuert man das Schiff, das die Flagge der Freiheit einst stolz und fordernd zeigte, in Richtung auf die Sirenengesänge, die von Osten herüberwehen.

Die Wirklichkeit, um die in Helsinki ein Bogen gemacht werden soll, hält jedoch auch nichtmilitärische Tatbestände bereit, die zu einer Einladung zur Umarmung auf offener finnischer Bühne nicht taugen. Die Sowjetunion war die einzige Macht der Welt, die der Zerstörung der Demokratie in Indien offen Beifall spendete. Und während in Genf die Teilnehmer der KSZE über Sicherheit sprachen und Zusammenarbeit erstrebten, rollten Kettenfahrzeuge des Kreml durch Afrika. Sie hatten Waffen geladen, die für Idi Amin bestimmt waren, den wahnsinnigen Diktator, der Adolf Hitler verehrt und der – mit dem Leben eines krebskranken Briten als Geisel spielend – England zu demütigen beliebt. Amins Sicherheit dient diese „Zusammenarbeit" mit der Sowjetmacht.

In Vietnam gewann der Kommunismus einen Angriffskrieg. Das „Weltfriedenslager" der roten Fahnen, dem westliche Politiker seine Friedensliebe wortreich und blauäugig bestätigten, hat sich dort den Weg der Eroberung freigeschossen. Von „Sicherheit und Zusammenarbeit" war da nicht die Rede.

Vor allem sowjetische Waffen bedrohen auch die Existenz des Staates Israel. Die Moskauer Imperialisten sind bemüht, ihre Macht im Nahen Osten auszudehnen, indem sie die Kriegsgefahr wirken lassen, in der einen Hand das Löschgerät, in der anderen die Lunte. Hinter den Feinden Israels stehen übergroß die Feinde des freien Europa.

An Berlin, dem „Prüfstein der Entspannung", erweisen die Sowjets Vertragsuntreue; zur Zeit haben sie die Lockung durch Drohung abgelöst. Aber wenn mit dem Berlin-Vertrag nicht geglückt ist, was der Westen erträumte, dann wird es mit einem neuen Vertrag versucht, mit dem von Helsinki. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn sich nicht – nach dreißig Jahren verlustreichen Rouletts, bei dem die Kugel immer auf Rot fiel – das Glück einmal den Verlierern im Westen zuneigte.

Es scheint aber tatsächlich mit dem Teufel zuzugehen, denn nichts spricht dafür, daß sich die Sowjetunion im finnischen Sommer plötzlich, nach weiterer Erfüllung ihrer Forderungen, gewandelt haben sollte. Dennoch haben die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft den baldigen Abschluß der KSZE „wünschenswert und möglich" genannt. Möglich schon – aber wünschenswert unter diesen Umständen? Einen „Ausgangspunkt neuer Möglichkeiten" nannte der SPD-Vorsitzende die KSZE. Neue Möglichkeiten im Sinne sowjetischer Weltherrschaftspläne? Die Formulierungen der Papiere werden darüber keine schlüssige Auskunft geben. Moskau wird sie anders auslegen als der Westen. Das lehrt die Erfahrung.

An Erfahrungen hat es in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht gefehlt. Sie reichen von Jalta bis zur Gegenwart. Und täglich werden sie ergänzt. Wenn sie aber nicht erkannt, aus ihnen nicht gelernt wird, dann werden die Historiker später – falls sie noch frei dazu sein sollten – die naheliegende Frage stellen, ob es denn keine Warnungen gegeben habe? Ob denn niemand, der erfahren und klarsichtig genug war und der diese Wirklichkeiten an eigenem Geist und eigenem Leibe erlitten habe, ob denn keiner, der des Gedankens und des Wortes mächtig war, seine Stimme erhoben habe, um die Schlafenden zu wecken?

An Warnungen hat es jedoch nie gefehlt. Schon vor über 125 Jahren schrieb der spanische Gesandte in Berlin, Juan Donoso Cortés, bevor Rußland imstande sei, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln, müßten drei Ereignisse eintreten: 1. Dem revolutionären Geist müsse es gelungen sein, nicht nur die gesellschaftliche Ordnung, sondern auch die stehenden Heere aufzulösen;

2. dem Sozialismus müsse es gelungen sein, seine Lehre in die Tat umzusetze, also den Eigentümer auszuplündern und damit den Patriotismus zu vernichten;

3. dem Panslawismus müsse es gelungen sein, im Osten seine Idee zu verwirklichen, die slawischen Völker also müßten unter die Herrschaft Rußlands geraten sein:

„Dann hat die große Stunde Rußlands geschlagen ... dann werden die Russen durch unser Europa spazieren. Dann wird die Welt ein Strafgericht erleben, das alle Erinnerungen der Geschichte hinter sich läßt ..."

Auch der größte unter den Mahnern der Gegenwart hat unlängst wieder beschwörend Einhalt zu bieten versucht: Alexander Solschenizyn. Er schrieb: „Noch zwei oder drei glorreiche Jahrzehnte dieser Art von friedlicher Koexistenz, und selbst der Begriff des ‚Westens' wird von der Erdoberfläche getilgt sein."

Von dem Philosophen und Staatsmann Carl Jacob Burckhardt schließlich ist das Wort: „Es gehört zum Schwierigsten, was einem denkenden Menschen auferlegt werden kann, wissend unter Unwissenden den Ablauf eines historischen Prozesses miterleben zu müssen, dessen unausweichlichen Ausgang er längst mit Deutlichkeit kennt."

In diesen Worten klingt nur scheinbar Resignation. In der Wehmut dieser Gedanken steckt der Aufruf zum Widerstehen. Es geht um die Sicherheit der freien Völker vor dem Zugriff kommunistischer Großmacht, um die Zusammenarbeit aller Länder der freien Welt zur Verteidigung der Grundrechte ihrer Bürger. In diesem Sinne wären die Buchstaben „KSZE" zu lesen. Wer sie aber kyrillisch buchstabiert und die Sowjetsterne zur Orientierung seiner politischen Navigation macht, wird das Schiff zerschellen sehen. Es wäre dann ein Narrenschiff gewesen.

Strauß: Das gedruckte Wort in den Dienst der Freiheit gestellt

DW. München

Der CSU-Vorstand gedachte gestern des am Sonntag verstorbenen Verlegers Axel Springer und würdigte dessen Verdienste für die Bundesrepublik Deutschland. „Axel Springer – der Name symbolisiert eine Haltung, die der deutschen Publizistik nach dem Kriege Profil verliehen hat. Er steht für ein leidenschaftliches Engagement unserer nationalen Einheit willen, im Dienst einer wehrhaften Demokratie und mit dem Ziel des Brückenschlages zu den Juden und dem Staate Israel", schrieb der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß an Frau Friede Springer. „Das Lebenswerk Axel Springers ist ein Auftrag an alle, für Frieden, Freiheit und Aussöhnung einzutreten."

Strauß würdigte die tiefe Religiosität des Berliner Verlegers. „Er glaubte daran, daß der Abschied von unseren Toten nicht endgültig ist. Vielleicht gibt auch Ihnen diese Verheißung Halt und Trost und hilft allmählich, Ihre jetzige Niedergeschlagenheit überwinden. Ich wünsche Ihnen das auch aus meiner eigenen leidvollen Erfahrung heraus."

„Eine Entscheidung im Interesse Deutschlands"

Der bayerische Ministerpräsident wies in München auch darauf hin, mit welchem großen persönlichen Einsatz, unternehmerischem Einfallsreichtum, verlegerischem Weitblick und politischer Überzeugungstreue Springer die deutsche Presselandschaft geprägt hat. „Er überzeugte durch seine Persönlichkeit und Grundsatztreue."

Strauß erinnerte daran, daß Axel Springer die Zentrale seines Verlagshauses in schwierigen Jahren in die geteilte ehemalige Reichshauptstadt Berlin verlegt hatte. Springer habe damals ein Signal für Ost und West gegeben, unbeirrt die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu fordern. „Das nenne ich eine Entscheidung im Interesse Deutschlands und der Freiheit", erklärte der bayerische Regierungschef.

„In den Herzen der Menschen verankern"

„Axel Springer gehörte nicht zu denen, die Kleinmut, ungeschichtliche Perspektivlosigkeit und Mangel an politischer Fantasie mit Realpolitik verwechseln. Er ging von der Wirklichkeit aus, ohne den Glauben an die Zukunft und den Willen ihrer Gestaltung aufzugeben."

Strauß ging dann auf das außenpolitische Bekenntnis des Berliner Verlegers ein: „Er wußte, daß der Gedanke der Freiheit in den Herzen der Menschen verankert werden muß, wenn er in der Wirklichkeit politische Kraft entfalten soll. Zugleich erkannte er klar, daß die Freiheit nur im Bündnis der Völker des Westens mit den Vereinigten Staaten von Amerika vor der totalitären Bedrohung gesichert werden kann."

Der bayerische Ministerpräsident zitierte dabei auch aus Aufsätzen Axel Springers, in denen der Verleger seine Vorstellung von der Bedeutung der Freiheit im politischen Raum definierte, zum Beispiel: „Der auf Unfreiheit begründete proletarische Internationalismus fordert als Gegengewicht den auf Freiheit basierenden Großraum, fordert die westliche Integration auf der Grundlage von Freiheit, Freizügigkeit, organischer Ordnung, Sicherheit und Menschenwürde. Nicht verbrieftes Besitzrecht aus zurückliegenden Zeiträumen garantiert und legitimiert den Zusammenhalt. Das Ideal und die Wirklichkeit der Freiheit ist es, die mit ihrer schöpferischen Kraft in Zukunft Räume zusammenbringen und zusammenhalten kann und muß."

Springer, so Strauß, habe mit seinem Eintreten für das Lebensrecht des israelischen Volkes in gesicherten Grenzen einen grundlegenden Beitrag für die Verständigung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk geleistet. Dieses Wirken habe nicht nur bei jüdischen Menschen, sondern weltweit Anerkennung gefunden.

Als Unternehmer und Verleger sei Springer stets aufgeschlossen gewesen gegenüber den Herausforderungen der Zeit. Dabei, so hob der Ministerpräsident hervor, habe Springer diese Aufgeschlossenheit aber nie mit modischer Anpassung an die jeweiligen Strömungen und den rasch wechselnden Zeitgeist verwechselt.

„Bahnbrechende und bleibende Leistungen"

Strauß: „Unverrückbar hielt er an seinen Überzeugungen und Prinzipien fest. Wegen seiner Grundsatztreue hatte er manche Anfeindungen zu ertragen. Dies ehrt ihn ebenso wie die Freundschaft derer, die sich bleibend mit ihm verbunden fühlen."

Nach dunkler Zeit habe Axel Springer das freie Wort in Deutschland wieder zur Geltung gebracht. „Diesem Wort wieder seine grundlegende politische Bedeutung ermöglicht zu haben, das gedruckte Wort in den Dienst der Freiheit, Wahrheit und Menschenrechte gestellt zu haben, aus den Trümmern der Diktatur mit Kühnheit und Voraussicht eine freiheitliche Gesellschaft mit aufgebaut und stark gemacht zu haben, hierdurch hat Axel Springer bahnbrechende und bleibende Leistungen erbracht."

In Dankbarkeit für seine Arbeit und im Vertrauen auf die fortwirkenden Grundsätze, denen der Berliner Verleger treu gedient habe, „nehmen wir Abschied von Axel Springer", schloß der bayerische Ministerpräsident und Vorsitzende der CSU.



Der CSU-Vorsitzende Strauß und Axel Springer bei der Verleihung des Konrad-Adenauer-Freiheitspreises an den Verleger im Juni 1981 (mit Marianne Strauß und Friede Springer) FOTO: ULLSTEIN

„Er ließ sich nicht entmutigen"

Le Figaro: André Audinot, Generaldirektor und Mitherausgeber schreibt: „Ich habe einen Freund verloren. Wir waren seit vielen Jahren eng miteinander verbunden. Noch vor 48 Stunden schrieb ich Axel Springer einen Brief, in dem ich ihm mitteilte, daß ich meinen am 18. September geborenen Sohn Axel taufen würde. Er wird den Brief nicht mehr gelesen haben. Über den Freund und Menschen hinaus habe ich an ihm zutiefst den Mann bewundert, der unerschrokken für die Freiheiten der Menschen eingetreten ist. Zusammen mit meinem Verleger Robert Hersant stand er Schulter an Schulter im gleichen Kampf. Er wird in dieser Hinsicht ein Beispiel an Courage für alle Publizisten bleiben. Heute, am 23. September, ist mein Geburtstag. Es ist der traurigste meines Lebens."

Daily Telegraph: In Westdeutschlands Kinderjahren baute er mit britischer Unterstützung ein gewaltiges Reich auf, das 25 Prozent der gesamten Tageszeitungsproduktion des Landes umfaßt... Er war ein standhafter Antikommunist, der seine Zentrale in Berlin mit Blick über die 1961 vom kommunistischen Osten errichtete traurige und graue Mauer baute. Seine Zeitungen unterstützen tatkräftig die CDU, von Adenauer – Westdeutschlands erstem Bundeskanzler – bis Helmut Kohl.

The Guardian: Die 12 000 Beschäftigten sahen in Axel Springer einen „arbeitenden Boß", der sich sehr um ihr Wohlergehen kümmerte. Ein Gewerkschafter machte einst Springer das Kompliment: „Mit solchen Arbeitgebern wie Sie brauchte man keine Gewerkschaften." ... Zwei Tage vor dem Ablauf eines sowjetischen Ultimatums, das den Vier-Mächte-Status (Berlins, d. Red.) beenden sollte, legte Herr Springer den Grundstein für ein zwanzigstöckiges Bürogebäude an der Grenze zum Ostsektor. Sein Einsatz für die deutsch-jüdische Aussöhnung wurde mit zahlreichen Auszeichnungen durch jüdische und israelische Institutionen bedacht.

The Times: Alle seine Zeitungen sind starke Anhänger von Kanzler Kohls CDU. Sie sind sehr deutlich antikommunistisch in ihren außenpolitischen Kommentaren und spiegelten Springers engagierte Unterstützung für Israel wider.

Financial Times: Axel Springer hat nach dem Zweiten Weltkrieg fast aus dem Nichts eines der größten europäischen Verlagshäuser aufgebaut. Durch seinen Tod verliert die Medien-Szene des Landes nicht nur ihre unbestreitbar freimütigste Persönlichkeit, sondern auch ihren unerbittlichsten, wenn auch kontroversen Verfechter eines freien und wiedervereinigten Deutschlands sowie einen unermüdlichen Kämpfer für die Versöhnung zwischen dem modernen Deutschland und dem jüdischen Staat Israel.

New York Times: Springer war tief getroffen von der Teilung Deutschlands. 1960 verlegte er seine Konzern-Zentrale in die geteilte Stadt Berlin. Er unterstrich damit seinen unerbittlichen Standpunkt gegen die Kommunisten Ostdeutschlands und den sowjetischen Block der osteuropäischen Staaten.

Washington Post: Springer verband wirtschaftliches Gespür mit dem festen Glauben an den Wert der Ideen, die er vertrat. Deshalb wurde er oft mit einem All-Gewaltigen verglichen, der seinen Massenblättern und Zeitschriften seinen persönlichen Stempel aufgedrückt hat. Springers Ansichten finden in nicht weniger als sieben Tageszeitungen ihren Niederschlag... Sein Name, der von seiner 22-stöckigen Zentrale unmittelbar an der Berliner Mauer prangt, ist im gesamten kommunistischen Osten Berlins zu sehen. Er wird als das leuchtende Symbol seiner Stärke und seiner Macht, aber auch als leuchtendes Symbol seiner Feindschaft gegen das Regime in Ostdeutschland gesehen.

Il Tempo: Axel Springer war der meistgehaßte Mann der deutschen Linken.. Doch Springer wollte sich politisch unabhängig wissen. .. Zu Beginn seiner Karriere wählte er seine Mitarbeiter unter den Verfolgten des Nazi-Regimes aus, vor allem Juden. Anfangs hielt er seine Zeitungen von linker und rechter Politik fern. Seine bevorzugten Politiker waren der Liberale Ludwig Erhard und der sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt.. In den letzten Jahren verschanzte er sich im konservativen Lager... Vor allem wollte Springer nicht hinnehmen, daß Berlin in zwei Teile gespalten war („Berlin, Herz unserer Nation")... Er beschränkte sich nicht nur auf Worte, er bereiste die Welt, einen Generalplan in der Tasche, wie man die Demarkationslinie zwischen den beiden Deutschland abschaffen könne... Springer ließ sich nicht entmutigen.

Zu hohe Belastung

hdt. – Rund drei Milliarden Mark Einnahmeverluste haben die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens seit 1982 infolge Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes in Kauf nehmen müssen. Die Kommunen haben darauf weniger mit echten Haushaltskonsolidierungen reagiert, sondern überwiegend durch einen rigorosen Rückschnitt ihrer Investitionen und durch drastische Anhebung ihrer Gebühren und Steuern. Besonders an der Gewerbesteuerschraube wurde kräftig gedreht. Während noch in den siebziger Jahren der Durchschnittshebesatz bei dieser kommunalen Steuer etwa auf Bundesniveau lag, wurde er inzwischen so weit angehoben, daß die Wirtschaft des Landes seit Beginn der achtziger Jahre mehr als eine Milliarde Mark zusätzlich an die Kämmerer der Gemeinden abzuführen hatte. Der Durchschnittshebesatz liegt derzeit deutlich über dem Bundesniveau.

Daß eine solche steuerliche Belastung nicht Anreiz für die Ansiedlung wachtumsintensiver Unternehmen sein kann, dürfte auf der Hand liegen. Die Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens haben daher in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten, Johannes Rau, eindringlich gewarnt, den Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 1986 weitere finanzielle Opfer aufzuerlegen. Sie wenden sich dabei gegen die Ansicht, die Kommunen seien die Reservekassen der Länder, eine Behauptung, die bereits das Verfassungsgericht zurückgewiesen hat. Neue Pläne in dieser Richtung stoßen damit erneut an verfassungsrechtliche Grenzen.

Börsentip Boris

lf – Der Boris-Becker-Boom treibt immer neue Blüten. Nicht damit genug, daß wir selbst mittelmäßige Begegnungen des jungen Tennisstars am Fernesehschirm über uns ergehen lassen müssen und auch „Wetten, daß" nicht auf den shooting star verzichten zu können glaubt – Boris Becker in allen Kanälen –, nein jetzt muß „uns Boris" auch noch für Aktienempfehlungen herhalten. So entblöden sich die Frankfurter Börsenbriefe, einer der bedeutendsten Aktieninformationsdienste in der Bundesrepubklik, nicht, mit dem Hinweis auf den Leimener neue Kurschancen für die Deutsche-Bank-Aktie zu sehen: „Mit dem neuen Werbepartner Boris Becker stehen der Deutschen Bank weltweit die Türen offen." Daß das größte deutsche Geldinstitut nicht ohne die Werbewirksamkeit des Jungstars auskommen zu können glaubt und den Rummel um Becker mitmacht, ist beklagenswert genug. Lächerlich macht sich aber ein Börsenbrief, der so argumentiert, zumal er genug plausiblere Gründe für die Kurschancen der Deutschen Bank vorweisen kann.

INTERNATIONALE WÄHRUNGSPOLITIK / Turbulente Devisen- und Aktienmärkte – Vorerst noch keine Sorge um den deutschen Export

Stoltenberg: Wichtige Voraussetzung für abgestimmte Politik gefunden

CLAUS DERTINGER/HEINZ STÜWE, **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kam von der Konferenz der Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten Industrieländer aus New York mit dem Eindruck zurück, daß wichtige Voraussetzungen für eine wirksamere abgestimmte Politik im Bereich von Finanzen und Währung geschaffen worden sind. Als besonders bedeutsam hob er hervor, daß die USA neue Akzente gesetzt und klarere Aussagen gemacht haben als früher.

Nach Stoltenbergs Aussage sind die USA im Gegensatz zu bisher auch bereit, bei koordinierten Notenbankinterventionen am Devisenmarkt mitzuwirken. Über die Voraussetzungen dafür, die unter den Notenbankchefs eingehend diskutiert worden sind, machte der Minister jedoch keine konkreten Aussagen. Entscheidend für die Kursentwicklung des Dollars, der nach den Vorstellungen der Finanzminister und Notenbankchefs bisher nicht den realen Gegebenheiten entsprochen hat, sei zwar eine Veränderung der fundamentalen Fakten; aber Interventionen könnten hilfreich sein, einen Abwärtstrend des Dollars zu fördern.

Im Mittelpunkt der New Yorker Gespräche stand das amerikanische Haushaltsdefizit als Ursache der außenwirtschaftlichen Schieflage der USA, der hohen Zinsen und der Überbewertung des Dollars. Darin sahen die Regierungen der Industrieländer ein Risiko für einen anhaltenden Wachstumsprozeß auch im nächsten Jahr, der von den aufwärts gerichteten Kräften in der Bundesrepublik und in Japan gestärkt wird, während sich die US-Konjunktur abschwächt. Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, daß das amerikanische Haushaltsdefizit reduziert werden muß. Gleichzeitig sollten die übrigen Industrieländer für günstige Wachstumsbedingungen sorgen. Die Bundesrepublik sei, wie Stoltenberg sagte, nicht aufgefordert worden, ihre bisherige Stabilitätspoitik zu vernachlässigen und kurzfristiges Wachstum zu erzeugen. Die Bundesrepublik werde im verlangsamten Tempo fortfahren, ihr Haushaltsdefizit zurückzuführen.

Stoltenberg und Entwicklungsminister Jürgen Warnke betonten, daß dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer zukomme. Stoltenberg sprach sich dafür aus, mit Rücksicht auf die schwierige Lage vieler Länder in der Dritten Welt den Erweiterten Zugang zu den Fondsmitteln ein weiteres Jahr zu verlängern und die Ziehungsobergrenzen zu überprüfen.

Die Forderung nach einer erneuten Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR), die seit Jahren auf der Wunschliste der Entwicklungsländer steht, lehnte Stoltenberg ab. Ein langfristiger weltweiter Bedarf nach Ergänzung der vorhandenen Währungsreserven bestehe nicht.

Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bemängelte die Zusammenarbeit des Währungsfonds mit der Weltbank. „Die notwendige Abstimmug zwischen beiden Institutionen ließ in der Vergangenheit zu wünschen übrig," betonte Warnke.

Der CSU-Politiker befürwortete eine Erhöhung des Weltbank-Kapitals von derzeit 95 Mrd. Dollar, um die Bank in die Lage zu versetzen, den wachsenden Kreditbedürfnissen der Dritten Welt Rechnung tragen zu können. Die dazu erforderliche Kapitalerhöhung könnte sich nach Warnkes Angaben zwischen 40 und 60 Mrd. Dollar bewegen.

Kritisch setzte sich Warnke mit dem Vorschlag einer bei der Weltbank einzurichtenden multilateralen Investitionsgarantieagentur (Miga) auseinander. Die Bundesregierung unterstütze zwar alle Bemühungen zur Förderung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Eine Verbesserung des Investitionsklimas sei aber nur zu erreichen, wenn die Partnerländer rechtlich verbindlichen Investitionsschutz gewährleisteten. Diese Voraussetzung werde mit dem vorliegenden Konventionssentwurf nicht erreicht.

Dollar stürzt um 16 Pfennig Unsicherheit an den Börsen

DW./dpa/VWD, **Frankfurt**

Nach der am Sonntag auf einer Sondersitzung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der fünf größten westlichen Industrieländer vereinbarten Absenkung des Dollarkurses ist der Kurs der US-Währung am Frankfurter Devisenmarkt am Montag um rund 16 Pfennig auf 2,7248 DM gestürzt. Das ist der niedrigste Stand seit dem 14. Juni 1984. Die Bundesbank verkaufte acht Millionen Dollar.

Maßnahmen, die auf eine Absenkung des Dollarkurses und eine Stärkung der Währungen Japans, der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs abzielten, bedeuteten zwar Ertragseinbußen für die deutsche Exportwirtschaft, diese sei aber im Wettbewerb flexibel und bleibe „stark im US-Markt", sagten Sprecher des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) am Montag auf Anfrage.

Die Verbände äußerten die Hoffnung, daß die Vereinbarungen dazu führten, den amerikanischen Kongreß von seinen mehr als 300 Anträgen für neue Importschranken abzubringen. Diese Handelsschranken wären „viel schlimmer als vorübergehende Ertragseinbußen", meinte der Außenhandelsverband. Auch der DIHT hob hervor, daß das Hauptgewicht von Maßnahmen zur Bewältigung der internationalen Wirtschaftsprobleme bei den USA liege. Washington müsse vor allem die hohen Defizite im Staatshaushalt und der Leistungsbilanz abbauen.

Obwohl nach den starken Kurserhöhungen der vergangenen Woche an den Aktienmärkten allgemein mit einer Beruhigungsphase gerechnet worden war, überraschte die Unsicherheit in den Börsensälen, die durch den Kurssturz des Dollars hervorgerufen wurde, doch ein wenig. In Erwartung der Rede von Präsident Reagan über den künftigen Kurs der Handels- und Finanzpolitik der Vereinigten Staaten gaben vor allem die Werte der exportorientierten Automobilindustrie stark nach.

In der Frage der künftigen Entwicklung des Dollarkurses gingen die Meinungen der Experten weit auseinander. Frankfurter Bankiers bezweifeln die Wirksamkeit der Vereinbarungen der Finanzminister. „Ich frage mich, wie sie das machen wollen", sagte ein der Bundesbank nahestehender Informant. Er glaube, daß der Dollar sich von dem Schock vom Montag bald erholen werde, da die Nachfrage nach ihm zu groß sei.

Londoner Börsianer vertraten dagegen die Ansicht, der Kurssturz des Dollar habe gerade erst begonnen. Verschiedenen andere Händler äußerten die Vermutung, die US-Notenbank werde in der nahen Zukunft die Zinsen in den Vereinigten Staaten zu drücken versuchen. Der Dollar werde deshalbe an Attraktivität für ausländische Anleger verlieren.

Überfällige Reform

Von WILHELM FURLER, London

Eines der dringendsten Probleme in Großbritannien, die Reform der Jugendausbildung, ist von der Regierung Thatcher mit ihrem „Youth Training Scheme" 1983 in Angriff genommen worden. Vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen von Jugendlichen in den unterprivilegierten Wohngebieten der britischen Großstädte wie im Londoner Stadtteil Brixton, die bereits im Sommer 1981 zu Blutvergießen und Millionen-Sachschäden geführt hatten, trieben die Premierministerin zur Eile.

Denn bei der Suche nach den Ursachen für die Ausschreitungen, die sich damals wie ein Flächenbrand über das ganze Land ausbreiteten, bestand in einem Punkt Übereinstimung: Mitverantwortlich war die extrem hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, insbesondere unter den Farbigen, die nach Beendigung ihrer Schulzeit kaum eine Chance für einen Berufs- oder Ausbildungsplatz sahen.

Anachronistische Vorstellungen bei den Gewerkschaften, Desinteresse bei Unternehmen und Ignoranz bei den Regierungen hatten zu einer Misere im britischen Ausbildungssystem geführt, die in Europa ihresgleichen suchte. Mit ihrem „Youth Training Scheme" bot Margaret Thatcher daraufhin den 16- bis 17jährigen Schulabgängern wenigstens die Möglichkeit, ein Jahr lang in Theorie und Praxis auf das Berufsleben vorbereitet zu werden – eine Art Kurzlehre, die der deutschen Lehrausbildung nachempfunden worden war.

Doch während in Deutschland nur etwa acht Prozent der Schulabgänger ohne jede Ausbildung ins Berufsleben treten, sind es in Großbritannien auch heute noch mehr als 50 Prozent – vorausgesetzt, sie finden überhaupt einen Arbeitsplatz. Von den fast 3,3 Millionen Briten ohne Beschäftigung sind gut 200 000 im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Mehr als ein Viertel aller Jugendlichen von 18 bis 19 Jahren ist arbeitslos. Der jüngsten Erhebung zufolge hatten im August knapp 127 000 Schulabgänger keine Beschäftigung gefunden.

Vor wenigen Tagen trat das Problem der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit mit den Ausschreitungen in Handsworth, einem verwahrlosten Stadtteil von Birmingham, wieder in den Vordergrund. Weniger als fünf Prozent der schwarzen Jugendlichen in Handsworth, die im Sommer letzten Jahres ihre Schulzeit beendet hatten, waren vier Monate danach beschäftigt. Mehr als die Hälfte der 19 bis 24jährigen in diesem von Farbigen beherrschten Stadtteil ist gegenwärtig ohne Arbeit und hat keinerlei Ausbildung, von der Schule abgesehen.

Es war höchste Zeit, daß die Regierung in London ihr Ausbildungsprogramm vorantrieb. Vom kommenden Januar an wird allen 16jährigen Schulabgängern und allen 17jährigen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, eine zweijährige Berufsausbildung angeboten. Sie ist weit stärker als bisher auf Theorie und angewandte Praxis ausgerichtet. Während das einjährige Programm höchstens 350 000 Jugendliche aufnehmen kann, wird das erweiterte bis zu 550 000 pro Jahr über den zweijährigen Zeitraum ausbilden können. Kostenpunkt für die Regierung: vier Milliarden Mark pro Jahr.

Besonders ermutigend ist, daß die Gewerkschaften ihre ursprüngliche Opposition aufgegeben haben. Sie hatten zunächst behauptet, daß nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen, die an dem einjährigen „Youth Training Scheme" teilnahmen, danach einen Arbeitsplatz gefunden haben. Inzwischen akzeptieren sie Statistiken, daß die Rate bei 70 Prozent liegt und sich mit dem verbesserten Programm zweifellos erhöhen wird.

Daß die britischen Gewerkschaften zunehmend bereit sind, einer Anhebung des Ausbildungsniveaus auf europäischen Standard nicht länger im Wege zu stehen, wird auch an ihrer nicht mehr zu bezweifelnden Kooperation an einem weiteren Regierungsprogramm deutlich. Danach soll jeder Arbeitgeber, der einen Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren einstellt und ihm nicht mehr als 230 Mark Wochenlohn zahlt, einen Zuschuß in Höhe von wöchentlich 60 Mark erhalten.

Dies ist ein konsequenter Schritt, das zweijährige Jugendausbildungsprogramm auch wirklich zu einem Erfolg werden zu lassen, daß nämlich möglichst alle Ausgebildeten anschließend auch tatsächlich eine Beschäftigung finden. Bislang wurde dies weitgehend von den Gewerkschaften selbst verhindert. Aus überholter Tradition und falsch verstandenem Dienst an den Mitgliedern versuchten sie hartnäckig durchzusetzen, daß die Bezüge Jugendlicher nur unwesentlich unter denen langgedienter Mitarbeiter liegen. Dieser alte Zopf dürfte wohl endgültig der Vergangenheit angehören.

AUF EIN WORT



„Ich bin mir sicher, daß eine Politik eines bloßen Krisenmanagements ein Abgesang auf jede Art von Rationalisierung wäre und den Tod vernünftiger Sachlichkeit bedeutete, deren insbesondere eine Wirtschaftspolitik bedarf. Ich hoffe, daß wir die Kraft haben, uns solchen Versuchungen zu widersetzen."

Martin Herzog, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Baden-Württemberg
FOTO: JOERG-PETER MAUCHER

Verbraucherpreise in der EG stabil

dpa/VWD, **Brüssel**

Zum ersten Mal seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) vor 27 Jahren sind die Verbraucherpreise von einem Monat zum anderen nicht gestiegen. Nach Angaben des Europäischen Amtes für Statistik blieb der Preisindex im August auf dem Niveau des Vormonats. Auf Jahresbasis betrug der Preisanstieg in den zehn EG-Mitgliedsländern 5,5 Prozent und fiel damit geringer als im Juli (5,8) und im Juni (sechs Prozent) aus. Drei der EG-Länder verzeichneten zwischen Juli und August einen Preisrückgang: Luxemburg minus 0,4, die Bundesrepublik minus 0,3 und Dänemark minus 0,1 Prozent. Belgien und die Niederlande wiesen keine Veränderungen auf.

RATENKREDITE



Verbraucherverbände klagen, Verträge sind oft sittenwidrig

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die Verbraucherverbände haben den Gesetzgeber gestern aufgefordert, die Rechtsstellung von Kreditnehmern zu verbessern. Zugleich warf die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) den Teilzahlungsbanken vor, Kreditverträge „sittenwidrig" abzuschließen und Zinsen zu verlangen, die „um 85 Prozent über dem marktüblichen Zins" lägen. Der Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) und die Kundenkreditbank (KKB) haben die Vorwürfe als „haltlos" zurückgewiesen.

Die AGV gründet ihre Vorwürfe auf ihre seit Juli 1983 laufende „Kreditaktion", in deren Rahmen sie nach eigenen Angaben 45 000 Kreditverträge von 25 000 Verbrauchern auf überhöhte Zinsen und belastende Geschäftsbedingungen überprüft hat. Allein im Bereich der Verbraucher-Zentrale Hamburg seien bei 6266 Verträgen mit einem Kreditvolumen von 154 Millionen Mark von den Teilzahlungsbanken zu Unrecht 22 Millionen Mark gefordert worden.

Die AGV fordert vom Gesetzgeber in Anlehnung an den SPD-Entwurf eines „Kreditwuchergesetzes" ein Verbot der Kreditkündigung bei unverschuldetem Rückzahlungsverzug. Darüber hinaus sollen Zahlungen auf fällige Restsalden nicht nur auf Zinsen und Kosten, sondern auch auf die Hauptschuld angerechnet werden. Schließlich fordert die AGV ein Verbot der Lohnabtretung.

Der Bankenfachverband und die KKB schlossen überhöhte Zinsen für Ratenkredite „schon aufgrund des harten Wettbewerbs der Banken untereinander" aus. Teilzahlungsbanken müßten aber aufgrund ihrer besonderen Kostenstruktur höhere Zinsen berechnen als andere Kreditinstitute. Im übrigen lasse auch die Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen an die Rechtsprechung keinen „Wucher" zu.

MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN

Keine Zweifel mehr an einer weiter positiven Entwicklung

DANKWARD SEITZ, **München**

Wenn auch für dieses Jahr nicht mehr mit einem nachhaltigen, sich selbst tragenden Konjunkturaufschwung gerechnet werden kann, so sehen die meisten mittelständischen Unternehmen – klammert man einmal das Baugewerbe aus – der nächsten Zeit mit Zuversicht und Optimismus entgegen. „Daß es weiter aufwärts gehen wird, steht außer Zweifel."

Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der Vereine Creditform, Neuss, aufgrund einer Befragung von rund 5300 Firmen (mit 20 bis 500 Beschäftigten) aus insgesamt 19 Wirtschaftsbereichen. Danach erwarten 54 Prozent der Unternehmen zumindest eine gleichbleibende und 24 Prozent eine bessere Entwicklung.

Bei derzeit allgemein befriedigender bis guter geschäftlicher Situation (75 Prozent) rechnen mehr als 56 Prozent mit gleichbleibenden und weitere 24 Prozent mit steigenden Auftragseingängen. Entsprechend kalkulieren 48 Prozent der Untenehmen mit konstanten und gar 31 Prozent mit höheren Umsätzen. Auf der Ertragsseite dürfte sich dies, den Erwartungen zufolge, angesichts des momentanen Preisniveaus kaum auswirken. Nicht einmal elf Prozent rechnen mit Ertragssteigerungen. Knapp die Hälfte der Betriebe bewerten die Situation so, daß sie gerade ausreicht, die Erträge stabil zu halten.

Erkennbare Auswirkungen hat die positive Konjunktureinschätzung der Umfrage zufolge auf die Beschäftigungssituation. Während 1984 nur sieben Prozent der Firmen ihr Personal aufstocken wollten, ist deren Zahl in diesem Jahr auf 28 Prozent gestiegen. Nach Schätzungen von Creditreform wird der Mittelstand in den nächsten sechs Monaten rund 170 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem kann doch mit einem erheblich höheren Investitionsvolumen gerechnet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Postanleihe mit 6,47 Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Die neue Anleihe der Deutschen Bundespost im Gesamtvolumen von 1,5 Mrd. DM und zehn Jahren Laufzeit bringt den Anlegern nur noch eine Effektivverzinsung von 6,47 Prozent. 1,2 Mrd. DM werden über ein Bankenkonsortium an das Publikum verkauft, 0,3 Mrd. DM werden zunächst zum Zwecke der Marktpflege einbehalten. Wie die Deutsche Bundesbank mitteilte, ist die Anleihe mit einem Ausgabekurs von 100,25 ausgestattet und soll vom 25. bis 27. September verkauft werden. Der Nominalzins beträgt 6,50 Prozent, woraus sich die Rendite von 6,47 Prozent errechnet. Die Börseneinführung ist am 30. September sowie am 1. und 2. Oktober vorgesehen. Die letzte Bundesanleihe von Ende Juli war noch mit einer Rendite von 6,79 Prozent versehen.

Höheres Handelsdefizit

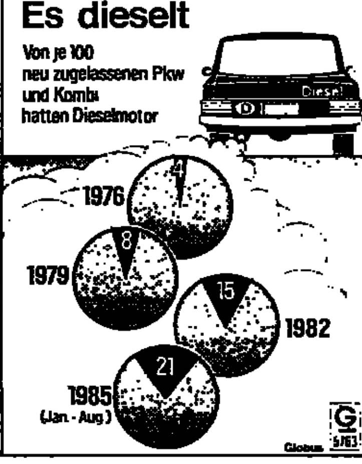
Mailand (dpa/VWD) – Das italienische Brutto-Inlandsprodukt wird 1985 real um 2,4 Prozent auf 679 200 Mrd. Lire (1 029 Mrd.DM) steigen. Das italienische Statistische Zentralamt in Rom erwartet gleichzeitig eine Zunahme der Investitionen um 11,3 Prozent und der Lohnstückkosten um 6,1 Prozent gegenüber 5,3 Prozent im Jahre 1984. Die Einfuhren werden um 19,3 Prozent und die Ausfuhren um 15,9 Prozent zunehmen. Dadurch wird sich das Außenhandelsdefizit gegenüber 1984 von 12 978 Mrd. Lire (20 Mrd. DM) auf 20 500 Mrd. Lire (31 Mrd. DM) erhöhen.

Orientteppiche gefragt

Hamburg (dpa/VWD) – Beim Handel mit Orientteppichen ist die Stagnation der Vergangenheit überwunden. Dies ist nach Angaben der Veranstalter auf der 7. Internationalen Orientteppich-Fachmesse ORTEFA '85 in Hamburg deutlich geworden. Nach Angaben des Bundesverbands der Orientteppich-Importeure erwarten zahlreiche Aussteller, 1985 den Vorjahresumsatz zu übertreffen.

Klima verbessert

Wiesbaden (dpa/VWD) – Auch im Handwerk scheint sich das wirtschaftliche Klima zu bessern. Das stellte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, gestern fest. Im 2. Quartal 1985 lagen Umsatz und Beschäftigte nur noch um 1,2 Prozent und 1,9 Prozent unter dem Wert der vergleichbaren Vorjahreszeit. Die entsprechenden Zahlen für das 1. Quartal 1985 lauteten noch auf minus 5,1 Prozent beim Umsatz und minus 2,4 Prozent bei den Beschäftigten. Die günstigere Entwicklung wurde vor allem vom verarbeitenden Gewerbe sowie vom Dienstleistungsbereich geprägt.



Jeder fünfte in der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassene Pkw oder Kombi ist heute ein Diesel. Steigende Treibstoffpreise und wachsendes Umweltbewußtsein wie der Fehlstart der Katalysatorautos brachten die Diesel-Fahrzeuge in Schwung. QUELLE: GLOBUS

DAG zum Vorruhestand

Hamburg (DW.) – Vor einer Fehleinschätzung der arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Vorruhestandstarifverträge hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) gewarnt. Die Zahl von 15 360 Zuschußanträgen, die bis Mitte 1985 bei der Bundesanstalt für Arbeit eingegangen seien, gebe weder über die tatsächliche Inanspruchnahme des Vorruhestands Aufschluß noch über den Arbeitsmarkteffekt. Der Leiter der DAG-Berufsgruppe Banken und Sparkassen, Gerhard Renner, verwies dazu gestern auf die Entwicklung im Bankgewerbe. In diesem Wirtschaftszweig hätten nach dem derzeitigen Stand erheblich mehr als 50 Prozent der Anspruchberechtigten von der Möglichkeit des früheren Ruhestands Gebrauch gemacht.

EG-AGRARPOLITIK

Ministerrat berät über „Grünbuch“

dpa/VWD, Brüssel

Die acht Millionen EG-Bauern erzeugen solche Mengen an Nahrungsmitteln, daß die Bürger der Gemeinschaft sie nicht verzehren können. *Die Kosten tragen die EG-Steuerzahler.* Diese müssen mit jährlich mehr als 40 Mrd. DM für die Überschußproduktion aufkommen.

Unter dem Druck kaum mehr zu finanzierender Kosten soll jetzt endlich mit wirksamen Mitteln etwas gegen diese verfahrene Lage getan werden. Heute wollten die EG-Agrarminister in Luxemburg erstmals über das im Juli vorgelegte „Grünbuch“ der EG-Kommission diskutieren. Daß eine Kurskorrektur der Agrarpolitik erfolgen muß, darüber stimmen Politiker und Experten mit der EG-Kommission überein.

Umstritten sind die Wege aus der Misere. Daß es keinen „Königsweg“ gibt, belegt auch das „Grünbuch“. Im Kern ist die Linie jedoch klar: Die überhöhten Preise müssen runter, die Produktion soll sich nach der Nachfrage richten.

Eine Lösung soll zunächst für den *Getreidemarkt gefunden werden.* Die Kommission will noch im Oktober ihre Vorschläge präsentieren, damit bereits für die Preisfestsetzung des Wirtschaftsjahres 1986/87 eine Neuregelung getroffen werden kann. Der Getreidemarkt wird seit 1. August von der EG-Kommission in einem „Notregime“ verwaltet, nachdem sich der Rat infolge des Vetos von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) nicht auf die neuen Preise hatte verständigen können.

Auf dem Getreidesektor ist die Situation überdies prekär geworden: Nach der Rekordernte des vergangenen Jahres von 151 Millionen Tonnen wird erwartet, *daß* die Bauern in diesem Jahr erneut eine überdurchschnittliche Ernte von etwa 137 Millionen Tonnen Getreide einbringen. Dann liegen schätzungsweise 30 Millionen Tonnen auf Halde.

Als beste Lösung des Problems galt in der EG-Kommission eine *restriktive Preispolitik. EG-Kreise* schließen jedoch nicht aus, daß die Kommission nun auch für den Getreidemarkt – wie bei Zucker und Milch – ein Quotensystem vorschlägt, um die Überschußproduktion zu drosseln.

OECD / Jahresbericht zur Arbeitsmarktentwicklung vorgelegt – Die Erwerbslosigkeit wird weiter zunehmen

Differenziertere Beschäftigungspolitik empfohlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Schwäche der Nachfrage, der reale Lohnkostenanstieg und der Rentabilitätsrückgang der Unternehmen sowie die Starrheit der Arbeitsmärkte sind nach Ansicht der OECD *die wichtigsten Gründe für die in den* meisten westlichen Industriestaaten weiter zunehmende Arbeitslosigkeit. Um sie zu meistern, müssen die Regierungen an mehreren Fronten gleichzeitig aktiv werden und enger mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten.

In ihrem Jahresbericht über die Beschäftigungsperspektiven stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fest, daß trotz der Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen hat. Zwar wurden insgesamt (vor allem in den USA und in Japan) mehr neue Arbeitsplätze geschaffen als aufgegeben. Das reichte jedoch nicht aus, den Zuwachs der aktiven Bevölkerung zu kompensieren. Demzufolge stieg die Zahl der Arbeitslosen in der OECD-Zone von 30,4 Mill. 1984 auf 30,8 Mill. 1985.

Bis Ende nächsten Jahres erwartet die OECD eine weitere Zunahme auf 31,5 Mill. Arbeitslose, was 8,5 Prozent der aktiven Bevölkerung entsprechen würde. Gegenüber diesem und dem letzten Jahr bliebe die Arbeitslosenquote zwar praktisch unverändert. Jedoch ist dies vor allem der stabilen bis zurückgehenden Entwicklung in den USA, in Kanada und Japan sowie in Großbritannien und der Bundesrepublik zu verdanken, der nach zwei Mal 8,3 Prozent eine Quote von acht Prozent vorausgesagt wird.

Die meisten anderen westeuropäischen Länder dagegen, insbesondere Frankreich und Italien, werden erstmals die Elf-Prozent-Marke überschreiten. Obwohl Europa seinen bescheidenen Wirtschaftsaufschwung fortsetzt, wird die Zahl der Arbeitslosen 1986 auf 19,3 Mill. – nach 19,0 und 18,2 sowie 17,2 Mill. in den Vorjahren – steigen.

Die OECD führt diese bedenkliche Entwicklung vor allem auf die restriktive Geld- und Budgetpolitik zurück. Aus Angst vor dem Wiederaufleben der Inflation habe man von der Unterstützung des Nachfragewachstums weitgehend Abstand genommen. Diese Kritik ist nicht zuletzt an die deutsche Adresse gerichtet. Andererseits hat die Bundesrepublik im Bereich der von der OECD geforderten größeren Arbeitsflexibilität besondere Fortschritte erzielt.

Allgemein schlecht bestellt ist es aber um die Flexibilität der Löhne, heißt es in dem Bericht. Vor allem zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit käme es darauf an, daß die (geringere) Produktivität der Jugendlichen in der Entlohnung ihren Niederschlag findet. Da die Regierungen aber nur bedingten Einfluß auf die Lohnentwicklung nehmen können, müßten die Sozialpartner zu vertretbaren Lösungen kommen.

In den meisten Mitgliedsstaaten hat die Zahl der Jugendlichen und Langzeit-Arbeitslosen besonders stark zugenommen. Deshalb müßten auf diese beiden Gruppen die staatlichen Reorientierungshilfen (Umschulung) konzentriert werden. Demgegenüber hat sich das Problem der Gastarbeiter etwas entschärft. Die Einwanderung würde inzwischen von der Auswanderung übertroffen. Der Anteil der Gastarbeiter an der aktiven Bevölkerung ist aber in verschiedenen Mitgliedsstaaten immer noch sehr hoch, in der Bundesrepublik beträgt er 9,2 Prozent.

Daß vor allem kleine und mittlere Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen können, hält die OECD für eine zu einseitige Betrachtung. Nähere Untersuchungen hätten gezeigt, daß die Wachstumschancen der Branche und die Dynamik der einzelnen Unternehmen, ganz gleich welche Größe, den Ausschlag geben. Deshalb sollten die Regierungen keine einseitig mittelstandsorientierte Beschäftigungspolitik betreiben. Dies schließe aber nicht aus, Arbeitslose zu ermutigen, mit Hilfe ihrer Entschädigung eigene Unternehmen zu gründen.

Der OECD-Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur durch arbeitsmarktpolitische, sondern auch durch sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen struktureller wie konjunktureller Art bekämpft werden müßte. Es komme dabei auf die „richtige Dosierung“ an.

ÖSTERREICH / Herbstboom bei Genußscheinen

Steuervorteile laufen aus

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für Genußscheine ist in Österreich im heutigen Herbst Hochsaison. Dieses vor genau drei Jahren eingeführte Finanzierungsinstrument, mit dem bisher 285 Unternehmen Quasi-Eigenkapital zugeführt wurde, erfreute sich bei österreichischen Anlegern schon bisher größter Beliebtheit. Bis Ende 1984 wurden in den drei Jahren 4,5 Mrd. Schilling (64,03 Mill. DM) an Genußscheinen untergebracht. In diesem Jahr kommen nochmals rund 3,4 Mrd. dazu – davon allein zwei Drittel in der zweiten Jahreshälfte.

Der noch bis Jahresende zu erwartende Boom wurde durch die bereits seit längerem bekannte Absicht des Finanzministers ausgelöst, die geltende steuerliche Absetzbarkeit des Erwerbs von Genußscheinen für Lohnsteuerpflichtige als zusätzliche Sonderausgabe zum Jahreswechsel um ein Viertel zu kürzen. Gleichzeitig soll aber die Ausgabe junger Aktien steuerlich gefördert werden.

Genußscheine werden derzeit von fünf (jeweils von Banken gegründeten) Fondsgesellschaften vertrieben, die bisher 55 verschiedene geschlossene Fonds mit unterschiedlicher Kapitalausstattung aufgelegt haben. Der Anleger kann bei einer Mindest-Bindungsdauer von zehn Jahren und einer jährlichen Nominalverzinsung von 4,5 bis fünf Prozent mit einer *(abhängig vom jeweiligen Grenzsteuersatz)* jährlichen Rendite zwischen zehn und 18 Prozent rechnen.

Die Unternehmen zahlen für die Inanspruchnahme von Genußscheinkapital einen einmaligen Betrag von sieben Prozent als Errichtungskostenbeitrag und dann jährlich sieben bis acht Prozent auf die zugeführten 93 Prozent an den Fonds, der seinerseits rund zwei Prozent als Verwaltungskosten einbehält.

Die 1992 erstmals fälligen Genußscheinrückzahlungen werden entweder direkt von den Firmen mit einem entsprechenden Agio zwischen ein und 20 Prozent geleistet. Darüber hinaus soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, die Genußscheine über die Börse oder den Sekundärmarkt weiterzugeben oder in andere Fonds überzuführen.

NAMEN

Alex Reichlmaier, Vorstandsmitglied und Schatzmeister des Verbandes der Bayerischen Druckindustrie, feiert heute den 70. Geburtstag.

Udo Schulz-Lefèvre, Vorstandsmitglied der Eichbaum-Brauereien AG, Mannheim, wird heute 60 Jahre.

Franz Vogt, geschäftsführender Gesellschafter der VOKO-Gruppe, wurde am 23. September 65 Jahre.

Dr. **Thomas Roffe**, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden, wurde für drei Jahre zum Präsidenten des Internationalen Europäischen Bauverbandes gewählt.

Rodney L. Grandy, Senior Vice President der Exxon Chemical Company in Darien, Connecticut, USA ist ab 1. Oktober Präsident der Essochem Europe Inc., Brüssel, als Nachfolger von **David R. Clair**, der Präsident der Exxon Research and Engineering Company wird.

Hermann Wunnerlich, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken, vollendete am 18. September das 60. Lebensjahr.

GROSSBRITANNIEN / Industrieverband sieht Wettbewerbsfähigkeit bedroht

Warnung vor hohen Lohnabschlüssen

WILHELM FURLER, London

Die britische Wirtschaft stellt sich über zu hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse selbst *ins Abseits und riskiert* damit einen anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine wiedereinsetzende Welle von Unternehmens-Zusammenbrüchen, eine Untergrabung der Rentabilität und eine aufs neue einsetzende Beschleunigung der Inflationsrate. Dies ist der Wortlaut einer Warnung, die der britische Industrieverband CBI (Confederation of British Industry) an seine Mitglieder gerichtet hat.

Die kommenden zwölf Monate würden darüber entscheiden, ob die britische Wirtschaft über den Berg kommen werde oder nicht. In der „Make or Break“-Apokalypse rechnet *der CBI den britischen Unternehmern* vor, daß nur eine deutliche Zurückhaltung bei den Lohn- und Gehaltsabschlüssen auf eine durchschnittliche Steigerung um vier Prozent in den kommenden Tarifrunden die derzeit „grimmigen Aussichten“ verbessern würde.

Seinen Angaben zufolge bewegten sich die Lohn- und Gehaltsabschlüsse während der vergangenen zwölf Monate bei Steigerungen zwischen 4,5 und 7,5 Prozent, mit dem Schwerpunkt bei sechs Prozent. Gleichzeitig habe die britische Wirtschaft im Produktivitätsbereich trotz unbestreitbarer Fortschritte immer noch ein erschreckendes Defizit gegenüber den wichtigen Wettbewerbsländern. Ebenso beängstigend sei, daß die jungen Industrieländer den Produktivitätsabstand zu Großbritannien rasch verringerten, aber gleichzeitig deutlich geringere Lohnkosten zu verkraften hätten.

Während sich die Inflationsrate auf 3,5 Prozent zubewegte (derzeit liegt sie auf Jahresbasis bei 6,2 Prozent), verhalte sich insbesondere der öffentliche Sektor unverantwortlich, indem er weit überzogene Signale an der Lohn- und Gehaltsfront setze. Der Unternehmerverband spielt damit unter anderem auf die gegenwärtige Streikaktion der britischen Lehrergewerkschaft NUT an, die ein Regierungsangebot zur Verbesserung der Bezüge ihrer Mitglieder vom kommenden Jahr an um gut acht Prozent plus zusätzlicher Zahlungen für die Aufsicht während der Schul-Mahlzeiten als „völlig indiskutabel“ zurückweist.

Daß die Sorgen um die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht unberechtigt sind, zeigt das Ergebnis der jüngsten CBI-Monatsumfrage bei rund 1650 Mitgliedsunternehmen. Etwa ein Drittel der Befragten gab an, daß ihre Auftragsbücher für den Export weniger als für diese Jahreszeit normal gefüllt seien. Etwa die Hälfte bezeichnete die Exportauftragslage als normal. Dies ist ein deutlich schlechteres Ergebnis als im Frühjahr.

BRITISH AEROSPACE / Lizenz für Sowjetunion?

Produktion neuer Turboprop

WILHELM FURLER, London

Bis zu 1000 Zivilflugzeuge einer neuentwickelten Turboprop-Version werden möglicherweise schon bald unter britischer Lizenz in der Sowjetunion hergestellt. Das wollen britische Tageszeitungen erfahren haben. Entsprechende Gespräche zwischen Verantwortlichen des Luft- und Raumfahrtkonzerns British Aerospace und ministeriellen Vertretern haben seit der Luftfahrtausstellung im englischen Farnborough im Herbst letzten Jahres stattgefunden.

Bei dem infrage kommenden Verkehrsflugzeuge handelt es sich um die modernste Turbopropeller-getriebene Passagiermaschine, die 64sitzige ATP (advanced turboprop airliner). Der erste Typ wird noch im British Aerospace-Werk in Woodford montiert; der Jungfernflug ist für August nächsten Jahres vorgesehen.

Käme der Lizenz-Vertrag mit einem angeblichen Wert von sieben Milliarden Pfund (rund 27 Mrd. DM) zustande, wäre es das erste größere Geschäft, das nach dem Ende des letzten Krieges ein westliches Zivilflugzeug für die Sowjetunion beträfe. Bedenken seitens der Regierung in London über einen nicht zu vertretenden Technologie-Transfer an die Russen scheinen nicht zu bestehen. Die Lizenzproduktion des ATP brächte der Sowjetunion keinerlei technologische Vorteile, heißt es jedenfalls bei British Aerospace.

Wie der für das ATP-Programm zuständige Unternehmenssprecher allerdings gegenüber der WELT betonte, seien alle Berichte, daß ein Abschluß der Verhandlungen bereits kurz bevorstünde, völlig voreilig. Auch über eine Stückzahl sei bisher nie gesprochen worden. Doch gehen Beobachter davon aus, daß bis zu 1000 Kurzstrecken-Flugzeuge der sowjetischen Typen Antonov AN-14 und AN-26 in der nächsten Zeit ersetzt werden müssen.

LUITPOLDHÜTTE / Umfassende Neuordnung vorgesehen

Salzgitter gibt Mehrheit ab

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter

Die Halberghütte GmbH, Brebach, ein Unternehmen der französischen Gruppe Saint Gobain/Pont-à-Mousson, übernimmt mit Wirkung vom 1. Oktober die Mehrheit an der Luitpoldhütte AG, Amberg. Nach Angaben des bisherigen Mehrheitsaktionärs, der bundeseigenen Salzgitter AG, geht damit auch die unternehmerische Führung an die Halberghütte über.

Salzgitter hält bislang 74 Prozent des Grundkapitals der Luitpoldhütte (37 Mill. DM). Künftig werden die Halberghütte mit 51 Prozent, Salzgitter mit 23 Prozent und der Freistaat Bayern mit unverändert 26 Prozent beteiligt sein. Wie es heißt, steht noch die Zustimmung des Salzgitter-Aufsichtsrats und des Bundeskartellamtes aus.

Mit der Übernahme der Mehrheit und der Unternehmensführung durch die Halberghütte sei eine umfassende Neuordnung des Amberger Unternehmens verbunden. Ein entsprechendes Konzept zur langfristigen Sanierung der Luitpoldhütte habe der Aufsichtsrat am Wochenende gebilligt. Wesentliche Elemente dieses Konzepts seien die Aufgabe der Rohrproduktion und der PVC-Fertigung. Gleichzeitig werde die Halberghütte die Maschinengießerei umstrukturieren und für eine Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sorgen.

Die damit verbundenen personellen Konsequenzen – 350 bis 450 Arbeitsplätze von insgesamt 1400 fallen weg – sollen durch vorzeitige Pensionierungen und Aufhebungsverträge vollzogen werden. Kündigungen würden erst „nach Ausschöpfung aller anderen Mittel ausgesprochen. Die mit dem Verlust der Arbeitsplätze einhergehenden Härten sollen durch den vereinbarten Sozialplan weitgehend abgemildert werden."

Die Geschäftsanteile der zur Luitpoldhütte gehörenden Kloth-Senking Metallgießerei GmbH, Hildesheim, werden nach Angaben der Salzgitter AG von der Tochter Salzgitter Hüttenwerk AG übernommen. Das ebenfalls zur Luitpoldhütte gehörende Werk Fronberg wird verselbständigt und als 100prozentige Tochter der Luitpoldhütte in der Rechtsform einer GmbH fortgeführt.

Aufsichtsrat und Vorstand der Luitpoldhütte seien der Auffassung, daß das jetzt verabschiedete Konzept der einzige Weg zu einer langfristigen Zukunftssicherung des seit vielen Jahren mit erheblichen Verlusten arbeitenden Unternehmens ist. Luitpoldhütte erzielte zuletzt einen Umsatz von rund 180 Mill. DM.

ANT / Kräftiges Wachstum in den Bereichen Satellitenausrüstung, Funksysteme und Digitaltechnik erwartet

Die Bundespost sorgt für hohen Auftragsbestand

WERNER NEITZEL, Backnang

Auf kräftige Wachstumsschübe von drei verschiedenen Seiten her setzt die ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, die seit ihrer Herauslösung aus dem AEG-Konzern seit Anfang 1983 zu jeweils 40,8 Prozent zu Mannesmann und Bosch und zu 18,4 Prozent im Besitz der Allianz Versicherungs-AG ist. So rechnet Herbert Weber, der Vorsitzende der ANT-Geschäftsführung, mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs im Bereich der Satellitentechnik.

In der Bestückung von Satelliten mit nachrichtentechnischer Nutzlast – hier ist die ANT nach eigenen Angaben in der Bundesrepublik mit Abstand die Nummer eins und in Europa gleich stark neben Thomson – sei „ziemlich viel Musik drin". Man rechne mittelfristig mit Wachstumsraten von 25 Prozent jährlich. Hohe Dynamik traut Weber auch dem Markt für mobile Funksysteme zu, auf dem sich die ANT stark fühlt. Des weiteren sei davon auszugehen, daß die Umstellung auf die Digitaltechnik in den verschiedenen Sparten ein genereller Wachstumsmotor sein werde.

Für das laufende Geschäftsjahr 1985 prognostiziert Weber eine Steigerung des ANT-Umsatzes um 14 Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Im Export erwarte man, den Vorjahresumsatz wieder zu erreichen, wozu einige Kabelgroßprojekte beitrügen. Der gesamte Auftragsbestand dürfte am Jahresende um 21 Prozent über dem schon hohen Vorjahreswert liegen. Zu den wichtigsten Bestellungen zählen beispielsweise die der Deutschen Bundespost über Bildcodiereinrichtungen, die für die Übertragung von Bildferngesprächen und Videokonferenzen in großer Stückzahl benötigt werden.

Eine Auftragsabsichtserklärung besitzt die ANT über die nachrichtentechnische Nutzlast des Nachfolgers für den Fernseh-Rundfunk-Satelliten TV-SAT. Zum Ausbau des nach Dänemark gelieferten Funkrufsystems hat ANT einen weiteren Auftrag über 7000 Funkrufempfänger erhalten. Auch sei die gemeinsame Entwicklung eines Textbearbeitungssystems mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vereinbart worden.

Zur verstärkten künftigen Bearbeitung des US-Marktes hat die ANT dort eine Vertriebstochter gegründet. Eine Produktion sei noch nicht vorgesehen, man wolle erst das Terrain sondieren. Auch werde eine Beteiligung am SDI-Programm „allenfalls irgendwo am Rande liegen". Um dem Trend zur immer größeren Bedeutung der Softwarearbeiten gerecht zu werden, wurde in Darmstadt eine eigene Softwaregruppe etabliert. Außerdem baut die ANT eine Lichtwellenleiter-Kabelfertigung in Offenburg auf, die nach Anfangsinvestitionen von 10 Mill. DM in 1987 anlaufen soll. Kupferkabel werden weiterhin von AEG-Kabel bezogen.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die ANT ihren Umsatz um 11,5 Prozent auf 951 Mill. DM vergrößert. Etwa die Hälfte des Umsatzes wurde mit der Deutschen Bundespost abgewickelt. Auf das Auslandsgeschäft entfielen 21 Prozent vom Umsatz. Von den Arbeitsgebieten her stellen die Multiplexsysteme mit 40 Prozent den größten Umsatzträger, es folgen Richtfunksysteme mit 25 Prozent. Reichlich zehn Prozent entfallen auf Kabelanlagen und knapp unter zehn Prozent („aber stark wachsend") auf die Satelliten-Technik.

Für Forschung und Entwicklung werden 13,5 Prozent des Umsatzes aufgewendet. Hier lagen die Schwerpunkte der Arbeiten bei digitalen Übertragungssystemen für Kupfer- und Lichtwellenleiternetze, bei Richtfunk- und Nachrichtensatelliten-Systemen, sowie einem digitalen Mobilfunksystem und koaxialen Breitbandverteilsystemen. Etwa jeder *fünfte ANT-Mitarbeiter ist in der* Entwicklung tätig.

Investiert wurden im Berichtsjahr 58 (51) Mill. DM. Das Betriebsergebnis beziffert Weber auf 52 Mill. DM, es habe sich gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert. Der Bilanzgewinn von 22,5 Mill. DM ist als 15prozentige Dividende an die Gesellschafter ausgeschüttet worden. Am Jahresende 1984 beschäftigte die ANT mit 6209 Mitarbeitern 9,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ein weiterer Anstieg auf fast 6800 ist aufgrund der guten Beschäftigungslage bis zum Ende dieses Jahres vorgesehen.

DEUTSCHE BANK

Künftig Leasing am Schalter

HANS BAUMANN, Essen

Der Vorstand der Deutschen Bank hat beschlossen, künftig an den Schaltern der Großbank den Kunden auch die Leasing-Finanzierung anzubieten. Damit folgt sie als erste der Großbanken dem Beispiel der Sparkassen, die Leasing schon seit längerer Zeit über den Schalter anbieten.

Bisher wurde das Leasing-Geschäft der Deutschen Bank für Mobilien von der 100prozentigen Tochter, GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, Wuppertal, betrieben, die die Anteile der GEFA-Leasing GmbH, hält. Im Immobilien-Leasing ist die Deutsche Bank über eine 50prozentige Beteiligung an der DIL Deutsche Immobilien-Leasing GmbH, Düsseldorf, tätig.

Von der Einbeziehung des Netzes der Deutschen Bank verspricht sich die GEFA einen weiteren kräftigen Schub ihres Leasing-Geschäftes, das bisher stets Wachstum hatte. Um das Personal der Zweigstellen für das Leasing-Geschäft szu befähigen, wird ein Standard-Vertrag ausgearbeitet, der das Fundament für spätere Schulung und Spezial-Angebote sein soll.

Die GEFA-Leasing GmbH wurde 1968 gegründet. Sie bietet Investoren Computer, Maschinen und Fahrzeuge an. Seit ihrem Bestehen hat die GEFA-Leasing GmbH Ausrüstungen im Wert von über 3 Mrd. DM an ihre Kunden vermietet. In 19 Großstädten der Bundesrepublik ist sie mit Niederlassungen vertreten.

GEFA-Leasing GmbH ist seit 1983 auch an der größten markenunabhängigen Autoleasing-Gesellschaft ALD Autoleasing GmbH, Hamburg, mit 30 Prozent des Kapitals beteiligt. Die Gesellschaft verfügt zur Zeit über einen Fahrzeugbestand von rund 700 000 Einheiten.

Die Muttergesellschaft GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH wurde bereits 1929 in Berlin gegründet. Sie hat ein Bilanzvolumen von 1,3 Mrd. DM und bietet mit reichem Know-how aus einem Haus Leasing, Factoring und das Kreditgeschäft an. GEFA-Leasing erwartet auch für das laufende Jahr bei lebhaftem Wettbewerb wieder ein befriedigendes Ergebnis.

Deutlich höhere Investitionen

GEORG BAUER, Kiel

Als besonders positiv für die Situation des Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein hat der Vorsitzende der Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murmann, die Tatsache gewürdigt, daß die Erweiterungsinvestitionen gegenüber den Rationalisierungsinvestitionen im produzierenden Gewerbe und im Großhandel deutlich gewachsen sind. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie 1985 um sieben Prozent auf 30 Prozent der Gesamtinvestitionen. Die Rationalisierungsinvestitionen gingen hingegen um neun auf 33 Prozent zurück.

Insgesamt belaufen sich die Investitionsplanungen der Unternehmen für 1985 auf 477 Mill. DM. Damit wird der Vorjahresstand (423 Mill. DM) um nominal 12,8 Prozent und real um rund 10,5 Prozent übertroffen. Wie die Ergebnisse einer Umfrage bei 115 Unternehmen, die rund 35 Prozent der Wirtschaft des Landes repräsentieren, zeigen, wird der Umsatz in diesem Jahr gut 11 Mrd. DM und damit um real 1,8 Prozent über dem Resultat des Vorjahres liegen.

Trotz massiver Entlassungen in der Baubranche konnten die Firmen ihren Personalbestand in den ersten drei Quartalen 1985 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,6 Prozent erhöhen. Im kommenden Jahr erwartet Murmann auch eine verbesserte Entwicklung im Konsumbereich.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Vierte Containerstation

Mannheim (dpa/VWD) – Die Rhenania-Gruppe, Mannheim, wird nach Mannheim, Karlsruhe und Mainz ihre vierte Containerstation in Neuss errichten. In der ersten Ausbaustufe stehen dort über 6000 qm Depotfläche zur Verfügung. Eine Erweiterung auf bis zu 21 000 qm ist vorgesehen. Das Transportunternehmen Rhenania, das 1984 rund 459 Mill. DM umsetzte, buchte im ersten Halbjahr 1985 eine Umsatzsteigerung von acht Prozent.

Zweistellige Plusrate

Berlin (tb.) – Die Dr. Bruno Lange GmbH, Berlin, Hersteller von Analysengeräten und Reagenzien für den Umweltschutz und die Medizintechnik, hat in der Sparte Umwelttechnik zweistellige Zuwachsraten erzielt. In der Medizintechnik blieben die Absatzerfolge nach Angaben des Unternehmens auf hohem Niveau. 1984 wurden 34 Mill. DM umgesetzt; für 1985 werden 40 Mill. DM Umsatz erwartet. Die Belegschaft ist in den letzten Monaten um 50 auf 305 Mitarbeiter erhöht worden.

Konditoren in Hamburg

Hamburg (zy) – Der Deutsche Konditorenbund hat gestern in München beschlossen, die Internationale Konditorenausstellung künftig regelmäßig in Hamburg zu veranstalten. Die erste Ausstellung ist für 1987 vorgesehen. Neben Hamburg hatten sich auch München, Berlin, Köln, Düsseldorf und Frankfurt beworben.

Waschmaschinen-Rekord

Gütersloh (hdt.) – Bei dem ältesten deutschen Waschmaschinen-Hersteller, der Miele & Cie. GmbH & Co, Gütersloh, ist in diesen Tagen das 10-millionste Gerät vom Band gelaufen. Am Anfang dieser Entwicklung standen um die Jahrhundertwende einfache Holzbottich-Geräte, bei denen später ein Elektromotor die Muskelkraft ersetzte. Nach 1950 kamen mechanische Waschvollautomaten auf den Markt, die Ende der siebziger Jahre durch computergesteuerte Modelle abgelöst wurden. Die Miele-Gruppe beschäftigt heute über 11 000 Mitarbeiter und setzt rund 1,8 Mrd. DM um.

Ausreichend vorgesorgt

Düsseldorf (Py.) – Eine zufriedenstellende Ertragslage und ein gutes Betriebsergebnis haben bei der Stadtsparkasse Aachen 1984 eine ausreichende Risikovorsorge und eine angemessene Eigenkapitaldotierung ermöglicht. Der Jahresüberschuß erreichte 12 Mill. DM. Die Bilanzsumme der Sparkasse wuchs auf 3,3 Mrd. DM, die Gesamteinlagen erhöhten sich auf 2,8 Mrd. DM, davon 1,96 Mrd. DM langfristiger Art. Das Kreditvolumen stieg um 4,6 Prozent. Insgesamt wurden Kredite und Darlehen von 515 Mill. DM bewilligt, im Jahr zuvor waren es noch 673 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Ludwig Müller KG, Alsdorf-Hoengen; **Berlin-Charlottenburg:** Heinrich Reinsch Fleischgroßhandel GmbH; Nachl. d. Wigo Spohr; **Bochum:** Karl-Hermann Stawski; **Detmold:** Plaß Wohnwagen-Vertrieb Ges. mbH, Horn-Bad Meinberg; Brüggemann KG Bauunternehmen; **Duisburg:** Heinz Günter Schmidt, Möbelkaufmann; **Gelsenkirchen:** Edgar Wehner; Gelsenkirchener Knochen-Extraktion GmbH; **Hannover:** KG i. Steinwedel GmbH & Co.; **Ingolstadt:** Bernd Schwarz KG., Restaurationsbetriebe; **Itzehoe:** Tennis- u. Freizeitzentrum Itzehoe GmbH & Co. KG; Tennis- und Freizeitzentrum Itzehoe GmbH; **Mönchengladbach:** Hans Cyrill Krücker, Viersen 12; **Neuss:** Alberto Flücken; **Niebüll:** Delta Grundstücksges. mbH, Westerland; **Nördlingen Zwgst. Donauwörth:** AFM Automobile GmbH; **Nürnberg:** Bauunternehmung Mayer GmbH; **Rosenheim:** Hannelore Höbeler-Kohlhepp; **Siegburg:** SER-Exclusiv-Reisen GmbH & Co. KG; **Sulzbach:** WDK Baugeschäft GmbH, Friedrichsthal.

Vergleich beantragt: Hamburg: „Laurence Art Products" Kunst- u. Geschenkhandel GmbH; **Iserlohn:** Gladen-Dachdeckermeisterbetrieb GmbH; **Worms:** Rotapack-Rotations-Formulardruck u. Verarbeitungs GmbH, Osthofen.

PRÄZISIONSWERKZEUGE / Lieferfristen spürbar länger – Berichte von der EMO

Ertragslage ist größtes Sorgenkind

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit einem Anhalten der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung bis Ende nächsten Jahres rechnet die Fachgemeinschaft Präzisionswerkzeuge im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Wolfgang Kelch, Vorsitzender der Fachgemeinschaft, erklärte im Rahmen der in Hannover stattfindenden Europäischen Werkzeugmaschinen-Ausstellung (EMO), Wachstumsgrenzen setze der Branche allenfalls der Mangel an fachlich qualifizierten Mitarbeitern. Für das Gesamtjahr 1985 zeichnet sich nach den Worten des Geschäftsführers, Bruno Limlei, ein nominales Umsatzwachstum um mindestens 15 Prozent auf gut 6 Mrd. DM ab.

Die aktuelle Situation sei durch den weiteren kräftigen Anstieg der Auftragseingänge um durchschnittlich 22 Prozent im ersten Halbjahr 1985 gekennzeichnet. Kelch zufolge hielten sich dabei die Inlands- und Auslandsnachfrage in etwa die Waage. Die Reichweite der Auftragsbestände sei mittlerweile auf 4,4 Monate gestiegen gegenüber 3,5 Monaten vor Jahresfrist. Damit habe die Branche einen Stand erreicht, der als optimal anzusehen sei. Einzelne Sparten, etwa Spannzeuge und Hartmetallwerkzeuge liegen bereits darüber.

Die kräftige Zunahme der Bestellungen habe alle Beschäftigungssorgen der Präzisionswerkzeug-Industrie ausgeräumt. Die Kapazitäten seien zu 89 Prozent ausgelastet; dies sei praktisch Vollbeschäftigung. Zu einem Problem entwickelten sich derzeit die Liefertermine. Der in den schlechten Jahren 1982 und 1983 bei Herstellern und Abnehmern vorgenommene Lagerabbau, so Kelch, habe dazu geführt, daß der Anfang 1984 einsetzende Nachfragestoß voll auf die Produktion durchschlug.

Zusätzliche Nachfrageimpulse habe der durch den hohen Dollarkurs forcierte Export bewirkt. Die Folge seien Liefertermine von fünf bis sechs Monaten. Die Kunden indes forderten immer kürzere Lieferzeiten. Obwohl die Unternehmen die Beschäftigtenzahl seit 1984 um gut 1000 auf über 50 000 Personen aufgestockt hätten, ließen sich Überstunden nicht vermeiden.

Der Export von Präzisionswerkzeugen, der 1984 bereits um 9 Prozent auf rund 1,9 Mrd. DM zunahm, stieg im ersten Halbjahr 1985 um fast 19 Prozent. Dennoch verringerte sich der Exportanteil von 37,5 Prozent im Jahre 1983 auf jetzt 35 Prozent. Darin, so Kelch, spiegelt sich das wachsende Inlandsmarktvolumen wider. Auch die Einfuhr von Präzisionswerkzeugen (1984: plus 15 Prozent auf 1 Mrd. DM) zeigt den gleichen Trend: Im ersten Halbjahr erhöhten sich die Importe erneut um 31 Prozent; ihr Anteil am Umsatz liegt jetzt bei 25 Prozent.

Als das „größte Sorgenkind der Branche" bezeichnete Kelch die Ertragslage. Trotz Vollbeschäftigung könnten die Verkaufspreise – vor allem bei den Großkunden aus der Automobilindustrie (Anteil 40 Prozent), dem Maschinenbau (30 Prozent) und der Elektroindustrie (10 Prozent) – nicht im notwendigen Umfang durchgesetzt werden. Im Berichtszeitraum habe man lediglich Erhöhungen von 2,7 Prozent durchsetzen können. Per Saldo bleibe ein „unbewältigter Kostenblock" von drei bis vier Prozent übrig.

Italien rechnet mit Zuwachsraten

HUBERTUS BLASS, Hannover

Mit 117 Ausstellern und 550 Produkten auf einer Fläche von 20 000 Quadratmetern präsentiert sich der italienische Werkzeugmaschinenherstellerverband (Ucimu) nach der Bundesrepublik als zweitgrößter Aussteller auf der 6. EMO, der Welt größter Messe auf dem Sektor für Werkzeugmaschinen. Die Perspektiven für diese Branche sind nach Angaben des Präsidenten des Verbandes, Pierluigi Streparava, von Optimismus gekennzeichnet.

Im Jahre 1984 belegte Italien den fünften Rang unter den Ausfuhrländern von Werkzeugmaschinen. An vorderster Stelle der Abnehmer rangiert die Bundesrepublik mit einem Volumen von 170 Mill. DM und einer Steigerung der Einfuhren gegenüber 1983 von 19,4 Prozent. Streparava wertete diese Zahlen angesichts des hohen technologischen Standards in der Bundesrepublik als einen Beweis für das Markenzeichen „Made in Italy".

Den zweiten Platz unter den Abnehmern belegt die USA mit 10,4 Prozent der italienischen Maschinenproduktion, gefolgt von Frankreich, der UdSSR und Großbritannien.

Als Beweis gegen die im „Klima schärfsten Wettbewerbs" aufgetauchten Gerüchte, die italienischen Werkzeugmaschinenhersteller seien wenig zuverlässig, führte Streparava so prominente Abnehmer wie General Motors und Mercedes, Boeing und Aero Spatiale ins Feld. „Man verkauft nicht an solche Hersteller, wenn man keine Technologie und keinen Service bieten kann", argumentierte der Präsident.

Vehement stellte Streparava jeglichen Protektionismus seitens der Regierung in Abrede. Es sei hinreichend bekannt, daß die italienische Industrie unter Bedingungen arbeite, die denen der wichtigsten Konkurrenzindustrien beachtlich nahestünden. Die Ucimu hätte im Gegenteil der Regierung „Maßnahmen abgerungen", die es ausländischen Konkurrenten erst ermöglicht hätten, in zwölf Monaten 1000 Maschinen an ein verhältnismäßig kleines Marktsegment mittelständischer Unternehmen abzusetzen. Als ein Zeichen der Offenheit führte Streparava die Tatsache an, daß die italienischen Hersteller ihre Produkte, wie die sogenannten flexiblen Herstellungssysteme (FMS) in Hannover präsentierten, die den zukünftigen „Automationsfabriken" am nächsten kämen.

Aufgrund ihres derzeitigen Erfolges mit erwarteten Zuwachsraten für das Jahr 1985 von global sieben Prozent, für den Export acht Prozent und Import fünf Prozent, sehe die italienische Werkzeugmaschinenherstellerbranche der Zukunft und fernöstlichen Konkurrenzen relativ unbesorgt entgegen, meinte Streparava. Dennoch, das wurde ebenfalls angemerkt, die Japaner konnten im vergangenen Jahr immerhin einen Zuwachs von 37,7 Prozent nach Italien verzeichnen.

WINTERSHALL / Erhöhung der Öl- und Gas-Reserven bleibt wichtigstes Ziel

Wieder gutes Ergebnis in Sicht

DOMINIK SCHMIDT, Den Haag

Bei der zur BASF-Gruppe gehörenden Wintershall AG, Kassel, zeichnet sich nach den bereits guten Ergebnissen des Jahres 1984 erneut eine Verbesserung der Geschäftsentwicklung ab. Heinz Wüstefeld, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, erklärte bei der Vorlage der Halbjahreszahlen in Den Haag, die Erfolge bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas gingen weiter.

Im Verarbeitungsbereich arbeite Wintershall zwar noch immer mit roten Zahlen; die Betriebsverluste seien aber weiter gesenkt worden. Im Geschäftsjahr 1984 hatte das Unternehmen einen Gruppenumsatz von 11,8 (10,5) Mrd. DM ausgewiesen. Die AG erzielte bei einem Umsatz von 5,9 (5,8) Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 266 (242) Mill. DM. Die freien Rücklagen wurden mit 250 Mill. DM dotiert.

In den ersten sechs Monaten 1985 verzeichnete die AG einen Umsatzanstieg um 7 Prozent auf 3,1 (2,9) Mrd. DM. In der Gruppe ergab sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Plus von 16 Prozent auf knapp 6,4 (5,5) Mrd. DM. Jeweils die Hälfte des Zuwachses entfiel nach Wüstefelds Worten auf Preisverbesserungen und Mengensteigerungen.

Wichtigster Unternehmensbereich ist die Sparte Öl und Gas mit einem Umsatz von 4,4 (4,15) Mrd. DM (plus 17 Prozent). Beim Erdöl halte die erfreuliche Entwicklung der Produktion an. Wüstefeld rechnet im Gesamtjahr 1985 mit einem Anstieg um 5 Prozent auf 3,2 Mill. Tonnen. Im Inland mache sich dabei die Inbetriebnahme von Schwedeneck-See bemerkbar (plus 10 Prozent). Die ausländische Produktion lag im ersten Halbjahr um 7 Prozent über dem Niveau des Vorjahres und erreichte 1,23 Mill. Tonnen. Davon dürften auf den Deminex-Anteil gut 650 000 Tonnen entfallen.

Zurückhaltender sind die Wintershall-Prognosen bei Erdgas. Erwartet wird eine unveränderte Fördermenge von 2 Mrd. cbm. Im ersten Halbjahr 1985 lag die Inlandsproduktion bei 749 Mill. cbm; auf die ausländische Förderung entfielen 275 Mill. cbm Gas, wobei die holländische Nordsee den wichtigsten Beitrag liefert.

Die Investitionen, so Wüstefeld, werden 1985 nicht wieder den hohen Vorjahreswert (807 Mill. DM) erreichen. Innerhalb der Gruppe dürften rund 400 Mill. DM investiert werden, davon die Hälfte in der AG. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit (rund 250 Mill. DM) liegt im Unternehmensbereich Öl und Gas und betrifft die Feldes-Entwicklung und den -Ausbau sowie den Bereich der Mineralölverarbeitung.

Wichtigstes Unternehmensziel bleibe die Erhöhung der Öl- und Gasreserven im In- und Ausland. Zu diesem Zweck würden 1985 rund 300 (274) Mill. DM in die Exploration fließen. Die Finanzierung dieser Aktivitäten erfolge wie bisher aus dem laufenden Cash-flow. Wintershall verfüge derzeit über Konzessionsgebiete von 22 000 qkm im Inland und rund 24 000 qkm im Ausland.

Unverändert düster sei das Bild in der Ölverarbeitung. Dem stagnierenden Mineralölverbrauch in den westlichen Industrieländern stünden immer höhere Raffineriekapazitäten in den Opec-Ländern gegenüber. Wintershall habe die Verluste im Verarbeitungsbereich 1984 zwar auf 120 (gut 200) Mill. DM reduziert, sei aber noch immer nicht aus dem Schneider. Im ersten Halbjahr ergebe sich erneut ein Minus von 40 Mill. DM. Die Auslastung der Raffinerien in Lingen und Mannheim liege nur bei 64 Prozent. Dagegen würden die Betriebe in Salzbergen und in Ibbenbüren voll genutzt.

Wüstefeld vertrat die Ansicht, daß die Bundesregierung darauf achten müsse, daß der Anpassungsprozeß der Raffineriekapazität nicht ausschließlich in der Bundesrepublik vorgenommen wird. Immerhin liege der Importanteil jetzt schon bei 40 Prozent. Wintershall selbst will sich verstärkt auf die Herstellung von Schmierstoffen konzentrieren und strebt dort einen Marktanteil von 20 Prozent an. Beklagt wird der „noch immer zu hohe" Förderabgabensatz in der Bundesrepublik. Hier seien weitere gezielte Erleichterungen notwendig, um die Explorationstätigkeit zu beleben.

BÜROWIRTSCHAFT / Stabile Preise bei Schreibmaschinen

Die Talfahrt überwunden

PETER ZERBE, Hamburg

Die deutsche Bürowirtschaft blickt zuversichtlich nach vorn. Die Talfahrt konnte in den vergangenen Monaten überwunden werden. Das versicherte gestern Rolf Heineke, Vorsitzender des Fachverbands Bürowirtschaft, Hamburg, zur Eröffnung der Norddeutschen Büro-Fachausstellung in Hamburg.

Die Bürowirtschaft konnte 1984 einen Gesamtumsatz von 22 Mrd. DM erzielen. Damit ist der Bundesverband Bürowirtschaft mit seinen rund 5700 Handelsfirmen mit etwa 150 000 Beschäftigten nach den Bereichen Lebensmittel und Textilien der drittgrößte Fachverband in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Gegenüber 1983 bedeutet der Umsatz 1984 ein Plus von vier Prozent.

Im Vergleich dazu: Der gesamte übrige Einzelhandel brachte 1984 nur eine durchschnittliche Steigerung von nominal 2,5 Prozent zustande. Besonders gut entwickelt haben sich in den vergangenen 18 Monaten die Büroeinrichter. Sie erreichten eine nominale Umsatzsteigerung von etwa 13 Prozent nach 3,8 Prozent im Jahre 1983.

Speziell der Bereich „Schreibmaschinen" wird heute von den Fachhändlern wieder optimistisch betrachtet, nachdem die drei großen europäischen Hersteller Triumph/Adler, Olivetti und Olympia bei der EG-Kommission in Brüssel eine Anti-Dumping-Klage gegen die mit starkem Druck auf den Markt der Europäischen Gemeinschaft drängenden japanischen Schreibmaschinen-Hersteller eingereicht hatten. Dadurch wurden den Japanern EG-Einfuhrzölle zwischen 17,6 und 35 Prozent für die nächsten fünf Jahre auferlegt. Dies wirkte sich inzwischen stabilisierend auf das EG-Preisgefüge aus.

IRLAND / Steigende Agrarexporte in die Bundesrepublik

Tabak übertrifft Spirituosen

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der deutsche Markt, nach Großbritannien seit mehreren Jahren zweitgrößter Abnehmer irischer Produkte, hat seine Einfuhren von der Grünen Insel in jüngster Zeit erheblich ausgeweitet. So stiegen die Gesamtimporte von 1,82 Mrd. DM im Jahre 1983 auf 2,29 Mrd. DM in 1984, sie erreichten im 1. Halbjahr 1985 bereits 1,40 Mrd. DM. Von dieser Entwicklung profitierten besonders die Agrarprodukte, deren Importwert von 1983 auf 1984 von 346 auf 354 Mill. DM zunahm und im 1. Halbjahr 1985 mit 242 Mill. DM bereits den Vorjahreswert um 35,2 Prozent übertraf.

Die Republik Irland exportiert gegenwärtig mehr als die Hälfte ihres landwirtschaftlichen Produktionswertes, bei Vieh und Fleisch liegt dieser Anteil mit 80 Prozent sogar noch wesentlich höher. Fleisch ist auch im Export nach der Bundesrepublik der größte Einzelposten, der Wert von 93 Mill. DM 1984 bedeutet immerhin ein Plus von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Eine wesentliche Rolle bei den deutschen Einfuhren spielen auch Butter, Milch, Fisch und pflanzliche Nahrungsmittel, wobei der Import von Gerste sich in Jahresfrist mehr als verdoppelte. Ein nicht uninteressanter Posten in der deutsch-irischen Handelsbilanz 1984 waren Tabakerzeugnisse mit 43 Mill. DM, die damit Spirituosen mit nur knapp 18 Mill. DM weit übertrafen.

Die Spirituosen holten jedoch im 1. Halbjahr 1985 kräftig auf, bedingt durch die steigende Nachfrage nach Irish Whiskey und Cream-Likör. Am Rande kann noch vermerkt werden, daß auch für eine halbe Million DM irische Pferde in die Bundesrepublik exportiert wurden, das kann als Reverenz an die Züchter auf der Grünen Insel gewertet werden.

ZVEI: Impulse für Antennenbauer

adh. Frankfurt

Einen deutlichen Trend zu kostengünstigeren Gemeinschaftsantennen und zur Breitband-Kabeltechnik registriert die Antennenindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Bisher empfange allerdings noch beinahe die Hälfte der rund 22 Millionen Fernsehteilnehmer in der Bundesrepublik ihre Programme über Einzelantennen, betont der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie in Frankfurt.

Die geplante Änderung der Gebührenstruktur der Bundespost wird nach Auffassung des ZVEI-Fachverbands Empfangsantennen und Breitbandkommunikation für den Anschluß an das Breitband-Kabel-Netz neue Impulse geben. Denn der Rationalisierungsvorteil, der beim Anschluß großer Anlagen entsteht, erklärt der Verband, werde an die Teilnehmer und Betreiber weitergegeben.

Positiv bewertet die Industrie auch die vom kommenden Jahr an geplanten „besseren Rahmenbedingungen" für private Tätigkeiten im Bereich der Verkabelung. Dem Handwerk, den Wohnungsgesellschaften und den Anlagenbetrieben werde damit mehr Raum für den wirtschaftlichen Betrieb eigener Gemeinschaftsantennen gegeben.

Die 17 deutschen Antennenhersteller setzten im vergangenen Jahr mit Material für Rundfunk- und Fernsehempfangsanlagen auf dem heimischen Markt rund 350 Mill. DM um. Davon geht bereits weit mehr als ein Viertel, so der ZVEI, in den Sektor der Breitband-Kabel-Technik der Bundespost.

Gleichwohl betrachtet die Branche die Einzelantenne als einen wichtigen Sektor, heißt es. Auch für die Zukunft werde diesem Markt ein weiterhin bedeutender Anteil eingeräumt. Die Hersteller denken dabei besonders an den Sendebeginn des deutschen Direktrundfunk-Satelliten. Dann sollen auch für die Einzel-Empfangsanlage alle notwendigen Bauteile zum Empfang des deutschen Satellitenprogramms verfügbar sein, betont der Branchenverband.

JUGOSLAWIEN / Überhöhte Abgaben verhindern eine Gesundung der Wirtschaft

Grundlegende System-Reform nötig

dpa/VWD, Belgrad

Die führende jugoslawische Tageszeitung „Politika" veröffentlichte vor wenigen Tagen diese Karikatur: Ein Reiter, der mit zahlreichen Packtaschen behängt ist, steht vor seinem toten Gaul. Die Taschen tragen Aufschriften wie: Zinszahlungen, Abgaben an die Regierung, die Behörden und die Wirtschaftskammern. Auf dem Rücken des toten Pferdes steht „Wirtschaft" und der Reiter erklärt: „Ich muß mir schnellstens ein neues Pferd besorgen!".

In seltener Klarheit verdeutlicht diese Zeichnung die Gründe, warum die kranke Wirtschaft des Balkanstaates nicht genesen kann. Trotz aller Beschwörungen der Politiker, die Wirtschaft den Marktgesetzen zu überlassen, verhindern überzogene Betriebsabgaben an Behörden auf Bundes-, Republiks- und Gemeindeebene eine Gesundung der schwer angeschlagenen Volkswirtschaft. Die Folge: Allein im ersten Halbjahr 1985 haben die Unternehmen einen Verlust von 195 Mrd. Dinar (knapp zwei Mrd. DM) „erwirtschaftet".

Rund 450 000 Beschäftigte in 1 700 Firmen mußten Gehaltskürzungen hinnehmen. Dabei reicht bei einer Inflationsrate von rund 80 Prozent auch der Durchschnittsverdienst von 32 600 Dinar (rund 326 DM) nicht mehr zum Leben. Die Arbeiter reagierten mit einer Rekordzahl von Streiks gegen diese Löhne unter dem Existenzminimum.

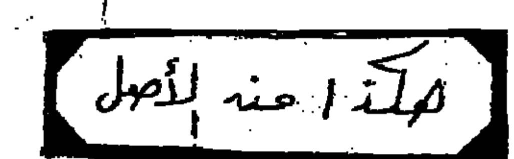
Vor diesem Hintergrund beklagen Experten einen „Teufelskreis", der kaum zu durchbrechen ist: „Hungerlöhne" lassen die Arbeitsmoral sinken, eine sinkende Arbeitslust bringt ein Sinken der Güterproduktion und Betriebsverluste mit sich. Bei Verlusten gibt es jedoch keinen Spielraum für die Erhöhung der Einkommen.

Die Industrieproduktion stieg in den ersten acht Monaten nur um 2,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Geplant wurde für das laufende Jahr ein Zuwachs von vier Prozent. Vor allem der Export, der die Devisen zur Begleichung der 20 Mrd. Dollar (60 Mrd. DM) Auslandsschulden bringen soll, liegt weit unter den vorgegebenen Zielen: So hat nicht eine der 27 größten Exportfirmen der Republik Serbien bisher die Planvorgaben eingehalten. Die Republik Kroatien hat den Westexport in den ersten acht Monaten gegenüber dem Vorjahr nur um ein Prozent angehoben.

Vor wenigen Tagen kritisierte selbst der jugoslawische Parteichef Vidoje Zarkovic, daß keine konkreten Maßnahmen „zur Änderung der ungünstigen Situation" ergriffen würden. „Stattdessen wiederholt man allgemeine programmatische Standpunkte und wandelt sie allmählich in abgedroschene Phrasen um", so die Analyse des Vorsitzenden der jugoslawischen Kommunisten.

Vor mehr als zwei Jahren hatte das Parlament ein umfangreiches Reformprogramm verabschiedet, das mehr Markt und einen größeren Spielraum für Privatunternehmen vorsieht. Seitdem ist viel über dieses Programm geredet worden. Die dort geforderten Systemänderungen lassen jedoch weiter auf sich warten.

Offenbar sind die Parteifunktionäre nicht bereit, durch die Trennung von Staat und Wirtschaft ihre eigene Machtbasis aufzugeben. Denn ein solcher Trennungsstrich ließe eine Konkurrenz zum Machtmonopol der Funktionäre in Gestalt erfolgreicher Manager entstehen. Selbst viele jugoslawische Experten halten daher eine Behebung der Wirtschaftsmisere nur bei einer gleichzeitigen Reform des politischen Systems für möglich.



Bundesanleihen

			23.9.	20.9.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100,3bG	100,3bG
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,3bG	100,5bG
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	103,1	103,05
F	6½ dgl. 79	1/87	102,15	102,1
F	7¼ dgl. 76 II	3/87	103,2	103,15G
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,55	102,5
F	6½ dgl. 77	7/87	102,45	102,45
F	6 dgl. 77	10/87	101,85	101,75
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,95	101,95
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,95	103,65
F	6¾ dgl. 78 II	12/88	103,7	103,6
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,95bG	103,85
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	105,15	104,95
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,8	112,55
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106,4	106,05bG
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,45bG	107,2
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,65	107,4
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,3	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107,25	106,85
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,35	107,05
F	10 dgl. 80	4/90	116	115,7
F	5½ dgl. 78	5/90	100,1	99,8
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,6bG	109,3G
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	110,15	109,8
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	108	107,55
F	9 dgl. 81	2/91	112,75	112,5
F	7½ dgl. 83 III	6/91	106,95	106,75
F	10¼ dgl. 81	7/91	118,5	118,7
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,3	121,1
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,2	118G
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,2	115,95
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,55	116,25G
F	9½ dgl. 82	4/92	115,55	115,25G
F	9 dgl. 82 I	6/92	113,1	112,8
F	8½ dgl. 82	6/92	110,65	110,3
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,6bG	113,2G
F	8¾ dgl. 82	9/92	112,4	112,05
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	107,75bG	107,35
F	7½ dgl. 83	1/93	106,3bG	105,95
F	6 dgl. 78 II	3/93	99	98,6
F	7½ dgl. 83 II	3/93	106,3bG	105,8
F	8¼ dgl. 83	6/93	110bG	109,5bG
F	8 dgl. 83	7/93	109,85	108,45
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	110	109,55
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	110,15	109,65bG
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	110,1bG	109,6
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	110,25bG	109,75bG
F	8¼ dgl. 84	1/94	110,2bG	109,65
F	8¼ dgl. 84 II	2/94	110,3bG	109,8
F	8 dgl. 84	3/94	108,9bG	108,5
F	8¼ dgl. 84 III	6/94	110,75bG	110,15
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	110,85bG	110,35
F	8½ dgl. 84 V	8/94	110,9	110,4
F	7½ dgl. 84	10/94	106,95bG	106,4
F	7 dgl. 84	12/94	104,15	103,6
F	7 dgl. 85	1/95	104,2	103,75
F	7¼ dgl. 85	2/95	105,55	105
F	7½ dgl. 85	3/95	107,85bG	107,35
F	7½ dgl. 85	95	107bG	106,5
F	7¼ dgl. 85	95	105,6bG	105bG
F	7 dgl. 85 II	95	104,15bG	103,65
F	6¾ dgl. 85	95	102,7	102,15bG
F	8¼ dgl. 81 S.10	1/86	101,05	101,1
F	9 dgl. 81 S.11	1/86	101,05	101,1
F	9¾ dgl. 81 S.12	3/86	102,1	102,15
F	10 dgl. 81 S.13	3/86	102,15	102,2
F	9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,4G	102,45G
F	10 dgl. 81 S.15	4/86	102,65	102,45
F	10½ dgl. 81 S.16	6/86	103,8	103,8
F	11 dgl. 81 S.17	8/86	105,1	105,1
F	10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,6	105,6G
F	10 dgl. 81 S.19	10/86	105,1	105,1
F	9½ dgl. 81 S.20	11/86	105	105G
F	10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,75G	105,75G
F	10 dgl. 81 S.22	11/86	105,5G	105,5
F	9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,4	105,4
F	9¼ dgl. 82 S.24	1/87	105,65	105,7
F	9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,95G	106,05
F	9¾ dgl. 82 S.26	4/87	105,9	105,9
F	9 dgl. 82 S.27	4/87	105,55	105,55
F	8½ dgl. 82 S.28	5/87	105,1	105,1
F	9¼ dgl. 82 S.29	7/87	106,95	106,95
F	9 dgl. 82 S.30	8/87	106,5	106,5
F	8¾ dgl. 82 S.31	9/87	106,3	106,3
F	8½ dgl. 82 S.32	10/87	105,5	105,3
F	8 dgl. 82 S.33	11/87	105,15	105,15
F	7¾ dgl. 82 S.34	11/87	104,6bG	104,4
F	7½ dgl. 82 S.35	12/87	104,1	104,1
F	7¼ dgl. 83 S.36	1/88	103,4	103,4
F	6¾ dgl. 83 S.37	3/88	102,6	102,5
F	7 dgl. 83 S.38	5/88	103,3	103,25
F	7¼ dgl. 83 S.39	6/88	103,95	103,95G
F	7½ dgl. 83 S.40	6/88	104,35G	104,35
F	8 dgl. 83 S.41	6/88	105,15	105,15
F	8 dgl. 83 S.42	9/88	105,86	105,86
F	8 dgl. 83 S.43	12/88	106,4	106,4
F	8¼ dgl. 83 S.44	12/88	106,7	106,7
F	8 dgl. 84 S.45	3/89	105,65	105,65
F	7½ dgl. 84 S.46	4/89	104,5	104,5
F	7¾ dgl. 84 S.47	7/89	104,75bG	104,55
F	7¾ dgl. 84 S.48	9/89	105,2	104,9
F	7½ dgl. 84 S.49	10/89	104,65	104,45
F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,7	103,5
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	102,65bG	102,45
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	101,75	101,55
F	7½ dgl. 85 S.53	3/90	105,55	105,1
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,45	102,2
	6¾ dgl. 85 S.55	6/90	101,7	101,35
	6½ dgl. 85 S.56	7/90	100,85	100,5

Bundesbahn

			23.9.	20.9.
F	7 dgl. 77	2/87	102,5G	102,4
F	6 dgl. 77	9/87	101,8	101,6
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,3	101,15bG
F	6½ dgl. 77	5/89	102,5	102,25
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,7	106,5
F	6 dgl. 78 I	2/90	100,25	100,25
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,2	107,85
F	9 dgl. 81	3/91	112,1	111,7
F	10½ dgl. 81	9/91	119,9G	119,45G
F	10¾ dgl. 81	11/91	119,1G	118,75G
F	8 dgl. 80 I	2/92	107,7	107,4G
F	10 dgl. 82	2/92	117,8	117,45G
F	9½ dgl. 82	7/92	115,65	115,25G
F	8 dgl. 82	11/92	108	107,25
F	7¾ dgl. 85	1/95	107,05G	106,65G
F	8¼ dgl. 83	10/93	109,7	109,25
F	8½ dgl. 84	6/94	110,3	109,9
F	7½ dgl. 84	10/94	104,7	104,2
F	7½ dgl. 85	1/95	104,75	104

Bundespost

			23.9.	20.9.
F	6½ Bdpost 68	6/88	102G	102
F	8 dgl. 72 I	9/87	104,7G	104,7
F	8 dgl. 80	3/90	108	107,55
F	7¾ dgl. 80	9/90	107,3bG	106,95
F	8¾ dgl. 80	12/90	111,6	111,25G
F	10 dgl. 81	3/89	112,5	112,1
F	10¼ dgl. 81	6/89	113,9	113,7G
F	10½ dgl. 81	10/91	120,25	119,8
F	9¾ dgl. 82	2/92	116,6	116,35
F	8¾ dgl. 82	6/92	112,05	111,8G
F	8½ dgl. 82	10/92	110,8	110,3
F	7¾ dgl. 83	2/93	107,25	106,75
F	8½ dgl. 83	9/93	111,5	111
F	8¼ dgl. 84	2/94	110,1	109,6
F	8 dgl. 84	9/94	109,1	108,6
F	7 dgl. 85	97	103,85	103,35

Länder – Städte

			23.9.	20.9.
S	6½ Bd.-Württ. 78	86	101,3G	101,3G
S	8¼ dgl. 82	92	107,75G	107,5G
M	6½ Bayern. 67	87	103G	103bG
M	6 dgl. 68	85	100,5bG	100,5bG
M	6 dgl. 78	88	100,5bG	100,4bG
M	8¾ dgl. 80	90	108,75bG	108,75bG
M	8¾ dgl. 82	92	110,5G	110,5G
M	7½ dgl. 83	93	105,75bG	105,75bG
M	8 dgl. 84	94	107G	107bG
M	7¼ dgl. 85	95	101G	101G
B	8 Berlin 72	85	100	100
B	6½ dgl. 78	88	102,5	102,3
B	8¾ dgl. 80	88	107,6	107,6
Br	7¾ Bremen 71	87	101,7G	101,7G
Br	8 dgl. 72	87	103,6G	103,6G
Br	7½ dgl. 83	95 85	103,6bG	103,6bG
H	6¾ Hamburg 77	92	101,5	101,5
H	8 dgl. 80	92	106,5G	106,8G
H	9¾ dgl. 82	92	115G	115G
H	7½ dgl. 83	92	104G	104G
H	8½ dgl. 84	94	108,3	108,3
F	8 Hessen 71	86	102,5	102,5
F	6¾ dgl. 78	88	101,15	101,15
Hn	8½ Nieders. 70	85	100G	100G
Hn	7½ dgl. 72	87	102,3G	102,3G
Hn	8 dgl. 72	87	103,8G	103,8G
Hn	7½ dgl. 79	87	103,7G	103,7G
Hn	7¾ dgl. 82	92	105,5bG	105,5G
Hn	8 dgl. 83	95	106,5bG	106,5G
Hn	8 dgl. 84	94	106,6bG	106,4G
Hn	7¾ dgl. 84	94	105,5bG	105,5bG
D	7½ NRW 85	95	104,7	104,3
D	7¾ dgl. 83	95	105,9bG	105,75G
D	8¾ dgl. 83	95	110,2bG	109,95bG
D	8¼ dgl. 83 II	95	108,95bG	108,6
D	8¼ dgl. 84	92	108,6bG	108,4
D	7½ dgl. 85	95	102,3	102,3
F	8 Rhld.-Pf. 71	84	102,5G	102,5
F	7 Saar 72	87	101,5G	101,5G
F	6 dgl. 78	88	100,75	100,75
H	7¾ Schl.-H. 72	87	102,25G	102,25
H	8 dgl. 84	94	107,25	107
S	7½ Stuttgart 71	86	101,1G	101,1G
S	7¾ dgl. 72	87	102,75G	102,75G
S	8 dgl. 83	95	105,75	105,75

Bankschuldverschr.

		23.9.	20.9.
F	6 Allg. Hyp. Pf 1	91G	91G
F	6½ dgl. Pf 5	96,5G	96,5G
F	7 dgl. Pf 2	100G	100G
F	7½ Bakola Pf 104	106,4G	106,4G
F	9 dgl. Pf 106	110G	110G
F	10 dgl. Pf 108	114G	114G
F	7 dgl. KS 132	102,9G	102,9G
F	8 dgl. KS 155	101,9T	101,9T
F	9 dgl. KS 169	100,9G	100,9G
M	5½ Bayer.Hypo. Pf 14	99,45G	99,45bG
M	6 dgl. Pf 20	89,75G	89,75G
M	6½ dgl. Pf 2	102,3G	102,3bG
M	7 dgl. Pf 3	102,4G	102,4bG
M	6½ dgl. KS 14	101,7G	101,7bG
M	7½ dgl. KS 27	104,8TG	104,8TG
M	5 Bayer.Hypo Pf 33	131,25G	131,25G
M	5½ dgl. Pf 11	134,5G	134,5G
M	6 dgl. Pf 34	85,5bG	85,5G
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	4½ dgl. Pf 10	92,5bG	92,5G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldo. Aufb. IS 15	100,7G	100,7G
M	6 dgl. IS 16	100,95G	100,95G
M	6 dgl. IS 17	100,6G	100,6bG
M	8½ dgl. KO 49	100G	100G
M	8¼ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M	7½ Bay.Lbkzz. Pf 105	102,5G	102,5G
M	5 Bayer.Verbk. Pf.11	125G	125G
M	6 dgl. Pf 4	99G	99G
M	6½ dgl. Pf 5	95,5G	95,6bG
M	6½ dgl. Pf 12	95,5G	95,5bG
M	7 dgl. Pf 20	102,75G	102,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	103,5G	103,5G
B	7 dgl. Pf 31	101,5	101,5
B	6 dgl. Pf 34	100G	100
B	6½ dgl. Pf 37	100,25	100,25
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	100,25G	100,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	105,5G	105,5G
Hn	6 dgl. KS 29	90,5G	90,5G
Hn	7 dgl. KS 30	102G	102G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	123G	123G
D	6 dgl. Pf 54	117,5G	117,5G
D	6 dgl. Pf 109	88G	88G
D	6½ dgl. Pf 125	96G	96G
D	6½ dgl. Pf 141	95G	95G
D	7 dgl. Pf 143	100,5G	100,5G
H	5½ DG-Hyp.Hamb. Pf 21	117G	117G
H	5½ dgl. Pf 50	78G	78G
H	9 dgl. KS 139	101,95G	101,95G
F	9 dgl. Pf 239	105,1G	105,1G
H	5½ DG-Hypobk. KS 9	109,25G	109,25G
H	7 dgl. KS 35	101,7G	101,7G
F	5½ Dt.Gen.bk. IS 70	99,8G	99,8G
F	6½ dgl. IS 73	101,1	101,1G
F	6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F	6 Dgz.Dt.Komm.KO 55-4	92,2G	92,2G
F	6 dgl. KO 46	87G	87G
F	7½ dgl. KO 105	104,1G	104,1G
F	9 dgl. KO 129	100,05G	100,05G
Hn	6 Dt.Hyp. Hann. Pf 91	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 101	101,15G	101,15G
Hn	10 dgl. KS 134	100G	100G
Hn	8¾ dgl. KS 140	100G	100G
Br	5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
Br	4 dgl. Pf 57	99G	99G
Br	5 dgl. Pf 87	70G	70G
Br	7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br	5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
Br	6 dgl. KS 86	88,5G	88,5G
Br	6½ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F	5 Dt. Pfandbr. Pf 82	83G	83G
F	5½ dgl. Pf 59	90G	90G
F	6 dgl. Pf 162	89G	89G
B	9 Dt.Pl.Wf.Brl. 482	111,25G	111,25G
Br	8½ Dt.Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
Br	6½ dgl. Pf 65	100G	100G
Br	6¼ dgl. Pf 60	101,15	101,15G
Br	6¼ dgl. Pf 76	101,05G	101,05G
Br	6½ dgl. Pf 77	101,6G	101,6G
Br	6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
F	5 Fft. Hypobk. Pf 66	77,8G	77,8G
F	5½ dgl. Pf 53	84,2G	84,2G
F	6 dgl. Pf 79	85,6G	85,6G
F	6 dgl. Pf 130	99,15G	99,15G
F	6½ dgl. Pf 133	94,85G	94,85G
H	5 Hbg. Lbk. Pf 2	118,5G	118,5G
H	6 dgl. 14	98,45G	98,45G
H	6 dgl. 47	88,5	88,5
F	5 Helaba Pf 8	114,4G	114,4G
F	6 dgl. Pf 80	101G	101G
F	8 dgl. Pf 73	103,56G	103,56G
F	4 dgl. KO 5	109	109
H	6 Hyp.LHbg. Pf 96	90,5G	90,5
H	6½ dgl. Pf 80	98,5	98,5
H	8 dgl. KO 175	101,3G	101,3G
H	9 dgl. KO 259	101,65G	101,65G
F	5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	119,5G	119,5G
F	5 dgl. Pf 12	76,5T	76,5T
F	7 dgl. Pf 25	103G	103G
F	6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
F	6½ Lbk. Saar Pf 11	96,25G	96,25G
F	7 dgl. Pf 12	101G	101G
F	4½ dgl. KO 6	100	100
F	8½ dgl. KO 81	105,9G	105,9G
S	8½ LZbK Badw. Pf 8	102,1G	102,1G
S	6 dgl. Pf 28	97,75G	97,75G
S	6 dgl. Pf 49	94,5G	94,5G
S	8½ dgl. KS 8	102	102
H	6 Lbk.S-Holst. Pf 89	91	91
H	7 dgl. Pf 97	100G	100G
H	6½ dgl. KS 78	101,5G	101,5G
H	10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
H	11¼ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M	6½ Mbach.Hypo.Pf 180	94,5G	94,5G
H	4½ Nordhyp.WBK Pf 24	109	109
H	6½ dgl. Pf 42	100,5G	100,5G
Hn	7 Nord. Lbk. Pf 1	102G	102G
Hn	7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn	8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn	9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn	7½ dgl. IS 6	101G	101G
Hn	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F	5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F	6 dgl. Pf 58	95,4G	95,4G
F	4 dgl. Pf 95	86G	86G
F	7 dgl. Pf 114	100G	100G
D	5 RW Bodencr.Pf C	129G	129G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D	6½ dgl. Pf 67	93G	93G
D	5½ dgl. KO 2+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	79G	79G
S	7 dgl. Pf 125	102,75G	102,75G
S	7 dgl. Pf 128	98G	98G
S	8 dgl. Pf 177	–	–
S	6 dgl. KS 77	87,5G	87,5G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	93,5G	93,5G
Br	5½ dgl. Pf 43	93G	93G
Br	6 dgl. Pf 56	88,6G	88,6G
Br	7 dgl. Pf 61	98,15G	98,15G
Br	8 dgl. Pf 70	102,7G	102,7G
Br	9 dgl. Pf 68	100G	100G
M	6 Südboden Pf 41	98G	98G
M	5½ dgl. Pf 57	85,75G	85,75G
M	6½ dgl. Pf 143	102,5G	102,5bG
M	7 dgl. Pf 87	101,75bG	101,75bG
M	7½ dgl. Pf 104	103,5G	103,5G
M	7 dgl. KS 49	101,5G	101,5G
M	7½ dgl. KS 81	101G	101G
M	8 dgl. KS 133	105G	105G
M	9 dgl. KS 185	105,25G	105,25G
M	9½ dgl. KS 171	100G	100G
M	5 Verbank Nbg.Pf55	117,5G	117,5G
M	6 dgl. Pf 95	86bG	86bG
D	6½ WestLB Pf 405	101,7G	101,7G
D	9½ dgl. Pf 1007	110,95G	110,95G
D	8 dgl. Pf 1015	105,3G	105,3G
D	6½ dgl. KO 428	101,15G	101,15G
D	9¾ dgl. KO 1301	110,95G	110,95G
D	8 dgl. IS 1512	104,45G	104,45G
D	6½ dgl. IS 679	101,45G	101,45G
D	6 Westf Land.Pf 16	100,7G	100,7G
D	6½ dgl. Pf 19	95G	95G
D	7 dgl. Pf 20	99G	99G
D	9½ dgl. Pf 544	101,9bG	101,9G
D	9¾ dgl. KS 524	106,1G	106,1G
S	6 Wtt.Hypo.Pf 84	85,5G	85,5G
S	7 dgl. KS 58	101,2G	101,2G
S	6½ Wür.Kola Pf 1	97,35G	97,35G

Belebung der Nachfrage

Da möglicherweise die New Yorker Beschlüsse der Finanzminister und Notenbankpräsidenten zu weltweit rückläufigen Zinsen führen können, war am deutschen Rentenmarkt am Wochenbeginn eine Belebung der Nachfrage spürbar. Sie konzentrierte sich zunächst auf die öffentlichen Anleihen, die um mehr als einen halben Punkt fester lagen. Die Käufer hoffen offensichtlich auf eine stärkere Nachfrage aus dem Ausland. Sie ist auch notwendig, wenn die jetzt beschlossene Postanleihe (Rendite 6,47 Prozent) echt plaziert werden soll.

Sonderinstitute

		23.9.	20.9.
D	6 DSLB Pf 28	94G	94G
D	6 dgl. Pf 47	98G	90G
D	7 dgl. Pf 63	99,25G	99,25G
D	7½ dgl. Pf 99	105,5G	105,5G
D	8 dgl. Pf 104	108,5G	108,5G
D	8 dgl. Pf 145	105,75G	105,75G
D	5½ dgl. RS 45	100G	100G
D	6 dgl. RS 73	100,75G	100,75G
D	8 dgl. RS 128	103,25G	103,25G
D	8½ dgl. RS 163	101G	101G
D	7 dgl. RS 162	102,25G	102,25G
D	9½ dgl. RS 172	102,1G	102,1G
D	9 dgl. RS 186	110,5G	110,5G
D	10 dgl. RS 193	102,3bG	102,3G
D	11½ dgl. RS 195	104bG	104G
F	8 KfW 70	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 79	103bG	102,8
F	8 dgl. 84	107G	107
F	10 Kredit 81	116,1	116,05
F	8½ Krd.Wied.aufb.82	118,2	118,05G
F	7½ dgl. 85	105,1	105
F	8½ dgl. 85	108,4G	108,4G
F	7½ dgl. 84	103,4	103,2
F	7¼ dgl. 84 I	104,3G	104,3G
F	7½ dgl. 84 II	105	105G
F	7½ dgl. 85/88	105G	105G
F	7¾ dgl. 85/90	105,75G	105,75G
F	7½ dgl. 85/93	105,6G	105,5
F	6 Lawl.Rent.Bk.RS15	100,85G	100,9G
F	6 dgl. RS 16	100,9	100,9G
F	6 dgl. RS 19	101,1	101,1G
F	7½ dgl. RS 27	103,25G	103,25G
F	6½ dgl. RS 60	101,75G	101,75G
F	7 dgl. 94	102,75G	102,75G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,25G	105,25G
F	7½ dgl. 102	104,25G	104,25G
F	9½ dgl. 126	105,25G	105,25G
D	8 LAG TS 76	100G	100G
D	6½ dgl. TS 77	102	101,65
D	5½ dgl. 78	99,75	99,65bG
D	7 dgl. 79	102,25	102,2bG

Industrieanleihen

		23.9.	20.9.
F	6 Badenwk. 78/90	100	99,95
F	8 Chem. Hüls 71/86	101bG	101,1
F	7½ Conti Gummi 71/86	101T	101T
F	4½ Harpen 59	2450G	2450G
F	7½ Hoesch 71/86	100,25T	100,25T
F	7½ Karstadt 71/86	100,5G	100,5G
F	7½ Kaufhof 71/86	100,5T	100,5T
F	7¾ dgl. 71/86	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 76/87	101,15	100,8G
F	7½ Klöckner W. 71/86	100,5T	100,5T
F	8 dgl. 72/87	102,1T	102,1T
F	6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F	6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F	6 Ob.Don.Kraft. 64/89	99,5G	99,5G
F	6 Rh.Braw. 65/89	99,3T	99,3G
F	6 dgl. 65/90	99,1T	99,1T
F	6 RWE 63/88	99,5T	99,5
F	6 dgl. 65/90	99,25G	99,15
F	7¾ dgl. 71/86	100,75T	100,75T
F	7 dgl. 72/87	101,3	101
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,65G	100,5G
F	6½ dgl. 68/88	103G	102,9G
F	8 Schleswag 71/86	100,75G	100,75G
F	7½ Thyssen 71/86	100,8G	100,8G
F	8 dgl. 72/87	103,4T	103,4T
F	7¾ dgl. 77/92	101,5G	101,5G
F	8 VEW 71/86	101,5T	101,25T
F	6¾ dgl. 77/92	100,5G	100,5G
F	7 VW 72/87	100,8	101

Optionsscheine

		23.9.	20.9.
F	BASF 74/86	127	133bG
F	BASF OverZee82/88	102,5	111,8
F	BASF 85/94	100,1	105bG
F	Bayer Int. Fin. 79/89	94	98
F	dgl. 82/87	104,5	112
F	Bayer 84/94	94,1	97
F	dgl. 85/95	78	83,4
F	BHF Bk.Int.85/90	120	119,9
F	Commerzbk. 78/88	58,9	58
F	Conti 84/94	69	69,8
F	Degussa 85/95	165,5	170
F	Dt.Bk. Comp.77/87	300	289,5
F	Dt. Bk.Int. 85/91	311	310,8
F	Dresd.Bk.Int.83/90	105	105,1
F	dgl. 85 II/95	112	112,5
F	Dresdner Bk. 84/92	132	133,7
F	Hazama 84/89	900bG	880
F	Hoechst 75/90	456	480
F	dgl. 79/89	100,5bG	106bB
F	Hoechst 85/95	115,1	120bG
F	Itoh Fuel 84/89	4800bG	4800T
F	Jap.Syn.Rubber82/88	2300	2390
F	Jusco 83/88	4400G	4500
F	Kansai Paint 84/89	1300	1275
F	Kaufhof 84/94	98,5	99bG
F	Linde Int. 84/94	221,5	225,2
F	Mitsubishi 84/89	4125	4100
F	Nippon Flour 84/89	1220	1180T
F	Preussag 84/91	54	55,1
F	Rhythm W 83/88	1230G	1230G
F	Schering 83/90	194	202
F	Siemens 83/88	375	380,8
F	Tsumura „A" 84/87	720T	698T
F	dgl. „B" 84/89	740	721
F	Veba 83/95	90	88
F	Wella F. 73/88	420	425
M	Stumpf 78/88	57,5	57,2B
F	Commerzbk. 84/89	95,4	96,5
F	Comzbk.Int.Lux.83/88	73,5	75,8
F	Comzbk.Int.Lux.84/89	95,4	96,5
F	Dresdner Bank 84/92	132	130,7
F	Mitsui 82	270	265bB

Optionsanleihen

		23.9.	20.9.
F	8½ BASF 74/86 m. O.	184T	182,1
F	8½ dgl. 74/86 o. O.	102G	102G
F	3 dgl. 85/95 m.O.	151	160
F	3 dgl. 85/95 o.O.	79,2	79,5
F	3¼ Bayer 84/94 m. O.	146	146
F	3¼ dgl. 84/94 o. O.	81,6	81
F	2¾ dgl. 85 m. O.	125	127
F	2¾ dgl. 85 o. O.	77,9	78
F	7½ BHF Bk.Int.83 m. O.	122T	122T
F	7½ dgl. 83 o.O.	90	88G
F	3½ C.Itoh F84 m.O.	180G	185G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,75G	92,75
F	3½ Cobt.L78 m.O.DM	122G	122G
F	3½ dgl. 78 o. O. DM	96,4	95,9G
F	5 Conti 84/94 m. O.	155,75	156,25bG
F	5 dgl. 84/94 o. O.	90	89,5T
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O. $	177G	177G
F	4½ dgl. 78 o. O. $	96,1	95,25
F	6¾ dgl. 83 m. O.	154	152G
F	6¾ dgl. 83 o. O.	86,25	86G
F	3¾ dgl. 85 m. O.	182T	182
F	3¾ dgl. 85 o. O.	91,1	91,5
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	132,5G	132,5
F	4 dgl. o. O.	94	94G
F	8 dgl. 84 m. O.	156	156G
F	8 dgl. 84 o. O.	106,5	107
F	3½ Fuji 84 m. O.	113G	112,5G
F	3½ dgl. 84 o. O.	90,6T	90,6
F	3½ Hazama 84 m. O.	111G	110,5
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,5G	92,5G
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	180G	180G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,1	101,1G
F	5¾ Jusco 83 m. O	172	171,75G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99,05	99T
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	117,25G	116,5
F	3½ dgl. 84 o. O.	92	92
F	3¾ Kaufhof 84 m. O.	130G	130
F	3¾ Kaufhof 84 o. O.	81	80,9
F	3½ Linde Int. m. O	145,5G	145,5G
F	3½ dgl. o. O.	80	81
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	174,25	173
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,1	93,1
F	3½ Nippon Flour 84 m O	115	115
F	3½ dgl. 84 o. O.	92G	92
F	5¼ Rhythm Watch83 m.O	125G	125G
F	5¼ dgl. 83 o. O.	98,75T	99bG
F	4¼ dgl. 84 m. O.	105G	105G
F	4¼ dgl. 84 o. O.	95bG	94,75T
F	3½ SBC Fin. 84 m.O.	130,5G	131,5
F	3½ dgl. o. O. 84	82,2	82,1
F	3¾ Tsumura Jun.84 m.O	119G	117,5G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	92,65G	92,65
F	4 Veba 83 m. O.	156	156
F	4 dgl. 83 o. O	88	87,5
F	6½ Wella.F.73 m O DM	160G	160
F	6½ dgl. 73 o. O. DM	99,25	100T
M	3½ Stumpf 78/88 m. O.	148G	148G
M	3½ dgl. 78/88 o. O.	95G	95G

Währungsanleihen

		23.9.	20.9.
H	6¾ Kopenhagen 72/87	99,5T	99,5T

Wandelanleihen

		23.9.	20.9.
H	8 Beiersdorf 82/87	245,5G	–
H	4 Deutsche Bk. 84/95	221,95	221,4
H	6½ KSB 83/92	163	163
F	6 Pfaff 84/95	141	144

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

		23.9.	20.9.
D	8¾ Aeroport 82/92	105G	105G
D	7¾ B.N.D. 79/86	99,5bG	100,25
D	7¾ Bayer Cap. 82/89	105,5G	105,4bG
D	8½ Caisse N.T. 70/85	–	–
D	7¾ CFE 77/85	99,5G	99,5bG
D	6¾ dgl. 78/88	97,75G	97,25
D	8½ Cons. Cred. 70/91	102,75G	102,5T
D	6½ Cred. Nat. 79/89	101G	100,75bG
D	6¾ Dänemark 72/87	106G	103,5T
D	9¾ dgl. 74/89	103,75rG	103G
D	7¾ dgl. 77/87	103G	103G
D	6 dgl. 78/88	101,75	101
D	6½ dgl. 79/89	101,85	101,05
D	7½ dgl. 80/86	100,7TG	100,7bG
D	8¼ dgl. 80/92	104,5G	104,5G
D	10 dgl. 82/88	109G	109G
D	10½ dgl. 82/92	115,25G	115,25G
D	7¾ dgl. 83/88	103,3bG	103,25bG
D	8 dgl. 85/95	105bG	105,5bG
D	7¾ dgl. 84/89	104,5	101,1G
D	7½ dgl. 84/94	104,75G	105
D	6¾ Den Norsk. 77/89	102T	102T
D	6 dgl. 78/90	99,7G	99,55bG
D	8¾ ENEL 82/89	106G	106G
D	7¾ Fuji Int. 84/92	104,75G	104,65
D	8¾ GZ Wien 81	117,25bG	117G
D	7 H.-Bk.Dän. 73/88	100,5G	100,5G
D	8½ dgl. 80/90	105,3bG	105,5bB
D	10½ dgl. 81/91	113bG	112,75bG
D	8½ dgl. 85/95	107,4bG	107,5
D	8 Imatran 72/87	ausg.	ausg.
D	7¾ Incar 71/86	99,35	99,35
D	7 dgl. 72/87	98,5	97,5bG
D	7 dgl. 73/88	96,6	96,5bG
D	8½ dgl. 73/88	98,5	97,6
D	9 dgl. 83/88	99,2	99,2
D	7¾ Island 77/87	104,5TG	105T
D	9¾ dgl. 82/92	108	108
D	6¾ Light-S. 78/86	99,2	99bG
D	8½ dgl. 80/90	108G	108bG
D	7¾ Manitoba 85/95	104,5	104,2
D	6¾ Manit.Hyd. 72/87	103,9	103,75bG
D	11 Nat. West. 81/91	119,25G	119,25G
D	9½ dgl. 82/92	114,3G	114bG
D	7¾ Nipp. Cred. 83/91	102,1G	102,25bB
D	7¾ Norges H. 77/87	100,65	100,65G
D	6 dgl. 77/89	99,65G	99,85
D	7 Norges K. 77/89	101,25G	101,25bG
D	6 dgl. 77 I/89	99,6bG	100bG
D	6 dgl. 77 II/89	-Zhg	-Zhg
D	6 dgl. 78/90	99,6G	100
D	6½ dgl. 79/89	99,9G	100,2
D	7¾ dgl. 79/91	105T	105,4bG
D	8¾ dgl. 79/94	105bG	105T
D	7¾ N. Scotia 71/86	-Zhg	-Zhg
D	7 N. S. Pow. 72/87	101G	101G
D	6¾ Occid. Fin. 78/90	99,7bG	99,85
D	7 Petrobas 78/88	97,3bG	98,1
D	8 dgl. 79/89	99,3bG	99,5
D	6½ Pyhm Autob. 77/89	100bG	100,05
D	8½ Queensl. A. 70/85	100G	100G
D	7 RENFE 79/87	100,7bG	100,7bG
D	10 dgl. 82/92	114,6	114,5
D	8¾ dgl. 83/91	105,25TG	105,25TG
D	7½ Sunita F. 82/90	103,5bG	103,25
D	7½ Sun Int. 73/88	101,75T	101,5G
D	7¾ Svenska C. 73/88	100,4	100,4
D	10½ dgl. E. 81/91	110,25G	109,75bG
D	9½ Svensk. Ex. 82/87	106,25bG	106,5bB
D	5½ Tauernaut. 78/95	97,6	97bG
D	9¾ dgl. 82/94	115,6G	115,5G
D	6 TVO-Kraftw. 78/88	99,6G	99,6G

Wandelanleihen

		23.9.	20.9.
F	4½ AKZO 69	99G	99G
F	5 Asics Corp. 83	107,5G	107,5G
F	3½ All Nippon 78	170G	170G
F	3½ Asahi Opt. 78	170G	170G
F	4¾ Canon Inc. 77	340T	345G
F	5¾ Daiei Inc. 80	130G	132G
F	3 Daikin Int. 84	127G	127G
F	4¾ Fujitsu Lim. 78	550T	560T
F	5¼ Hoogovens 68	94G	94G
F	3½ Izumiya Co. 78	140G	141G
F	5½ Jusco Co. 78	120	121G
F	4 Kawashima Tex. 84	108G	108G
F	6 Komatsu 76	192G	192
F	6 Konishiroku Pho81	138G	141G
F	6¾ dgl. 82	129G	131G
F	3¾ Korakuen 78	157G	155G
F	3½ Marudai F. 78	105,5G	107
F	5¾ Minolta Cam. 77	320G	325G
F	4 dgl. 79	246G	249G
F	6¾ Mitsub. H. 81	270bG	269G
F	6 dgl.81	200	199,5
F	6 Nichii Co. Ltd.80	149G	149G
F	3½ Nissan Mot. 78	103T	103T
F	4 Nisshin Steel 78	175G	175G
F	7¾ Nitto Boseki 84	105	105T
F	5½ Olympus 78	260G	265
F	5¾ Omron Tat. 79	281G	295G
F	4¾ Orient Fin. 79	240G	240G
F	3½ Renown Inc. 84	108T	107,5G
F	3½ Ricoh Comp. 78	187G	185G
F	6¾ Rothm. Int. 72	107G	107G
F	3½ Sanden Corp. 78	125G	127
F	6½ Sekisui 76	225G	225G
F	6 Taiyo Yuden 82	121G	123G
F	5 Texaco Int. 66	99,8	99,85
F	3½ Tok.Elec. 78	370G	370G
F	4 Tokyu Land 79	126,25G	125G
F	3½ Trio Kenw. 78	125G	125G
F	3¼ Tsubakimoto 85	95,35	95,2

Anmerkung. * Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr): B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

		23.9.	20.9.
M	Abbott Labor	153,3	161,4
F	L'Air Liquide	175G	177
D	Akzo	113,5	112,5
F	Alcan	71	74,1
F	Alcoa	92,5	97G
F	Alg. Bk. Nedld.	438	444,4
F	All Nippon Air	7,3G	7,5T
F	Allied Corp.	–	–
M	ALPS El.	15,5	15,6
F	Amax	40	42,5
F	Am. Cyanamid	140	146G
F	*Ameritech*	248G	264
M	AMR	113,6	119,8
D	American Expr.	117	121
D	Am Motors	8,85	9
F	*Am. T & T*	59,5	62,5
F	Amro Bank	76	76,5
F	Anglo Am. Corp.	34,1	34,5
M	Anglo Am. Gold	18,4	20
F	Arbed	82	83,5T
D	Armco	25	26
F	Asahi Chem.	9,2	9,4
M	*Atl. Richfield*	161,6	171,5
H	Atlas Copco	40G	40G
M	Avon	64,9	69,5
D	*Baker Int.*	44	48,5G
F	*Ball Canada*	23,1bG	23,1bG
F	Banco de Bilbao	28,1	28,2G
F	Banco Central	26	26
F	Banco Hisp. Americ.	12,25	12,35
F	Banco de Santander	25,1	25,9
F	Banco de Vizcaya	36,8bB	37
F	Barlow Rand	12,3	12,3
M	Baxter Trav. Lab.	38	40,6
D	Beatrice Foods	91G	95
F	*Bell Atlantic*	247	257G
D	Bell Canada	85G	90bB
F	*Bell South*	109	114G
D	Bethlehem Steel	45	46,3
F	Black & Decker	50	52
F	*Boeing*	128,5	135,5
M	Bougainville Copper	3,7	3,6
F	Bowater	12,5G	12,8G
D	BP	20,6	20,9
F	*Broken Hill*	14,3	14,3
M	*Broken Hill ADR's*	29	28,9
F	Bull	17,5bG	17,4
F	*Cdn. Pacific*	34,3	36
F	Canon	12,1	12,5
F	Casio Comp.	20,2	20,5
F	Caterpillar	96	101
D	Ch. Manhattan	141	151G
F	Chrysler	99	107,5
M	Citicorp.	110,9	120,2
F	City Investing	–	–
F	Coca-Cola	190	197,1
D	Colgate	71	76
M	Commodore Int.	25,9	27,1
M	Comm. Satellite	88,8	94
F	Cons. Gold F.	17,3	17,25
F	Control Data	53	55
H	Courtaulds	5,88	5,88
M	CRA	10,5	10,6
M	*CSR*	6,2bB	6,1bG
F	Daiei	8G	8T
M	Daiwa Sec.	10,1	10,5
F	Dart & Kraft	97	101G
M	De Beers Cons.	12,4	12,7
F	Deere Comp.	74	76,5G
F	Delta Air Lines	119,5	126
F	*Diam. Shamrock*	44	46,5
M	Digital Equipm.	300	312
M	Disney Prod.	236,6	246,5
H	Distillers	–	–
M	Dome Petroleum	5,7	5,8
D	Dow Chemical	96,5	102
D	Dresser	52	56
M	Driefontein Cons.	53,6	54,8
D	DuPont	156	164
H	Dunlop	2,68	2,78
D	Eastern Air Lines	26	26,8
F	*Eastman Kodak*	120	129
F	*Eaton*	147	157G
F	El Aquitaine	65	64
F	Emhart	80,5	82G
D	Ericsson	80TG	81,5G
D	Exxon	136,5	145G
M	Fed. Nat. Mortg.	52,8	56
D	Fiat St.	6,75	6,65
D	dgl. Vz.	5,75	5,65bB
F	Finsider	–	0,11G
D	Fisons	13,4G	13,3G
M	Fluor	41,3	43,8
D	Ford	118	125,5
F	Fujitsu	11	11,3
F	*General Electric*	163	171
F	General Food	225T	245T
F	General Mining	30	30
D	General Motors	188	199
D	Gen. Shopping	120T	120T
D	Gevaert	208G	207T
F	Goodyear	77,1	79,5
H	Grace	110	118
F	*Greyhound*	75,5G	79,5G
D	GKN	8,65G	8,9G
F	Gulf Canada	39,5G	41,2
D	Halliburton	72	76
F	*HCA Hospital*	117,5	122,5
M	Hewlett Packard	89,5	96,9
F	Highveld Steel	–	–
F	dgl. o. O.	–	–
F	Hitachi	790	800
M	Holiday Inns	139,5	147,2
F	Homestake	71	70,6bG
M	Hongkong Land	4,25	4,5
H	*Hong.& Shang.Bk.*	2,5	2,7
D	Hoogovens	55,1	56,5
D	Hughes Tool	35,5	37,5bG
M	Hutchison Whampoa	45	46,8
F	IBM	351,5	371,5
F	ICI	25,5	26
M	*Impala Plat.Hold.*	22,4	22,8
M	Imperial Oil	99,8	103,4
M	Intern. Harvester	21,1	23
F	*Inco*	35,5	38
F	Int. T & T	91,5	94bG
F	Istituto Fin. Ind.	16	15,5G
F	Italcementi	74,9	75
F	Izumiya	12G	12G
F	Japan Line	1,15T	1,15T
M	Jardine Math. Hold.	3,95	4,25
D	Jusco	10TB	10TB
F	Kawasaki Kisen	2,2G	2,2G
F	Kawasaki Steel	1,7G	1,7T
M	Kloof Gold Min.	22,9	22,7
F	Komatsu	6,7	6,8
D	KLM	51	52,2
F	Konishiroku Photo	8G	8G
F	Kubota	4,3G	4,4G
D	Lafarge	167G	167G
D	Litton Ind.	213G	226G
F	Lone Star	70	75G
D	LTV	19,5	20,3
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	4,5G	4,5G
M	Marudai Food	8,2G	8,2G
D	Matsushita El.	14,65	14,85
M	McDonald's	173	190B
M	Merril Lynch	80	84,3
F	*McDonnell D.*	202	210G
M	Medtronic	101,5	105
F	*M.I.M. Hold.*	5,05	5,1
M	*M.I.M. ADR's*	10	10,1
M	Minerals & Res.	21,3	22
D	Minnesota M.	204G	218G
D	Minolta Camera	11G	11G
F	Mitsubishi Chem.	5,7	5,8
F	Mitsubishi El.	4,15	4,05
F	Mitsui Bk.	13,7G	13,7G
F	Mitsui & Co.	5,1T	5,1T
F	Mitsui Engin.	1,95G	2,05
F	Mitsui O. S. K.	2,3G	2,3G
F	Mitsumi El.	8,4	8,6
H	Mobil Corp.	80	83,1
F	Monsanto	120	135
F	*Montedison*	3,68	3,7
F	Murata	20,5	21
M	Nat. Semicond.	34,5	37
M	NCR	87,4	93,4
D	Nat. Westminster	25	25G
F	NEC Corp.	11,5	11,7
F	Nestlé	9300	9350
D	Nikko Sec.	9,1G	9,1G
F	Nippon Kokan	1,65T	1,65
F	Nippon Shinpan	7,8G	7,8G
M	Nippon Steel	1,9	2
F	Nippon Yusen	3,75G	3,7G
F	Nissan Motor	7,3	7,3T
F	Nisshin Steel	2bB	1,9G
F	Nissho - Iwai	3	3,1G
D	NL Industries	31G	32
M	Nomura Sec.	13,6	13,5
F	Norsk Hydro	38,9bB	40
F	Novo Ind.	350	377
F	*Nynex*	225G	235G
H	Occ. Petroleum	84,5	88,5
F	Océ v. d. Grint	305T	305T
F	Olivetti St.	11	11,15
F	Olivetti Vz.	8,9	9,25
F	Olympus Optical	12,5T	12,6T
H	v. Ommeren	24G	–
F	Omron Tateisi	15,4T	16,2T
F	*Pacific Telesis*	198,4	206G
F	Pakhoed	58,5G	59
F	*PanAm*	20,3	21bG
D	Parker Drilling	12,9	13,2
F	*Parker Hannifin*	87G	91G
F	*Pekio Wallsend*	9,35	9,4
M	Pepsi	161,9	169,8
F	Pernod	251,5G	251,5G
F	*Peugeot*	126	128
F	Philip Morris	212	225
M	Phibro-Salomon	101	107
H	Philips	45,8	44,9
M	Pioneer El.	20	20,4
F	Pirelli	4,7	4,8
M	Polaroid	86,4	90,7
M	Prime Computer	49,8	52,5
F	Procter & G.	160	165
D	Ramada Inns	27G	25G
M	Ranger Oil	9,5	9,9
F	Reuter	12,7	12,7
F	Ricoh	10,25G	10,25G
F	Rio Tinto NA-St.	21	21,1G
F	Rio Tinto Kumm.	20,5G	20,5G
H	Robeco	66,5	67
F	Rockwell	100	111,5
H	Rolinco	61	61,5
F	Rorento	41T	41T
F	Rothmans Int.	4,8	4,9
D	Rowan Cos.	22	22,2
H	Royal Dutch	167	170,2
M	*Rustenb.Plat.Hold*	19,3	19,1
F	Sanko Steamship	–	–
F	Sanden Corp	6,6T	6,6T
M	*Santos*	10,6	11T
F	Sanyo Elec.	4,8	4,65
F	Sanwa Bk.	16,5G	16,5G
M	SASOL	7,4	8
F	*Schering Plough*	122	134
F	Schlumberger	95	101
F	Schw. Alum.	871	890
F	Schw. Bankverein PS	492	497
M	Sears, Roebuck	93,2	99,1
F	Seiyu Stores	8,7G	8,7G
F	Sekisui House	10,6G	7,9G
F	Selected Risk	53,5G	53,5G
F	Shell Canada	50G	50G
H	Shell T & T	25,7G	25,8
D	Singer	–	98,5
F	Snia Viscosa	5,7	5,88
D	Solvay	273G	265T
D	Sony Corp.	42,4	43,9
F	*Southwestern Bell*	217G	230G
D	Sperry Corp.	135,5	143
F	Squibb	190G	199
F	Standard Oil	121	125
F	Stanley Elec.	8,6G	8,6G
F	Steyr-Daimler-P.	23,4	23,3bG
F	Sumitomo	8,2	8,6G
F	Sumitomo Heavy	3,2G	3,1G
D	Sumitomo Metal	1,75G	1,85B
D	Sun	140T	140T
M	*Sunshine Mining*	16	16,8
F	Swissair	1680	1700
F	Taisei Kens.	4,55T	4,55
M	Tandy	97,5	99,2
F	Tayo Yuden	9,8G	10,1G
F	Telefonica	10,5	10,3
F	Telefonica V.	9,6	9,6
F	Tenneco	106	113
D	Texaco	96	102,5
F	Texas Instruments	263	276,5
D	Thomson-CSF	180G	179G
D	Thorn Emi	14,3G	15,3
F	Tokyo El.	12,3	12G
D	Tokyo Pac	335G	335G
F	Tokyo Sanyo El.	7,6	7,5G
D	Toray	6,25bG	6,25T
D	Toshiba	4,1	4,1G
M	Toyota Motor	13,5bG	14,1
D	Trans World Airl.	59,5	64,2
F	TRIO Kenwood	7,4	7,6
F	TRW	212	220G
F	Tsumura Juntendo	23G	23G
D	UAL	136T	147,8
H	Unilever	299	305
F	Union Carbide	144	152
D	Uniroyal	–	62G
F	United Techn.	100,1	110
F	*US Steel*	85G	86,2
M	*US West*	210,4	220G
M	Vaal Reefs Expl	20	20,6
D	Vmf-Stork	209	209
F	Volvo A	77,1	79
F	dgl. Nam B	80	82G
M	Wang Labor	44,4xD	47,6
F	Warner Commun.	86	84,5
F	Warner Lambert	105	108
F	Wells Fargo	147G	154
M	Western Deep L.	96	97,5
M	*Western Mining*	7,6	7,4
M	Westinghouse El.	105,7	110
F	Westl.-Utrecht H.	84	85
M	Weyerhaeuser	73,3	78
D	Xerox Corp.	142,5	149

Aktienmarkt verunsichert

Aber lebhafte Nachfrage nach Thyssen und Hoesch

DW. – Da sich zur Zeit niemand ein deutliches Bild über die Folgen der Beschlüsse machen kann, die von den Finanzministern und Notenbankpräsidenten am Wochenende in New York gefaßt worden sind, war der Aktienhandel am Wochenbeginn verunsichert. Denn weder aus dem Ausland, noch von der inländischen Kundschaft lagen nennenswerte Kaufaufträge vor. Der Berufshandel folgte dem üblichen Schema, nachdem ein sinkender Dollarkurs niedrigere Notierungen der exportorientierten Unternehmen nach sich ziehen muß.

Zu einer Überraschung kam es bei Thyssen und Hoesch. Unter lebhaften Umsätzen wurden besonders bei Thyssen die Kurse kräftig heraufgesetzt. Angeblich sollen hier Kaufaufträge aus England vorgelegen haben. Daneben dürfte aber eine Rolle spielen, daß nach den Währungsbeschlüssen die Gefahr neuer Stahlimportrestriktionen der USA zunächst einmal abgewendet sein dürften. Leidtragende des schwachen Dollar waren vor allem Autoaktien, wo die Kursverluste bis zu 20 DM (BMW) gingen. Großchemieaktien gaben bis zu fünf DM nach. Schering fiel sogar um mehr als 10 DM zurück. Zweistellig war auch der Tagesverlust bei Siemens. Bankaktien kamen im allgemeinen gut über die Runden, obwohl die internationale Schuldensituation sich nicht zuletzt durch die Ereignisse in Mexiko wieder verschärft hat.

Frankfurt: Die blauen Quellen erhöhten sich weiter um 10 DM und Binding um 9 DM. Hutschenreuther legten 4 DM und Mainkraftwerke 6 DM zu. Nachgeben mußten dagegen IWKA um 14,30 DM und Rheinelektra um 12 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verbesserten sich um 10 DM, Dyckerhoff um 5 DM und Gerresheimer Glas um 7,50 DM. Bilfinger verloren 4,50 DM und Sinn 6 DM. Allianz Vers. verminderten um 13 DM und Aach. Münchner Vers. 50 DM.

Hamburg: Beiersdorf erholten sich um 3 DM. HEW stockten um 0,50 DM auf und NWK-Vz. verloren 5 DM. Markt und Kühlhallen lagen um 2 DM fester. Holsten Brauerei wurden um 5 DM zurückgenommen.

Berlin: Kempinski konnten sich um 6 DM, Herlitz St. und Rheinmetall Vz. um je 5 DM befestigen. Herlitz Vz. lagen um 2,50 DM und Rheinmetall St. um 2 DM freundlicher. DeTeWe schwächten sich um 18,50 DM ab.

München: Adlerwerke verbesserten sich um 10 DM, Grünzweig um 8 DM und Paulaner um 18 DM. Rathgeber erhöhten um 5 DM und Dywidag um 6 DM. Nachgegeben haben Hutschenreuther um 9 DM und Leonische Draht um 6 DM.

Stuttgart: Schwächer lagen IWKA um 10,80 DM. Aesculap verloren 4 DM. Fuchs-Petrolub gaben um 3 DM nach. Ackermann gewannen 1 DM, Wolldecken Weil der Stadt 4,50 DM und Württ. Cattun 7,50 DM. Württ. Feuer legten 54 DM zu.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 217,24 (219,10)
WELT-Umsatzindex: 3908 (5982)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

	23.9.	20.9.
Creditanst.-Bkv.Vz.	365	368
Gösser-Brauerei	510	505
Länderbank Vz.	408	358
Österr. Brau AG	505	510
Perlmooser	630	635
Reininghaus	710	720
Schwechater Br.	311	312
Semperit	94	96
Steyr-Daimler-P.	165	167
UniversaleHochTief	262	263
Veitscher Magnesit	584	574
Index	99,43	99,85

Kopenhagen

	23.9.	20.9.
Den Danske Bank	546	546
Jyske Bank	710	710
Kopenh. Handelsbk.	299	299
Novo Industri	246	265
Privatbanken	300	300
Ostasiat. Komp.	247	240
Dan. Sukkerfabr.	495	495
For. Bryggerier St.	1055	1045
Kgl. Porz. Fabr.	345	300

Brüssel

	23.9.	20.9.
Arbed	1710	1755
Brux. Lambert	2125	2195
Cockerill Ougrée	210	218
Ebes	3100	3100
Gevaert	4250	4250
Kredietbank	9550	9500
Pétrofina	6160	6250
Soc. Gén. d. Belg.	1940	1960
Sofina	7800	7880
Solvay	5510	5590
UCB	5600	5700
Index	2490,34	2500,40

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 23. 09. 85
3331 Optionen = 173 600 (187 800) Aktien,
davon 410 Verkaufsoptionen = 20 900 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 10-140/5,2, 1-140/11, 1-150/6,1, 1-160/4,5, **BASF** 10-191/45, 10-201/35, 10-210/26,5, 10-211/26, 10-220/17,5, 10-221/17, 10-230/8, 10-231/8, 10-240/3,4, 10-241/2,15, **Bayer** 10-191/33,5, 10-211/13,5, 10-230/3, **Bay. Hypo** 1-400/22, 1-410/16, **Bekula** 1-100/14, **BMW** 10-470/13, 1-480/40, 1-500/30, **Bay. Vereinsbk.** 10-385/14, 1-420/16, **Commerzbk.** 10-197,75/26, 10-200/24, 10-210/14,5, 10-220/5,4, 10-230/2,05, **Conti** 10-137/30, 10-150/5, 1-150/16,5, 1-160/9, 1-170/5, **Daimler** 1-939,50/81,25, 1-1000/44, 1-1100/20, **Dt. Babcock St.** 10-167/12, 10-170/9, **Dt. Babcock Vz.** 1-170/16, 1-180/9,2, **Deutsche Bk.** 10-438/171, 10-448/161, 10-600/14, 10-610/9, 10-620/5, **Dresdner Bk.** 10-232,50/46, 10-240/39, 10-290/7,2, **GHH St.** 1-160/45, 1-200/13, **Hoechst** 10-211/14, 10-220/8, 10-221/5,6, 10-240/1, **Hoesch** 10-110/19,5, 10-120/9,5, **Karstadt** 1-243/39, **KHD** 1-310/14,4, 4-320/18, **Klöckner** 10-65/6, 10-70/3, 10-75/1,6, **Lufthansa VZ.** 1-220/20, **MAN** 4-180/23,2, 4-190/17, 4-200/11, **Mercedes** 1-860/21, 4-850/45, 4-1030/20, **Metallges.** 1-300/16, **Mannesmann** 10-156/70, 10-160/60, 10-176/50, 10-180/40, 10-190/38, 10-200/27, 10-206/30,8, 10-210/21, 10-220/10, 10-230/3,6, **Nixdorf** 4-600/38, **Preussag** 1-280/12,5, **RWE St.** 10-190/10, 1-170/34,75, 1-180/25,2, 1-190/16, 1-300/111,5, 1-210/7,5, **RWE Vz.** 1-190/14,5, 1-200/8,4, 1-210/4,6, **Schering** 1-500/30, 4-520/32,5, **Kali + Salz** 1-330/62, 4-330/88, **Siemens** 10-570/33,5, 10-580/23,5, 10-590/15, 10-600/11,5, 10-610/8, 10-620/4, **Thyssen** 10-93,25/55,25, 10-98,25/50,25, 10-110/38, 10-120/29, 10-130/19, 10-140/9, **Veba** 10-201/40,5, 10-211/30,5, 10-221/22, 10-231/13,35, **VEW** 1-1140/13, 4-140/14,8, 4-150/7, **VW** 10-295/40, 10-305/37, 10-330/11, **Alcan** 1-80/4,2, **Chrysler** 10-100/7, **IBM** 1-390/40, **Norsk Hydro** 10-40/1, **Philips** 10-40/5, **Sony** 1-45/4,8, **Sperry** 4-150/13,4, **Xerox** 10-150/1, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 10-140/1,3, 4-140/5,4, **BASF** 10-220/1, 10-230/2, 1-220/2, 1-230/5, 4-210/2,5, **Bayer** 10-230/6, 1-220/3, 1-230/7, **BMW** 1-450/6,4, 1-470/11, 1-480/15, **Commerzbk.** 10-220/2, 4-210/4,5, **Conti** 1-140/2,6, 1-150/3,5, 4-150/4, **Daimler** 1-950/20, 4-900/7,2, 4-910/8, 4-930/13,6, **Dt. Babcock St.** 1-180/5,4, **Deutsche Bk.** 10-570/2, 10-590/4,2, 1-600/7, **Dresdner Bk.** 1-270/4, 4-260/6, 4-270/9, **Hoechst** 1-220/3,4, **Hoesch** 1-130/3, 4-120/2,9, **Kaufhof** 1-280/4, **KHD** 1-310/9,4, **Klöckner** 1-70/1,5, 4-70/3, **Metallges.** 1-280/9, **Mannesmann** 1-220/3, 4-210/3,9, 4-220/7, **Kali + Salz** 1-360/9,5, **Siemens** 10-580/2, 1-580/12, 4-560/9,5 **Thyssen** 1-130/1, 4-130/3, 4-140/8, **Veba** 1-230/3,3, **VW** 1-320/5,6, 1-330/11, 1-340/10, **Alcan** 10-75/3, **Chrysler** 10-10/1,5, **IBM** 10-390/37,5, **Litton** 4-220/15.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23.9.85 ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4¼-4½	4½-4¾
3 Monate	8-8⅛	4¼-4½	4½-4¾
6 Monate	8⅛-8⅜	4⅜-4⅝	4⅝-4⅞
12 Monate	8½-8¾	4⅝-4⅞	4¾-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23.9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1305,00	1670,10
10 US-Dollar (Indian)**	1305,00	1572,90
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	668,90
1 £ Sovereign alt	211,00	263,34
1 £ Sovereign Elizabeth II.	204,00	255,36
20 belgische Franken	165,75	217,46
10 Rubel Tscherwonez	214,25	271,61
2 südafrikanische Rand	200,75	250,52
Krüger Rand, neu	892,75	1057,64
Maple Leaf	912,00	1079,58
Platin Noble Man	885,00	1048,80
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	211,50	269,61
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,25	233,99
20 franz. Franken „Napoléon"	170,75	233,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	843,00	1034,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	166,25	212,33
10 österr. Kronen (Neuprägung)	86,50	115,71
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	390,00	478,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	90,75	126,26

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

23.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,7308	2,7288	2,6943	2,67	2,77
London¹)	3,89	3,904	3,851	3,83	3,98
Dublin¹)	3,097	3,111	3,065	3,04	3,19
Montreal³)	1,989	1,997	1,9645	1,94	3,04
Amsterd.	88,73	88,85	88,535	87,75	89,50
Zürich	122,00	122,20	121,96	120,00	122,75
Brüssel	4,93	4,94	4,883	4,77	4,97
Paris	32,655	32,815	32,300	31,75	33,50
Kopenh.	27,45	27,57	27,250	26,50	28,25
Oslo	33,54	33,66	33,145	32,75	34,50
Stockh.**)	33,31	33,47	32,585	32,50	34,25
Mailand²)**)	1,472	1,482	1,4460	1,44	1,54
Wien	14,208	14,248	14,203	14,13	14,35
Madrid**)	1,648	1,658	1,630	1,66	1,78
Lissabon**)	1,61	1,63	1,568	1,25	2,05
Tokio	1,173	1,178	–	1,14	1,20
Helsinki	45,70	45,90	45,985	45,75	47,75
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*)**)	2,023	2,077	–	1,80	2,40
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,9175	1,9365	–	1,87	1,97
Johannbg.*)	1,066	1,11	–	0,90	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Das überraschend für das Wochenende einberufene Treffen der fünf Finanzminister der wichtigsten westlichen Länder brachte am 23. 9. Bewegung in die Devisenszene. Der Eindruck, daß auch die USA zu Interventionen am Devisenmarkt geneigt sein könnten, um den US-Dollar in eine abwärts gerichtete Tendenz zu schleusen, löste einen Kursverfall aus. Am frühen Morgen wurde zunächst noch bei 2,77 gehandelt, später war der Dollar zeitweise nur noch 2,6950 wert. Erstmals seit Ende Februar wurde die Bundesbank zur amtlichen Notiz aktiv und glich bei 2,7248 die vorhandene Dollarnachfrage mit einer Abgabe von 8 Mill. aus. Die Notiz lag um 5,5 Prozent unter dem Vortag und stellt den bisherigen Jahrestiefstkurs dar. Auch die übrigen Währungen verzeichneten zum Teil kräftige Rückgänge, lediglich der Schweizer Franken wurde gegenüber der D-Mark etwas höher bewertet. US-Dollar in: Amsterdam 3,0520; Brüssel 55,0000; Paris 8,2460; Mailand 1831,50; Wien 19,1770; Zürich 2,2318; Ir. Pfund/DM 3,104; Pfund/Dollar 1,4302; Pfund/DM 3,897.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 23.9. : in D-Mark 2,22528 (Parität 2,24184);
in Dollar 0,82189 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 23.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Deutlich schwächere US-Dollar-Zinssätze (bis ¼ Prozent in der Spitze) waren am 23. September ausschlaggebend für die deutliche Verringerung der Dollar-Abschläge gegen D-Mark per Termin.

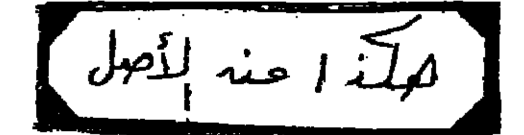
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,63-2,53	4,88-4,68
Pfund/Dollar	0,39-0,37	1,05-1,02	1,88-1,84
Pfund/DM	2,80-1,40	7,00-5,60	12,0-10,6
FF/DM	22-6	56-40	102-86

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23.9.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23.9. : 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23.9. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11(Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,40) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,00 (5,46) – 8,00 (5,84) Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,34) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25 . Kurs 100,80, Rendite 6,06 .



75 Jahre IBM Deutschland, 75 Jahre Informationsverarbeitung.





Über das ausgefüllte Leben eines IBM PC Händlers.

Stellen Sie sich mal vor, was unsere Vertragshändler für IBM Personal Computer so alles wissen müssen, um Tag für Tag für ihre Kunden die unterschiedlichsten Aufgaben zu lösen.

Sie sind stets in der Lage, einen guten und schnellen Service zu bieten.

Sie kennen jedes Modell, vom PC für Einsteiger bis zum starken PC: dem PC AT. Und natürlich die vielen Ergänzungen, Bildschirme, Drucker und Vernetzungsmöglichkeiten.

Sie kennen sich in Betriebswirtschaft, Verwaltung, Bankwesen, Dienstleistung, Handel, Handwerk, Fertigung und so weiter aus.

Sie setzen sich mit ganz speziellen Dingen auseinander. Während zum Beispiel ein Schreiner keine Ahnung von Kilobytes haben muß, sollen unsere Vertragshändler aber wissen, was die Basic-Befehle PEEK und POKE bedeuten.

Sie wissen, welche von den vielen IBM PC Programmen für Schreiner am besten geeignet sind und welche für Immobilienmakler oder das Elektrohandwerk.

Sie halten sich ständig über alle Neuerungen auf dem laufenden, damit der Kunde aktuell informiert wird: z. B. wie man mit dem neuen Schreinereiprogramm Arbeitszeiten erfaßt und kontrolliert, die Kalkulation macht, Stücklisten erstellt und Aufträge abwickelt.

Sie helfen bei der Auswahl der vielen verschiedenen IBM PC Programme, mit denen auch Ihre Betriebsorganisation in allen Bereichen reibungslos abgewickelt werden kann: zum Beispiel in der Finanzbuchhaltung und Lohn- und Gehaltsabrechnung oder in der Fakturierung und Lagerbestandsführung.

Sie erklären Ihnen, was man mit dem IBM PC Programm „Assistant Serie“ in der Datenverwaltung, in der Grafik und in der Textverarbeitung anfängt. Wie dieses Programm für Einsteiger leicht erlernbar und in kürzester Zeit effektiv einsetzbar ist. Und wie es dem Fortgeschrittenen bei seinen Problemen Hilfestellung leistet.

Sie zeigen Ihnen, wie man mit dem IBM PC Programm „Text 2“ Texte schreibt, überarbeitet und umbricht.

Sie sagen Ihnen, wie man das IBM PC Programm „TopView“ richtig einsetzt. Also wie man damit durch Fenstertechnik von einem zum anderen Programm umschaltet oder Daten unterschiedlicher Anwendungen auf einem Bildschirm anzeigt.

Sie informieren Sie darüber, wie man mit dem IBM PC Datenbanken nutzt, wie man Netzwerke erstellt und mit Bildschirmtext arbeitet, um so die Kommunikation mit ex- und internen Partnern zu verbessern.

Das ist noch lange nicht alles. Denn die Entwicklung ist wieder ein Stück vorausgeeilt. Das bedeutet für den IBM PC Vertragshändler: Fortbildung ohne Ende.

All diese Mühen haben das Ziel, daß Sie einfacher und rascher zu Ihrem Personal Computer kommen und gleich mit ihm arbeiten können.

Wenn Sie die IBM Personal Computer Familie und die zahlreichen IBM PC Programme und neuen Branchenlösungen kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden.
Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Durchweg höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	20.9.	19.9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	286,50	289,00
März	291,50	295,50
Mai	287,50	–
Weizen Winnipeg (can.$/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW-	252,95	252,00
Amber Durum	249,89	248,94
Roggen Winnip. (can.$/t)		
Okt.	118,30	119,50
Dez.	121,50	122,40
März	126,40	127,00
Hafer Winnip. (can. $/t)		
Okt.	92,00	92,10
Dez.	94,00	94,30
März	98,10	98,50
Hafer Chicago (c/bush)	20.9.	19.9.
Dez.	124,25	125,50
März	128,25	130,00
Mai	129,00	–
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	218,00	218,25
März	227,25	228,25
Mai	232,50	–
Gerste Winnipeg (can.$/t)	20.9.	19.9.
Okt.	104,50	105,00
Dez.	107,90	108,70
März	111,60	112,30

Genußmittel

	20.9.	19.9.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	138,30	137,80
März	139,60	139,25
Mai	140,45	–
Kakao New York ($/t)	20.9.	19.9.
Terminkontr. Sept.	2241	2218
Dez.	2305	2275
März	2335	2305
Umsatz	3085	2901
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,29	5,16
Jan.	5,48	5,30
März	5,85	5,71
Mai	6,03	5,87
Juli	6,25	6,09
Umsatz	10291	10350
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	20.9.	19.9.
	5,06	5,09
Kaffee London (£/t) Robusta	20.9.	19.9.
Kontrakt Sept.	1651-1653	1672-1674
Nov.	1673-1675	1701-1704
Jan.	1716-1716	1735-1738
Umsatz	2525	1800
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1775-1778	1756-1765
Dez.	1814-1815	1797-1798
März	1836-1837	1824-1826
Umsatz	5764	2957
Zucker London (£/t) Nr. 6	20.9.	19.9.
Okt.	140,00-141,00	136,20-138,00
Dez.	144,80-145,40	141,00-141,40
März	154,80-155,00	151,20-151,40
Umsatz	2414	2748
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	23.9.	20.9.
schw. Sarawak spez.	770,00	775,00
weißer Sarawak	930,00	940,00
weißer Muntok	940,00	950,00
Orangensaft New York (c/lb)	20.9.	19.9.
Nov.	134,10	133,95
Jan.	130,30	129,10
März	128,40	126,80
Mai	126,70	125,30
Juli	126,20	124,70
Umsatz	259	100

Öle, Fette, Tierprodukte

	20.9.	19.9.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	34,00	34,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,75	21,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	20,65	21,17
Dez.	20,64	21,10
Jan.	20,80	21,30
März	21,15	21,60
Mai	21,50	21,90
Juli	21,75	22,20
Aug.	21,80	–
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	19,00	18,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50
Talg New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleichfähig	13,75	13,75
yellow max. 10%fr.F	10,25	10,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	39,75	40,10
Dez.	41,70	41,95
Feb.	42,35	42,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	61,70	62,40
März	62,15	62,80
Mai	63,32	63,90
Häute Chicago (c/lb)	20.9.	19.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	508,00	511,50
Jan.	520,00	522,25
März	531,50	534,00
Mai	541,25	544,50
Juli	547,00	550,00
aug.	545,00	548,50
Sept.	536,50	–
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	132,30	130,60
Dez.	136,00	134,80
Jan.	137,00	136,20
März	139,00	139,50
Mai	141,00	142,00
Juli	143,00	144,00
Aug.	143,50	–
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	20.9.	19.9.
Okt.	306,00	305,00
Dez.	305,50	306,00
März	315,20	316,00
Kokosöl New York (c/lb)	20.9.	19.9.
Westküste fob Werk	22,50	22,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	23.9.	20.9.
jegl. Herk. cif	750,00	785,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	580,00	580,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	390,00	372,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	144,00	154,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	460,00	445,80
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,00	241,80

Wolle, Fasern, Kautschuk

	20.9.	19.9.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	60,13	60,20
Dez.	59,24	59,45
März	60,32	60,55
Mai	60,70	60,90
Juli	59,40	59,65
Okt.	54,39	54,10
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,50	42,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.:	23.9.	20.9.
Okt.	477-488	476-488
Dez.	500-508	495-502
Jan.	500-505	500-504
Umsatz	41	11
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	20.9.	19.9.
Okt.	51,50	51,30
Dez.	52,00	54,20
März	54,80	54,80
Mai	52,20	54,90
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	20.9.	19.9.
Okt.	612,00-614,00	612,00-614,00
Dez.	620,00-621,00	619,00-621,00
März	623,00-624,50	622,00-624,00
Umsatz	21	48
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23.9.	20.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	23.9.	20.9.
Sept.	geschl.	12430
Okt.		12515
Kautschuk London (p/kg)	20.9.	19.9.
Nr. 1 RSS loco	60,75-62,75	61,25-63,25
Okt.	–58,00	–58,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Tendenz: unruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	20.9.	19.9.
Okt.	185,00-185,50	184,50-185,50
Nov.	186,50-187,50	184,50-185,50
Nr. 2 RSS Okt.	172,50-173,50	171,50-172,50
Nr. 3 RSS Okt.	170,00-171,00	169,00-170,00
Nr. 4 RSS Okt.	165,50-166,50	164,50-165,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	23.9.	20.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	23.9.	20.9.
Aluminium: Bas. Lond.		
laufend. Monat	264,69-264,89	277,41-277,61
drittfolg. Monat	273,28-273,48	286,02-286,21
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	111,26-111,46	113,00-113,19
drittfolg. Monat	114,58-114,78	116,13-116,22
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1225,86-1229,76	1280,55-1284,44
drittfolg. Monat	1243,42-1245,38	1298,12-1300,08
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	246,65-251,17	195,98-196,67
Produz.-Preis	226,49	239,89
Reinzinn 99,9 %	3889-3928	3882-3920

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23.9.	20.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	377,13-380,45	395,30-398,62
Blei in Kabeln	119,00-120,00	120,75-121,75
Aluminium f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	23.9.	20.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	341-344	354-356
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	380-383	393–
MS 63	373-376	386-389

Zinn-Preis Penang

	23.9.	20.9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,58	30,73

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23.9.	20.9.
Leg. 225	335-360	335-360
Leg. 226	337-362	337-362
Leg. 231	372-395	372-395
Leg. 233	382-405	382-405

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23.9.	20.9.
Platin (DM je g)	30,35	30,35
Gold (DM/kg Feing.)		
Barren-Vkfpr.	29330	30160
Rücknahmepr.	28580	29410
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	29450	30300
Rücknahmepr.	28690	29530
verarbeitet	30890	31790
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	28900	29730
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	554,40	571,50
Rücknahmepr.	537,90	554,60
verarbeitet	578,70	596,60

Internationale Edelmetalle

	23.9.	20.9.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	328,10	319,20
15.00	327,45	319,15
Zürich mittags	329,90-330,40	320,20-320,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	88500	90900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	429,60	443,15
3 Monate	441,10	455,10
6 Monate	452,30	466,95
12 Monate	475,55	490,30
Platin (£/Feinunze) London	20.9.	19.9.
fr. Markt	222,00	222,35
Palladium (£/Feinunze) London	20.9.	19.9.
f. Händlerpreis	71,80	71,75

New Yorker Metallbörse

	20.9.	19.9.
Gold H & H Ankauf	319,15	316,55
Silber H & H Ankauf	400,00	398,50
Platin fr. Händlerpr	293,30-294,50	313,00-314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	97,00-98,00	96,00-97,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	399,40	400,00
Okt.	402,30	401,80
Dez.	408,50	410,50
Jan.	413,40	414,90
März	422,00	421,50
Mai	430,70	432,40
Juli	440,30	442,20
Umsatz	16000	15000
Kupfer (c/lb)	20.9.	19.9.
Sept.	57,90	58,00
Okt.	57,95	58,25
Dez.	58,70	59,05
Jan.	59,00	59,35
März	59,50	59,90
Mai	60,00	60,25
Juli	60,50	60,75
Umsatz	8500	10500

Londoner Metallbörse

	23.9.	20.9.
Aluminium (c/lb) mittags Kasse	678,00-678,50	704,50-705,00
3 Monate	700,00-700,50	725,50-726,00
Blei (£/t) mittags	285,00-285,50	289,50-290,00
3 Monate	293,50-294,00	297,00-297,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	945,50-946,00	990,00-991,00
3 Monate	971,00-971,50	1015,00-1015,50
abends Kasse	–	977,50-978,50
3 Monate	–	1002,50-1003,00
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	927,00-930,00	966,00-968,00
3 Monate	953,00-954,00	987,00-989,00
Zink (£/t) mittags	474,50-475,50	497,00-499,00
Zinn (£/t) mittags	8875-8880	9135-9140
3 Monate	8850-8851	9110-9111
Quecksilber ($/Fl.)	–	275-285
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	67-72

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Gunther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten. Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 39 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

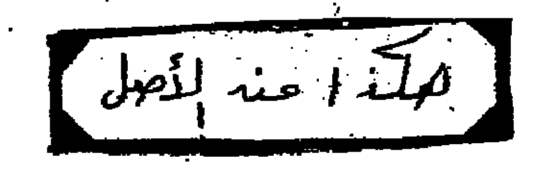
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Aus Liebe zu Kindern

P.D. – „Nicht kümmere ich mich, daß die Menschen mich nicht kennen. Ich kümmere mich, daß ich die Menschen nicht kenne", soll Konfuzius gesagt haben. Die Männer in Peking haben diese Lehre ganz offensichtlich nicht beherzigt, als sie den Chinesen die Ein-Kind-Ehe verordneten.

Der hohe Geburtenüberschuß ist für das Land ein immenses Problem. Nur läßt es sich nicht administrativ lösen. Vor allem die Bevölkerung in den ländlichen Bezirken versteht es, sich dem Zwang, daß ihnen nur ein, in besonderen Fällen (z. B. in Guangdong, wenn das erste ein Mädchen ist) zwei Kinder erlaubt werden, zu entziehen. Das geht aus einem Leserbrief an die Pekinger Volkszeitung hervor. Darin wird geschildert, daß sich Ehepaare zur zeitweiligen Arbeit in benachbarten Kreisen oder Provinzen verpflichten. Da die Komitees für Familienplanung nur für die ständig Ansässigen zuständig sind, können sich die Grenzgänger auf diese Weise der Aufsicht entziehen.

So habe ein Ehepaar aus Sichuan, das zu Hause bereits einen Jungen und ein Mädchen hatte und darum nie die Erlaubnis für ein weiteres Kind erhalten hätte, bei einem zweijährigen Arbeitsaufenthalt in Yunnan zwei weitere Kinder in die Welt gesetzt, ungeachtet der Gefahr, daß sich die Heimatgemeinde weigern könnte, das Kind zu registrieren. Man würde dann bei der Rückkehr einfach behaupten, man habe ein verlassenes Kind aufgenommen und adoptiert, heißt es in der „Volkszeitung".

Das ist kein Einzelfall, denn sonst würde es die „Volkszeitung" nicht offen zur Sprache bringen. Zugleich aber zeigt das chinesische Beispiel – und in Indien ist es nicht anders –, daß Zwangsmaßnahmen eher das Gegenteil bewirken. Vielleicht sollten deshalb die Mandarine in Peking einmal über ein Wort von Laotse nachdenken: „Sei nachgiebig und schwach; so bezwingst du Unnachgiebigkeit und Stärke."

Düsseldorf: Später Ibsen

Lawinentod am Ort der Kindheit

Nur ein einziges Mal spricht die Diakonissin in Ibsens letztem Stück „Wenn wir Toten erwachen", das er als „dramatischen Epilog" bezeichnete. „Frau von Satow!" schreit sie auf, als Irene und der Bildhauer Rubek von einer Lawine in die Tiefe gerissen werden. In jene Frau eines russischen Adligen hatte sich das einstige Modell Irene verwandelt, als der Künstler nur seinem Werk diente und sie als Weib nicht sah. Jetzt, da beide sich wiederbegegnen – wie so oft bei Ibsen: am Ort von Rubeks Kindheit–, hat sie sich als Irene neu gefunden. Die Diakonissin ruft nach einer Vergangenen.

Nicht so im Schauspielhaus Düsseldorf, wo des Intendanten Beelitz Hätschelkind Herbert König das selten gespielte Werk jetzt inszenierte – im Kleinen Haus, in dem sich gerade dieses Spätwerk, das Ibsen in der Landschaft der ewigen Berge ansiedelte, gar nicht realisieren läßt. „Irene!" ruft sie in der „DDR"-Übersetzung von Bernhard Schulze und bei König, der damit verrät, daß er dem Werk nicht auf die Spur kam.

Wie ein Todesengel ist diese Diakonissin gelegentlich durch die Szenen gegangen, mit herrischen Gesten, als symbolisiere sie die Käfigwelt des Alltags. Rubeks junge Frau Maja (Christine Scherer) sehnt sich sichtbar aus ihm heraus. Deshalb läßt sie der Regisseur von der ersten Szene an ganz unruhig sein: Sie wippt mit den Füßen, sie zappelt, sie rennt herum, sie springt auf die Balustrade im Treppenhaus des Sanatoriums. Und sie ist hingerissen, sobald der urige Bärenjäger Ulfheim auftaucht (Bernd Jeschek), den Herbert König als Inbegriff des Lebens und also als Vorbild deutet.

Rubek dagegen, diesen Sucher nach dem Leben – und um den geht es –, läßt er von Hans Schulze, als einen müden, aller Anstrengung überdrüssigen Mann spielen, der mit Vorliebe auf einem Stuhl sitzt oder auf einer Bank, der auch im geschlossenen Raum den Hut nicht absetzt und im Gespräch mit Damen die Hände in den Taschen behält.

Da auch Irene (weißgewandet, mit aufregenden langen roten Haaren: Dagmar Kron) ständig vom Tode spricht – als ginge es nicht um ihre Wiedererweckung –, werden auch ihre Bewegungen gebremst. Ihre Sprache wird, wie bei Schulze, gedämpft. Wo plötzlich ihre Aktivität herkommt, ihr Aufstieg ins Gebirge, gemeinsam mit Rubek, dieweil Ulfheim und Maja in die Niederungen absteigen – diese Frage beantwortet Herbert König nicht. Er stellt simpel Lebens- und Todestrieb gegeneinander, Fron und Freiheit. Das ist für ihn das Stück, und das ist ihm nicht zu verdenken: Er entkam dem Käfig der „DDR". Aber das gibt das Stück gar nicht her. KATHRIN BERGMANN

Marburg: Deutschlands Philosophen diskutieren jetzt das Thema „Natur"

Wer ist das Rotkäppchen?

Alle reden von der Natur, nur die Philosophen hielten sich bisher auffallend zurück. Wie denn auch nicht! Vom Standpunkt des strengen Denkens ist die Natur ein wenig brauchbarer, weil allzu schillernder Begriff. Meint sie nun die sichtbare Realität oder das möglicherweise „hinter" dieser waltende Urprinzip, meint sie das Wesenhafte oder den Schein? Ist sie das Nichtmenschliche, das schlechthin Andere, oder bezeichnet sie nicht gerade das „typisch Menschliche", vielleicht sogar „Allzu-Menschliche"? Soviele Fragen, soviele Antworten, und keine kann wirklich befriedigen.

Das vorsichtige Schweigen der professionellen Philosophen hat freilich dazu geführt, daß in den letzten Jahren eine „wilde" Naturphilosophie entstand. Gelernte Physiker, Chemiker, Biologen und Ethnologen griffen gewissermaßen zur Selbsthilfe, um die unabweisbar gewordenen philosophischen Implikationen ihres Faches zu klären. Ihre einschlägigen Bücher, obwohl oft ohne sichere Methodologie und manchmal sogar in Unkenntnis der philosophischen Tradition geschrieben, wurden zu Bestsellern. Autoren wie Werner Heisenberg, Ilja Prigogine, Manfred Eigen oder Konrad Lorenz stiegen in den Augen einer interessierten Öffentlichkeit zu den „eigentlichen" Philosophen unserer Tage auf.

So war der sogenannte Engere Kreis der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland gut beraten, als er als Generalthema seines diesjährigen Treffens in Marburg die „Natur" auf die Tagesordnung setzte. Es bestand Nachholbedarf, nicht zuletzt auch gegenüber ungeduldig gewordenen Politikern, die von der Philosophie Wegweisung und theoretische Untermauerung in der Ökologie erhoffen und die schließlich die Hand auf der Geldkatze haben. Aber war es wirklich nötig, gleich einem jener ungeduldigen Politiker, nämlich dem Hamburger Wissenschaftssenator Meyer-Abich, das öffentliche Hauptreferat zu übertragen? Das sah ein bißchen so aus, als wolle man mit der Wurst nach der Speckseite werfen, und tat der im übrigen sehr feinen, nachdenklichen und gut organisierten Tagung im Auditoriengebäude der Universität einigen Abbruch.

Klaus Michael Meyer-Abich ist nun allerdings selber „vom Fach". Er arbeitete unter Carl Friedrich von Weizsäcker am Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der modernen Welt und war, bevor er in die Politik ging, kurze Zeit Inhaber eines ausdrücklich als „naturphilosophisch" deklarierten Lehrstuhls an der neugegründeten Universität Essen. Sein Vortrag „Wege zum Frieden mit der Natur – Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik" ließ dennoch Stringenz und denkerische Disziplin vermissen, malte die Natur ganz naiv als eine Art neuzeitliches Rotkäppchen, das vom bösen Wolf der immer noch „unkontrollierten" Wirtschaft und Technik tödlich bedroht werde.

Man müsse, so der Senator, die Natur „in die moderne Rechtsgemeinschaft einbeziehen". Wie genau das zu bewerkstelligen sei, wurde leider nicht deutlich. Sollen künftig, wie im Mittelalter, Schweine, Fliegen oder Bäume wieder zu ordentlichen Rechtsubjekten ernannt werden, damit man ihnen eventuell den Prozeß machen kann? Weder darüber erfuhr man etwas noch darüber, in welchem Umfange künftig Wirtschaft, Wissenschaft und Technik an die Kandare der „Finalisierung" zu legen seien. Alles blieb recht unbefriedigend. Mayer-Abichs Vortrag war zwar, als „Festvortrag" und „pièce de résistance", ausdrücklich von der Diskussion ausgenommen, doch viele der „normalen" Referate des Treffens, ob nachher oder hinterher vorgetragen, wirkten wie ein implizierte Kritik an ihm.

Sowohl erkenntnistheoretische und dogmatische als auch ideologiekritische Argumente wurden ins Feld geführt. Odo Marquard (Gießen) hatte den ideologiekritischen Part übernommen. Er wandte sich gegen eine „Utopisierung der Natur" in politischer Absicht, gegen ihre Ernennung zur unterdrückten Klasse, und warnte vor der Enttäuschung, die mit Sicherheit Platz greifen werde, sobald die auf Geschichtsprogrammatik und Endziel Versessenen erst einmal entdeckt hätten, daß nicht nur das Proletariat, sondern auch die Natur längst „verbürgerlicht" sei, nämlich einbezogen in einen kulturellen, vom Menschen bewirkten Kreislauf von Produktion und Reproduktion.

Er hege den Verdacht, meinte Marquardt, daß viele von denen, die sich heute so heftig für die Natur engagierten, in Wirklichkeit gar nicht an dieser selbst interessiert seien als vielmehr an einem heftig herbeigewünschten „Moratorium vom Alltag", einer Art Indianerspiel für Erwachsene in „unberührter Wildnis". Hier niste schlichtweg politische Gefahr, denn das kräftigste Moratorium vom Alltag sei allemal noch, wie schon Manès Sperber gewußt habe, der Krieg, der nun freilich nicht nur die Menschen, sondern oft genug auch die Natur nachhaltig schädige.

Peter Janisch (Marburg) bestritt energisch die Notwendigkeit eines „neuen, alternativen Naturbegriffs", wie er zur Zeit von Politikern und Ökologen, aber zunehmend auch von Naturwissenschaftlern selbst gefordert werde. *Naturgeschichte* könne keine verläßliche Überprüfungsinstanz für *Naturgesetze* sein. Naturgeschichtliche Interpretationsmuster seien immer abhängig vom wissenschaftlich-technischen Know-how einer Epoche, und auf die Gegenwart angewandt, bedeute das den ungebrochenen Fortbestand des auf Kausalitätsdenken und „technisches Bewirkungswissen" ausgerichteten naturwissenschaftlichen Paradigmas. Neu erschlossene Forschungsgebiete wie etwa die Chaosforschung oder Prigogines Dissipative Strukturen fügten sich nahtlos in dieses Paradigma ein.

Auch Robert Spaemann (München) meldete Skepsis an gegen die ins Kraut schießenden Versuche, ein „Natursubjekt" welcher Art auch immer zu konstituieren und ihm eine eigene Geschichte unterzuschieben. „Was heißt denn 'Evolution'?", fragte er. „Hat sich denn mein Vater, indem er mich zeugte, 'zu mir hin entwikkelt'? Nicht 'Evolution', sondern einzig 'Werden und Vergehen' sind die von uns erfahrbaren Weisen der Naturbewegung."

Nach einem Deduktionsprozeß von nachgerade scholastischer Strenge postulierte der Münchner eine grundsätzliche gegenseitige Abhängigkeit, eine „Korrelation" von Natur und Vernunft. Er unterschied zwischen „Naturwüchsigkeit" und „Naturgemäßheit": Das bloß Naturwüchsige sei dem Zufall unterworfen, ein Gefährte des Chaos, im Naturgemäßen hingegen leuchte das uns allen Gemeinsame, nach ihm sehnten wir uns. Alle gute Kunst möchte „wie Natur" sein, und nicht minder die Vernunft, die so betrachtet nichts anderes sei als „amor benevolentiae", hinwendende Liebe zu Mitmensch und Mitkreatur.

Nimmt man die Interventionen von Marquardt, Janisch und Spaemann zusammen, so ergibt sich als Antwort der Philosophen auf die bangen, drängenden Fragen der Ökologen und Naturschützer ein einhelliges Plädoyer für diesen vernunftgeleiteten „amor benevolentiae". Keiner der Redner in Marburg war gegen Naturschutz, aber alle (oder wenigstens fast alle) warnten davor, in seinem Namen die Vernunft zu verabschieden, eine prinzipielle Differenz zwischen Natur und Vernunft zu behaupten, die Vernunft durch ungeprüfte, „wilde" Formen des Denkens ersetzen zu wollen, sie zu gängeln oder gar in reine Spinnerei zu verfallen. Herbert Schnädelbach (Hamburg) brachte es auf den kürzesten, überzeugendsten Nenner. „Die beste Art von Naturschutz", so sagte er unter großer Zustimmung, „ist der Vernunftschutz".

Ob es innerhalb der Vernunft selbst, in Hinblick auf einen verbesserten Umgang mit der Natur, zu Differenzierungen oder Erweiterungen kommen muß – darüber war in Marburg verständlicherweise nichts zu erfahren. Man wollte die modische Diskussion nicht anheizen, die von „soften, weichen" (Meyer-Abich) Wissenschaftsmethoden zu vermelden weiß, von der Sicht auf „Ganzheiten" oder von einer „Rückkehr zu Schelling" und zur romantischen Naturphilosophie. Zwar gab es einen hochinteressanten Exkurs von Ferdinand Fellmann (Münster) über naturtheoretische Ansätze ausgerechnet im Historismus der Droysen und Dilthey, doch das blieb reine Philosophiegeschichte. Im Systematischen wollen die Philosophen ganz offensichtlich ihr Pulver trocken halten, und das müssen sie auch. GÜNTER ZEHM



Rückschau auf die Anfänge: „Figürliche Studie" (1933) von Wilhelm Braun-Feldweg, aus der Heilbronner Ausstellung FOTO: DIE WELT

Der Maler Wilhelm Braun-Feldweg in Heilbronn

Unter dem Kirschbaum

Als vor einem Jahr das Württembergische Landesmuseum in Stuttgart in einer großen Werkübersicht mit dem Untertitel „Design – Schrifttum – Malerei" das vielseitige Schaffen von Wilhelm Braun-Feldweg vorstellte, gab es Stimmen, die sich mit der müßigen Frage plagten: Was ist er nun hauptsächlich – Maler, Designer oder schreibender Theoretiker? Als ob das wichtig wäre! Braun-Feldweg ist vor allem ein Künstler.

Nach dem Krieg wurde Braun-Feldweg an die Berliner Hochschule für bildende Künste berufen, wo er den Fachbereich Design aufbaute und bis zu seiner Emeritierung, 1973, erfolgreich leitete. Lehramt, Industrieaufträge und publizistische Arbeiten hielten ihn fast drei Jahrzehnte von der Staffelei fern.

Wer jetzt seine Ausstellung in der Heilbronner Kunsthalle sieht und, wer vollends die gestapelte Fülle der Bilder der letzten zwölf Jahre in seinem Atelier gesehen hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß da ein Damm gebrochen ist und ein vielleicht unbewußter Stau sich in „befreiter" Malerei entlädt.

Das kommt daher, weil der Kunstverein Heilbronn – der 1932 auch die erste Einzelausstellung des Künstlers zeigte – nur den Maler Braun-Feldweg präsentiert und alles andere außer acht läßt. So könnte sich hier in der Tat die – dennoch müßige – Frage nach den Prioritäten zugunsten der Malerei beantworten. Sicher liegt das nicht in der Absicht dieser Ausstellung, doch die Konzentration auf die Malerei allein ist in mehrfacher Hinsicht von Vorteil.

Erlebnismotive der Natur, Haus, Blumen und Garten bilden ihren Inhalt. Immer wieder malt er den Aufgang zu seinem Haus in Würzburg, das Haus selber, den „alten Kirschbaum", zu jeder Jahreszeit, zu jeder Tageszeit. Dabei erhält jedes Bild in sorgsamer Abstimmung der Ton- und Texturwerte seine eigene Klangfarbe; die Bildsprache erneuert und spezifiziert sich von einem Bild zum anderen in reichen Formvorgängen, die kein Schema, keine Manier aufkommen lassen.

Schon in den frühen Bildern hat das Licht eine wesentliche Rolle gespielt. Es verbindet sich mit der Farbe und wird zusehends lebendiger, so daß es in den letzten Werken nichts mehr gibt, was nicht durchleuchtete, farbige Fläche wäre: sublimierte Natur, transparente Wirklichkeit (bis 6. Okt.).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Historiker erforschen den Deutschen Orden

DW. Wien

Elf Historiker aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien und Polen haben in der Wiener Akademie der Künste die „Internationale Historische Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens" gegründet. Vorsitzender ist Professor Udo Arnold, Bonn. Die Kommission will die Erforschung der Deutschordens-Geschichte in ihren regionalen, europäischen und universellen Bezügen vorantreiben und weist hin auf die bisherige Auseinandersetzung mit dem Deutschen Orden: In Deutschland als preußisches Mittelalter, in Polen als Vorläufer der brandenburg-preußischen Teilungsmacht.

Vorspiel-Termine für Europa-Orchester

DW. Bonn

Für Nachwuchsmusiker im Alter zwischen 14 und 23 Jahren besteht wieder die Möglichkeit, im Jugendsymphonieorchester der Europäischen Gemeinschaft mitzuwirken. Für 1986 ist wiederum eine internationale Tournee vorgesehen. Die deutschen Auswahlvorspiele finden vom 10. bis 12. Januar in Bonn statt. Unterlagen: Deutscher Musikrat, Am Michaelshof 4a, 5300 Bonn 2.

Schriftsteller Sha in die KP aufgenommen

AFP, Peking

Der chinesische Schriftsteller Sha Yexin ist in die KP aufgenommen worden. Der 43jährige Sha ist vor allem durch sein 1979 verfaßtes regimekritisches Theaterstück „Wenn es wahr wäre" bekannt, in dem er sich mit der Bürokratie auseinandersetzt. Das Stück wurde mit einem Aufführungsverbot belegt. Sha Yexin, der in Artikeln des Parteiorgans „Volkszeitung" erklärte, in nicht allen Fragen Anhänger des Marxismus und des Leninismus zu sein, war kürzlich zum Leiter des Volkskunsttheaters von Shanghai ernannt worden.

Orgelwerk von Liszt wiederentdeckt

dpa, Erfurt

Ein seit etwa 100 Jahren verschollenes Orgelwerk von Franz Liszt hat der Weimarer Organist und Musikforscher Michael von Hintzenstern wiederentdeckt und auf der Peternell-Orgel von Denstedt bei Erfurt vorgestellt. Es handelt sich dabei um eine freie Bearbeitung der „Consolation" Nummer 6 in E-Dur. Die von Liszts Freund Alexander Wilhelm Gottschalg (1827–1908) veröffentlichte Orgelfassung weicht vom Original der „Consolation" für Klavier und der bisher bekannten Orgelversion ab.

Bibliothek-Ausstellung „Wider das Vergessen"

dpa, Darmstadt/Frankfurt

„Wider das Vergessen" heißt eine gemeinsame Ausstellung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt und der Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek. Gezeigt werden dabei in der Zeit vom 3. Oktober bis zum 9. November in der Frankfurter Bibliothek Werke von Schriftstellern des 20. Jahrhunderts, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Giuseppe Verdi oder: Musik und Geschichte

MvZ. Parma

„Giuseppe Verdi, Probleme und Mythos einer Geschichte und ihrer Zeit" heißt eine Ausstellung im Palazzo Ducale von Colorno (Provinz Parma), die neben der Verdi-Rezeption Kunst, Musik und Geschichte Italiens der letzten 150 Jahre behandelt (bis 8. Dezember).

40 Jahre moderne Kunst und Kokoschka zum 100.

J. St. London

Obgleich die Tate Gallery eine der umfangreichsten Kunstsammlungen seit dem Zweiten Weltkrieg besitzt, steht wegen Platzmangels stets nur ein kleiner Teil zur Schau. Im kommenden Jahr werden Besucher aber mehr als gewöhnlich besichtigen können, wenn vom 19. Februar bis zum 29. April „Forty Years of Modern Art, 1945–1985", stattfindet. Die Ausstellungsstücke stammen alle aus den eigenen Beständen. Eine weitere Ausstellung folgt vom 11. Juni bis zum 10. August. Sie wird Werke von Oskar Kokoschka aus Anlaß seines hundertsten Geburtstages zeigen.

Kinobesuche 1984 um 10,5 Prozent gesunken

dpa, Wiesbaden

Der Besucherschwund bei den Kinos in der Bundesrepublik hat sich auch 1984 fortgesetzt: Gegenüber 1983 verkauften die Filmtheater 10,5 Prozent weniger Billets. Die Zahl der Besucher sank um etwa 13 Millionen auf rund 112 Millionen. Wie die Spio in Wiesbaden mitteilte, nahm erstmals seit 1978 auch wieder die Zahl der Kinos ab, und zwar um 53 auf 3611.

„Sylter Sommer": Kammermusik für die Gäste

Klassische Hit-Parade

Vor vier Jahren riefen die Stadtväter den „Sylter Sommer" ins Leben, eine Reihe von Kammermusik-Veranstaltungen, deren Resultate freilich bislang über die Freizeitunterhaltung kaum hinausgehen. Gewiß ist Sylt nicht Bayreuth, Ansbach oder Donaueschingen. Es muß nicht überall diskutiert werden über die reine Lehre von Werk und Wiedergabe. Auch die räumlichen Kapazitäten, wie sie Wien, Salzburg, München oder Berlin bereithalten – sie sind nicht so auf der Insel.

Aber alles, was es braucht, um ein kleines Festival zu beherbergen, ist auf Sylt vorhanden: ein brauchbarer Saal (der restaurierte alte Kursaal mit seinem hölzernen Tonnengewölbe), dessen Mehrzweckbühne für Konzerte akustisch noch verbessert werden könnte und die schöne alte Kirche in Keitum. Das Paradies aus Brandung, Watt und Dünen ist von keiner anderen noch so aufregenden Festspielkulisse zu schlagen.

Den horrenden Preisen allerdings müßte ein Angebot gegenüberstehen, das in jeder Beziehung hochrangig ist, in der Auswahl und sinnvollen Zusammenstellung des Programms und in dessen Wiedergabe-Qualität. Und davon ist noch herzlich wenig zu spüren. Der Sylter Sommer ist auch im fünften Jahr seines Bestehens Entwicklungsland.

Denn die Programme verzeichnen eine ziemlich wahllos aneinandergereihte Auswahl von bekannten und beliebten Perlen der Literatur, angereichert mit zumeist überflüssigen Belanglosigkeiten, gefundenes Fressen für die mit großer Musik nicht gerade verwöhnten, in diesem Jahr als Solisten engagierten Bläser und Harfenisten, magere Kost für die Zuhörer. Der Sylter Sommer zeigt nur unscharfes Profil.

Es gab einen Abend, betitelt „Französische Salonmusik", in die schlankweg auch Couperin eingereiht wurde. In zwei Programmen wurde gebührend den Jubilaren des „europäischen Jahres der Musik" Referenz erwiesen. Als „Zuckerl" schmückte das erste Orchesterkonzert Vivaldis „Jahreszeiten", das zweite bestand nur aus solchen klassischen Hits.

Die glänzende Harfenistin Chantal Mathieu demonstrierte in der Keitumer Severinskirche, daß die bedeutende Solo-Literatur für ihr Instrument an den Fingern einer Hand abgezählt werden kann. Frau Mathieu stellte Proben des Restes vor: trockenes musikalisches Geschwätz, das die vorzügliche Musikerin besser in der Schublade gelassen hätte.

Im Schlußkonzert im Kursaal präsentierte sich ein Kammerensemble mit dem flotten Namen „Sylt Strings", junge Studierende der Düsseldorfer Musikhochschule, Streicher und Bläser, die, noch in der Ausbildung, mit Mozart und Haydn überfordert waren, vor allem zwei ungeniert falsch und rüde blasende Hörner.

In Mozarts Sinfonia Concertante Es-Dur KV 364 füllte der ausgezeichnete Geiger Gottfried Schneider den Bratschenpart mit eindrucksvollem Gesang. Winfried Rademacher spielte auf gleichem Niveau das Violin-Solo. Maria Kliegel war die Solistin in Haydns D-Dur-Cellokonzert, ein junges, schon international anerkanntes instrumentales und musikalisches Talent höchsten Ranges, mit fast zu explosivem Temperament und zu kraftvoller Intensität für das musikalisch blasse, harmlose Tutti.

Das mußte, über alle eigene Unzulänglichkeit hinaus, auch in Mozarts A-Dur-Sinfonie KV 201 anonym bleiben, weil sich Gottfried Schneider, wie so viele seiner Zunftgenossen, magisch vom Taktstock angerührt fühlt. Entbehrte schon seine Begleitung der Solistin nicht erbarmungswürdiger Komik, wußte er mit Mozarts Juwel nicht mehr anzufangen, als Einsätze, Tempi und Dynamik notdürftig zu koordinieren.

So nonchalant aus dem Zylinder gezaubert, muß der Sylter Sommer beiläufige Marginalie bleiben. Wesentlich mehr künstlerische Anstrengung muß investiert werden, will er als Festival ernstgenommen werden und nicht nur abendliches Amüsement der Strandgäste sein.

HANS OTTO SPINGEL



Impuls durch das Modell: Bildhauer Wilhelm Loth FOTO: GERLACH

W. Loth 65

Wilhelm Loth, 1920 in Darmstadt geboren und seit 1958 Leiter einer Bildhauerklasse an der Akademie in Karlsruhe, darf zur kleinen Zahl der wirklich bedeutenden deutschen Bildhauer unserer Zeit gerechnet werden.

Von Anfang an war der weibliche Körper das zentrale Thema seines Schaffens. In der bildnerischen Darstellung geht es ihm nicht um Wiederholung von natürlichen Formen. Es ist die Summe aus Körperformen und Körperbewegungen, innerer Freiheit und Unbefangenheit, die den künstlerischen Impuls ausmachen. Allen Arbeiten Loths liegt das Erlebnis des jeweiligen Modells zugrunde. Viele seiner Zeichnungen, die den bildhauerischen Werken stets vorangehen, dienen nicht nur der Vorbereitung plastischer Verwirklichung, sie sind selbständige Aussagen, die – durch die Nähe zum Modell – den unmittelbarsten Eindruck des Lebendigen veranschaulichen.

In den Arbeiten der letzten Jahre bevorzugt er das Trapez. Obwohl sich Loth in den 70er Jahren zeitweilig dem Kunststoff zugewandt und während seines USA-Aufenthaltes 1979/80 die Malerei als Medium für seine bildnerischen Vorstellungen entdeckt hat, versteht er sich als Metallbildhauer, dessen bevorzugtes Material zunächst die Bronze ist, später dann Neusilber. ugl.

Bilanz des Stuttgarter Internationalen Musikfests

Rotweingläser klingen

Beim „Internationalen Musikfest Stuttgart" waren die meisten Veranstaltungen gut besucht, viele überfüllt, einige ausverkauft. Sicherlich ließ die erdrückende Überfülle des Angebots die anfänglich große Anteilnahme erlahmen. Beim Gastspiel des Bundesjugendorchesters, das am Schlußtag eine imposante Wiedergabe von Bruckners 4. Sinfonie unter John Carewe bot, war der Saal reihenweise leer.

Die breite Palette barocker Kompositionen wurde durch einige zeitgenössische Neuheiten ergänzt. Erster Preisträger im Wettbewerb für Geistliche Musik der Stuttgarter Bach-Akademie ist der 33jährige Schweizer Ulrich Gasser. Sein uraufgeführter „Psalm 104, Vers 15" besingt den Wein als Elixier, das Öl als Schönheitsmittel und das Brot als Nährstoff. Für Gasser bekommen die drei Grundelemente Symbolcharakter: Sie kennzeichnen die heile Welt, ohne sie offenbart sich die bruchstückhafte Natur des Lebens.

Reichhaltiges Schlagzeug bestimmt das Klangbild des Werks. Ausgefallene Blasinstrumente, unter ihnen Altflöte und Flügelhorn, verlangen sichere Spieler für die Linearornamentik. Einkomponiert in die stellenweise recht dissonante Partitur ist die Verwendung leerer Rotweingläser, die einige Sänger in der Hand halten und klingen lassen. „Prosit!" sagte ein Kirchgänger, der sich durch die Uraufführung in seiner Andacht gestört fühlte.

Als Kompositionsauftrag der Jürgen-Ponto-Stiftung entstand die Geistliche Musik „... im Wind gesprochen" für Sopran, zwei Sprecher, gemischten Chor, Orgel und Kammerorchester. Die Wahl der Texte von der Bibel bis zu Enzensberger kennzeichnet Jürgen von Bose als einen wachen, emotionsgeladenen Augenzeugen des Zeitgeschehens. In dem dreiteiligen Werk liegt ein starker pessimistischer Grundzug. Eine moderne Apokalypse ängstigt den Zuhörer mit furchtbaren Visionen.

Boses Partitur besteht vorwiegend aus Untermalung. Abrupte Orgelcluster, donnerartige Pauken, schrille Blechbläser oder akzentuierendes, von drei Spielern bedientes Schlagzeug begleiten Rezitation, Sprechgesang, Chorpassagen und Sopranopartie. Zur Charakterisierung des drohenden Chaos stürzen sich gewaltige Klangballungen in krasse Dissonanzen. In beiden Uraufführungen dirigierte Manfred Schreier Nachwuchssolisten, das „Markus Vocal Ensemble" und das Junge Philharmonische Orchester Stuttgart.

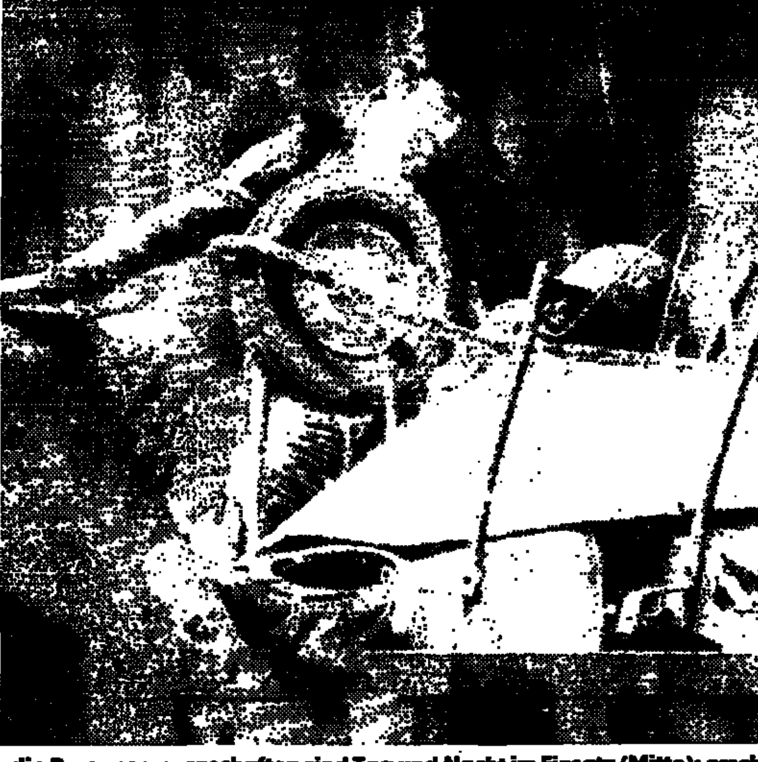
Aus England kam John Eliot Gardiner mit seinem Monteverdi-Chor und -Orchester, um mit einer klanglich ungemein homogenen und stilistisch überzeugenden Aufführung von Händels Oratorium „Israel in Ägypten" zu glänzen. Dagegen hörte man Bachs „Johannespassion" mit dem Tölzer Knabenchor und dem Collegium Aureum mit zwiespältigen Gefühlen. Gerhard Schmidt-Gaden dirigierte Bachs Musik ohne Pathos und Sentiment, aber leider auch ohne dramatische Spannung und klangliche Differenzierung. In den Arien wurden die Grenzen der Knabensolisten hörbar.

Ein Konzert ersten Ranges war der Beitrag des hiesigen Staatsorchesters zum Mammutfestival. Das sinnvoll zusammengestellte Programm begann mit Bergs „Kammerkonzert", dessen strenge Konstruktion und instrumentale Härte Dennis Russell Davies durch Hervorhebung aller wienerischen Reminiszenzen zu mildern suchte. Er war der sachkundige Dirigent und der vorzügliche Pianist in einer Person. Konzertmeister Joachim Schall präsentierte sich als virtuoser und sorgfältig nuancierender Sologeiger. Nach der Pause steigerte Davies die „Lyrische Sinfonie" von Alexander Zemlinsky in einen geradezu ekstatischen Klangrausch, der wie eine überschwengliche Begeisterung für die Epoche des spätromantischen Monsterorchesters wirkte. Judith Beckmann (Sopran) und Wolfgang Schöne (Bariton) waren die eindrucksvollen Solisten für die Gesänge auf Gedichte von Tagore.

GERTH-WOLFGANG BARUCH

Wenig Hoffnung auf Überlebende der Katastrophe in Mexiko-Stadt / Auch die Ärmsten spendeten für die Rettungsarbeiten







Gerettet: eine Mutter mit ihrem Kind (links); erschöpft: die Bergungsmannschaften sind Tag und Nacht im Einsatz (Mitte); erschüttert: diese Familie hat ihren Vater verloren (rechts) FOTOS: AP/AFP

Nur selten ertönt der Ruf „Esta viva!"

Totenstille liegt über dem Trümmerfeld der Siedlung Nuevo Leon in der mexikanischen Hauptstadt. Die Leute scheinen auf Zehenspitzen zu gehen. Rettungswagen fahren mit abgeschalteten Sirenen. Kein Hilferuf aus den Trümmern soll überhört werden.

Bis Donnerstag früh lebten hier noch an die 1300 Menschen. Behutsam tragen Retter Stein um Stein vom Trümmerberg ab, unter dem sie hunderte Verschüttete vermuten. Die Suchtrupps führen Hunde, die aber keinen Laut von sich geben. Hier lebt wohl niemand mehr. Da! Haare schimmern durch den Schutt. „Eine Frau", heißt es flüsternd. „Esta viva!" – „Sie lebt!" durchbricht es jubelnd die Stille. Hastig, verbissen und mit bloßen Händen machen sich die Retter daran, die Frau zu befreien. Einige weinen still vor Aufregung und Erschöpfung.

1952 Leichen wurden bis gestern gezählt. 2000 Menschen werden noch vermißt. Zu Tausenden laufen Überlebende durch provisorische Leichenhallen, um nach Verwandten und Freunden zu suchen. Die Toten werden mit Trockeneis soweit wie möglich konserviert. Doch bei den hohen Tagestemperaturen in Mexiko ist die Gefahr, daß Seuchen ausbrechen, groß. Wer nach 48 Stunden nicht identifiziert ist, wird in anonymen Massengräbern beigesetzt.

Eine Welle der Hilfsbereitschaft überzieht Mexiko seit dem schweren Beben vom Donnerstag. Aus allen Landesteilen kommen Spenden für die heimgesuchten Hauptstadtbewohner. Als Polizisten einen Autofahrer bitten anzuhalten, springt dieser sofort aus und überreicht den Beamten den Schlüssel, doch sie wollen zum nächsten Einsatzort gefahren werden.

Am Straßenrand stehen Autos mit offenen Türen: Freiwillige verteilen Getränke und Brote. Halbwüchsige Pfadfinder regeln den Verkehr. Dazu kommt das Improvisationsgeschick der Mexikaner. Denn das Beben warf nicht nur Gebäude um, sondern brachte das komplizierte System einer 18-Millionen-Stadt zum Stehen.

Hunderte Verschüttete konnten von aus Deutschland, Frankreich, Italien und den USA eingeflogenen Spürhunden gerettet werden. Aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind zwölf Hunde im Einsatz.

Vor der mexikanischen Küste befinden sich mindestens ein Dutzend Schiffe in Seenot. Nach in Acapulco aufgefangenen Notrufen kämpfen die Frachter gegen zwölf bis 15 Meter hohe Wellenberge, die offenbar von den jüngsten Nachbeben ausgelöst wurden. Der Funkkontakt bricht immer wieder ab.

Wie durch ein Wunder hat in Mexico City der Großteil der unschätzbaren Kunst- und Kulturschätze dieses Landes die verheerenden Erdbeben der vergangenen Woche offenbar intakt oder nur wenig beschädigt überstanden. DW.

Ein Viertel weniger Verkehrstote

dpa, Wiesbaden

Die Zahl der Verkehrstoten in der Bundesrepublik ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, um fast ein Viertel gesunken. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden kamen von Januar bis Juli 4538 Verkehrsteilnehmer ums Leben. Das sind 1323 oder 22,6 Prozent weniger als von Januar bis Juli 1984. Während dieses Zeitraums ging auch die Zahl der Verletzten um 36 500 oder 13,5 Prozent auf 233 495 Unfallbeteiligte zurück. Dagegen stieg die Zahl der von Polizeibeamten aufgenommenen Unfälle mit Sachschäden um 7,8 Prozent auf 856 238. Allein im Juli registrierten die Behörden mit 150 573 rund 7200 Unfälle mehr (plus fünf Prozent) als im gleichen Vorjahresmonat.

Konto in der „DDR"

dpa, München

„DDR"-Reisende können sich laut ADAC ein Devisen-Ausländerkonto „A" bei einer Kreisfiliale der Staatsbank der „DDR" einrichten und darüber bei Besuchen frei verfügen. Nach Meinung des Clubs ist dies vor allem dann sinnvoll, wenn bei „DDR"-Besuchen der Mindestumtausch von 25 Mark pro Tag und Person nicht verbraucht wird. Autoreisende könnten von dem Guthaben Geldbußen für Verkehrsübertretungen in der „DDR" überweisen lassen. Verkehrsstrafen dürfen vom Mindestumtausch nicht bezahlt werden.

Verseuchter Spielplatz

dpa, Bonn

Rund 700 Kubikmeter cadmiumverseuchten Bodens werden auf einem Kinderspielplatz im Bonner Stadtteil Beuel ausgetauscht. Diese Maßnahme im Umfeld der Firma Marquardt Degussa war notwendig geworden, nachdem die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt der Landwirtschaftskammer Rheinland Mitte Juni Bodenproben analysiert und eine Verseuchung mit dem Schwermetall festgestellt hatte. Der auszubaggernde Boden wird in den Kern eines Lärmschutzwalles entlang der Autobahn Köln–Bonn eingebaut.

Großwärmepumpe für Kiel

AP, Hamburg

Die größte Wärmepumpe Deutschlands soll nach Angaben der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG von Herbst 1986 an das Kieler Ostufer mit Fernwärme versorgen. Die Wärmepumpe hat eine Leistung von neun Megawatt und wird elektrisch angetrieben. Sie nutzt die Wärme aus dem Kühlwasser des Gemeinschaftskraftwerkes Kiel und des Ostseewassers in der Kieler Förde.

Verpackungen

rtr, Berlin

Für hygienisch einwandfreie Herstellung und Verpackung von Medical-Produkten wie Spritzen, Verbandmaterial und Implantaten hat der europäische Dachverband der Branche, Eucomed, eine Vereinheitlichung der in der Europäischen Gemeinschaft gültigen Gesetze gefordert. Höchste Hygiene-Standards dieser Produkte können nach Ansicht des Verbandes auch zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen, da Infektionen vermieden und Krankenhausaufenthalte verkürzt werden.

Mehrheit der Schweizer für neues Eherecht

rb. Bern

In einer Volksabstimmung haben sich die Schweizer mit knapp 55 Prozent der abgegebenen Stimmen am Sonntag für ein neues Eherecht ausgesprochen. Das eidgenössische Eherecht aus dem Jahre 1907, in dem der Mann als Oberhaupt der Familie bezeichnet wird (WELT v. 20. 9.), ist im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft in der Ehe revidiert worden. Es entspricht damit aktuellem Gerechtigkeitsempfinden sowie der heutigen Ehewirklichkeit. Bisher lagen alle wichtigen Entscheidungen in Familienfragen beim Mann – obwohl die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bereits 1981 in der Schweizer Bundesverfassung verankert wurde. An der Volksabstimmung beteiligten sich 40,5 Prozent der Stimmberechtigten, was im Lande Tells gutem Durchschnitt entspricht. Selbst bei Parlamentswahlen wurde zuletzt die 50-Prozent-Stimmbeteiligung nicht überschritten.

Die Eidgenossen stimmten auch dem Vorschlag zu, künftig den Beginn des Schuljahres in der ganzen Schweiz auf den Spätsommer festzulegen. In der Hälfte der 26 Kantone beginnt bisher das Schuljahr nach Ostern. In den beiden bevölkerungsreichsten Kantonen Zürich und Bern hatten sich die Bürger noch vor zwei Jahren in kantonalen Urnengängen gegen ein Abgehen vom Schuljahresbeginn im Frühjahr ausgesprochen. Jetzt wird ihnen der Schuljahresbeginn im Herbst von der Mehrheit des ganzen Landes aufgezwungen.

Abgelehnt wurde in einer weiteren Abstimmung der Regierungsvorschlag, mit einer „Innovationsrisikogarantie" künftig kleineren und mittleren Betrieben finanziell bei der Entwicklung neuer Produkte zu helfen. Die Warnungen vor mehr Bürokratie und dem unzweckmäßigen Einsatz von Steuergeldern ließen schließlich 56,8 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten „nein" sagen.

Eine Prachtstraße voller Mannequins

Größtes Modespektakel der Welt / Prêt-à-porter-Schau in der Seine-Metropole

HANNE-L. HEILMANN, Paris

„Einwohner von Paris", rief eine französische Zeitung ihren Lesern zu, „das ist euer Fest, das der letzten schönen Tage." Und ein Fest ganz nach Pariser Art sollte es dann auch werden: Luftballons, Garde hoch zu Roß, ein Heißluftballon, Taubenschwärme, Autoparaden und faszinierend-schöne Kleidung – ein Wirklichkeit gewordener Traum, das war die größte Modenschau der Welt auf der Avenue Foch, der ersten Adresse an der Seine.

500 Mannequins führten erstmals öffentlich Modelle der Prêt-à-porter-Kollektion sowie internationaler Modeschöpfer für den Winter 1985 vor. Ein 1,60 Meter hoher und 300 Meter langer Laufsteg wurde extra hierfür aufgebaut, vor der eindrucksvollen Kulisse des Arc de Triomphe.

120 000 Zuschauer kamen zu diesem gigantischen Modespektakel, das den Abschluß des dreitätigen „Ersten internationalen Modefestivals" unter der Schirmherrschaft des Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac bildete. Innerhalb von sechs Monaten für 15 Millionen Francs vom französischen Prêt-à-porter-Verband für Damenmoden förmlich aus dem Boden gestampft, verfolgte die Schau zwei Ziele: die Präsentation der Prêt-à-porter-Kollektion als Ausdruck französischer Modemacht sowie deren Demonstration als Industriezweig.

Wie bei jedem richtigen Festival durfte auch hier nicht die Preisverleihung fehlen. Modeschöpfer, die sich in den letzten 25 Jahren in ihrem Fach besondere Verdienste erworben hatten, wurden zu einer Hommage in das Théâtre des Champs-Elysées gebeten. Rund 40 illustre Namen wie Karl Lagerfeld, Giorgio Armani und Kenzo Takada standen auf der Liste derer, die mit einer Skulptur von Niki de Saint Phalle geehrt wurden. Unter ihnen auch eine Deutsche – die einzige: Jil Sander.

Ihre Ehrung könnte für die deutsche Mode ein erster Schritt zu internationaler Anerkennung sein. Wie gesagt, ein erster Schritt auf einem langen Weg. So konnte der bekannte französische Modeschöpfer Bernard Tapie auch nach der Preisverleihung mit dem Namen „Jil Sander" nichts anfangen. Französische Arroganz?

Eine größere Zahl der Ausgezeichneten allerdings boykottierte die Ehrung, unter ihnen Pierre Cardin, Hubert de Givenchy, Thierry Mugler, Sonia Rykiel und Yves Saint-Laurent. Der riesige Aufwand und die phantastische Planung des „Festival de la mode" vermochten eben doch nicht die Querelen zwischen der Haute-Couture und dem Prêt-à-porter zu überspielen.

Denn die Intention Daniel Hechters, des Prêt-à-porter-Verbandspräsidenten , mit seiner Veranstaltung besondere Aufmerksamkeit auf diese Mode zu lenken, kollidierte mit den Plänen der Haute-Couture-Kammer, die für den 23. Oktober unter der Schirmherrschaft des französischen Kulturministers Jacques Lang die Auszeichnung hervorragender Modeschöpfer mit einer Art „Mode-Oscar" plant. Prompt durfte Hechter dann auch nicht – wie zunächst geplant – für sein Festival die Champs-Elysées sowie die Pariser Oper benutzen.

Ungewöhnliche Modenschau auf der Avenue Foch FOTO: HANNE-LORE HEILMANN

Kraftakt an der Trommel

Japanische Gruppe „Ondekoza" auf Deutschlandtournee

KLAUS BERGER, Hamburg

Wenn die drei Damen und sieben Herren des japanischen Percussions-Ensembles „Ondekoza" („Dämonentrommler") im nächsten Jahr zu einer Mammuttournee durch 200 Städte der USA ansetzen, erlegen sie sich ein Programm auf, vor dem selbst Präriejäger zurückschrecken würden. Die trommelnden Dämonen brechen dann nämlich in die Domäne der Langstreckenläufer ein: Von Auftrittsort zu Auftrittsort – das sind oft mehr als 40 Kilometer – werden sie die Tourneestrecke erdverbunden im Sprint bewältigen. Dieser Marathonlauf ist wesentlicher Bestandteil ihres Trainings, weil die „Ondekoza"-Mitglieder dadurch die Kraft für ihre musikalischen Darbietungen gewinnen.

Zur Zeit bewegen sich die Dämonentrommler aus Nagasaki in nicht ganz so weitläufigen Gefilden: Nach einem Gastspiel in Zürich startete „Ondekoza" jetzt zu einer großen Deutschland-Tournee (bis 3. Oktober), die unter anderem durch die Städte Köln, Mannheim, München, Berlin, Bremen, Hannover und Hamburg führt. Das „Ondekoza"-Ensemble besticht nicht nur durch die perfekte Handhabung ungewöhnlicher Instrumente – wer hat je schon von Shakuhachi, Samisen, Yokobue und Taiko gehört? –, sondern auch durch tänzerische und turnerische Kraftakte. Zur fast acht Meter hohen, 400 Kilogramm wiegenden Odaiko-Trommel müssen sich die sehnigen Japaner mit federnden Sprüngen und Reckaufschwüngen hocharbeiten. Zudem vermitteln die fernöstlichen Trommelkünstler auf percussionalem Wege japanische Volkskunst und japanische Geschichte, wie sie eindringlicher und kurzweiliger kaum zu demonstrieren ist.

Ungewöhnliche, in dieser Eindringlichkeit noch nie erlebte Effekte bannen das Publikum. Wie man da im plötzlich verdunkelten Saal plopp-plopp, plopp-plopp, tropischen Regen auf ein Bambusdach niederprasseln hört – alles mit leichter Hand auf Congas, Trommeln und Gongs getippt –, das hat den Reiz der Neuheit in einer Zeit der rockig-lauten Drum-Gewitter.

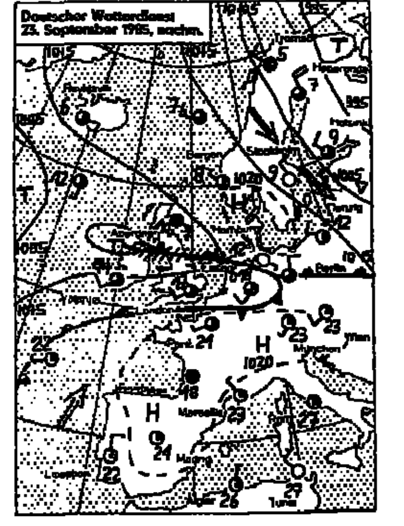
LEUTE HEUTE

Emmy und Glitzer

Die Stars von „Denver" und „Hotel" waren sichtlich enttäuscht: Mit großem Glitzer waren sie zur Verleihung der Emmys genannten Fernseh-Oscars nach Los Angeles gekommen, mußten aber mit leeren Händen wieder heim. **John Forsythe, Linda Evans, Joan Collins, Diahann Carroll** sowie **James Brolin** und **Connie Sellecca** setzten sich glanzvoll ins Fernsehbild. Aber es nutzte nichts. Unglücklich nahm der Carrington-Clan zur Kenntnis, daß den Emmy fürs beste Kostüm nicht etwa **Nolan Miller**, der die Denver-Damen sündhaft teuer kleidet, sondern Ewing-Clan-Bekleider **Bill Travilla** gewann. Schon 1955 entwarf dieser Marilyn Monroes berühmtes Kleid, das sich vom Luftzug der U-Bahn hochwehen ließ. Als beste Kommödien-Serie wurde die „Cosby Show" des in Deutschland aus „Tennisschläger und Kanonen" bekannten schwarzen Komikers **Bill Cosby** (47) ausgezeichnet. Als beste Nebendarstellerinnen von Komödie und Drama gewannen **Rhean Perlman** („Prost, Helmut!") und **Betty Thomas** („Polizeiwache Hill Street"). **Paul Newmans** Frau **Joanne Woodward** gewann für die Rolle einer an der Alzheimerschen Krankheit leidenden Frau den Emmy für die beste Hauptdarstellerin. Und **Karl Malden** bekam den Preis als bester TV-Nebendarsteller.

WETTER: Im Süden heiter

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs lösen sich unter ansteigendem Luftdruck über dem nördlichen Deutschland auf.



Vorhersage für Dienstag:

Im Norden zunächst meist stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen, im Tagesverlauf zögernde Bewölkungsauflockerung. Temperaturen um 20 Grad. Schwachwindig. Im Süden nach Auflösung von Nebelfeldern wolkig bis heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen nahe 25 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Norden vereinzelt leichte Schauer, später dort wie im Süden freundliches und warmes Spätsommerwetter.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	19°	Kopenh.	15°
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	20°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	24°
List/Sylt	11°	Mallorca	27°
München	23°	Moskau	8°
Stuttgart	22°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	10°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	24°	Prag	18°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	17°	Stockholm	9°
Budapest	26°	Tel Aviv	28°
Bukarest	27°	Tunis	27°
Helsinki	9°	Wien	23°
Istanbul	21°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 7.12 Uhr, Untergang: 19.14 Uhr; **Mondaufgang**: 18.36 Uhr, Untergang: 2.32 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das Kürzel VIP wird bei der Luftwerft großgeschrieben

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der echte Teppich im Foyer führt zu einem schmiedeeisernen Gitter, neben dem ausfahrbaren Fernseher erhebt sich ein überlebensgroßer Falke in Gold – Fantasien von Glanz und Pracht werden auf der Luftwerft der Lufthansa in Hamburg-Fuhlsbüttel in die Röhre einer Boeing 707 eingepaßt. Die Buchstaben VIP werden hier großgeschrieben. Dieses Geschäft ist zwar – am weltweiten Umsatz der nationalen Fluggesellschaft gemessen – noch klein, doch es weist die höchsten Zuwachsraten auf.

Alban Rupp, Chef der Direktion Werftbetriebe, sieht den hohen Stand der Technik und das Know-how der Lufthansa als Ursache dafür an, daß die Gesellschaft heute in Europa die führende Rolle in der Betreuung „externer" Kunden eingenommen hat. „Wir sind eine der wenigen Firmen der Welt, die solche Aufträge überhaupt ausführen können", sagt Rupp. „Inzwischen stehen wir in dem Ruf, auch mit den kompliziertesten Aufgaben fertig zu werden."

Die Erfüllung dieser Wünsche von VIP-Kunden – es sind meistens Staatsoberhäupter oder Regierungschefs, etwa aus Saudi-Arabien, Brunei, Rumänien und von den Vereinigten Arabischen Emiraten – stellt die Ausstattung von Luxushotels mühelos in den Schatten. Der Flugzeugsalon erinnert an den einer Villa oder an einen Thronsaal. Versenkte Kristall-Lüster lassen ein weites Raumgefühl entstehen, auf Edelholztischen glänzt kostbares Porzellan, Spiegelwände werfen das Glitzern der vergoldeten Telefonapparate zurück, aus Gold auch die Armaturen an den marmornen Wasserbecken. Zuweilen ist sogar der Steuerknüppel vergoldet, doch sonst legen die Potentaten keinen Wert darauf, auch noch die Kanzel in Luxus einzuhüllen – vermutlich aus Sicherheitsgründen.

Die Entwürfe für das Interieur, das nur wenige Mitarbeiter auf der Luftwerft zu Gesicht bekommen – die Abschirmung ist Bestandteil des Vertrages –, stammen überwiegend von renommierten deutschen Innenarchitekten. Der Entwurf wird in Hamburg zunächst im Modell verwirklicht. Nachdem der Kunde oder sein Emissär, zum Beispiel der Hofminister, die Vorlage akzeptiert hat, können die Fachleute in Fuhlsbüttel beginnen. Bei sehr aufwendigen Umbau-Aufträgen – ihr Wert liegt zwischen 20 und 60 Millionen Mark – kann die „Liegezeit" durchaus ein halbes oder sogar ein Jahr betragen.

Ein großer Teil dieser Orders wird von Lufthansa-Mitarbeitern ausgeführt. Die Einlegearbeiten etwa, die nach dem Geschmack arabischer Kunden Pferde oder Sanddünen, Adler oder die aufgehende Sonne darstellen sollen. „Das ist kein Kitsch", betont Rupp, „sondern ein eindrucksvolles Design, das dem kulturellen Lebenskreis der Kunden entspricht." Bei diesen VIP-Aufträgen muß ein ganzes Bündel von Sicherheitsauflagen eingehalten werden. Rupp nennt die sechs „Essentials":

- Das Interieur muß so befestigt sein, daß es bei der Landung der Formel 9 G (neunmal Erdbeschleunigung) entspricht;
- das Material muß schwer entflammbar sein;
- die Air Condition muß trotz der vielen Sonder-Einbauten einwandfrei funktionieren;
- der Geräuschpegel muß niedrig liegen, die Möbel dürfen nicht vibrieren;
- eine sehr komplizierte Elektronik muß neben der normalen Flugzeugelektronik Platz finden; und
- die gesamte Sonderausstattung muß möglichst leicht sein.

Das wichtigste neben den Sicherheitsauflagen aber ist: Die Auftraggeber wollen ein Unikat. „Das Einmalige ist das A und O bei den Wünschen unserer Geschäftspartner", betont der Luftwerft-Direktor. Von den externen Kunden wurde im letzten Jahr ein Auftragsvolumen von 270 Millionen Mark erbracht, das entspricht rund 1,5 Millionen Arbeitsstunden oder der Jahresleistung von 1400 Mitarbeitern. Jede vierte Arbeitsstunde davon war für die VIP-Kunden bestimmt. Der größte von ihnen ist Saudi-Arabien.

Gibt es angesichts der ausgefallenen Wünsche nach Luxus über den Wolken bei den Lufthansa-Mitarbeitern psychologische Probleme? Rupp winkt ab: „Die Treibstoffkosten unserer Gesellschaft machen im Jahr 1,7 Milliarden Mark aus, ein Großteil des Treibstoffes stammt aus den Ländern dieser Kunden." Wenn die Lufthanseaten bei hartem Konkurrenzkampf die technisch äußerst anspruchsvollen Aufträge nach Hamburg holten, sei dies auch ein Beitrag, um zu einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis zu kommen.

ZU GUTER LETZT

Auf Besucherstühlen werden in nächster Zeit etliche Beamte der Stadtverwaltung Dortmund sitzen. Der Grund: Bei 4300 Bürostühlen eines gleichen Herstellers traten Schäden auf. Da so schnell und in dieser Menge nagelneue Bürostühle nicht zu beschaffen sind, müssen die Bediensteten für die Zeit der Beschaffung auf Besucherstühle ‚umsitzen'. Die Verwaltung hofft, daß es in der bewußten Zeit nicht zu außergewöhnlichem Besucherandrang kommt.